

GEMEINDEVERWALTUNGSVERBAND SCHÖNAU IM SCHWARZWALD

Aitern, Böllen, Fröhnd, Schönau im Schwarzwald, Schönenberg, Tunau, Utzenfeld, Wembach, Wieden

Gemeindeverwaltungsverband - Talstraße 22 - 79677 Schönau im Schwarzwald

Damen und Herren
des Gemeinderats der Gemeinden Aitern,
Böllen, Fröhnd, Schönau im Schwarzwald,
Schönenberg, Tunau, Utzenfeld, Wembach
und Wieden

- zur Vorberatung in den Ratsgremien -

Ute Hellmann

Telefon: 07673 8204-21

Telefax: 07673 8204-14

E-Mail: uhellmann@schoenau-im-schwarzwald.de

Internet: www.gvvschoenau.de

2. März 2023

Einladung zur Sitzung der Verbandsversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Mitglieder der Verbandsversammlung werden zu einer Sitzung am

**Donnerstag, den 23. März 2023, um 18:30 Uhr,
im Ratssaal des Rathauses Schönau im Schwarzwald,**

einberufen. Sie werden hierzu freundlich eingeladen.

Tagesordnung - öffentlich -

1. Fragestunde für den Bürger
2. Anerkennung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 15.12.2022
3. Gestaltung Buchenbrandareal - Weiteres Vorgehen
4. Fortschreibung Flächennutzungsplan: Ortsumfahrung B 317 auf Gemarkung Schönau im Schwarzwald
5. 4. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilplan Fröhnd-Oberhepschingen: Beschlussfassung der eingegangenen Anregungen und Bedenken, Bewilligung des Entwurfs und Beschluss der Offenlage
6. Schülerbeförderung - Vergabe von Beförderungsleistungen-
7. Neuabschluss des Vertrages über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens St. Maria
8. Änderung der Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle
9. Sargwagen für den Friedhof Schönau

10. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung
11. Annahme von Spenden
12. Fragen und Anregungen der Verbandsmitglieder
13. Mitteilungen der Verwaltung

Mit freundlichen Grüßen



Peter Schelshorn, Verbandsvorsitzender

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 2:

Anerkennung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 15.12.2022

Sachverhalt:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 15.12.2022 liegt den Mitgliedern der Verbandsversammlung vor.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Hellmann

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 3:

Gestaltung Buchenbrandareal - Weiteres Vorgehen

Sachverhalt:

Beim weiteren Vorgehen im Bereich des Buchenbrandareals haben sich mehrere Teilaspekte ergeben, die bei einer weiteren Entwicklung berücksichtigt werden müssen. Hierzu haben bereits mehrere Gespräche mit den Schulleitungen und der Leitung des Buchenbrandkindergartens stattgefunden.

1. Mensaanbau für Gemeinschaftsschule, Grundschule und Kindergarten

Der Besuch der Mensa wird sich in den nächsten Jahren sowohl im Schul- als auch im Kindergartenbereich weiter erhöhen.

1.1 Kindergarten

Im Kindergarten wird derzeit der Bewegungsraum als Mensa verwendet. Dies bedeutet, dass jeden Vormittag die Spiel- und Bewegungsgeräte abgebaut und der Raum für den Mittagstisch hergerichtet werden muss. Nach dem Mittagessen müssen die Tische und Stühle wieder entfernt und der Bewegungsraum gereinigt werden. Dies bindet sehr viel Arbeitszeit der Erzieherinnen, die für die Arbeit am Kind bzw. mit den Kindern nicht mehr zur Verfügung steht.

Das Gebäude des Buchenbrandkindergartens entspricht aufgrund der geänderten pädagogischen Konzepte nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Beispielsweise fehlen Räume für Elterngespräche usw. Die oberen Geschosse sind besonders in den Sommermonaten nur sehr eingeschränkt nutzbar.

Zusätzlich werden im U3- und Ü3-Bereich vermehrt Kindergartenplätze nachgefragt.

1.2 Gemeinschaftsschule (GMS) / Grundschule (GS)

Ab dem Schuljahr 2026/2027 soll es einen bundesweiten Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung in der Grundschule geben. Ebenso gibt es in der GMS steigenden Schülerzahlen; die GMS wird stabil dreizügig. Die Mensa-Küche ist derzeit bereits raumtechnisch am Anschlag; die jetzigen Mensa-Essens-Räume wurden um einen ehemaligen Lagerraum der Schule notdürftig erweitert.

2. Erweiterung Klassenzimmer für GMS und GS

Mittelfristig wird im Bereich der GMS durchgehend mit dreizügigen Klassen gerechnet. Aufgrund der geänderten Unterrichtsmethoden (Differenzierung, Inklusion usw.) und der zunehmenden Schülerzahlen, fehlen mind. zwei Klassenräume. Derzeit werden im UG der GMS/GS zwei Klassenzimmer für die Mensa/Essenszubereitung belegt. Diese beiden Räume stehen den Schulen für Unterrichtszwecke nicht mehr zur Verfügung. Zusätzlich ist der Musikraum sowie

der Raum für HTW in den Pavillon ausgegliedert. Diese beiden Räume müssen mittelfristig wieder in das Hauptgebäude rückverlegt werden.

3. Stellplatzbedarf aufgrund des Neubaus der Mehrzweckhalle

Im Zuge der Baugenehmigung der neuen Mehrzweckhalle vom 23.03.2019 müssen insgesamt 147 Parkplätze und 94 Fahrradstellplätze nachgewiesen werden. Zusätzlich Bedarf entsprechend dem Lärmschutzgutachten vom 07.02.2019 der Buchenbrandparkplatz einer grundsätzlichen Überplanung (Ausfahrt vom Parkplatz Buchenbrand auf die Bahnhofstraße ist zwischen 22 Uhr und 6 Uhr nicht mehr erlaubt).

4. Räume für Beratungsangebote des Landratsamts Lörrach

Das Landratsamt Lörrach ist auf der Suche nach geeigneten Räumen für Beratungsangebote für Familien, Eltern und Kinder/Jugendliche. Deshalb haben die Vertreter der Behörde darum gebeten zu prüfen, ob bei eventuellen Baumaßnahmen Beratungsräume mitberücksichtigt werden könnten.

Um zu prüfen, ob und ggf. wie das Buchenbrandareal unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte optimal ausgenutzt werden könnte, hat die Verbandsversammlung eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Diese Machbarkeitsstudie wurde in einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 02.02.2023 vom Büro dwd und dem Architekturbüro Thoma, Lay, Buchler vorgestellt. Vom Büro Steybe wurde das mögliche weitere Vorgehen beschrieben unter Berücksichtigung einer europaweiten Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs. Die Vertreter der Büros standen für Fragen zur Verfügung.

Der Elternbeirat der GMS hat einen Brief vom 01.02.2023 auf den Weg gebracht, der allerdings erst am 08.02.2023 eingegangen ist (siehe Anlage).

Weiteres Vorgehen:

Die Auftragswertberechnungen haben ergeben, dass die Planungsleistungen für Gebäudeplanung über dem aktuell gültigen Schwellenwert in Höhe von 215.000 Euro inkl. Nebenkosten exkl. Mehrwertsteuer liegen. Die Planungsleistungen sind daher europaweit auszuschreiben.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden als eine Möglichkeit der Planungsaufgabe angesehen. Um vor Beschluss über eine Beauftragung Erkenntnisse aus weiteren Lösungsansätzen gewinnen zu können, sollen weitere Möglichkeiten über eine Mehrfachbeauftragung von Lösungsansätzen innerhalb des Vergabeverfahrens eruiert werden.

Die Beauftragung wird daher an ein über das Vergabeverfahren auszuwählendes Gebäudeplanungsbüro mit Bewertung der eingegangenen Lösungsvorschläge erfolgen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabestelle mit der Veröffentlichung des Verfahrens die Verpflichtung eingeht, einen entsprechenden Planungsauftrag zu

vergeben. Dies kann nur mit einer Begründung aus wichtigem Grunde (z.B. nicht ausreichende Finanzierung) aufgehoben werden.

Am 15.02.2023 hat Herr Steybe den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden das mögliche weitere Verfahren erläutert. Gleichzeitig wurden von der Verwaltung ein Vorschlag zur Darstellung von oberirdischen Parkplätzen (statt Parkdecks) sowie eine Tabelle mit der Darstellung der notwendigen Umsetzungen vorgelegt (siehe Anlagen). Als Ergebnis dieser Besprechung wurde einhellig der Beschlussvorschlag formuliert.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushalt 2023 sind für die Mehrfachbeauftragung Mittel in Höhe von 300.000 Euro eingestellt. Sollte eine Sanierung möglich sein, sind die anfallenden Kosten für die Untersuchungen aus den 300.000 Euro zu finanzieren.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt auf Grundlage der kombinierten Machbarkeitsstudie des Ingenieurbüro dwd in Zusammenarbeit mit dem Architekturbüro Thoma, Lay, Buchler zu den Themenbereichen Neugestaltung der Parkierung im Buchenbrandareal sowie Überplanung der Gebäude Schule, Kindergarten, Mensa unter Einbeziehung der Möglichkeit der Integration von Räumlichkeiten für das Familienzentrum folgende weiteren Schritte:

1. Die Verbandsgemeinden beauftragen die Verwaltung, beim RP Freiburg abzuklären, inwieweit mit oben genanntem Konzept bei Umnutzung der alten Buchenbrandhalle ein Abriss von dieser weiterhin gefordert wird.
2. Sollte Beschlussvorschlag Nr. 1 ergeben, dass kein Abriss nötig ist, wird die Verwaltung beauftragt, zusammen mit einem Baustatiker, Bauphysiker und erforderlichenfalls Architekten eine Machbarkeitsstudie zur Weiternutzung der alten Buchenbrandhalle zu erstellen.
3. Die Beauftragung der erforderlichen Gebäudeplanungsleistungen erfolgt über ein zweistufiges europaweites VgV-Verfahren nach § 14 Abs 3, § 17 Abs. 1 und § 74 mit einer Auswahlphase (1. Stufe) und einer Vergabephase (2. Stufe).
4. Bei diesem Vergabeverfahren wird eine Mehrfachbeauftragung für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für die Planungsaufgabe integriert.
5. Für die Erarbeitung der Lösungsvorschläge sollen über den Teilnahmewettbewerb 4 Büros inklusive des gesetzten Büros ausgewählt werden.
6. Für die 2. Stufe des Vergabeverfahrens, die Mehrfachbeauftragung, soll das Architekturbüro Thoma, Lay, Buchler aus 79674 Todtnau gesetzt werden.

Dies bedeutet, dass eine Bewerbung dieses Büros im Teilnahmewettbewerb hinsichtlich der Eignung wie die anderen Bewerbenden überprüft wird, das gesetzte Planungsteam wird aber nicht ins Ranking aufgenommen, sondern kommt bei gegebener Eignung zusätzlich zu 3 weiteren im Teilnahmewettbewerb auszuwählenden Planungsbüros in die 2. Stufe des Vergabeverfahrens.

7. Das Büro Steybe Controlling GmbH aus Kirchzarten wird mit der Begleitung dieses VgV-Verfahrens für die Gebäudeplanungsleistungen mit integrierter Mehrfachbeauftragung zur Überplanung des Buchenbrandareals zum Angebotspreis von brutto 47.593,93 Euro beauftragt.
8. Für die fachkundige Beratung der Auswahlgremien und die Bewertung der Lösungsvorschläge sollen zwei von Herrn Steybe vorgeschlagene Experten nach den Regelsätzen für Fachpreisrichter beauftragt werden.
9. Für die Festlegung der Verfahrensschritte innerhalb des Vergabeverfahrens überträgt die Verbandsversammlung einem kleinen und einem großen Arbeitsgremium alle Befugnisse:
 - I. Für das kleine Arbeitsgremium (für die 1. Gremiumssitzung (Grundlagen des Verfahrens, Bekanntmachung) und 3. Gremiumssitzung (Auswahl der Büros für die Mehrfachbeauftragung auf Grund der Vorprüfung)) werden folgende Personen benannt:
 - a) Stimmberechtigte Teilnehmende:
 - Peter Schelshorn, Bürgermeister (Vorsitz)
 - Manfred Knobel, Bürgermeister (1. Vorsitzvertretung)
 - Bruno Kiefer, Bürgermeister (2. Vorsitzvertretung)
 - Michael Engesser, Bürgermeister
 - Ewald Ruch, Bürgermeister
 - Dirk Pfeffer, Bürgermeister
 - Martin Wietzel, Bürgermeister
 - Christian Rüscher, Bürgermeister
 - Annette Franz, Bürgermeisterin
 - b) Nicht stimmberechtigte, beratende Teilnehmende:
 - Yvonne Wagner, GVV Schönau, Leiterin Rechnungsamt
 - Meike Schelshorn, GVV Schönau, stellv. Leiterin Rechnungsamt
 - Helmut Wunderle, GVV Schönau, Leiter Bauamt
 - Matthias Mühl, GVV Schönau, stellv. Leiter Bauamt
 - Ute Hellmann, GVV Schönau, stellv. Leiterin Hauptamt
 - c) Nicht stimmberechtigte, begleitende Teilnehmende (s.o. Pkt. 7.):
 - Katrin Groote
 - Peter Steybe
 - II. Für das große Arbeitsgremium (für die 2. Gremiumssitzung (Entscheid Auslobung (Planungsaufgabe) für die Mehrfachbeauftragung und Entscheid Ablauf und Bewertung der Verhandlungsgespräche), die 4. Gremiumssitzung (Bewertung der Lösungsvorschläge) und ggfs. 5. Gremiumssitzung (finale Bewertung nach Überarbeitung Lösungsvorschläge) sowie für die Vergabeverhandlungsgespräche (Be-

wertung der Büros und Vorschlag für die Vergabe)) werden folgende Personen benannt:

a) Stimmberechtigte Teilnehmende:

- Peter Schelshorn, Bürgermeister (Vorsitz)
- Manfred Knobel, Bürgermeister (1. Vorsitzvertretung)
- Bruno Kiefer, Bürgermeister (2. Vorsitzvertretung)
- Michael Engesser, Bürgermeister
- Ewald Ruch, Bürgermeister
- Dirk Pfeffer, Bürgermeister
- Martin Wietzel, Bürgermeister
- Christian Rüscher, Bürgermeister
- Annette Franz, Bürgermeisterin

b) Stimmberechtigte Teilnehmende (Fachpreisrichter, s.o. Pkt. 8.):

- Hartmut Klein, Architekt LRA Breisgau-Hochschwarzwald, Mitglied Bezirksvorstand AKBW
- Andreas Böhring, Landschaftsarchitekt, AG Freiraum Freiburg

c) Nicht stimmberechtigte, beratende Teilnehmende:

- Matthias Asal, Gemeinderat
- Arnold Frank, Gemeinderat
- Horst Marterer, Gemeinderat
- Mechthild Münzer, Stadträtin
- Michael Schröder, Stadtrat
- Dr. Michael Sladek, Stadtrat
- Jürgen Strohmeier, Stadtrat
- Florian Bläsi, Gemeinderat
- Jörg Lais, Gemeinderat
- Michael Dehne, Gemeinderat
- Hans Leisinger, Gemeinderat
- Michael Fischer, Gemeinderat

- Yvonne Wagner, GVV Schönau, Leiterin Rechnungsamt
- Meike Schelshorn, GVV Schönau, stellv. Leiterin Rechnungsamt
- Helmut Wunderle, GVV Schönau, Leiter Bauamt
- Matthias Mühl, GVV Schönau, stellv. Leiter Bauamt
- Ute Hellmann, GVV Schönau, stellv. Leiterin Hauptamt
- Simon Sturmhöfel, GVV Schönau, Hausmeister Buchenbrandkomplex

- Stefanie Waldvogel, Rektorin der Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental
- Andrea Krämer, Rektorin der Buchenbrand-Grundschule
- Silvia Sutter, Leiterin des Buchenbrandkindergartens

d) Nicht stimmberechtigte, begleitende Teilnehmende (s.o. Pkt. 7.):

- Katrin Groote
 - Peter Steybe
10. Die Zuschlagsentscheidung trifft die Verbandsversammlung auf Grundlage der Empfehlung des oben benannten Auswahlgremiums. Dabei kann der Empfehlung des Auswahlgremiums gefolgt werden oder das Verfahren ist aufzuheben.
11. Die Vergabe der weiteren Planungsleistungen (Tragwerksplanung, TA Haustechnik, TA Elektro) soll anschließend über weitere zweistufige VgV-Verfahren erfolgen.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Wunderle

Gemeindeverwaltungsverband Schöna im Schwarzwald

Protokoll

Informationsabend „Weiteres Vorgehen Buchenbrand-Areal“

am 02.02.2023 (Beginn: 18:00 Uhr; Ende: 21:50 Uhr)

in Schöna im Schwarzwald, Bürgersaal

Anwesende: lt. Anwesenheitsliste

Begrüßung

Verbandsvorsitzender Peter Schelshorn begrüßt alle Anwesenden. Zuerst wird ein Totengedenken für den „Gründungsvater“ des Verbandes, Richard Böhler, gehalten. Im Anschluss wird das Video zum 50-jährigen Jubiläum des Gemeindeverwaltungsverbandes aus dem Jahr 2021 gezeigt, in dem u.a. auch Richard Böhler zu sehen ist. Der Film verdeutlicht, dass Themen gemeinsam angegangen werden sollen.

Peter Schelshorn erläutert die Gründe für das geplante Vorgehen:

- Die alte Buchenbrandhalle muss stillgelegt werden, dies war Bedingung für den Zuschuss (Ausgleichstock) für die neue Mehrzweckhalle.
- Parkplätze für Autos und Fahrräder müssen entsprechend der Baugenehmigung geschaffen werden.
- Sowohl die Buchenbrand-Grundschule, die Gemeinschaftsschule als auch der Kindergarten verzeichnen steigende Kinderzahlen.
- Ab dem Schuljahr 2025/2026 gibt es eine verpflichtende Ganztagesbetreuung in Grundschulen.
- Mittelfristig fehlen 2 Klassenräume in der Gemeinschaftsschule/Grundschule.
- Die Kindergartenkinder essen derzeit in der Turnhalle im Kindergarten, hier ist ein täglicher Auf- und Abbau zu leisten.
- Im Kindergarten fehlen Räumlichkeiten, die bestehenden Räumlichkeiten müssten renoviert werden.
- Die Mensa in der Buchenbrandschule ist zu klein.
- Ebenfalls fehlen Räume für Beratungsgespräche des Landratsamts im Oberen Wiesental (Elterngespräche, Erziehungsberatung, usw.)

Es wurden verschiedene Lösungsmöglichkeiten gesucht. Eine Machbarkeitsstudie soll Klarheit bringen.

Präsentationsvorstellung

Das Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie wird nun von den Büros dwd Ingenieur GmbH und Thoma-Lay-Buchler Architekten vorgestellt. Die Vorstellung erfolgt anhand einer Präsentation (Anlage). Ebenso gibt Klaus-Peter Steybe Informationen zur benötigten europaweiten Ausschreibung der Planungsleistungen sowie zur angedachten Mehrfachbeauftragung. Er stellt

eine mögliche Terminplanung vor (Anlage). (Anmerkung: Der EU-Schwellenwert liegt bei Dienstleistungsaufträgen bei netto 215.000 Euro.)

Herr Steybe wird in der Bürgermeisterdienstbesprechung am 02.03.2023 für weitere Fragen zur Verfügung stehen.

Am 23.03.2023 soll in der Verbandsversammlung der Beschluss über die Beauftragung des Büros Steybe Controlling gefasst werden.

Sozialdezernentin Zimmermann-Fiscella findet die vorgeschlagene Bündelung (Schule, Kindergarten, Sozialarbeit, Familienarbeit) hervorragend. Die Förderung von Kindern ist effizienter, je näher diese an der Schule und am Kindergarten angeboten wird. Sie appelliert daran, die Idee des Familienzentrums aufzugreifen und hat auch Ideen, dies z.B. als Hebammengruppenräume, für Sprachkurse, als Jugendraum oder sogar für Mehrgenerationsangebote zu nutzen. Sie unterstützt und befürwortet das vorgestellte Projekt.

Fragen / Anregungen

Michael Fischer, GR Wieden

- Michael Fischer erkundigt sich, was das große Problem bei der Ausfahrt zur Bahnhofstraße sei (Ausfahrt von 22.00 bis 6.00 Uhr verboten). Handelt es sich um ein Lärmproblem bzw. gibt es eine andere Lösung das Problem zu umgehen, z.B. Lärmschutzwände?

Peter Schelshorn erläutert, dass für den Neubau der Mehrzweckhalle ein Lärmschutzgutachten erstellt werden musste. Hier sind die besagten Uhrzeiten vermerkt. Lärmschutzwände wären eine Möglichkeit, in seinen Augen jedoch keine Gute. Das Landratsamt hat bereits signalisiert, dass am Lärmschutzthema nicht zu rütteln sei.

Alexandra Diewald sieht die Möglichkeit, erneut mit dem Landratsamt in Kontakt zu treten. Da weniger Parkplätze hier geplant sind, gäbe es auch weniger Ausfahrten Richtung Bahnhofstraße. Möglich wäre evtl. ein erneutes Lärmschutzgutachten.

- Zum Parkdeck würde Michael Fischer eine Variante ohne zusätzliche Lüftung bevorzugen, da diese mit enormen Energiekosten zusammenhängen würde.
Peter Schelshorn bestätigt, dass dies auch die Empfehlung der Verwaltung wäre.

- Michael Fischer meint sich zu erinnern, dass bei Architektenwettbewerben die Ergebnisse geistiges Eigentum der jeweiligen Architekten sei. Von Peter Schelshorn hätte er nun aber die Information bekommen, dass aus verschiedenen Architekturvorschlägen ausgewählt werden könnte.

Klaus-Peter Steybe erläutert, dass bei Architektenwettbewerben tatsächlich ein Urheberrecht besteht. Beim geplanten Verfahren handelt es sich jedoch um eine Mehrfachbeauftragung. Bei dieser erfolgt die Planung gegen Bezahlung und somit gehen die Rechte an den Auftraggeber über.

- [REDACTED] erkundigt sich, ob für die Parkplatzschaffung auch die Möglichkeit überlegt wurde, diese entlang des Bahnweges zu schaffen.

Alexandra Diewald erläutert, dass diese Möglichkeit nicht bedacht wurde, da dem Büro die Trennung der verschiedenen Verkehre (Fuß/Fahrrad/Auto) sehr wichtig war. Sie sieht diese Möglichkeit kritisch.

Peter Schelshorn bedankt sich für die Anregung.

Hartmut Schwäbl, GR Utzenfeld

- Hartmut Schwäbl hat eine Idee zur Lärmreduzierung. Er schlägt vor, Parkplätze teilweise für E-Autos auszuweisen.
Peter Schelshorn bedankt sich für den Hinweis. Parkplätze für E-Autos sind bereits vorgesehen, auch E-Tankstellen sind in der Überlegung.

Ewald Ruch, Bürgermeister Schönenberg

- Ewald Ruch erkundigt sich, ob auch eine Direktvergabe an ein Architekturbüro möglich wäre.
Klaus-Peter Steybe erläutert, dass aufgrund der Auftragssumme rechtlich eine europaweite Ausschreibung Pflicht ist, daher ist eine Direktvergabe nicht möglich.

■■■■■■■■■■

- ■■■■■■■■■■ möchte wissen, warum von der Bahnhofstraße nur Linksabbieger die Berechtigung haben sollen, auf den Parkplatz zu fahren.
Alexandra Diwald erläutert, dass die generelle Ein-/Ausfahrt von der B317 sein soll. Ein Verbot für Rechtsabbieger soll es von der Bahnhofstraße nicht geben, lediglich der „Umweg“ über die Bahnhofstraße kann wegfallen.

Dr. Michael Sladek, GR Schöna

- Dr. Michael Sladek merkt an, froh zu sein, dass am heutigen Abend ein Gesamtkonzept und nicht nur eine Parkplatzlösung vorgestellt wurde. Er bittet darum, bei der Planung keine Hektik zu machen und auch darum, das Familienzentrum einzuplanen.
- Er erkundigt sich, ob zum heutigen Zeitpunkt eine Gesamtinvestitionszahl genannt werden könne.
Peter Schelshorn erläutert, dass die Investitionshöhe davon abhängt, was letztendlich umgesetzt werden soll. Er sieht das Gesamtvolumen im Bereich 10 bis 20 Mio. Euro.
- Dr. Michael Sladek hat ein Problem mit der europaweiten Ausschreibung und sieht dies als unnötige Bürokratie an. Er erkundigt sich, ob das nicht umgangen werden kann.
Wie bereits beschrieben, ist die europaweite Ausschreibung Pflicht. Herr Steybe erläutert, dass für die Bürokratie (bei Beauftragung) das Büro Steybe zuständig wäre.
Peter Schelshorn erläutert, dass für ein sehr gutes Ergebnis ein Wettbewerb sinnvoll ist.
Edgar Thoma bekräftigt, dass es sich hier um sehr gut angelegtes Geld handelt. Am Ende kann aus verschiedenen Möglichkeiten ein Potpourri zusammengestellt werden.
- Dr. Sladek findet es toll, dass geplant ist, den bestehenden Parkplatz nicht zu überbauen. Er befürwortet die Planung eines großen Gebäudekomplexes, keine Aufteilung auf zwei Gebäude.

■■■■■■■■■■

. FC Schöna

- ■■■■■■■■■■ hält fest, dass von einem Parkplatzsoll von 147 die Rede ist. Sie möchte wissen, ob genügend Parkplätze für den Spielbetrieb im Jogi-Löw-Stadion gewährleistet sind.

Alexandra Diewald stimmt zu, dass bei der Berechnung auch der Spielbetrieb eingeflossen ist. Sie bittet darum, sich die Parkplätze großräumiger anzuschauen, also auch die Parkplätze etwas weiter weg zu nutzen.

Peter Schelshorn ergänzt, dass berücksichtigt wurde, dass Veranstaltungen gleichzeitig stattfinden, sowohl in der Halle als auch im Stadion. In der Regel finden die Veranstaltungen jedoch eher selten zeitgleich statt.

Erhard Kiefer, GR Schönenberg

- Erhard Kiefer regt an, auch den Weg zur Schule in Richtung Sportplatz sowie die Grünflächen für Parkplätze zu unterkellern.

Edgar Thoma erläutert, dass in seinen Augen das Verhältnis Aufwand/Kosten zu Nutzen nicht passen würde. Diese Variante würde nur minimal mehr Parkplätze ergeben, die Investitionen für Ausgrabungen und zusätzliche Lüftung wären hoch. Der Vorschlag wird jedoch als Anregung aufgenommen.

- [REDACTED] stellt fest, dass bei der bevorzugten Variante keine Busparkplätze ausgewiesen sind.

Alexandra Diewald informiert, dass markierte Busparkplätze beim Friedhofsparkplatz zu finden sind. Bei einer vorgestellten Variante war ein Platz für einen wartenden Bus eingeplant, dieser wurde in der nächsten Variante jedoch zugunsten von neun Parkplätzen gestrichen.

- [REDACTED] erkundigt sich, ob die Möglichkeit besteht, die Böschung neben dem Buchenbrandparkplatz in Richtung Sportplatz abzugraben und somit mehr Parkplätze zu schaffen.

Alexandra Diewald erläutert, dass dies nicht geplant sei, da das Gebiet zu felsig sei. Peter Schelshorn ergänzt, dass in diesem Bereich vor einiger Zeit eine Voranfrage bezüglich eines Hackschnitzel- bzw. Pellet-Bunkers ans Landratsamt gestellt wurde. Seitens des Landratsamtes kam jedoch keine positive Rückmeldung.

Oliver Gierth, GR Schöna

- Oliver Gierth erkundigt sich, ob für das Familienzentrum das bestehende Kindergarten-gebäude genutzt werden könnte.

Edgar Thoma erläutert, dass dies diskutiert wurde, grundsätzlich sei es denkbar. Es müsste überprüft werden, ob die Räume passen. Außerdem muss bedacht werden, dass der Kindergarten auch Außenflächen benötigt.

Peter Schelshorn ergänzt, dass für genügend Außenbereich für den Kindergarten das alte Gebäude weichen müsse. Außerdem spart ein Gebäude, gegenüber zwei Gebäuden, Kosten wie Unterhaltung, Anschlüsse, etc.

Bernhard Stiegeler, GR Fröhnd

- Bernhard Stiegeler erkundigt sich, ob es möglich wäre ein Teil des Sportplatzes für Parkplätze zu unterkellern. Er würde es als sinnvoll sehen, die Räumlichkeiten der alten Buchenbrandhalle umzunutzen für Kindergarten und Schule.

Peter Schelshorn spricht von enormen Kosten, da es unter dem Sportplatz felsig ist.

Edgar Thoma ergänzt, dass die Umnutzung der Halle keine Option sei, da sie wegen der Zuschüsse für die neue Mehrzweckhalle und aus den statischen und bautechnischen Gründen (als Anlage beigelegt) abgerissen werden muss. Außerdem sei die Unterkellerung des Sportplatzes aufgrund der Felsen sehr teuer.

Anja Strohmaier, GR Schönaun

- Anja Strohmaier erkundigt sich, ob das neue Gebäude mit dem bestehenden verbunden werden soll.
Edgar Thoma erklärt, dass das neue Gebäude von der Höhe so angeordnet werden würde, dass eine Verbindung geschaffen werden könnte, vermutlich im Außenbereich überdacht. Auch eine wettergeschützte Variante wäre eine Möglichkeit.
- Anja Strohmaier merkt an, dass sie die Einteilung der Räumlichkeiten umgekehrt (Kindergarten – Schulräume) als sinnvoller erachten würde.
Peter Schelshorn gibt zu bedenken, dass es sich nur um ein Beispiel handelt.

_____, GMS Oberes Wiesental

- [REDACTED] schließt sich der Meinung von Anja Strohmaier an. Sie sieht es als sinnvoll an, dass sich die neuen Klassenräume auf gleicher Ebene wie im bestehenden Gebäude befinden.
Klaus-Peter Steybe wird die Anregung als Anforderung in die Ausschreibung aufnehmen.

Ferdinand Römer, GR Schönenberg

- Ferdinand Römer erkundigt sich, was bei den bestehenden Gebäuden (Schule) auf den Verband zukommen könnte. Ist hier Sanierung vonnöten?
Peter Schelshorn erläutert, dass bei der Schule kein großer Sanierungsbedarf festgestellt wurde. Eine Ausnahme könnte das Flachdach darstellen.
- Weiter erkundigt sich Ferdinand Römer, wie es mit der Erweiterbarkeit der angedachten Variante aussieht. Ihm ist es wichtig, dass Möglichkeiten zur Erweiterung bestehen.
Peter Schelshorn meint, dass dies als Anforderung in die Ausschreibung aufgenommen werden sollte.

Thomas Walleser, GR Wieden

- Thomas Walleser sieht es so, dass der 3. Schritt hier zuerst gemacht wird. Peter Schelshorn erläutert nochmals die Vorgehensweise. In einem ersten Schritt soll das Büro Steybe beauftragt und ein Gremium gebildet werden. Innerhalb dieses Verfahrens soll entschieden werden, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Auch, mit wie vielen Büros die Mehrfachbeauftragung sinnvoll sei. An einem EU-weiten Vergabeverfahren für Planungsleistungen führt kein Weg vorbei.
- Thomas Walleser erkundigt sich, ob die 300.000 Euro für das Verfahren im Haushaltsplan eingestellt sind. Peter Schelshorn bestätigt, dass das Geld im Haushaltsplan eingestellt ist, d.h. es steht zur Verfügung. Dies bedeutet nicht, dass es zwingend ausgegeben wird. Michael Fischer bekräftigt, dass dies seine explizite Frage in der Verbandsversammlung mit Haushaltsbeschluss gewesen ist.

Peter Schelshorn erklärt, dass der Beschluss über die Vergabe an das Büro Steybe in der Verbandsversammlung im März gefasst werden soll. Eine Vergabe ist noch nicht erfolgt.

- Thomas Walleser möchte zum Haushaltsplan einige kritische Anmerkungen machen.
 - Im Plan ist eine Lohnerhöhung von 3 % vorgesehen. Dies ist aus seiner Sicht unrealistisch. Er rechnet mit wesentlich höheren Lohnsteigerungen.
 - Außerdem kommen weitere Ausgaben, die nötig sind, hinzu.
 - Für die Mehrzweckhalle muss die Gemeinde Wieden jährlich 25.000 Euro aufbringen.
 - 80.000 Euro oder mehr kann sich die Gemeinde Wieden nicht leisten.
 - Er hofft, dass die alte Buchenbrandhalle noch lange steht und als Flüchtlingsunterbringung genutzt werden kann.
 - Thomas Walleser befürchtet, dass die Haushalte nicht mehr ausgeglichen werden können.
 - Er sieht dieses Projekt als „Plan des Wahnsinns“. Wo soll das Geld herkommen?

Peter Schelshorn erwidert, dass der Kindergarten und die Schule Pflichtaufgaben sind. Das Projekt ist auch kleiner möglich, die Entscheidung wird in den Gremien gefällt. Konkrete Beträge wurden nicht genannt, auch nicht für eine mögliche Förderung. Es muss zuerst dargestellt werden, welche Kosten auf die Gemeinden zukommen. Außerdem wird die Kommunalaufsicht alles kritisch betrachten. Alle neun Gemeinden gemeinsam haben eine größere Chance. Das Gelände, auf dem die Buchenbrandhalle steht, gehört der Stadt Schönau im Schwarzwald. Irgendwann wird der Gemeinderat entscheiden, dass der GVV das Gebäude abzureißen hat. Die Flüchtlingsunterbringung war nur eine Übergangslösung, dem Landratsamt ist bekannt, dass die Halle wekommt.

Peter Schelshorn sieht bei der Gemeinde Wieden anderweitig Einsparpotential (Feuerwehr/Werkhof). Für ihn ist dies hier eine Einzelmeinung.

Die Selbstständigkeit der Gemeinden ist nur möglich, wenn gemeinsam agiert wird. Er plädiert dafür, gemeinsam Lösungen zu finden.

Michael Engesser, Bürgermeister Fröhnd

- Michael Engesser erklärt, dass er die vorgestellte Variante 2b gut findet. Die Frage für ihn lautet: „Was können wir uns leisten?“ Er sieht vor allem die Kosten für die Zukunft wie Zinsen, Abschreibungen, etc. Konfrontiert werden die Gemeinden auch mit einer höheren Kreisumlage. Die Mehrheit entscheidet über dieses Projekt, d.h. es herrscht Gruppenzwang. Selbst wenn sich eine Gemeinde beispielsweise die Umlage hierfür nicht leisten könnte, muss trotzdem der Weg gegangen werden. Schönau steht derzeit finanziell gut da und ist der starke Partner im Verband. Dies kann sich jedoch auch ändern.
- Michael Engesser erläutert weiter, dass derzeit 105 Parkplätze auf dem Buchenbrandareal vorhanden sind. Bei der Variante 2b wären es 109 Parkplätze, also nicht wesentlich mehr.
- Er hat sich die Frage gestellt, was die Alternative wäre, falls der Verband sich das nicht leisten könne.
Räumlichkeiten Kindergarten/Schule – Sanierung? Alternativen? Waldkindergarten? Zweiter Waldkindergarten?
Neue Räumlichkeiten sind schöner, effizient und die Unterhaltungskosten günstiger. Aber „Können wir uns das leisten?“

Peter Schelshorn erläutert, dass die Gemeinden im Verfahren entscheiden sollen, in welchem Umfang das Projekt umgesetzt werden soll. Möglich wäre auch, dass der Kindergarten bleibt, eine neue Mensa gebaut wird und/oder ein zweiter Waldkindergarten entsteht. Es ist offen, wo die Reise hingehen soll. Es sollen bessere Bedingungen für die Kinder und das Personal geschaffen werden. Der Gesichtspunkt „Können wir uns das leisten?“ muss beleuchtet werden. Das Projekt ist jedoch nur gemeinsam stemmbar. Er bittet darum: „Lasst uns das Verfahren starten.“

Matthias Asal, GR Aitern

- Matthias Asal hat eine Anregung zur Planungsvariante. Die Klassenzimmer, die an das neue Gebäude angrenzen würden, werden derzeit von der Grundschule genutzt. Somit wären die Räumlichkeiten von Gemeinschaftsschule und Grundschule dann „querbeet“. Peter Schelshorn teilt mit, dass die Raumeinteilung derzeit verschoben wird. Die Schulen organisieren dies untereinander.

Roland Pfefferle, GR Aitern

- Roland Pfefferle erkundigt sich nach der Zahlenbasis, die für die Berechnung zur Verfügung stand.
Peter Schelshorn erläutert, dass für die Mensa die derzeitigen Essenszahlen angegeben wurden sowie eine Annahme für den Grundschulbereich. Bei den Schülerzahlen wurden die aktuellen Kinderzahlen angenommen. Da derzeit vermehrt Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, werden die Kinderzahlen eher noch steigen. Die Flüchtlingszahlen wurden bisher nicht berücksichtigt.

Alexander Knobel, GR Schönau

- Alexander Knobel erwähnt, dass der Verband nicht aus Spaß baut, sondern um seine Pflichtaufgaben zu erfüllen. Hier gibt es viele Abhängigkeiten und Auflagen. Er sieht eine ordentliche Planung für ein Gesamtkonzept als sinnvoll, da es sonst nur Stückwerk gibt. Ein Konzept, dass bei Bedarf auch erweiterbar ist, fände er gut. Er fände es gut, das Verfahren zu starten und somit einen Gesamtüberblick zu erhalten, sodass am Ende ein Gesamtkonzept steht.

Peter Schelshorn dankt allen Beteiligten an diesem Abend sowie allen, die sich mit Wortbeiträgen eingebracht haben. „Lasst uns gemeinsam vorangehen.“

„Wir haben gewisse Pflichtaufgaben, die wir erfüllen müssen“, so Peter Schelshorn. Wenn alle GVV-Gemeinden gemeinsam agieren, gibt es gute Aussichten auf Fördermöglichkeiten. Dies hier ist „kein abschließendes Werk“. Es wurde lediglich aufgezeigt, wohin die Reise gehen könnte. Ein Familienzentrum würde am Standort in Schönau deutliche Vorteile bringen. Das wäre riesiger Standortvorteil gegenüber den Nachbarkommunen. In der GVV-Sitzung im März soll darüber entschieden werden, ob Steybe beauftragt wird und wie verschiedene Gremien besetzt werden, die wiederum über weitere Schritte diskutieren sollen. "Nur, wenn wir gemeinsam agieren, können wir etwas für die junge Generation schaffen. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir das, wenn wir gemeinsame Wege gehen, auch stemmen können."

gez. Ute Hellmann

Gestaltung Buchenbrandareal - Darstellung der notwendigen Umsetzungen

Stand: 28.02.2023 9:45 Uhr

Teilbereich	Notwendigkeit Umsetzung	Bemerkungen	Umlage
Herstellung der Parkplätze / Parkplatzumbau	ja, da Muss, aber...	- Prüfung in Machbarkeitsstudie auf höchstmögliche nötige Anzahl laut Baugenehmigung - Anfrage bei LRA Baurechtsamt zum Entgegenkommen bei nötiger Anzahl Parkplätze - Verwaltungsvorschlag Parkplätze unabhängig von Parkdeck oberirdisch herzustellen (PV-Notwendigkeit) - Förderung Rad- und Fußgängerwegebau / PV: EWS-Sonnencent	Mehrzweckhalle
Neue Gesamt-Mensa für GMS/GS/Kiga	ja, da Muss	- Gemeinsame Mensa-Küche für alle (bisher Cook-and-freeze) - Trennung Essensräume über mobile Trennwände - Einbindung Elterncafé und anderer Angebotsformen (Teil Familienzentrum) - Förderung Mensabau	neue noch zu definierende Umlage
Fehlende Klassenräume Schulgebäude	ja, da Muss	- 4 Klassenräume in der Machbarkeitsstudie angefragt - 2 Klassenräume laut Schulen ausreichend, wenn Mensa aus der Buchenbrandschule ausgelagert wird - Förderung für verlässliche Grundschule / Schulhausbau	GMS-Umlage
Kiga-Räume	sollte umgesetzt werden	- 5 Gruppenräume in Machbarkeitsstudie angefragt - 4 Gruppenräume aus Sicht Verwaltung notwendig (2 bestehende Ü3-Gruppen, 1 bestehende Krippen-Gruppe, 1 neue geplante Krippen-Gruppe) - Notwendigkeit kurzer Wege Kiga-Kinder in Mensa macht aus Sicht der Verwaltung Unterbringung in einem Gebäude nötig - gemeinsame Nutzung Beratungsräume (Teil Familienzentrum) durch Kiga, GS, GMS und LRA spricht ebenfalls für Unterbringung in einem Gebäude - Neugestaltung des Freibereiches der Kiga spricht ebenfalls für Unterbringung in einem Gebäude - Förderung Kigabau	Kiga-Umlage
Verlegung Integrationsbüro GVV/Stadt Todtnau	sollte umgesetzt werden	- Einsparung Mietkosten Wiesenstraße / freies Geld für AfA - Teil Familienzentrum	Allgemeine Umlage
Verlegung GVV-Jugendraum vom Rathaus Schönau	sollte umgesetzt werden	- Bedarfsgerechtes Umfeld rund um die Mehrzweckhalle durch u.a. Mini-Soccerfeld, Skaterplatz, Street-Workout, Basketballkörbe, Tischtennisplatten - Teil Familienzentrum	Allgemeine Umlage
Energieräume Buchenbrand-Komplex Nahwärme	ja, da Muss	- Anbindung des Gesamtkomplexes an das Nahwärmenetz Schönau / Abschaltung Gas - Bau durch EWS (oder eigener Bau mit Vermietung an EWS) - BAFA-Förderung	Allgemeine Umlage

Weitere Notwendigkeiten aus Sicht der Verwaltung:

- Aufstockbarkeit / Erweiterbarkeit des Gebäudes
- Funktionalität vor Schönheit

Mögliche Förderprogramme:

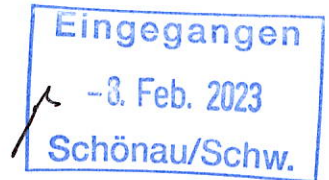
- Ausgleichsstock
- ELR
- Kigabau
- Mensabau
- Schulhausbau
- Verlässliche Grundschule
- Rad- und Fußgängerwegebau
- BAFA
- EWS-Sonnencent
- Integrationsarbeit

Elternbeirat der Gemeinschaftsschule Oberes Wiesental

1. Vorsitzende Silke Oberhofer

Wiesenweg 8 – 79674 Todtnau-Aftersteg

Telefon: 07671 999272 E-Mail: silkeoberhofer@gmail.com



Aftersteg, 01.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Peter Schelshorn,
sehr geehrte Verbandsbürgermeister,
sehr geehrte Verbandsmitglieder,

wir Elternbeiräte der GMS Oberes Wiesental haben uns neu aufgestellt und möchten uns nun für den Erhalt und Ausbau unserer Schule einsetzen. Der Aufbau der GMS war ein langer, aber erfolgreicher Prozess. Die Schule hat sich gut etabliert, die Konzeption der GMS findet unter den Familien im Oberen Wiesental großen Zuspruch, die Schülerzahlen waren in den letzten 3 Jahren konstant hoch und steigen weiter. Unser Lehrer-Team und die „neue“ Schulleitung unter Frau Waldvogel und Frau Hierholzer leisten hervorragende Arbeit, die allerdings auch die nötige Infrastruktur und Ausstattung der Schule braucht. Eine Vielfalt an Grundschulen und weiterführenden, wohnortnahen Schulen ist ebenso von großer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Todtnau/Schönau und der möglichen Anwerbung und Zuzug von Fachkräften.

Somit ergeben sich für uns die nachfolgenden 3 Schwerpunkte,
die möglichst zeitnah in Angriff genommen werden sollten:

1. Wachsende Schülerzahlen sind für die GMS auch von Bedeutung, um möglichst die vorgegebenen Klassenteiler zu erreichen, um wieder kleine Lerngruppen bilden zu können. Da die Raumkapazität allerdings bereits mit den jetzigen Klassen vollständig ausgeschöpft ist, werden zunächst 3 zusätzliche Klassenzimmer bzw. Differenzierungsräume am Standort Schönau benötigt.
Die Konzeption der Gemeinschaftsschule sieht eine Förderung der Schüler in Kleingruppen sowie Leistungsdifferenziertes Arbeiten in den 3 Lern-Niveaus vor. Das ist aufgrund der Raumknappheit zurzeit nicht möglich.
Die „Ausquartierung“ verschiedener Fachbereiche sollte keine Dauerlösung sein, da durch den Schulweg zusätzlicher Aufwand entsteht.
Hier sind glaub schon Lösungen mit der Grundschule und der GMS OW entstanden, die noch umgesetzt werden, ist das richtig?

Nichts desto trotz wird zeitnah eine größere Mensa benötigt, gibt es hier schon Überlegungen, Ideen.. wie kann der Träger die GMS Organisatorisch unterstützen?

2. „Gemeinsam“ steckt schon im Namen der GMS und somit kommt der Wunsch, auch gemeinsam die Mittagspause zu verbringen nicht nur von uns Eltern und Lehrerkollegium sondern vor allem auch von den Schülern selbst.
Wir wünschen uns, dass alle Schüler (zumindest der jeweiligen Klassenstufe) gemeinsam in der Mensa Mittagessen können und dürfen.

Bei den gleichbleibend hohen Schülerzahlen ist der Platz in der Mensa nicht ausreichend, so dass auch Kinder, die kein Mensa-Essen bestellt haben, dort mit Ihren Klassenkameraden die Mittagspause verbringen können.

Wir bitten auch darum, die Hygienevorschriften dahingehend zu prüfen und zu korrigieren, dass eine gemeinsame Mahlzeit möglich ist.

3. Und da an der Gemeinschaftsschule „Inklusion“ gelebt wird, benötigen wir auch hier Unterstützung zum Beispiel durch eine zusätzliche Inklusionsfachkraft. Zum einen würde diese Kraft die Arbeit der Lehrer im Unterricht unterstützen, davon würden nicht nur die „Inklusionskinder“ profitieren, sondern auch die Organisation und Durchführung von gemeinsamen Ausflügen, Projekten und Veranstaltungen möglich machen.
Auch die Zahl der angemeldeten Inklusionsschüler ist wachsend.

In Todtnau wurde im vergangenen Jahr ein Schulausschuss einberufen, um relevante Themen aller Schularten betreffend entsprechend vor zu besprechen und im Gemeinderat präsentieren und klären zu können. Wäre das eventuell auch ein sinnvolles Gremium für den GVV?

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung und danken für Ihre Unterstützung und ihr Verständnis.

Es grüßt aus Todtnau



Silke Oberhofer

Vorsitzende des Elternbeirates
GMS Oberes Wiesental

8. Stufe 2 –Lageplan Gesamt



02.02.2023

dwd INGENIEUR GMBH

13

06.02.23 Wu

≈ 44 Stellplätze möglich

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 4:

Fortschreibung Flächennutzungsplan: Ortsumfahrung B 317 auf Gemarkung Schönau im Schwarzwald

Sachverhalt:

Die vom Gemeindeverwaltungsverband beschlossene Fortschreibung des Flächennutzungsplans (FNP) für das gesamte Verbandsgebiet hat das Ziel, mögliche Flächen zur weiteren städtebaulichen Entwicklung festzulegen. Besondere Bedeutung hat daher die Ausweisung von Neubaugebieten sowie die Ausweisung von Flächen für die verkehrliche Weiterentwicklung. Bezüglich der verkehrlichen Entwicklung sind im aktuellen FNP auf der Gemarkung Schönau im Schwarzwald vom Aiterfeld bis in die Flüh Flächen für eine Ortsumfahrung B 317 eingetragen bzw. gesichert. Somit sind derzeit in diesen Bereichen keine weiteren städtebaulichen Entwicklungen möglich.

Im Zuge der Bearbeitung des „Gemeindeübergreifenden Entwicklungskonzeptes für den GVV Schönau im Schwarzwald“ (einstimmig festgestellt in der GVV-Verbandsversammlung vom 17.10.2019) wurde im März 2017 die Befragung aller Haushalte im GVV Schönau im Schwarzwald durchgeführt. Aufgerufen waren alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, sich an der Befragung zu beteiligen. Es konnten 1.763 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnet werden. Dies entspricht einer sehr guten Beteiligungsquote in Höhe von rund 32% der Einwohner ab 16 Jahren.

Im Zuge der Haushaltsbefragungen wurde auch das Thema Ortsumfahrung der B 317 in Schönau beleuchtet (siehe Auszug aus der Haushaltsbefragung). Insgesamt nahmen daran 1.673 Personen über 16 Jahren teil. Dabei sprachen sich im GVV 45 % gegen und 55 % für eine Ortsumfahrung aus. In der Stadt Schönau im Schwarzwald sprachen sich 49 % gegen und 51 % für eine Umfahrung aus. Die Auswertung ergab zusätzlich, dass sich die jüngere Generation tendenziell gegen eine Ortsumfahrung ausspricht, während die Altersgruppe über 65 die meisten Befürworter hatte. Die Auswertung nach Haushaltsklassen ergab, dass sich Mehrpersonenhaushalte mit Kindern auf Verbandsebene mit ca. 55 % und auf Ebene der Stadt Schönau im Schwarzwald mit ca. 65 % gegen eine Ortsumfahrung aussprachen.

Das Regierungspräsidium Freiburg schätzt eine Realisierung dieser Ortsumfahrung als sehr gering ein. Nachfolgend die Stellungnahme von Herrn Gassenmeier, Regierungspräsidium Freiburg, vom 11.10.2022:

Sehr geehrter Herr Wunderle,

im aktuellen Bundesverkehrswegeplan ist die Ortsumfahrung Schönau nicht mehr enthalten. Eine Realisierung steht damit auf absehbare Zeit nicht in Aussicht. Ob Chancen bestehen, dass die Ortsumfahrung Schönau bei einer Fortschreibung wieder in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird ist fraglich. Für die Straßenbauverwaltung gibt es keine Rechtsgrundlage, auf eine Beibehaltung der Trasse im Flächennutzungsplan zu bestehen. Die Gemeinde kann damit die Trasse überplanen, muss sich allerdings dessen bewusst sein, dass die Chancen für eine Wiederaufnahme des Projektes damit weiter sinken.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Gassenmeier

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG
Referat 47.3 - Baureferat Süd
Rathausplatz 5
79713 Bad Säckingen
Telefon: +49 7761 5506-6759
E-Mail: Oliver.Gassenmeier@rpf.bwl.de

Da die Ortsumfahrung Schönau die Kriterien für die Aufnahme in den Bundesverkehrsplan nicht erfüllt, ist sie darin auch nicht mehr enthalten. Aus Sicht der Verwaltung erscheint eine mögliche Realisierung bei den veränderten politischen und klimatischen Rahmenbedingungen nicht gegeben.

Gerade im Bereich der geplanten Anbindung der Kreisstraße Richtung Tunau (siehe Lageplan) gibt es innenstadtnahe mögliche Entwicklungs- und Baulandflächen (eingezeichnet als mögliche Baulandentwicklungsflächen „Schleifenbach Nord“ und „Schleifenbach Süd“) und Investorenanfragen. Für eine mögliche Entwicklung des Schönauer Ortsteils „Uff d’Bruck“ ist es deshalb entscheidend, ob an dieser Stelle an der Ortsumfahrung Schönau in der neuen Fortschreibung des FNP festgehalten werden soll.

Der Gemeinderat der Stadt Schönau im Schwarzwald hat in seiner Gemeinderatsitzung vom 23.01.2023 mehrheitlich (eine Gegenstimme) folgende Empfehlungen an den Gemeindeverwaltungsverband beschlossen:

Der Gemeinderat befürwortet

- 1. Eine Entwicklung des Ortsteils „Uff d’Bruck“ durch mögliche Entwicklungs- und Baulandflächen und Aufhebung der Trassenführung der Ortsumfahrung Schönau in diesem Bereich.**
- 2. Die städtebauliche Entwicklung des Ortsteils „Schönenbuchen“ durch eine Ortsumfahrung.**
- 3. Die restlichen Trassenführungen im Bereich Flüh bzw. Mühl matt sollen im Zuge der FNP-Fortschreibung näher betrachtet werden.**

Die drei Punkte sollen dem GVV zur Aufnahme in die FNP-Fortführung empfohlen werden. Die Nr. 1 soll aufgrund der Wichtigkeit zeitnah zur Beschlussfassung beim

GVV behandelt werden. Die Stadt Schönau im Schwarzwald bittet um Aufnahme des Punktes in eine der nächsten Sitzungen der Verbandsversammlung.

Aufgrund der Wichtigkeit der Entwicklungsmöglichkeiten für die Stadt Schönau im Schwarzwald durch die Investorenanfragen, wird dem Beschluss des Gemeinderats der Stadt Schönau im Schwarzwald mit diesem Tagesordnungspunkt in der Verbandsversammlung Rechnung getragen.

Über eine komplette Entfernung der geplanten Ortsumfahrung Schönau aus der Fortschreibung des FNP sollte der Gemeindeverwaltungsverband derzeit keine Entscheidung treffen. Möglicherweise ergeben sich durch eine kleinere Variante der Ortsumfahrung -beispielsweise einer Ortsumfahrung Schönenbuchen - eine städtebauliche Aufwertung des Ortsteils Schönebuchen. Dies sollte ebenso wie die restliche Trassenführung im Bereich Flüh bzw. Mühl matt vom GVV im Zuge der FNP-Fortschreibung näher betrachtet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt

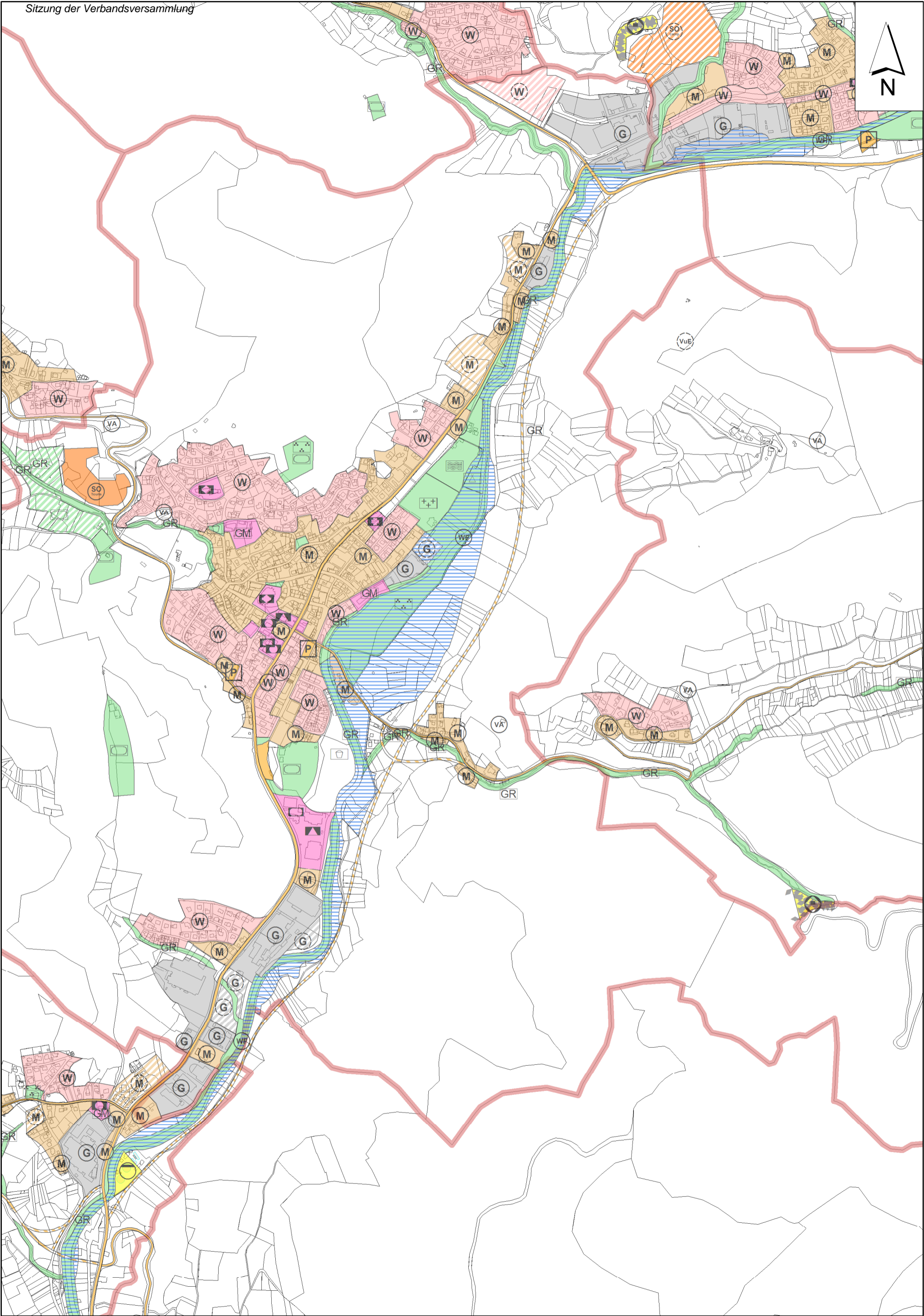
1. Die Aufhebung der Trassenführung der Ortsumfahrung Schönau im Bereich der geplanten Anbindung der Kreisstraße Richtung Tunau.
2. Die städtebauliche Entwicklung des Schönauer Ortsteils „Schönenbuchen“ durch eine Ortsumfahrung zu prüfen.
3. Die restlichen Trassenführungen im Bereich Flüh bzw. Mühl matt sollen im Zuge der FNP-Fortschreibung näher betrachtet werden.

Rechtslage:

Die Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans fällt in die Zuständigkeit des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald.

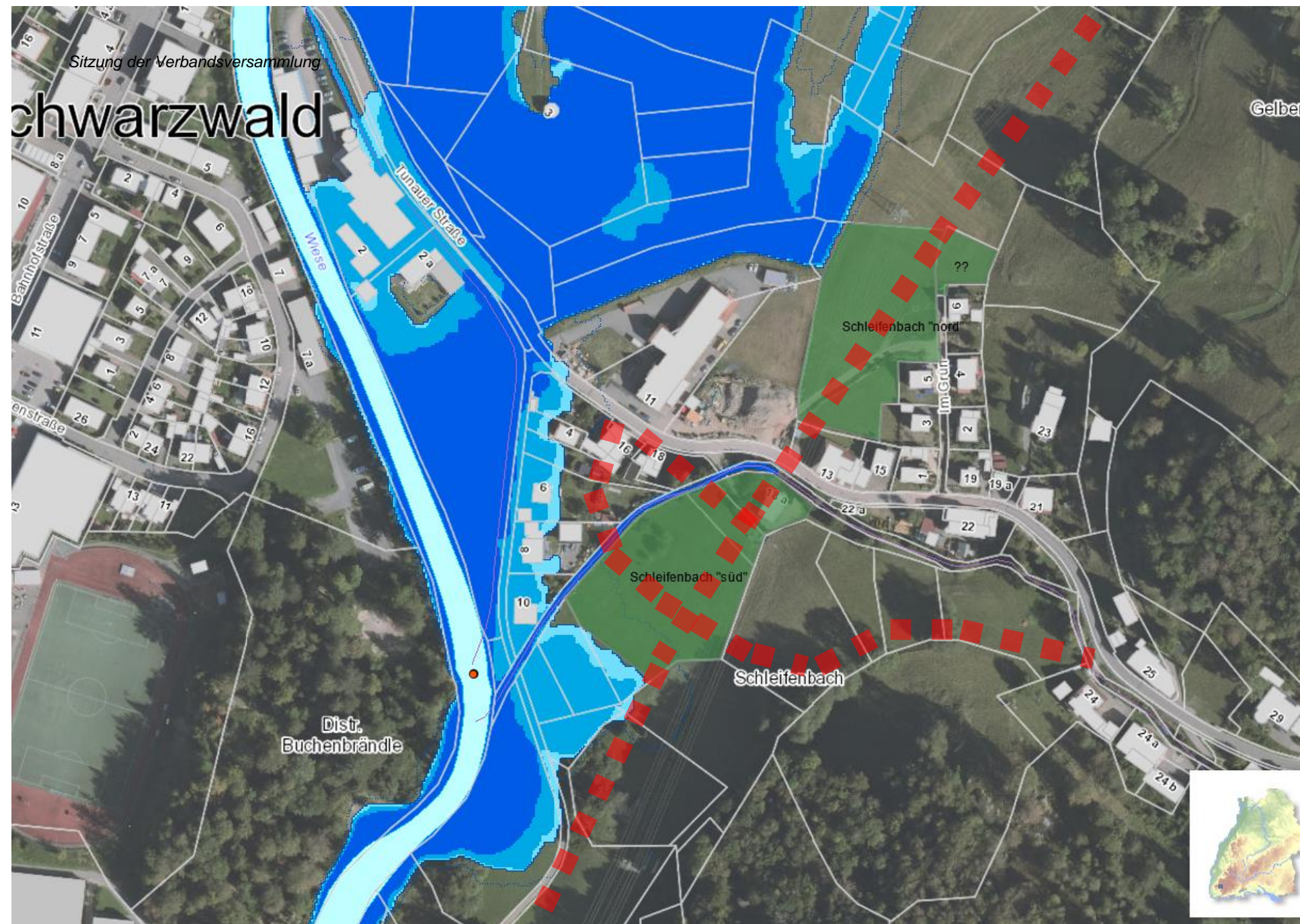
Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Wunderle



Schwarzwald

Sitzung der Verbandsversammlung



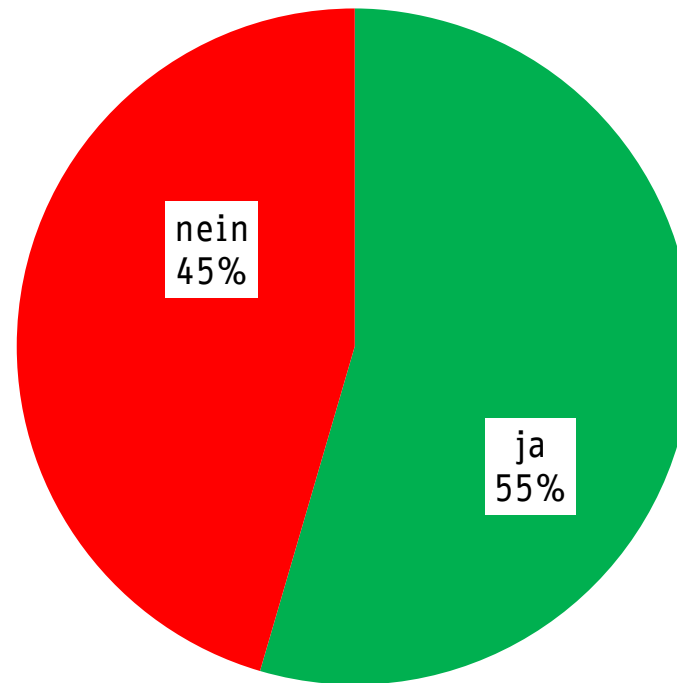
- Trasse B 317 neu
- Mögliche Entwicklungsflächen
- HQ100

**Stadt Schöna u im
Schwarzwald**
Baulandentwicklung
Schleifenbach

Haushaltsbefragung

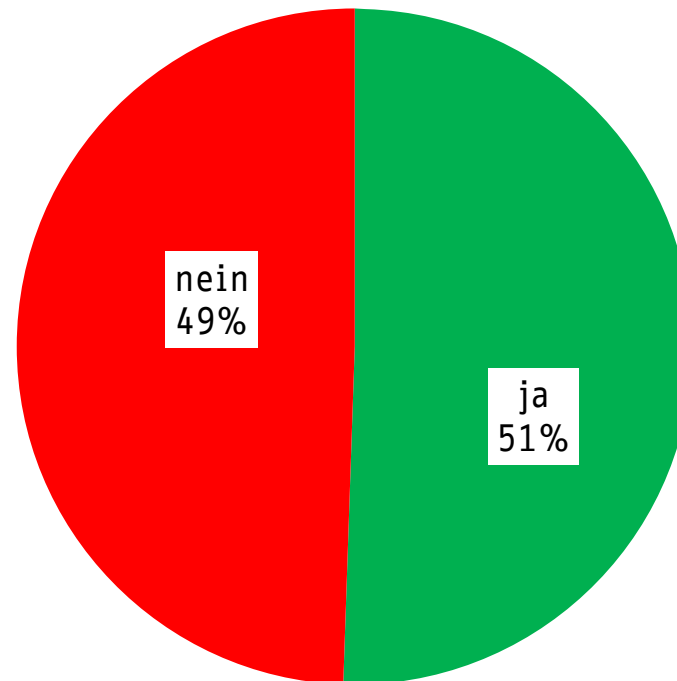
- Durchführung im März 2017
- Zielgruppe: alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren im gesamten Verwaltungsverband
- insgesamt 1.763 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönauf aus?



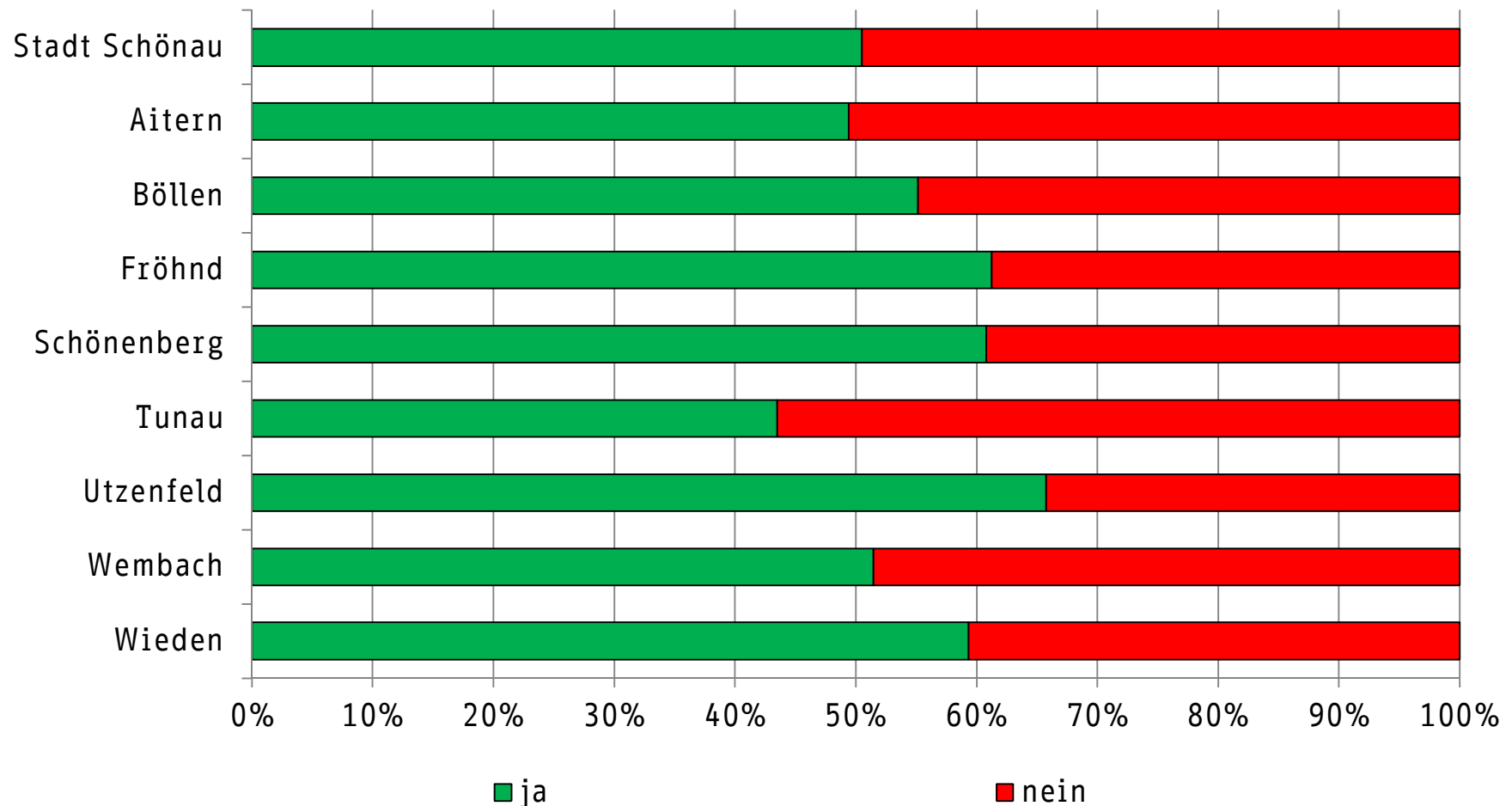
Gesamtzahl Befragte 1.673

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönauf aus? – nur Bewohner Stadt Schönauf



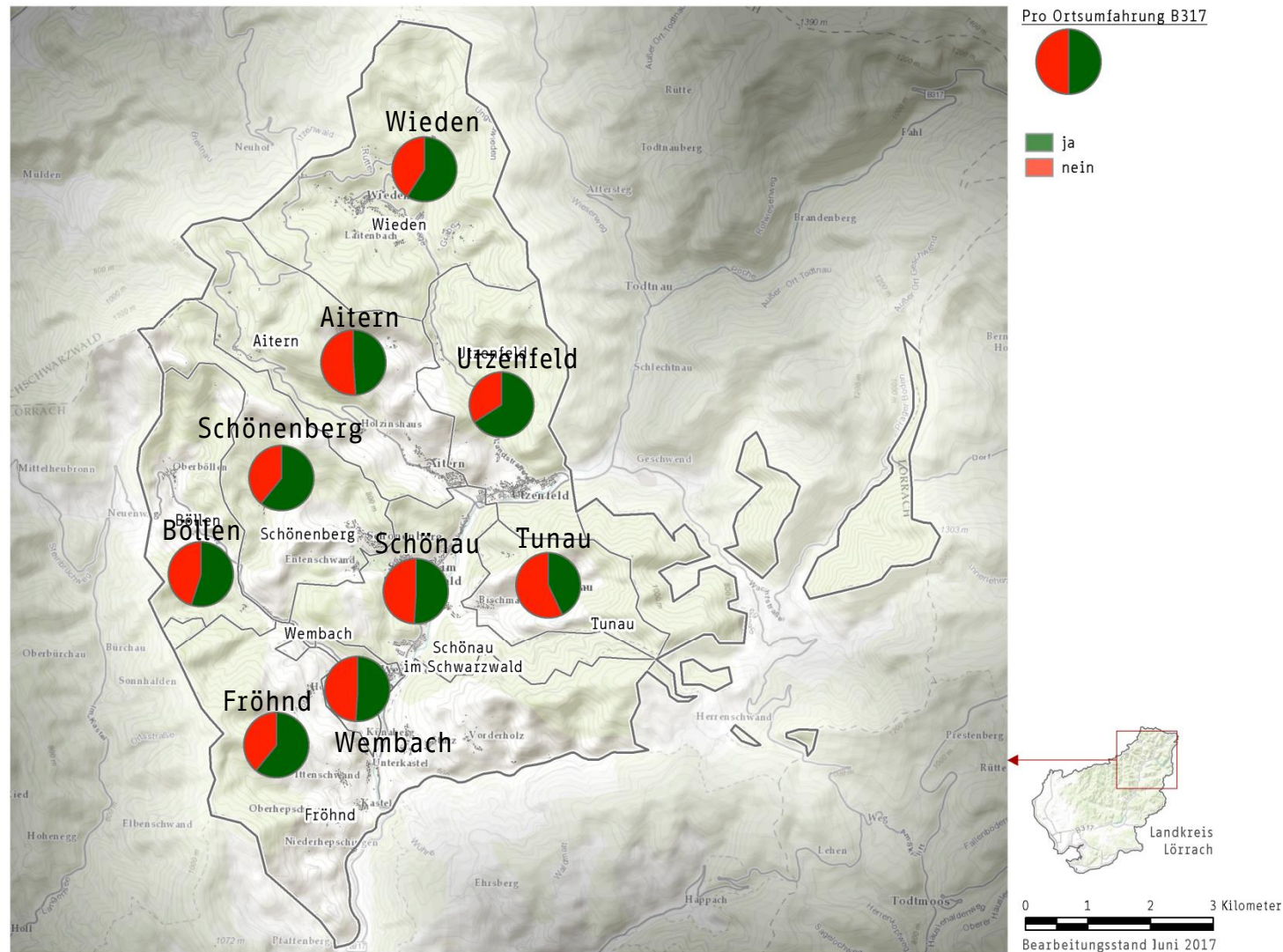
Gesamtzahl Befragte 669

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönauf aus? - nach Wohnort

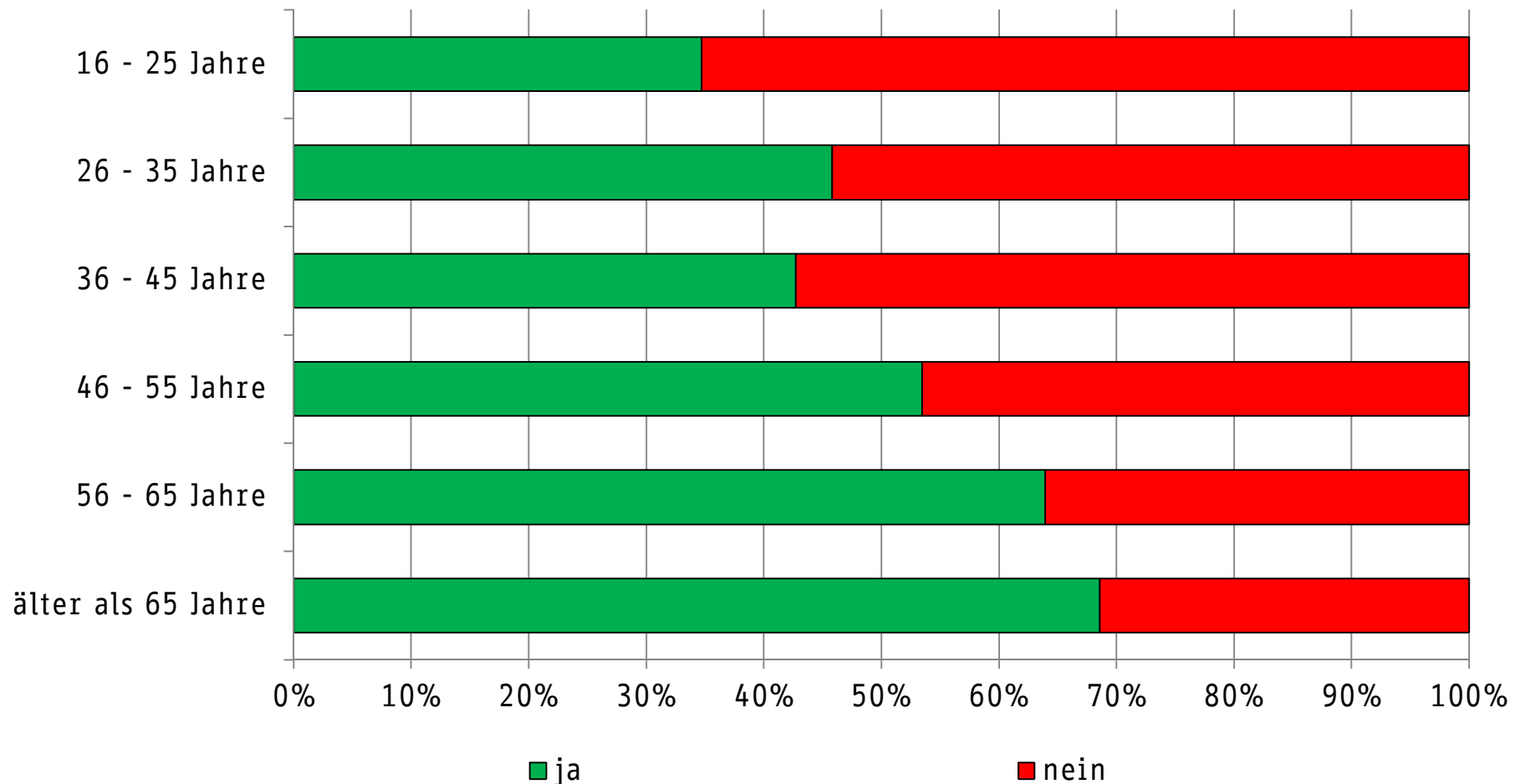


Befragte mit Nennung je Gemeinde 29 - 669

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönau aus? - nach Wohnort

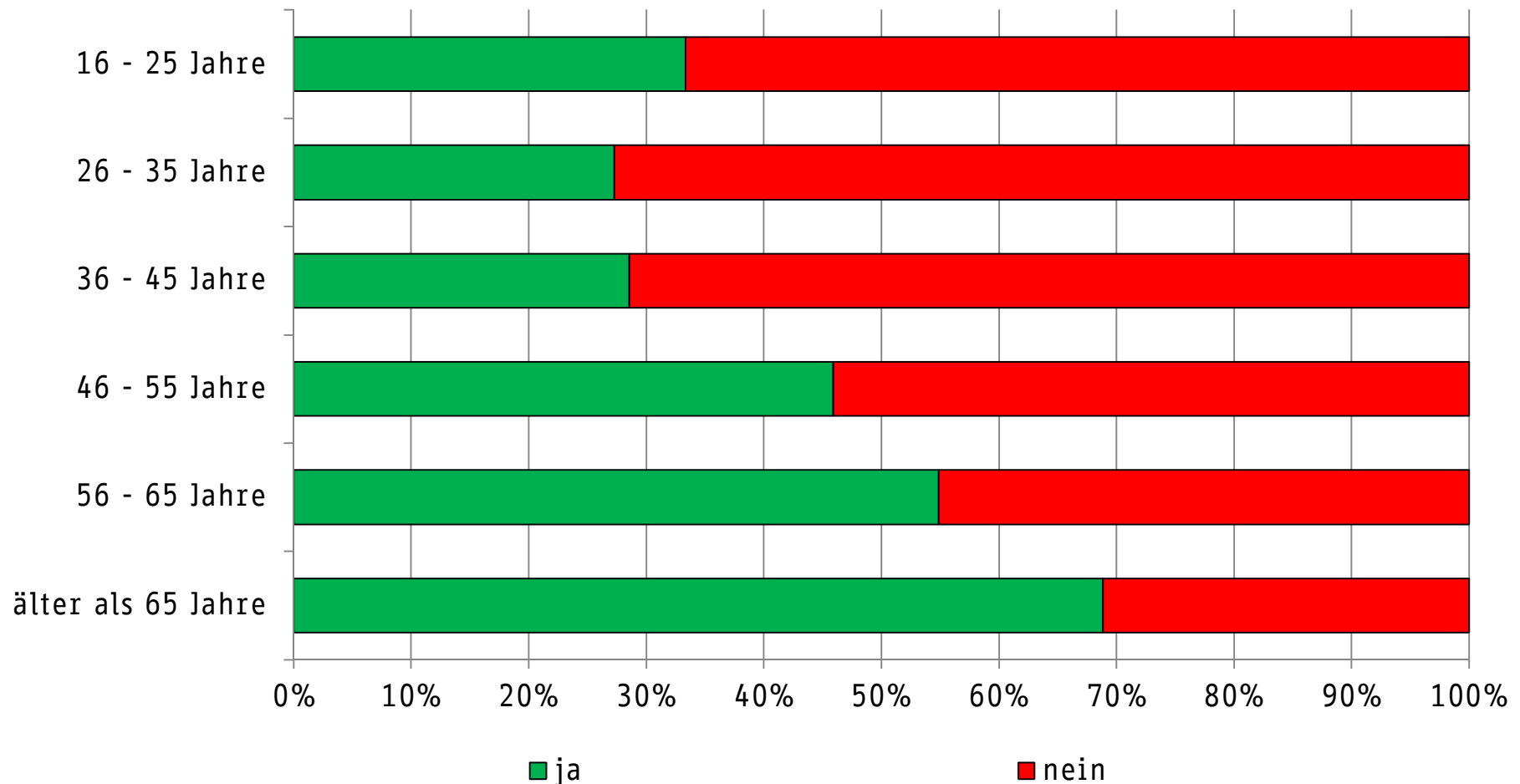


Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönau aus? - nach Altersklassen



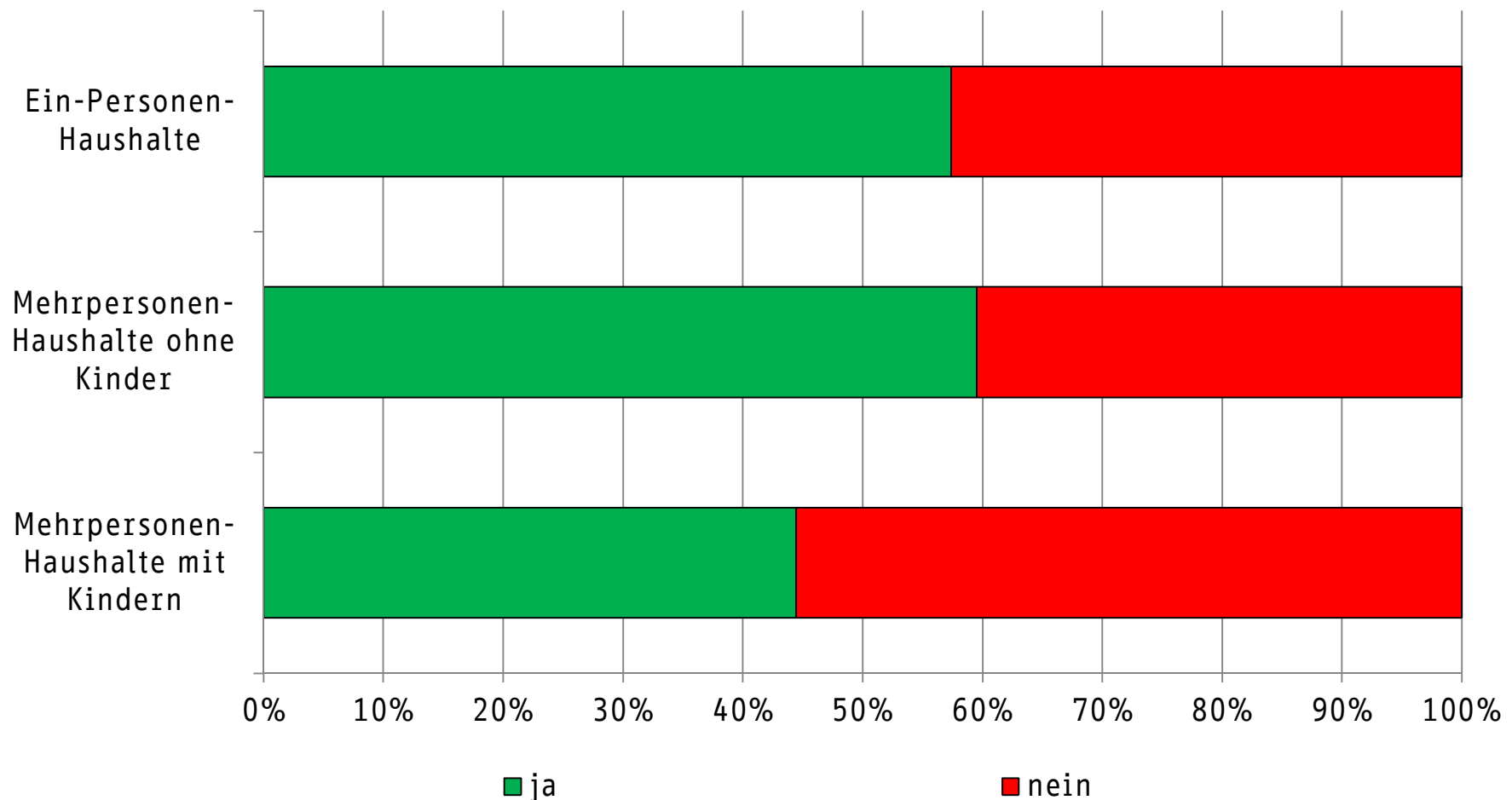
Befragte mit Nennung je Altersklasse 170 - 404

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönau aus? – nur Schönauer, nach Altersklassen



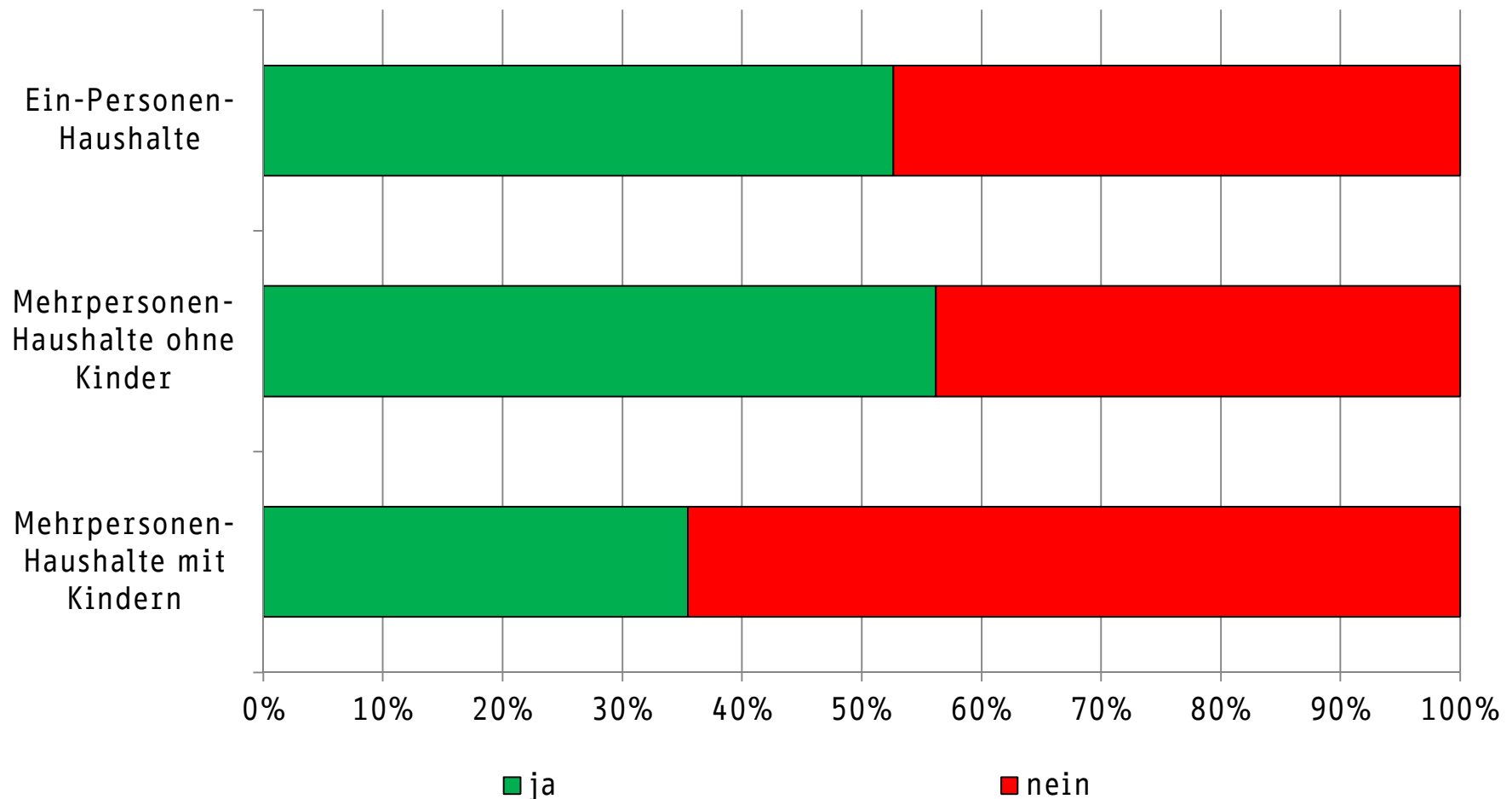
Befragte mit Nennung je Altersklasse 55 - 199

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönau aus? - nach Haushaltsklassen



Befragte mit Nennung je Haushaltsklasse 183 - 867

Sprechen Sie sich für eine Ortsumfahrung der B 317 um Schönau aus? – nur Schönauer, nach Haushaltsklassen



Befragte mit Nennung je Haushaltsklasse 95 - 394

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 5:

4. Änderung des Flächennutzungsplanes - Teilplan Fröhnd-Oberhepschingen: Beschlussfassung der eingegangenen Anregungen und Bedenken, Bewilligung des Entwurfs und Beschluss der Offenlage

Sachverhalt:

4. Änderung des Flächennutzungsplanes – Teilplan Fröhnd-Oberhepschingen
- Beratung und Beschlussfassung zu den eingegangenen Anregungen der Behörden,
 - sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit
 - Billigung des Entwurfs
 - Beschluss zur Durchführung der Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB

Anlass, Ziel und Zweck der Planung:

Die Gemeinde Fröhnd plant im Süden der Ortslage im Ortsteil Oberhepschingen zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage westlich der Gemeindeverbindungsstraße von Fröhnd-Oberhepschingen nach Pfaffenberg die Aufstellung eines Bebauungsplanes (Sondergebiet „Solarpark Fröhnd“).

Der von dem Bauvorhaben betroffene Bereich liegt mit einer Größe von ca. 5,07 ha bislang im Außenbereich und ist ohne die Aufstellung eines Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes planungsrechtlich nicht zulässig.

Daher soll im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes der Flächennutzungsplan geändert werden (4. Änd.). Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änd. wurde in der Sitzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald vom 09.12.2021 gefasst.

Im Rahmen der zwischenzeitlich durchgeführten Frühzeitigen Anhörung der Behörden, der sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit wurden die vorgebrachten Anregungen und Bedenken einschließlich eines Abwägungsvorschlages zusammengestellt.

Diese Zusammenstellung sowie die sich daraus ergebende geänderte Planfassung und Begründung werden in der Sitzung vorgelegt.

Herr Planer Fischer wird in der Sitzung die Unterlagen vorstellen.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt

- die eingegangenen Anregungen der Behörden und sonstigen TöB i.R.d. frühzeitigen Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und Bürger i.R.d. Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

- die Billigung des Entwurfs
- die Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB

Rechtslage:

Die Änderung / Fortschreibung des Flächennutzungsplans liegt laut Verbandssatzung im Zuständigkeitsbereich des Gemeindeverwaltungsverbandes. Das Erstellen der Bebauungspläne liegt in der Zuständigkeit der jeweiligen Verbandsgemeinde.

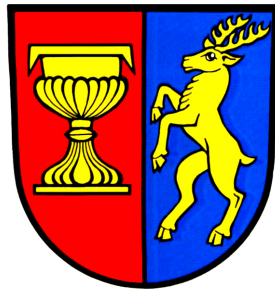
Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Wunderle

4. ÄNDERUNG FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

für die Gemeinde Fröhnd



Begründung

PLANUNGSBÜRO FISCHER

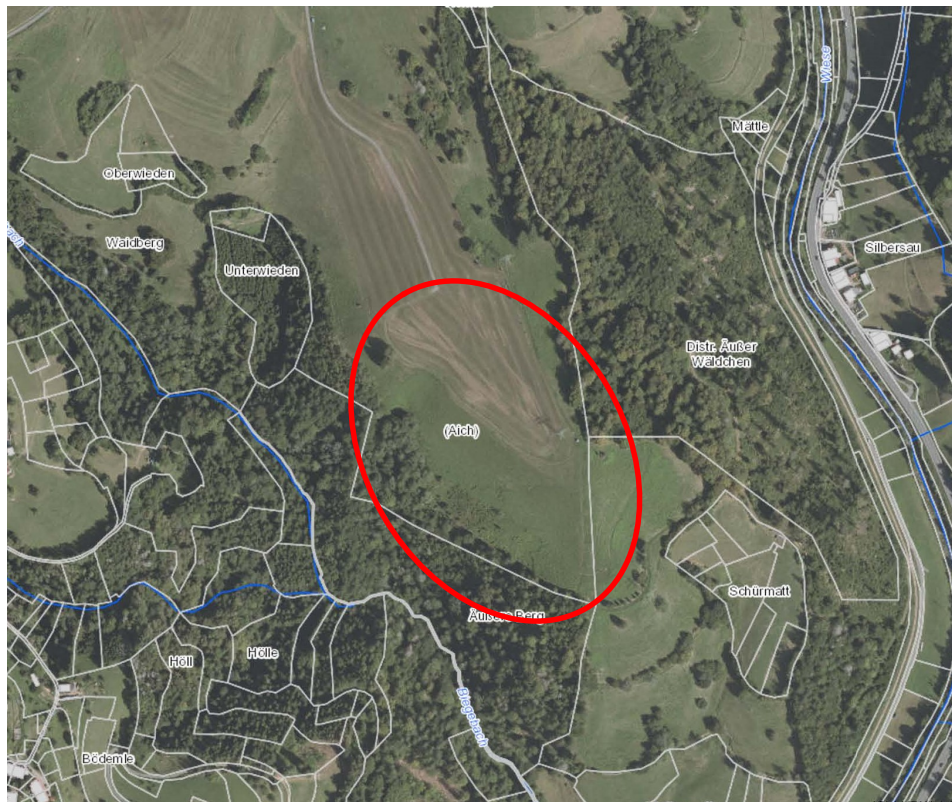
STADTPLANUNG - ARCHITEKTUR - LANDSCHAFTSPLANUNG

MÄRZ 2023

1 Erfordernis der Planaufstellung

Die Gemeinde Fröhnd plant im Süden der Ortslage im Ortsteil Oberhepschingen westlich der Gemeindeverbindungsstraße von Fröhnd-Oberhepschingen nach Pfaffenberg die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage

Der von dem Bauvorhaben betroffene Bereich liegt mit einer Größe von ca. 5,07 ha) bislang im Außenbereich und ist ohne die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes planungsrechtlich nicht zulässig.



Luftbild des Plangebietes (unmaßstäblich) Quelle: LUBW

Politische Rahmenbedingungen

Die verstärkte Nutzung regenerativer Energien (wie Windenergie und Photovoltaik) steht im politischen Fokus. Sowohl im Koalitionsvertrag der im Bund regierenden Parteien (2021) als auch im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (Oktober 2021) ist die Nutzung von Freiflächen-Photovoltaik erwähnt. Diesem bundes- und landespolitischen Ziel möchte die Gemeinde Fröhnd mit der Ausweisung dieser Sonderbaufläche „Solarpark“ nachkommen.

Gemäß dem Erneuerbaren Energien Gesetz EEG 2021 wird hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien ausgeführt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragendem öffentlichen Interesse und dienen der Öffentlichkeit“.

2 Verfahren

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan (FNP) des Gemeindeverwaltungsverbandes (GVV) Schönau im Schwarzwald wurde im August 1997 genehmigt. Der Aufstellungsbeschluss mit Beschluss zur Durchführung der Frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung für die nunmehr 4. Änderung wurde am 09.12.2021 gefasst. Die Frühzeitige Anhörung wurde im Juni/Juli 2022 durchgeführt.

Parallel zur Änderung des FNP wird auch der B-Plan „Solarpark Fröhnd“ aufgestellt, für den am 13.04.2022 die Durchführung der Frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen wurde.

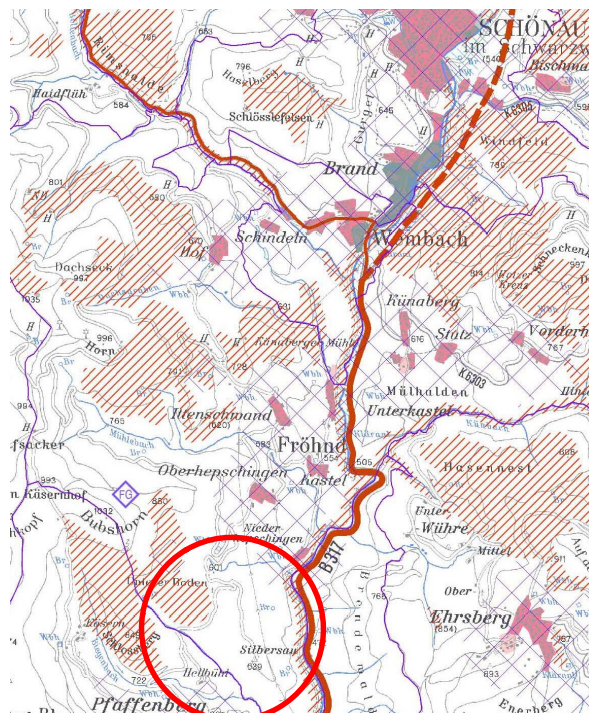


3 Planungsgrundlagen

3.1 Regionalplan

Die Gemeinde Fröhnd ist gemäß Regionalplan Hochrhein-Bodensee 2000 (Stand 2014) eine Eigenentwicklungsgemeinde und liegt im ländlichen Raum im engeren Sinn. Dabei soll der „ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Entwicklung erhalten und in seiner Funktionsfähigkeit weiterentwickelt werden“. Die Ausweisung des Sondergebietes „Solarpark“ unterstützt diesen Grundsatz des Regionalplanes.

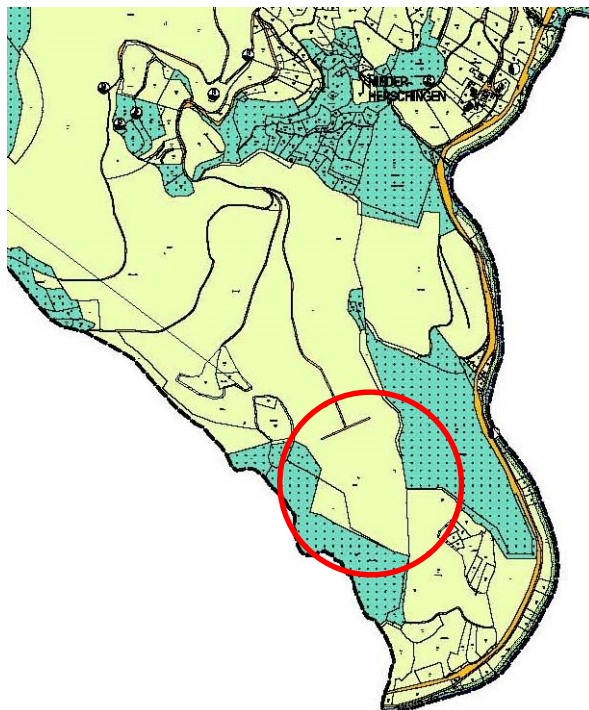
Das Plangebiet ist gemäß Regionalplan Bodensee 2000 (Stand 2014) von keinen regionalplanerischen Restriktionsflächen wie Grünzäsur, Grünzug oder Gebiet für Naturschutz und Landschaftspflege betroffen (siehe nebenstehend).



(Auszug Raumnutzungskarte, RVHB 2014)

3.2 Flächennutzungsplan

Das Plangebiet ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des GVV Schönau im Schwarzwald als landwirtschaftliche Fläche dargestellt. Angrenzend sind Waldflächen dargestellt (siehe nebenstehenden Planausschnitt).



3.3 Europäisches Netz "Natura 2000"

Gemäß kartographischer Darstellung der Gebietsmeldungen für Baden-Württemberg nach der FFH-Richtlinie und der EG-Vogelschutzrichtlinie vom Ministerium Ländlicher Raum liegen für das Plangebiet derzeit keine Hinweise auf das Vorkommen eines gemeldeten oder in Meldung befindlichen FFH- oder Vogelschutzgebietes bzw. von Flächen, die diesbezüglich die fachlichen Meldekriterien erfüllen, vor. Im Plangebiet befinden sich auch keine FFH-Mähwiesen.

3.4 Besonders geschützte Biotope

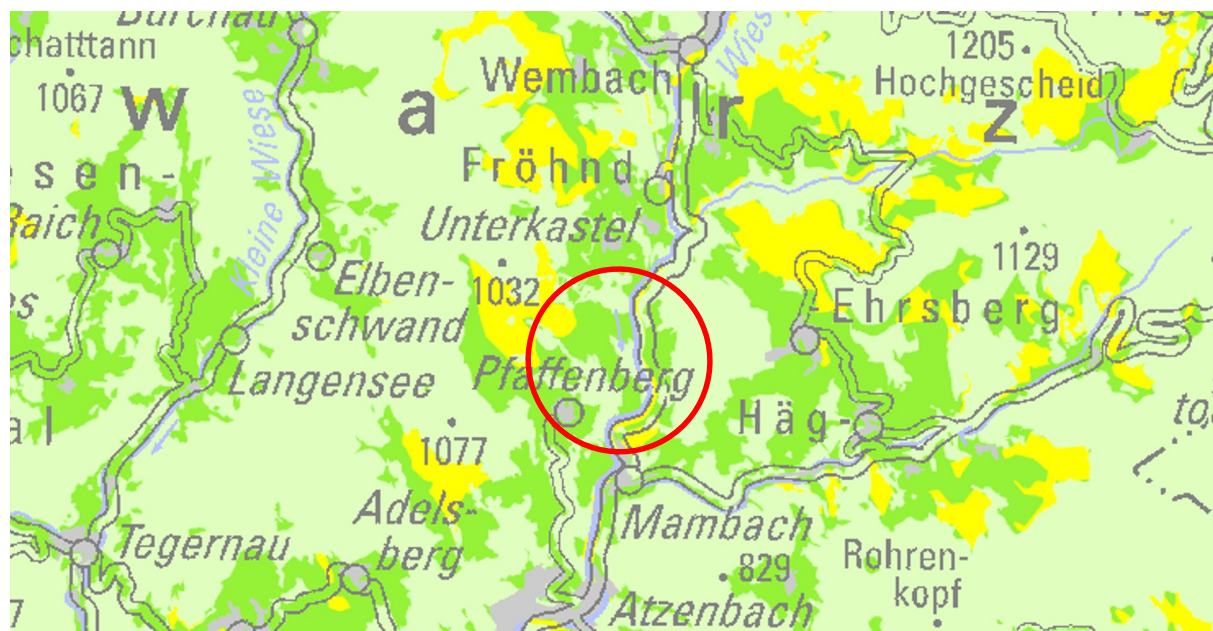
Innerhalb des Plangebietes befindet sich im Nordosten ein besonders geschütztes Biotop Magerrasen N Schürmatt). Im Osten grenzt ein Offenlandbiotop (Weidfeld am Bettacker) an. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen im Umweltbericht verwiesen.

3.5 Benachteiligtes Gebiet

Benachteiligte Gebiete sind für die Ausschreibung im Rahmen des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wichtig. Sie liefern schwächere landwirtschaftliche Erträge. Laut Landesanstalt für Umwelt BW (LUBW) weist das Plangebiet ein bedingt geeignetes PV-Freiflächenpotential auf.

3.6 Regionale Planhinweiskarte

Das Plangebiet liegt gemäß der Regionalen Planhinweiskarte (siehe nachfolgend) zu Freiflächen-PV (Stand August 2022) vollständig innerhalb eines Bereiches, in denen „Freiflächen-Photovoltaikanlagen grundsätzlich möglich“ sind.



3.7 Denkmalschutz

Im Plangebiet sind keine archäologischen Kulturdenkmale bekannt.

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

3.8 Geologie

Nach Angaben des Landesamtes für Geologie , Rohstoffe und Bergbau liegt das Plangebiet in einem nachgewiesenen Rohstoffvorkommen von Gesteinen des Südschwarzwälder Grundgebirges.

3.9 Blendwirkung

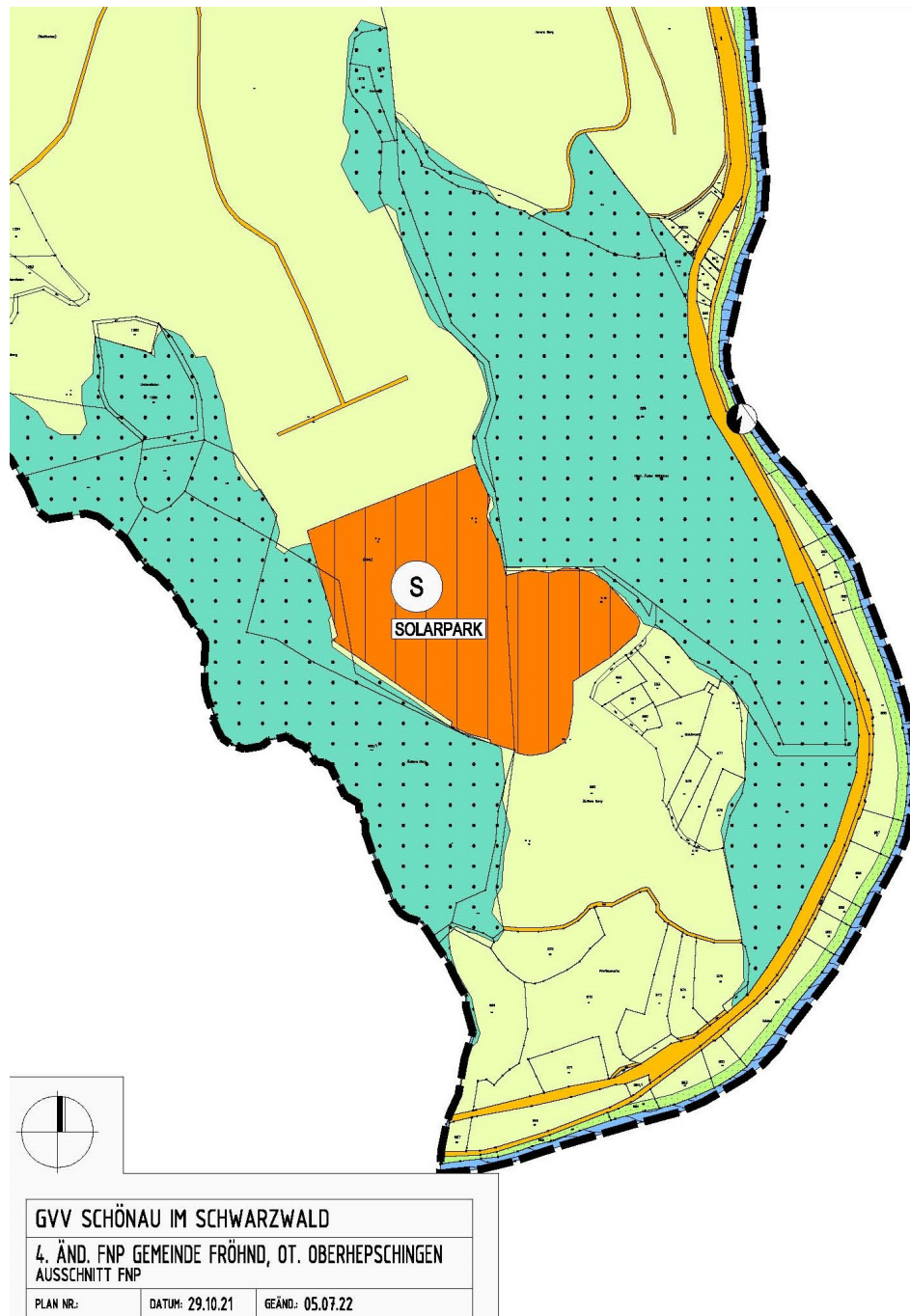
In der Stellungnahme des Fraunhofer Institutes für Solare Energiesystem ISE Freiburg vom 12.10.2022 heißt es „dass keine Blendung durch die PV-Anlagen auf die B 317 stattfindet. Mit der gewählten Aufständigung können Blendeffekte bei Sonnenuntergang nur östlich des Feldes auftreten. Die B 317 liegt jedoch ca. 150 m tiefer als das Feld und kann somit nicht betroffen werden.“ Zusammenfassend wird die Erstellung eines Blendgutachtens für nicht erforderlich erachtet.



4. Flächenausweisung - Sonderbaufläche „Solarpark“

Neuausweisung einer Sonderbaufläche „Solarpark“ mit

G = ca. 5,07 ha



(Plan unmaßstäblich, siehe auch beigegefügtes Deckblatt)

Begründung

Nach derzeitigem Stand beträgt die Gesamtleistung der PV-Anlage mit geplanten 8.300 Modulen ca. 3,9 MWp.

Durch die PV-Erzeugung ergibt sich ein CO₂-Einsparpotential von jährlich ca. 1.200 Tonnen bzw. einer Versorgung von ca. 1.100 Haushalten (in der Gemeinde Fröhnd befinden sich derzeit ca. 200 Haushalte). Die Betriebsdauer der Module beträgt ca. 20 - 30 Jahre

Die Erschließung erfolgt von Norden abzweigend von der Gemeindeverbindungsstraße von Oberhepschingen nach Pfaffenberg über einen vorhandenen Feldweg. Der im nordöstlichen Bereich bestehende Wanderweg wird nach Westen belegt.

Es ist vorgesehen, das Regenwasser von den Photovoltaikelementen abtropfen zu lassen, so dass es wie bisher flächig vor Ort versickert. Zwischen den einzelnen Modulen sind dabei kleine Spalten vorgestehen. Eine Sammlung und Ableitung des Regenwassers ist somit nicht erforderlich.

Die vorhandene Wiese unter den Modulen wird erhalten und künftig extensiv bewirtschaftet. Eine Beweidung mit Schafen wird angestrebt.

Nachhaltiges Ziel der Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine effiziente Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen und den Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zu erhöhen.

Die Gemeinde Fröhnd möchte zusammen mit dem Betreiber, den Elektrizitätswerken Schönau Energie GmbH zur Erreichung der bundesweiten wie kommunalen Energiewende- und Klimaschutzziele einen wesentlichen Beitrag leisten.



5. Umweltbericht

Der Umweltbericht des Büros GaLaPlan, Todtnauberg vom 23.03.2023 kommt zusammenfassend zu folgender Beurteilung:

Konflikte/Kompensation - Durch die 4. punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans werden landwirtschaftlich genutzte Grünlandflächen überplant. Die Beeinträchtigungen der Schutzgüter sind wie folgt zu bewerten:

Schutzgut	Beeinträchtigungen
Tiere und Pflanzen	gering
Boden	gering
Oberflächengewässer	keine Betroffenheit
Grundwasser	gering
Klima / Luft	gering
Erholung / Landschaftsbild	gering
Menschliche Gesundheit	gering
Kultur- und Sachgüter	keine Betroffenheit
Fläche	mittel
Biologische Vielfalt	gering

Ergebnis - Die Prüfungen ergaben keine umweltrelevanten Gesichtspunkte, die einer Ausweisung der Flächen als Sonderbaufläche entgegenstehen. Alle Beeinträchtigungen können durch Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen (vgl. Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023) auf ein geringes Maß reduziert werden.

Artenschutz - Zur methodisch abgesicherten Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände wurden umfangreiche Untersuchungen der Fauna im Jahr 2022 durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind im Endbericht der Artenschutzrechtlichen Prüfung vom 22.03.2023 aufgeführt. Durch den Solarpark besteht eine potenzielle Betroffenheit der Artengruppen, Schmetterlinge, Heuschrecken, Reptilien, Vögel und Fledermäuse. Unter Einhaltung der im Endbericht formulierten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen kann das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG aber verhindert werden.

Auf die ausführliche Darstellung im beigefügten Umweltbericht vom 23.03.2023 wird verwiesen.



GVV Schönau im Schwarzwald - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
1. Regierungspräsidium Freiburg			
1.1 Regierungspräsidium Abt. 2, Ref. 21 Raumordnung	01.07.2022	<p>Hinweis darauf, dass gemäß § 1 Abs. 4 BauGB Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind. Ziele der Raumordnung sind nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes Baden-Württemberg stellt der Landesentwicklungsplan 2002 (LEP) das rahmensetzende, integrierende Gesamtkonzept dar. Mit seinem Planziel 5.1.2 legt der LEP als Bestandteil zur Entwicklung eines ökologisch wirksamen großräumigen Freiraumverbundes sog. überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume fest, die nach den Planzielen 5.1.2.1 ff LEP zu schützen und zu erhalten sind.</p> <p>Mit der 4. Flächennutzungsplanänderung sollen die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der Gemeinde Fröhnd, Ortsteil Oberhepschingen, geschaffen werden.</p> <p>Das Plangebiet liegt in durch LEP festgelegten überregional bedeutsamen naturnahen Landschaftsräumen, nämlich in Gebieten, die sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope und überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten auszeichnen. In solch einem Teilgebiet sollen nach Planziel 5.1.2.1 LEP Planungen und Maßnahmen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen, unterbleiben oder soweit unvermeidbar, ausgeglichen werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die anlagebedingten Eingriffe werden so weit wie möglich vermieden. Aufgrund der rel. geringwertigen Bestandsbewertung der vorhandenen und hier im konkreten Fall betroffenen Biotoptypen (Adlerfarnbestände) verbleibt auf der Fläche und auch für den Landschaftsraum insgesamt keine erhebliche Beeinträchtigung für den Naturhaushalt oder einzelne Schutzgüter.</p> <p>Sofern der Anregung der Raumordnung Rechnung getragen würde und die Entwicklung des Solarparks über die Begründung nach Planziel 5.1.2.1 LEP nicht möglich wäre, käme dies einer vollständigen Ausschlusswirkung für die Entwicklung von Solarparks im Landkreis Lörrach oder im gesamten Südschwarzwald gleich. Dies deckt sich aber nicht mit den Forderungen aus dem neuen Klimaschutzgesetz bzw. dem darin enthaltenen Auftrag an die Regionalverbände und dadurch auch indirekt an die Landkreise und Kommunen, 1,5 bis 2,0 % der Flächen für die Erzeugung von regenerativen Energien zur Verfügung zu stellen.</p> <p>In der Abwägung der unterschiedlichen Belange ist hier dem Belang der Erzeugung regenerativer Energien der Vorrang einzuräumen. Auf die Stellungnahme der Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz wird verwiesen.</p> <p>Im Hinblick auf § 44 und § 45 BNatSchG erfolgten umfangreiche Untersuchungen zu den einzelnen Artengruppen (siehe Artenschutzrechtliche Prüfung vom 22.03.2023 von Kunz Ga-LaPlan). Dem Vorhaben stehen unter Einhaltung der darin formulierten Maßnahmen keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 1.1 Regierungspräsidium Abt. 2, Ref. 21 Raumordnung		<p>Auch wenn nicht der Bauleitplan selbst, sondern erst dessen Verwirklichung untersagte Handlungen darstellen bzw. mit sich bringen kann, müssen bereits in der Bauleitplanung die Verbote des besonderen Artenschutzrechts der §§ 44 und 45 BNatSchG beachtet werden, da ein Bauleitplan, der im Zeitpunkt seiner Aufstellung erkennbar wegen bestehender rechtlicher Hindernisse nicht verwirklicht werden kann, als solcher nicht erforderlich im Sinne von § 1 Abs. 3 BauGB ist.</p> <p>Für die Beurteilung der Frage, ob es durch die Verwirklichung des Bauleitplanes zu einer erheblichen Beeinträchtigung des nach Plansatz 5.1.2.1 LEP geschützten und hier betroffenen Teilgebietes führt und mithin im Rahmen der raumordnerischen Beurteilung einen Zielwiderspruch darstellen wird, ist in erster Linie auf die naturschutzfachliche bzw. naturschutzrechtliche Bewertung der konkreten Eingriffssituation abzustellen.</p> <p>Eine abschließende naturschutzfachliche bzw. naturschutzrechtliche Bewertung der konkreten Eingriffssituation liegt noch nicht vor. Erst im Anschluss an die abschließende naturschutzfachliche bzw. naturschutzrechtliche Bewertung des Plangebietes im Hinblick auf die artenschutzrechtlichen Aspekte kann in der Gesamtschau aus raumordnerischer Sicht beurteilt werden, ob eine erhebliche Beeinträchtigung des betroffenen Teilgebiets überregional bedeutsamer naturnaher Landschaftsräume vorliegt. Abhängig davon kann beurteilt werden, ob ein Zielverstoß gegen Plansatz 5.1.2.1. Abs. 1 LEP anzunehmen ist.</p> <p>(aus Anhörung FNP) Hinweis darauf, dass keine weiteren raumordnerischen Bedenken entgegenstehen.</p>	<p>Zudem liegt das Plangebiet gemäß der Regionalen Planhinweiskarte zu Freiflächen-PV (Stand August 2022) vollständig innerhalb eines Bereiches, in denen „Freiflächen-Photovoltaikanlagen grundsätzlich möglich“ sind.</p> <p>Auch wird darauf hingewiesen dass in § 2 des EEG 2021 (Erneuerbare Energien-Gesetz) bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien ausgeführt wird: „die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragendem öffentlichen Interesse und dienen der Öffentlichkeit“.</p> <p>Auch wird auf die Stellungnahme des Kompetenzzentrums Erneuerbare Energien beim Regierungspräsidium Freiburg verwiesen, in der es heißt, „der Bebauungsplan setzt die planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung und den Betrieb der Freiflächen-PV-Anlage und trägt folglich zum notwendigen Ausbaupfad bei und ist unter Klimaschutzgesichtspunkten zu befürworten“.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 1			
1.1 Regierungspräsidium Abt. 2, Ref. 21 Raumordnung		Belange Verkehr - Es werden keine grundsätzlichen Einwendungen vorgetragen. Auf die gesetzlichen Mindestabstände wird verwiesen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Da von der Planung keine klassifizierte Straßen betroffen sind, sind keine Mindestabstände erforderlich.
1.2 Regierungspräsidium Abt. Mobilität, Verkehr	24.06.2022	Hinweis darauf, dass bei der Solaranlage darauf zu achten ist, dass die Kollektoren so ausgerichtet sind, dass Verkehrsteilnehmer auf der B 317 zu keiner Zeit geblendet werden. Sollten Verkehrsteilnehmer nach Installation der Solaranlage doch geblendet werden, ist nachträglich ein Sichtschutz durch den Vorhabenträger herzustellen. Die Sicherheit des Verkehrs auf der B 317 ist zu jeder Zeit zu gewährleisten	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die Stellungnahme des Fraunhofer Institutes für Solare Energiesysteme ISE Freiburg vom 12.10.2022 wird verwiesen. In dieser heißt es „dass keine Blendung durch die PV-Anlagen auf die B 317 stattfindet. Mit der gewählten Aufständerung können Blendefekte bei Sonnenuntergang nur östlich des Feldes auftreten. Die B 317 liegt jedoch ca. 150 m tiefer als das Feld und kann somit nicht betroffen werden.“ Zusammenfassend wird die Erstellung eines Blendgutachtens für nicht erforderlich erachtet. Die Begründung zum FNP wird entsprechend ergänzt.
1.3 Regierungspräsidium Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit / Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien	08.07.2022	Belange des Klimaschutzes - Gemäß § 1 Abs.3 Nummer 4 BNatSchG kommt dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien auch im Rahmen der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zur dauerhaften Sicherung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts eine besondere Bedeutung zu. Die Nutzung erneuerbarer Energien beinhaltet also einen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Naturgütern. Diese positive Wirkung des Klimaschutzes für den Naturschutz ist im Rahmen einer gegebenenfalls notwendigen Abwägung zwischen beiden Belangen ebenfalls zu berücksichtigen. Um die Klimaschutzziele nach § 4 KSG BW zu erreichen, kommt es wesentlich darauf an, dass ein erheblicher Anteil des Endenergieverbrauchs eingespart wird. Weiterhin ist es entscheidend, den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch maßgeblich zu erhöhen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen

GVV Schöna u i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 1.3 Regierungspräsidium Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit / Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien		Bei der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien bedarf es einer deutlichen Steigerung. Bezogen auf die Potenziale in Baden-Württemberg kommt dabei dem Ausbau der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen neben dem Ausbau der Windkraft eine Schlüsselrolle zu. Im Jahr 2021 betrug die Strombereitstellung aus Photovoltaik in Baden-Württemberg 6.567 GWh. Die vorliegende Planung sieht die Ausweisung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Solarpark“ vor. Geplant ist entsprechend die Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage mit einer Gesamtleistung von 4,5-5 MWp innerhalb des Sondergebiets. Hierdurch könnte sich ein CO2-Einsparpotential von jährlich ca.1.700 Tonnen bzw. einer Versorgung von ca. 1.400 Haushalten ergeben. Dabei spricht für den geplanten Standort insbesondere die Lage innerhalb eines landwirtschaftlich benachteiligten Gebiets und damit innerhalb der Förderkulisse des EEG i.V.m. FFÖ-VO. Der Bebauungsplan setzt die planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung und den Betrieb der Freiflächen-PV-Anlage und trägt folglich zum notwendigen Ausbaupfad bei und ist unter Klimaschutzgesichtspunkten zu befürworten.	
1.4 Regierungspräsidium Abt. 5, Umwelt		Keine Stellungnahme	

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
1.5 Regierungspräsidium Abt. 8, Forstdirektion	27.06.2022	<p>Hinweis auf die Waldabgrenzung, die nicht der Plandarstellung entspricht.</p> <p>Hinweis darauf, dass die forstlichen Belange und Auswirkungen im Umweltbericht abgebildet sind. Darin sind die Ergebnisse der Vorgespräche festgehalten.</p> <p>Hinweis darauf, dass PV-Anlagen zwar nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift fallen, die sich aus § 4 Abs. 3 LBO vorrangig für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten ergibt, dennoch wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich durch die unmittelbare Nähe der PV-Anlage zum Wald (Abstand im Mittel 13 m) kurz-/mittelfristig erhebliche Gefahrensituationen und/oder Waldbewirtschaftungseinschränkungen ergeben.</p> <p>Hinweis darauf, dass durch den Klimawandel mit einer weiteren Zunahme der Intensität von Extremwetterereignissen (u. a. Dürren und Stürmen) gerechnet wird. Diese können einen erheblichen Einfluss auf die Wälder haben. Das Risiko von Sturmwurf/-bruch, aber auch vom Herabfallen einzelner, auch starker Äste und die durch die zunehmenden Trockenperioden erhöhte Waldbrandgefahr wird aller Voraussicht nach erheblich zunehmen. Im Umkehrschluss erhöht sich zugleich auch die Gefahr einer Beschädigung von PV-Anlagen (inkl. Zäunung) im Einflussbereich (< 30 m) von Waldbeständen (Schuttkorridor).</p>	<p>Die Abgrenzung wird in Abstimmung mit der Forstdirektion geändert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Weiteren beachtet. Baumschlag ist nicht auszuschließen und wird mittels eines Haftungsverzicht zwischen Betreiberin des Solarparks (EWS) und der Gemeinde Fröhnd geklärt. Der Abstand zum Wald wird so gewählt, dass eine Bewirtschaftung möglich ist. Die Zuwegung zum Park für Feuerwehkräfte wird gewährleistet und in einer separaten Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept im Rahmen der Baugenehmigung festgehalten.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 1.5 Regierungspräsidium Abt. 8, Forstdirektion		<p>In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass bei einer Beschädigung von PV-Modulen durch umstürzende Bäume bzw. herabfallende Baumteile die hier verarbeiteten, gegebenenfalls schädlichen Stoffe in die Umwelt eingetragen werden können (z. B. Boden, Grundwasser). Laut einer Studie des Stuttgarter Instituts für Photovoltaik (ipv) und des Instituts für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft (Iswa) aus dem Jahr 2017 wird bei Solarmodulen, deren Oberfläche zerstört oder gerissen ist, eine Schadstoffauswaschung festgestellt.</p> <p>Hinweis darauf, dass durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) von Solaranlagen umgekehrt eine potenzielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr ausgeht. Die Brandgefahr für Waldbestände wiederum nimmt, bedingt durch die im Klimawandel prognostizierten anhaltenden Trockenperioden, voraussichtlich weiter zu. Die Belange des vorbeugenden Brandschutzes des § 15 LBO sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Die Zuwegungen durch die Waldungen und landwirtschaftlichen Feldwege müssen für die Feuerwehrfahrzeuge entsprechend geeignet sein und zwar hangober- wie -unterseits. Auf die mögliche Brandlast von PV-Anlagen wird auf die aktuelle Veröffentlichung des Fraunhofer Instituts verwiesen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Weiteren beachtet.</p> <p>Der Schadstoffeintrag in den Boden ist laut angegebener Studie minimal, insofern die beschädigten Module zeitnah entsorgt werden. Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass „Gefahren und Gefährdungen durch Giftstoffe in Photovoltaikanlagen besonders groß in Ländern erscheinen, in denen es keine geordneten Abfallentsorgungssysteme gibt“. Im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung im Rahmen der Baugenehmigung wird auf eine angemessene und zeitnahe Entsorgung von Modulen verwiesen. Regelmäßige Wartungen minimieren zudem die Gefahr beschädigte Module zu spät zu erkennen.</p> <p>Auf die entsprechenden Ausführungen im Umweltbericht wird verwiesen..</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>„Von PV-Anlagen geht keine signifikante Gefahr bzgl. dem Brandschutz aus. Dennoch sind Feuerwehr und Einsatzkräfte über mögliche Gefahren der PV-Anlage als elektrische Anlage zu informieren. Durch gute Planung und fachgerechte Ausführung ist das Risiko von Funkenflug durch die Anlage vernachlässigbar. Die Gefährdung der Umgebung durch gasförmige Schadstoffe kann ausgeschlossen werden“ (ISE, LFU, Waldbrandstatistik).</p> <p>Laut Kreisbrandmeister ist eine Zuwegung von unten zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorzusehen. Eine Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept ist ausstehend.</p> <p>Im Nordosten des Plangebietes ist eine Feuerwehrstellfläche vorgesehen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 1.5 Regierungspräsidium Abt. 8, Forstdirektion		<p>Vorsorglicher Hinweis darauf, dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Solaranlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund der aktuellen oder zukünftigen Beschattungssituation durch die angrenzenden und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlungsgenehmigung ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden kann.</p> <p>Hinweis darauf, dass eine Waldbewirtschaftung der angrenzenden Waldungen (Steillagen mit schlechter Walderschließung) darüber hinaus sichergestellt sein muss.</p> <p>Hinweis darauf, dass dringend empfohlen wird, einen Waldabstand von mindestens 30 m einzuhalten und die geplante Grünfläche als Schutzkorridor auszuweisen, indem der Grünbestand mit intensiver Mahd oder Beweidung dauerhaft sehr kurz gehalten wird. Wir bitten dieses im weiteren Verfahren entsprechend zu berücksichtigen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Weiteren entsprechend beachtet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die mögliche Waldbewirtschaftung wurde in Vorgesprächen mit der Forstdirektion abgestimmt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Wie von der Forstdirektion angeführt, fallen PV-Anlagen nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift, da sich diese auf Gebäude und bauliche Anlage mit Feuerstätten bezieht. Der Plangeber hält an dem dargestellten Waldabstand von 13 m fest.</p>
1.6 Regierungspräsidium Landesamt für Denkmalpflege	15.06.2022	<p>Hinweis darauf, dass seitens der archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken bestehen.</p> <p>Allgemeine Hinweise, wie bei archäologischen Funden oder Befunden zu verfahren ist.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Begründung zum FNP entsprechend ergänzt.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
1.5 Regierungspräsidium Abt. 9.1 Landesamt für Geologie, Rohstoffe	29.06.2022	(alle Themen nur in Anhörung FNP) Geotechnik - Hinweis darauf, dass die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse im Internet abgerufen werden können.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
		Boden - Aus bodenkundlicher Sicht sind keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.	Wird zur Kenntnis genommen
		Mineralische Rohstoffe - Hinweis darauf, dass das Plangebiet in einem nachgewiesenen Rohstoffvorkommen von Gesteinen des Südschwarzwälder Grundgebirges liegt. Weitere Informationen können im Internet abgerufen werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung zum FNP wird entsprechend ergänzt
		Hinweis darauf, dass bei einer voraussichtlich anfallenden Menge von mehr als 500 m³ Erdaushub ein Abfallverwertungskonzept zu erstellen ist.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
2. Regionalverband Hochrhein-Bodensee	07.07.2022	Hinweis darauf, dass der Regionalverband Hochrhein-Bodensee den Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt und unterstützt. Grundsätzlich entspricht die Planung den im Landesentwicklungsplan (LEP) und Regionalplan 2000 enthaltenen Zielsetzungen im Hinblick auf eine verstärkte Nutzung von umweltschonenden erneuerbaren Energien. Die Planung kann aus Sicht des Regionalverbands zudem zur Umsetzung des 2%-Flächenziels des § 4b Klimaschutzgesetz beitragen. Aus regionaler Sicht bestehen keine Bedenken. Es werden keine Anregungen vorgetragen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
3. Landratsamt Lörrach			
3.1 Landratsamt Baurechtsamt	08.07.2022	Es bestehen keine Anregungen oder Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.
3.1 Landratsamt Umwelt	08.07.2022	<p>Kommunale Abwasserbeseitigung - Die Entwässerung erfolgt, wie bisher, als eine flächenmäßige Versickerung über die belebte Bodenzone. Es gibt keine Bedenken bezüglich der Entwässerung.</p> <p>Die Photovoltaikpaneele sind regelmäßig auf Schaden zu untersuchen. Beschädigte Paneele sind sofort auszutauschen bzw. zu entfernen, um das Abschwemmen von Blei und Cadmium zu verhindern</p> <p>Wasserversorgung / Grundwasserschutz - Hinweis darauf, dass kein Wasserschutzgebiet betroffen ist. Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Oberflächenentwässerung / Hochwasserschutz / Starkregen - Es sind keine Gewässer betroffen. Es bestehen keine Bedenken.</p> <p>Klima / Boden - In der Umweltprüfung werden die Belange des Schutzgutes Bodens dargestellt. Eine schutzgutbezogene Kompensation für den Boden bezüglich der Versiegelung von vorerst ca. 60 m² konnte nicht gefunden werden. Das Schutzgut Boden wird schutzgutübergreifend (Schutzgut Pflanzen und Tiere) kompensiert.</p> <p>Ob weitere Eingriffe durch die Zufahrten usw. erfolgen, ist derzeit noch nicht abschließend festgelegt. Sollte dies der Fall sein, sind die hierdurch entstehenden Flächenversiegelungen im Rahmen der weiteren Planungsschritte zu bewerten und zu kompensieren.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Weiteren entsprechend beachtet.</p> <p>Der Hinweis in Bezug auf beschädigte Paneele wurde im Umweltbericht als Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme ergänzt.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der derzeit vorhandene Weg nördlich des Plangebiets wird von ca. 2 m auf ca. 3,5 m verbreitert. Der Eingriff liegt zwar außerhalb des eigentlichen Plangebiets, die Eingriffe durch die Flächenbefestigungen wurden dennoch in der Eingriffs-/Ausgleichsbilanz beim Schutzgut Tiere/Pflanzen sowie Boden ergänzt und kartographisch dargestellt.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Hinweise zum Bodenschutz, insbesondere zum Befahren unbefestigter Bodenflächen, zu Lagerflächen, zur temporären Befestigung von Bodenflächen sowie zur Nachsorge des Bodens für die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Nutzung.</p> <p>Landwirtschaft - Hinweis darauf, dass im Plangebiet Solarpark ca. 5 ha landwirtschaftliche Fläche liegen, die von einem ortsansässigen Haupterwerbsbetrieb als Wiese und Weide ökologisch bewirtschaftet wird. Durch den Solarpark geht eine wertvolle gut zu bewirtschaftende Futterfläche mit einer Größe von ca. 1 ha verloren. Bedingt durch die Topographie sind solche Flächen im Wiesental rar. Der ökologisch wirtschaftende Betrieb ist einer der wenigen Milchviehbetriebe im Wiesental und bedeutend für die Landschaftspflege. Die Inanspruchnahme von hochwertigen Futterflächen sollte vermieden werden. Wir verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass die Offenhaltung der Kulturlandschaft durch die Landwirte sichergestellt wird. Bei Wegfall von leistungsfähigen landwirtschaftlichen Betrieben auch in ungünstigen Lagen werden naturschutzwichtige Flächen in beträchtlichem Umfang von der Bewirtschaftungsaufgabe betroffen sein. Der betroffene Öko-Betrieb ist für die Biodiversität, die Offenhaltung der Kulturlandschaft im Biosphärengebiet und die Bewirtschaftung von Allmendflächen sehr wichtig und sollte nicht gefährdet werden. Wir regen deshalb an, dem Betrieb von der Gemeinde eine andere gleichwertige Fläche als Ersatz anzubieten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Hinweise wurden außerdem auch beim Schutzgut Boden in der Offenlagefassung des Umweltberichtes ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen einer Gemeinderatssitzung der Gemeinde Fröhnd (27.04.2022) wurde mit dem betroffenen Landwirt eine Einigung über die Nutzung der Flächen für einen Solarpark erzielt.</p> <p>Dem landwirtschaftlichen Betrieb wird von der Gemeinde eine gleichwertige Ersatzfläche zur Verfügung gestellt. Eine Einigung hierzu liegt vor.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Hinweis darauf, dass während der Bauzeit zu gewährleisten ist, dass die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nicht behindert wird. Im Übrigen sollte darauf geachtet werden, dass wegen eventuell entstehender Bodenverdichtungen die umliegenden Wiesen nicht unnötig befahren oder anderweitig nachteilig in Anspruch genommen werden.</p> <p>Grundsätzlich wird darauf verwiesen, dass die betroffenen Landwirte frühzeitig über die Maßnahmen informiert werden müssen, damit sie ihre Ansprüche geltend machen und Folgen für die Bewirtschaftung ihrer Flächen ableiten können. Damit lassen sich auch Sanktionen im Rahmen der Verpflichtungen aus den Agrarförderprogrammen vermeiden.</p> <p>Naturschutz - Hinweis darauf, dass die abschließende Aussage, dass der Biotopverbund durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt wird, nach der vorliegenden Argumentation nicht plausibel ist und ausführlicher begründet werden sollte. Insbesondere ist nicht klar, inwieweit sich das eingezäunte Gelände auf den Verbund von Lebensräumen von größeren, erdgebunden agierenden Tieren (Großsäuger) auswirkt bzw. auf die Lebensräume von Fledermäusen und Vögeln. Es ist zu prüfen, inwieweit zusätzliche Maßnahmen wie die Schaffung eines querenden Wanderkorridors, oder eine Bepflanzung der umgebenden Zaunanlage geeignet und erforderlich sind, die nachteiligen Auswirkungen auf die Vernetzung der Lebensräume auszugleichen bzw. zu vermeiden. Darüber hinaus sollte der Zaun mit einem Abstand von 20 cm zum Boden zu errichtet werden, um die Barrierewirkung auf Kleinsäuger und Amphibien zu verringern</p>	<p>Die nebenstehend genannten Hinweise wurden in der Offenlagefassung des Umweltberichts ergänzt und werden im Weiteren entsprechend beachtet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das zukünftig eingezäunte Gelände wirkt sich nicht negativ auf die Lebensräume von Vögeln oder Fledermäusen aus. Die Kartierungen ergaben, dass sich Vögel und Fledermäuse fast ausschließlich am Waldrand aufhalten und nicht auf der offenen Fläche, auf der die Panels geplant sind. Fledermäuse jagen entlang des Waldrandes. Auf der Fläche selbst sind ansonsten bis auf wenige Einzelbäume keine für sie nutzbaren Orientierungselemente vorhanden. Bei Transferflügen können sowohl Fledermäuse als auch Vögel den ca. 2,20 m hohen Zaun problemlos überfliegen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt			<p>Bezüglich Großsäuger sind vor allem Rehe relevant. Während der Artenschutzkartierungen wurde beobachtet, dass die Rehe vor allem südlich und nördlich des Plangebiets auf den dort vorhandenen Wiesen äsen. Die Adlerfarnflächen, auf denen die Panels geplant sind, werden gemieden (der Adlerfarn ist an den meisten Stellen 2 m hoch). Rehe können die eingezäunte Fläche problemlos umgehen, da zwischen Waldrand und Zaun ein ausreichend breiter Grünkorridor freigehalten wird.</p> <p>Ein querender Wanderkorridor wird somit nicht als notwendig erachtet. Eine Beeinträchtigung ist nicht erkennbar.</p> <p>Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass wenn der hier geplante Zaun eine Hinderniswirkung entfalten sollte, dies auch für sämtliche Wolfsschutzzäune in Ansatz gebracht werden müsste.</p> <p>Der Zaunabstand vom Boden wird in den Festsetzungen zum B-Plan von 15 cm auf 20 cm angepasst.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und der Umweltbericht entsprechend ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und auf die entsprechenden Ausführungen im Umweltbericht verwiesen.</p>
		<p>Redaktionelle Hinweise zum Umweltbericht und hierbei insbesondere zu den Punkten baubedingte und betriebsbedingte Beeinträchtigungen.</p> <p>Hinweis darauf, dass Beeinträchtigungen der Biotopvernetzungsfunktionen und des Landschaftsbilds derzeit nicht auszuschließen sind.</p>	

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Hinweis darauf, dass der Umfang des Eingriffs noch nicht endgültig feststeht, daher kann dazu nicht abschließend Stellung genommen werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass lediglich eine Versiegelung eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzguts darstellt. Allerdings ist zu überprüfen, ob die „Überdachung“ der Fläche die verschiedenen Bodenfunktionen einschränkt oder beeinträchtigt. Es wird auch auf die GRZ von 0,8 verwiesen, die dabei zu berücksichtigen ist.</p> <p>Hinweis darauf, dass auch die prognostizierte Vegetationsentwicklung die Beschattung der Vegetation durch die Solarmodule unterschätzt. Diese ist wesentlich abhängig von der konsequenten Umsetzung des im Gutachten formulierten Maßnahmenkonzept. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, das Umsetzungskonzept weiter zu konkretisieren und die Durchführung und die Zielerreichung im Rahmen eines möglichst frühzeitigen Monitorings zu kontrollieren. Dabei wird empfohlen, ein erstes Durchführungsmonitoring zwei Jahre nach Fertigstellung der Anlage anzusetzen. Für die Bewertung der zu entwickelnden Magerweide ist überdies zu beachten, wie die Anlage gereinigt wird. Sollten dabei für Tiere oder Pflanzen schädliche Chemikalien verwendet werden, so ist von einem geringeren Wert auszugehen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und die GRZ aus Gründen einer flexiblen Umsetzung des Konzeptes beibehalten.</p> <p>Aufgrund der Überdachung der Fläche wurde der Wert der zukünftigen Bodenfunktionen heruntergesetzt. Dies ergibt ein zusätzliches Ökopunkte-Defizit, sodass die Überkompensation insgesamt deutlich verringert wird.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Die Beschattung der Vegetation wurde bei der Bewertung der prognostizierten Vegetationsentwicklung in Ökopunkten (Schutzgut Tiere und Pflanzen) ausreichend berücksichtigt. Der zukünftigen Vegetation wurde ein Ökopunktwert von 13 Ökopunkten zugewiesen, was in Bezug auf magere Vegetationsbestände einem sehr konservativen Ansatz entspricht (13 Ökopunkte entsprechen beispielsweise auch dem Wert einer Fettwiese). Untersuchungen zeigen, dass bei einem Mindestabstand der Module von 80 cm zum Boden in alle unterhalb der Module liegenden Bereiche genügend Licht für das Pflanzenwachstum einfällt.</p> <p>Das Maßnahmenkonzept wurde im Umweltbericht zur Offenlage konkretisiert und um ein Monitoring ergänzt.</p> <p>Informationen zur Reinigung der Anlage wurden ergänzt. Die Reinigung erfolgt ausschließlich mit Wasser.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Hinweis darauf, dass die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut nicht umfassend und abschließend beschrieben bzw. bewertet werden. Die im Scopingtermin vereinbarte Sichtbarkeitsanalyse steht aus. Außerdem sollte der Umgang mit dem Wanderweg abschließend dargestellt werden.</p> <p>Zur artenschutzrechtlichen Prüfung kann nicht abschließend Stellung genommen werden.</p> <p>Forst - Hinweis darauf, dass die forstlichen Belange und Auswirkungen im Umweltbericht abgebildet sind. Darin sind die Ergebnisse der Vorgespräche festgehalten.</p> <p>Hinweis darauf, dass PV-Anlagen zwar nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift fallen, die sich aus § 4 Abs. 3 LBO vorrangig für Gebäude und bauliche Anlagen mit Feuerstätten ergibt, dennoch wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich durch die unmittelbare Nähe der PV-Anlage zum Wald (Abstand im Mittel 13 m) kurz-/mittelfristig erhebliche Gefahrensituationen und/oder Waldbewirtschaftungseinschränkungen ergeben.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ergebnisse der durchgeführten Sichtbarkeitsanalyse wurden beim Schutzgut „Erholung / Landschaftsbild“ ergänzt.</p> <p>Der Wanderweg wird westlich durch die Grünfläche verlegt. Die Darstellung des neuen Verlaufs wurde beim Schutzgut Erholung / Landschaftsbild ergänzt. Die Verlegung ist mit der Gemeinde abgesprochen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf den nunmehr vorliegenden artenschutzrechtlichen Endbericht wird verwiesen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Thematik wurde mit der Höheren und Unteren Forstbehörde abgestimmt.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Hinweis darauf, dass durch den Klimawandel mit einer weiteren Zunahme der Intensität von Extremwetterereignissen (u. a. Dürren und Stürmen) gerechnet wird. Diese können einen erheblichen Einfluss auf die Wälder haben. Das Risiko von Sturmwurf/-bruch, aber auch vom Herabfallen einzelner, auch starker Äste und die durch die zunehmenden Trockenperioden erhöhte Waldbrandgefahr wird aller Voraussicht nach erheblich zunehmen. Im Umkehrschluss erhöht sich zugleich auch die Gefahr einer Beschädigung von PV-Anlagen (inkl. Zäunung) im Einflussbereich (< 30 m) von Waldbeständen (Schuttkorridor).</p> <p>In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass bei einer Beschädigung von PV-Modulen durch umstürzende Bäume bzw. herabfallende Baumteile die hier verarbeiteten, gegebenenfalls schädlichen Stoffe in die Umwelt eingetragen werden können (z. B. Boden, Grundwasser). Laut einer Studie des Stuttgarter Instituts für Photovoltaik (ipv) und des Instituts für Siedlungswasserbau, Wassergüte und Abfallwirtschaft (Iswa) aus dem Jahr 2017 wird bei Solarmodulen, deren Oberfläche zerstört oder gerissen ist, eine Schadstoffauswaschung festgestellt.</p> <p>Hinweis darauf, dass durch die Produktion elektrischer Energie (u.a. Wechselrichter, Trafostation) von Solaranlagen umgekehrt eine potenzielle Feuer- und somit Waldbrandgefahr ausgeht. Die Brandgefahr für Waldbestände wiederum nimmt, bedingt durch die im Klimawandel prognostizierten anhaltenden Trockenperioden, voraussichtlich weiter zu. Die Belange des vorbeugenden Brandschutzes des § 15 LBO sind in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Weiteren beachtet.</p> <p>Baumschlag ist nicht auszuschließen und wird mittels eines Haftungsverzicht zwischen Betreiberin des Solarparks (EWS) und der Gemeinde Fröhnd geklärt. Der Abstand zum Wald wird so gewählt, dass eine Bewirtschaftung möglich ist. Die Zuwegung zum Park für Feuerwehkräfte wird gewährleistet und in einer separaten Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept im Rahmen der Baugenehmigung festgehalten.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Weiteren beachtet.</p> <p>Der Schadstoffeintrag in den Boden ist laut angegebener Studie minimal, insofern die beschädigten Module zeitnah entsorgt werden. Verweis auf den Umweltbericht.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Laut Kreisbrandmeister ist eine Zuwegung von unten zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorzusehen. Eine Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept ist ausstehend.</p> <p>Im Nordosten des Plangebietes ist eine Feuerwehrrstellfläche vorgesehen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Frönd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 3.2 Landratsamt Umwelt		<p>Die Zuwegungen durch die Waldungen und landwirtschaftlichen Feldwege müssen für die Feuerwehrfahrzeuge entsprechend geeignet sein und zwar hangoberwie -unterseits. Auf die mögliche Brandlast von PV-Anlagen wird auf die aktuelle Veröffentlichung des Fraunhofer Institutes verwiesen.</p> <p>Vorsorglicher Hinweis darauf, dass seitens des Anlagenbetreibers keinerlei Ansprüche auf Rücknahme des Waldtraufs bestehen. Gegebenenfalls negative Auswirkungen des angrenzenden Waldbestandes auf die Solaranlage sind hinzunehmen. Hierzu zählen auch eventuelle wirtschaftliche Einbußen aufgrund der aktuellen oder zukünftigen Beschattungssituation durch die angrenzenden und stetig wachsenden Waldbäume. In diesem Zusammenhang wird klargestellt, dass eine (nachträgliche) Waldumwandlungsgenehmigung ausdrücklich nicht in Aussicht gestellt werden kann.</p> <p>Hinweis darauf, dass eine Waldbewirtschaftung der angrenzenden Waldungen (Steillagen mit schlechter Walderschließung) darüber hinaus sichergestellt sein muss.</p> <p>Hinweis darauf, dass dringend empfohlen wird, einen Waldabstand von mindestens 30 m einzuhalten und die geplante Grünfläche als Schutzkorridor auszuweisen, indem der Grünbestand mit intensiver Mahd oder Beweidung dauerhaft sehr kurz gehalten wird. Wir bitten dieses im weiteren Verfahren entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>Es werden keine eigenen Planungen benannt</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Laut Kreisbrandmeister ist eine Zuwegung von unten zum aktuellen Zeitpunkt nicht vorzusehen. Eine Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept ist ausstehend. Im Nordosten des Plangebietes ist eine Feuerwehrstellfläche vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Weiteren entsprechend beachtet. Eine Abstimmung mit der Höheren und Unteren Forstbehörde ist erfolgt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die mögliche Waldbewirtschaftung wurde in Vorgesprächen mit der Forstdirektion abgestimmt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Wie von der Forstdirektion angeführt, fallen PV-Anlagen nicht unter die gesetzliche Waldabstandsvorschrift, da sich diese auf Gebäude und bauliche Anlage mit Feuerstätten bezieht. Der Plangeber hält an dem dargestellten Waldabstand von 13 m fest.</p> <p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
4. Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee	03.06.2022	<p>Aus der vorgelegten Entwurfsfassung wird entnommen, dass den Belangen des Umweltschutzes umfassend Rechnung getragen werden wird und potenzielle Umweltauswirkungen betrachtet und bewertet und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden.</p> <p>Andere Unternehmen sind durch das Planvorhaben nicht nachteilig betroffen. Derzeit wird angenommen, dass sich das Plangebiet mit den Flurstücknummern 985 sowie 1295 am besten für das Vorhaben eignet.</p> <p>Hinweis darauf, dass geplant ist, die PV-Anlage etwa 20-30 Jahre zu betreiben. Es wird angeregt, im Durchführungsvertrag vertraglich festzuhalten, ob eine zeitlich festgelegte Nutzungsdauer der Anlage geplant ist oder ob solange kein Rückbau erfolgen soll, solange die Anlage einwandfrei funktioniert.</p> <p>Hinweis darauf, dass keine weitere Anregungen oder Bedenken vorgebracht werden.</p> <p>Der geplanten planungsrechtlichen Festsetzung, die Flurstücknummern 985 sowie 1295 auf der Gemarkung Fröhnd als Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ auszuweisen, wird zugestimmt.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p>
5. Handelsverband Südbaden	05.07.2022	Hinweis darauf, dass die vom Handelsverband zu vertretenden Belange durch diese Planung nicht tangiert werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
6. Handwerkskammer		Keine Stellungnahme	
7. Bundesamt für Infrastruktur der Bundeswehr, Bonn	31.05.2022	Keine Einwände.	Wird zur Kenntnis genommen.

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
8. Naturpark Südschwarzw.		Keine Stellungnahme	
9. Bad. Landwirtsch. Hauptverband BLHV		Keine Stellungnahme	
9. Deutsche Bahn Services		Keine Stellungnahme	
10. Deutsche Telekom AG		Keine Stellungnahme	
11. Vodafone BW GmbH		Keine Stellungnahme	
12. Zweckverband Breitbandversorgung	01.06.2022	Sofern ein Breitbandanschluss benötigt wird, wird um frühzeitige Kontaktaufnahme gebeten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Weiteren entsprechend beachtet
13. Energiedienst Netze GmbH	01.07.2022	Hinweis darauf, dass durch das Plangebiet eine 110 kV Hochspannungs-Freileitung (Zell - Schönau) verläuft. Bei Bauarbeiten in der Nähe von elektrischen Freileitungen müssen von Baugeräten Sicherheitsabstände eingehalten werden, die in VDE 0105 festgelegt sind.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Weiteren entsprechend beachtet.
14. Terranets BW GmbH		Keine Stellungnahme	
15. Transnet BW GmbH	01.06.2022	Es sind keine Bedenken und Anmerkungen vorzubringen, da durch den Geltungsbereich des B-Plans keine Höchstspannungsleitungen der Transnet GmbH verlaufen.	Wird zur Kenntnis genommen.
16. Amprion GmbH	08.06.2022	Im Planbereich verlaufen keine Höchstspannungsleitungen des Unternehmens. Auch liegen keine Planungen für den Bereich vor.	Wird zur Kenntnis genommen.

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
17. PLEdoc	08.06.2022	Die von der PLEdoc GmbH verwalteten Versorgungsanlagen sind von der Maßnahme nicht betroffen. Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen wird den Unterlagen entnommen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von PLEdoc verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Es wird um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren gebeten.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine planexternen Ausgleichsflächen erforderlich. Das Ökopunktedefizit wird vollständig durch die Maßnahmen innerhalb des Geltungsbereichs kompensiert.
18. Netze BW	01.06.2022	Der B-Plan liegt außerhalb der Zuständigkeit der Netze BW GmbH. Daher werden die Belange nicht berührt.	Wird zur Kenntnis genommen.
19. bn-Netze	13.06.2022	Es liegen keine Einwendungen, Bedenken oder Anregungen vor. Beabsichtigte Planungen sind nicht vorgesehen.	Wird zur Kenntnis genommen.
20. EWS Schönau GmbH	04.07.2022	Hinweis auf die im Plangebiet verlaufende 20 kV-Freileitung. Bisher findet ein ständiger Austausch mit der Gemeinde Fröhnd und dem Projektierer des Solarparks statt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen
21. Energieversorgung Oberes Wiesental		Keine Stellungnahme	

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
22. Landesnaturschutz- verband LNV BW	06.07.2022	<p>Es wird der Ausbau der Photovoltaik unterstützt, die einen wichtigen Beitrag zur Klimawende darstellt. Freiflächensolaranlagen sehen wir allerdings kritisch, da sie eine technische Überprägung der Landschaft bewirken und den Druck auf die ohnehin knappe Ressource "Fläche" erhöhen. Der Schwerpunkt des Photovoltaikausbaus sollte daher weiterhin auf Dächern (v.a. von Gewerbebauten) und bereits genutzten Flächen wie Parkplätzen, Deponien und entlang von Verkehrswegen liegen.</p> <p>Es gibt inzwischen diverse Hilfsmittel, die für die Beurteilung von Freiflächensolaranlagen herangezogen werden können. Hervorzuheben ist hier die Übersicht „Kriterien für eine naturverträgliche Gestaltung von Solar-Freiflächenanlagen“ des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE), da sie die derzeit existierenden Planungshilfen und Positionspapiere zusammenfasst.</p> <p>Hinweis darauf, dass aufgrund der landschaftlich exponierten Lage laut Unterlagen eine Sichtbarkeitsanalyse vorgesehen ist. Darüber hinaus sollte auch eine Darstellung der Module und der Untergestelle geliefert werden.</p> <p>Hinweis darauf, dass verschiedene Publikationen maximal 40 bis 50% der Freifläche mit Modulen zu überstellen sind. Die beim vorliegenden Projekt vorgesehene Grundflächenzahl von 0,8 lässt berechnete Zweifel aufkommen, ob sich die erwünschte Magerwiese unter den Modulen überhaupt einstellen kann.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Auf die den Unterlagen beigefügte Sicherheitsanalyse (beim Schutzgut „Erholung / Landschaftsbild“) wird verwiesen.</p> <p>Die Grundflächenzahl soll eine effektive Nutzung des Plangebiets in Abstimmung mit den Belangen des Natur- und Artenschutzes sicherstellen. Damit soll auch dem Ziel des Baugesetzbuches hinsichtlich eines schonenden Umganges mit Grund und Boden Rechnung getragen werden.</p>

GVV Schönau i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

**Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
noch 22. Landesnaturschutz- verband LNV BW		Hinweis darauf, dass hinsichtlich des Landschaftsschutzes die Höhe des Zauns (bis 2,5 m) und des Trafogebäudes (4,5 m) überdimensioniert zu sein scheint. Es wird daher für eine Reduktion dieser Maße plädiert.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Gesamthöhe des Zauns wird auf 2,2 m reduziert. Die Gesamthöhe der Trafostation wird entsprechend dem Bedarf auf 3,5 m reduziert.
		Hinweis darauf, dass das Vorhaben aufgrund des heute überwiegenden Bewuchses der Fläche mit Adlerfarn einen ökologischen Mehrwert mit sich bringt. Am westlichen Rand des Plangebiets befindet sich aber ein Besenginstergebüsch, dessen Bedeutung als hoch bis sehr hoch eingestuft wurde. Wir schlagen vor, diesen Bereich möglichst auszusparen und die Anlage eher in den weniger wertvollen Bereichen zu vergrößern.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Aussparung des Besenginstergebüsches ist nicht möglich, da weder nach Norden noch nach Süden eine Erweiterung der Anlage erfolgen kann.
23. NABU Landesverband BW		Keine Stellungnahme	
24. BUND Regionalverband Freiburg		Keine Stellungnahme	
25. Gemeinde Fröhnd		Keine Stellungnahme	
26. Gemeinde Utzenfeld		Keine Stellungnahme	
27. Gemeinde Wembach		Keine Stellungnahme	
28. Gemeinde Aitern		Keine Stellungnahme	
29. Gemeinde Schönenberg		Keine Stellungnahme	
30. Gemeinde Tunau	20.06.2022	Es werden keine Einwände erhoben.	Wird zur Kenntnis genommen.

Zusammengestellt: Freiburg, den 22.02.2023 HOF

PLANUNGSBÜRO FISCHER, FREIBURG

GVV Schöna i. Schw. - 4. Änd. Flächennutzungsplan - Gemeinde Fröhnd

Zusammenstellung der eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit
i.R. der Frühzeitigen Anhörung nach § 3 Abs. 1 BauGB

Behörde	Schr.v.	Anregung	Beschlussempfehlung
		Bei der Bürgeranhörung am 06.07.2022 wurden eine Reihe von Verständnisfragen gestellt, sowie Fragen, die nicht mit dem B-Plan zu tun haben.	
1. Bürger*in		Wie ist die Zuwegung der Feuerwehr ?	Für die Zuwegung der Feuerwehr ist nach Abstimmung mit dem Kreisbrandmeister und der örtlichen Feuerwehr eine Zufahrtsmöglichkeit mit Aufstellfläche von Norden her ausreichend. Ein detailliertes Konzept wird im Rahmen einer Gefährdungsbeurteilung inkl. Brandschutzkonzept im Zusammenhang mit der Baugenehmigungsplanung ausgearbeitet.
2. Bürger*in		Nachfrage zum Adlerfarm ?	Durch das Entfernen des erfährt dieser Bereich eine ökologische Aufwertung.
3. Bürger*in		Wie werden die Module im Moden verankert ?	Die Module werden in den Boden gerammt. Fundamente sind somit nicht erforderlich.

Zusammengestellt: Freiburg, den 22.02.2023 HOF

PLANUNGSBÜRO FISCHER
GÜNTERSTALSTRASSE 32
79100 FREIBURG

Gemeindeverwaltungsverband Schönau

4. punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans „SO Solarpark Fröhnd“



UMWELTBERICHT – ENTWURF ZUR OFFENLAGE

Stand: 23.03.2023

Bearbeitung: B. Eng. Landschaftsplanung und Naturschutz Ricarda Barbisch

Auftraggeber:

Elektrizitätswerke Schönau Energie GmbH
Friedrichstraße 53/55
79677 Schönau

Auftragnehmer:

Kunz GaLaPlan
Dipl. Ing. (FH) Georg Kunz
Am Schlipf 6
79674 Todtnauberg

Kunz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Anlass, Grundlagen und Inhalte.....	1
1.2	Ergebnisse der Scopingphase	2
1.3	Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung	2
1.4	Rechtliche Grundlagen und Inhalte.....	3
2	Allgemeine Festlegungen zur Vorgehensweise, Methodik und Detaillierungsgrad.....	5
2.1	Allgemeine Methodik.....	5
2.2	Quellenverzeichnis Bewertungs- und Datengrundlagen / Detaillierungsgrad	7
2.3	Ziele des Umweltschutzes	8
2.3.1	<i>Ziele der Fachgesetze</i>	<i>8</i>
2.3.2	<i>Ziele der Fachplanungen</i>	<i>12</i>
2.3.3	<i>Landwirtschaftliche Belange</i>	<i>15</i>
2.3.4	<i>Forstwirtschaftliche Belange.....</i>	<i>16</i>
2.3.5	<i>Berücksichtigung bei der Aufstellung</i>	<i>17</i>
3	Beschreibung der FNP-Änderung.....	17
4	Beschreibung des Vorhabens	18
4.1	Inhalt und Ziele der Flächennutzungsplanänderung.....	18
4.2	Alternativen	20
4.3	Belastungsfaktoren	21
4.3.1	<i>Baubedingte Beeinträchtigungen</i>	<i>21</i>
4.3.2	<i>Anlagebedingte Beeinträchtigungen.....</i>	<i>22</i>
4.3.3	<i>Betriebsbedingte Beeinträchtigungen.....</i>	<i>23</i>
5	Beschreibung und Bewertung der Schutzgüter sowie der Umweltauswirkungen	24
5.1	Artenschutz nach § 44 BNatSchG	24
5.2	Schutzgebiete und geschützte Flächen	26
5.3	Schutzgut Tiere und Pflanzen	31
5.4	Schutzgut Boden	39
5.5	Schutzgut Wasser	41
5.5.1	<i>Oberflächengewässer.....</i>	<i>41</i>
5.5.2	<i>Grundwasser.....</i>	<i>42</i>
5.6	Schutzgut Klima / Luft	44
5.7	Schutzgut Erholung / Landschaftsbild.....	45
5.7.1	<i>Bestand.....</i>	<i>45</i>
5.7.2	<i>Sichtbarkeitsanalyse.....</i>	<i>47</i>
5.7.3	<i>Auswirkungen und Maßnahmen</i>	<i>52</i>
5.8	Schutzgut Menschliche Gesundheit.....	55
5.9	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	55
5.10	Schutzgut Fläche	56
5.11	Biologische Vielfalt	56
5.12	Natürliche Ressourcen.....	57
5.13	Unfälle oder Katastrophen	57
5.14	Emissionen und Energienutzung	58
5.15	Darstellung von umweltbezogenen Plänen.....	59
5.16	Wechselwirkungen	60
5.17	Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung.....	61
5.18	Zusätzliche Angaben.....	61
6	Ergebnis.....	62

1 Einleitung

1.1 Anlass, Grundlagen und Inhalte

Vorbemerkung Die Abgrenzung der 4. Änderung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau entspricht der Abgrenzung des Bebauungsplans „SO Solarpark Fröhnd“. Somit können die Inhalte des Umweltberichtes zur Bebauungsplanaufstellung weitgehend auch auf den Umweltbericht zur Flächennutzungsplan-Änderung übertragen werden.

Anlass Auf ca. 5 ha (Teilbereiche der Flurstücke 1292 und 985 der Gemarkung Fröhnd) planen die Elektrizitätswerke Schönau Energie GmbH (EWS) die Errichtung eines Solarparks.

Der Solarpark soll über einen Zeitraum von 20-30 Jahren betrieben werden und rechnerisch ca. 1.100 Haushalte mit Strom versorgen.

Die Errichtung neuer Photovoltaik-Anlagen gehört zu einem erklärten strategischen Ziel der EWS. Die EWS hat jahrelange Erfahrung in der Realisierung und im Betrieb von regenerativen Erzeugungsanlagen und will den Weg der „Energiewende“ konsequent weitergehen.

Durch die Erzeugung von Solarstrom können konventionelle Energieträger ersetzt werden, was einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz in der Region leistet.

Der Gemeinderat der Gemeinde Fröhnd hat die Aufstellung des Bebauungsplans "SO Solarpark Fröhnd" am 01.12.2021 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans "SO Solarpark Fröhnd" sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage im Ortsteil Oberhepschingen geschaffen werden.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau entspricht nicht der Planung und es ist somit auch eine Änderung des FNP erforderlich.

Der Aufstellungsbeschluss für die FNP-Änderung wurde am 09.12.2021 gefasst. Der FNP wird i. R. d. 4. Änderung im Parallelverfahren entsprechend geändert, die Fläche wird gemäß Aussagen des Bebauungsplans als Sonderbaufläche "Solarpark" ausgewiesen.



Abbildung 1: Plangebiet (rot) (Quelle: LUBW)

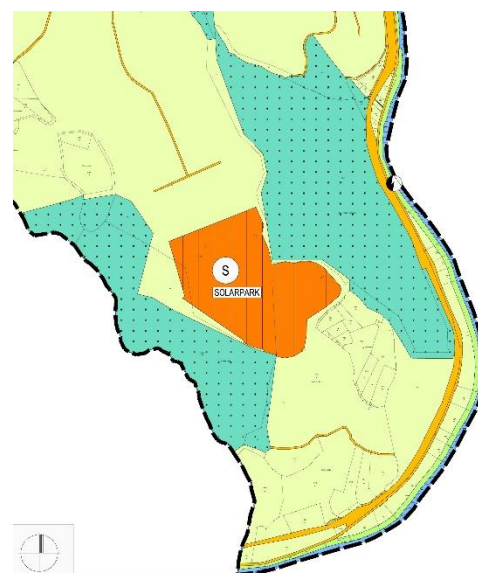


Abbildung 2: Abgrenzung 4. FNP-Änderung (orange)

1.2 Ergebnisse der Scopingphase

Ergebnisse der Scopingphase Im Rahmen des Scopingtermins am 12. Januar 2022 konnten die meisten relevanten Punkte direkt geklärt werden:

- Ausnahmegenehmigung für geschütztes Biotop „Weidfeld am Blattacker“ notwendig, falls es durch die Zufahrt erheblich beeinträchtigt wird. Bei einer unerheblichen Beeinträchtigung entfällt die Ausnahmegenehmigung. Biotop wurde noch einmal vor Ort überprüft und es besteht keine Beeinträchtigung (vgl. Kapitel 4.2). *Mittlerweile (Stand 2023) ist das Weidfeld ohnehin nicht mehr als Biotop ausgewiesen.*
- Einsehbarkeit der Anlage ist im weiteren Verfahren vertiefend zu untersuchen (Sichtbarkeitsanalyse).
- Für die neue Beschilderung des Wanderweges ist nach § 37 LWaldG ein Antrag bei der Forstbehörde zu stellen.
- Einbeziehung des Regierungspräsidiums im weiteren Verfahren, da Pflegezone des Biosphärengebiets „Schwarzwald“ betroffen ist.
Eventuelle Verschattung des südlich gelegenen Biotops „Weidfeld am ‘Äußeren Berg‘ durch die Anlage ist zu prüfen.

Folgende Punkte blieben an diesem Termin offen und wurden bzw. werden noch im weiteren Verlauf geklärt:

- Abstimmung des genauen artenschutzrechtlichen Untersuchungsumfangs
→ Am 31.01.22 kam eine schriftliche Rückmeldung von der UNB zum artenschutzrechtlichen Untersuchungsumfang. Die Untersuchungen werden gemäß dieser Rückmeldung in der Kartiersaison 2022 durchgeführt.
- Notwendigkeit Bodenschutzgutachten
→ Am 13.01.22 erfolgte die Rückmeldung vom LRA Lörrach / Fachbereich Klima & Boden, dass kein Bodenschutzgutachten notwendig ist.
- Wald durch geplante Verlegung des Wanderweges voraussichtlich nicht betroffen, da der Weg nach aktuellem Kenntnisstand (April 2022) auf dem Grünstreifen am östlichen Rand des Solarparks verlaufen wird. *Mittlerweile (Stand 2023) wurde am östlichen Rand ein Magerrasen-Biotop ausgewiesen. Der Wanderweg wurde somit noch einmal umgeplant und soll nun am westlichen Rand verlaufen.*
- Einhaltung 30 m-Waldabstand
→ Erneuter Termin am 09.02.2022 erfolgte unter Einbezug der höheren Forstbehörde. § 4 Abs. 3 LBO greift nicht für Bauvorhaben Solarpark, da Solarpark keine bauliche Anlage gemäß § 2 Abs. 1 LBO ist. Forstbehörde lehnen sich in ihrer Begründung zum 30 m-Waldabstand daher nur an den § 4 an. Für die frühzeitige Beteiligung wird ein Waldabstand von 10 m angenommen. Zaun wird direkt an die Module gestellt und nicht an den Waldrand.
- Erhebliche Eingriffe für Landwirt durch Verlust Fettwiese → Einvernehmliche Lösung wird derzeit ausgehandelt (Stand April 2022).

1.3 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung

Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung Folgende Anregungen der unterschiedlichen Träger öffentlicher Belange wurden im Offenlageentwurf des Umweltberichts zur Flächennutzungsplan-Änderung oder / und im Umweltbericht zum Bebauungsplan ergänzt bzw. berücksichtigt:

LRA Lörrach – Stellungnahme vom 08.07.2022

Fachbereich (FB) Umwelt / Kommunale Abwasserbeseitigung: Die regelmäßige Untersuchung der Paneele auf Schäden.

FB Landwirtschaft und Naturschutz / Naturschutz: Die ausführlichere Begründung, dass der Biotopverbund nicht beeinträchtigt wird. Die Anpassung des Zaunabstands vom Boden von 15 cm auf 20 cm. Die Präzisierung der baubedingten Beeinträchtigungen. Die Ergänzung der betriebsbedingten Beeinträchtigungen. Die Auswirkungen der „Überdachung“ der Fläche auf die Bodenfunktionen. Die Konkretisierung des Maßnahmenkonzepts und die Ergänzung eines Monitorings. Die Reinigung der Anlage / Module. Die Sichtbarkeitsanalyse. Der Umgang mit dem Wanderweg.

Höhere Forstbehörde – Stellungnahme vom 27.06.2022

Falsche Darstellung und Klassifizierung der Waldflächen in den Planunterlagen → Planunterlagen wurden entsprechend angepasst

Empfehlung Waldabstand von 30 m → Ein Waldabstand von 30 m kann aus wirtschaftlichen Gründen nicht eingehalten werden.

Folgende Anregungen der unterschiedlichen Träger öffentlicher Belange wurden im Offenlageentwurf des Umweltberichts zur Flächennutzungsplan-Änderung **nicht** ergänzt bzw. berücksichtigt:

Raumordnung – Stellungnahme vom 31.05.2022

Betroffenheit überregional bedeutsamer Landschaftsräume → Die anlagebedingten Eingriffe werden so weit wie möglich vermieden. Aufgrund der rel. geringwertigen Bestandsbewertung der vorhandenen und hier im konkreten Fall betroffenen Biotoptypen (Adlerfarnbestände) verbleibt auf der Fläche und auch für den Landschaftsraum insgesamt keine erhebliche Beeinträchtigung für den Naturhaushalt oder einzelne Schutzgüter. Sofern der Anregung der Raumordnung Rechnung getragen würde und die Entwicklung des Solarparks über die Begründung nach Planziel 5.1.2.1 LEP nicht möglich wäre, käme dies einer vollständigen Ausschlusswirkung für die Entwicklung von Solarparks im Landkreis Lörrach oder im gesamten Südschwarzwald gleich. Dies deckt sich aber nicht mit den Forderungen aus dem neuen Klimaschutzgesetz bzw. dem darin enthaltenen Auftrag an die Regionalverbände und dadurch auch indirekt an die Landkreise und Kommunen, 1,5 bis 2,0 % der Flächen für die Erzeugung von regenerativen Energien zur Verfügung zu stellen. Zudem liegt das Plangebiet gemäß der Regionalen Hinweiskarte zu Freiflächen-PV mit Stand August 2022 vollständig innerhalb von Freiflächen, in denen Photovoltaikanlagen grundsätzlich möglich sind. In der Abwägung der unterschiedlichen Belange ist hier dem Belang der Erzeugung regenerativer Energien der Vorrang einzuräumen. Auf die Stellungnahme der Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz wird verwiesen. Im Hinblick auf § 44 und § 45 BNatSchG erfolgten umfangreiche Untersuchungen zu den einzelnen Artengruppen (siehe Artenschutzrechtliche Prüfung vom 22.03.2023 von Kunz GaLaPlan). Dem Vorhaben stehen unter Einhaltung der darin formulierten Maßnahmen keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.

Die restlichen Anregungen betreffen den Umweltbericht zur Flächennutzungsplan-Änderung nicht und werden von den sonstigen Fachbüros bearbeitet.

1.4

Rechtliche Grundlagen und Inhalte

Rechtliche Grundlagen

Seit dem 20. Juli 2004 ist das Europarechtsanpassungsgesetz Bau (EAG Bau) in Kraft. Mit Artikel 1 dieses Gesetzes erfolgt die Implementierung der EG-Richtlinie über die Strategische Umweltprüfung (SUP, RL 2001/42/EG), die die Prüfung von Umweltauswirkungen einer breiten Palette von Plänen und Programmen vorsieht, in das bundesdeutsche Bauplanungsrecht. Das EAG Bau wiederum findet seinen Niederschlag in der Neufassung des Baugesetzbuchs (BauGB) vom 23.09.2004 bzw. mit letzter Änderung vom 2017.

Nach § 2a BauGB hat die Gemeinde im Aufstellungsverfahren dem Entwurf des Bauleitplans eine Begründung beizulegen, die neben den Zielen, Zwecken und wesentlichen Auswirkungen des Plans auch - als gesonderten Teil – einen Umweltbericht enthält. In ihm werden die aufgrund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes dargelegt.

Die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind in § 1 Abs. 6 Nr. 7 sowie in § 1a BauGB benannt. Im Einzelnen handelt es sich dabei um:

- die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,
- die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,
- umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter,
- die Wechselwirkungen zwischen den oben angeführten Belangen,
- die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern,
- die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,
- die Darstellung von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts,
- die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,
- den sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden,
- die Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme durch bauliche Nutzungen durch Nutzung der Möglichkeiten zur Wiedernutzbarmachung von Flächen, zur Nachverdichtung und anderer Maßnahmen zur Innenentwicklung,
- die Begrenzung der Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß,
- die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts.

Inhalte der Umweltprüfung

Thematische Schwerpunkte der Umweltprüfung sind:

- die Darstellung der Vorgehensweise in der UP, im Zusammenhang mit der naturschutzrechtlichen Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung sowie dem Landschaftsplan,
- die Darstellung der angewandten Methoden in der Umweltprüfung,
- die Eingrenzung des Untersuchungsrahmens auf die erheblichen Sachverhalte,
- die Darstellung der zur Verfügung stehenden Datenquellen,
- die Ermittlung von fehlenden Daten,
- die Unterrichtung der Behörden und TÖB sowie Abstimmung der Vorgehensweise, Methoden und Datengrundlagen

Einordnung Scoping im Verfahrensstand

Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung nimmt die Festlegung des Untersuchungsrahmens, das sogenannte "Scoping", eine entscheidende Stelle ein. In dieser vorbereitenden Phase werden die Weichen für die nachfolgenden Untersuchungs- und Bearbeitungsinhalte der FNP- Änderung gestellt.

Dieser Verfahrensschritt dient im Wesentlichen:

- der Abstimmung der allgemeinen Vorgehensweise und Methodik der FNP-Änderung
- Bestandserfassung und Bewertung relevanter Daten
- der Ermittlung der relevanten Planungsvorhaben und Grobabschätzung ihrer Umweltfolgen
- der Abstimmung der wesentlichen Inhalte der FNP- Änderung zur Vermeidung von überflüssigen Untersuchungen bzw. zur frühzeitigen Ermittlung von Konfliktschwerpunkten, die eine vertiefende Untersuchung erfordern.

Neben der Darstellung der allgemeinen Methodik und des Inhaltes der FNP-Änderung erfolgt die Darstellung der bis zu diesem Zeitpunkt ermittelten Datengrundlagen hinsichtlich der zu untersuchenden Schutzgüter Mensch – Erholung/Landschaftsbild; Tiere und Pflanzen; Boden; Wasser; Klima/Luft) sowie der im Vorfeld der Untersuchungen zu erkennenden Nutzungsansprüche an die Umwelt sowie der daraus folgenden Beeinträchtigungen.

2 Allgemeine Festlegungen zur Vorgehensweise, Methodik und Detaillierungsgrad

2.1 Allgemeine Methodik

Bestands- erfassung

Für die abzu prüfenden Schutzgüter erfolgt im Rahmen der landschaftsplanerischen Voruntersuchungen eine Bestandserfassung und -bewertung der einzelnen Schutzgüter bzw. der umweltrelevanten Sachverhalte.

Bestands- bewertung

Die Bestandsbewertung gliedert sich in zwei Teilschritte: die Bewertung der Bedeutung unter Berücksichtigung der vorhandenen Vorbelastung sowie die Abschätzung der Empfindlichkeit der Schutzgüter.

Sowohl bei der Bewertung der Bedeutung als auch bei der Bewertung der Empfindlichkeit wird ein 3-stufiger Bewertungsrahmen (gering < mittel < hoch) als ausreichend erachtet.

Grundlagen der Bewertung bilden einschlägige Umweltqualitätsziele aus gesetzlichen Vorgaben (z. B. Naturschutzgesetz, Bodenschutzgesetz) und Vorgaben aus übergeordneten Planungen (z. B. Regionalplan, Flächennutzungsplan).

Die eigentliche Bewertung erfolgt über verbal-argumentative Ansätze, wie sie im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung seit längerem angewandt werden. Detaillierte methodische Ansätze können dem Handbuch der UVP (BUNGE/STORM 2005; Erich Schmidt Verlag) entnommen werden.

Vermeidung und Minimierung; Kompensation

Für die Einzelgebiete werden parallel zur Konfliktanalyse auch die möglichen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen herausgearbeitet. Dies kann im Extremfall zum Verzicht auf ein Plangebiet oder zu einer veränderten Flächenabgrenzung führen. In der Regel erfolgen jedoch Hinweise auf Maßnahmen, die in der nachfolgenden Bauleitplanung zu berücksichtigen sind, im FNP jedoch nicht rechtsverbindlich festgelegt werden können.

Prognose von Auswirkungen

Für die im Rahmen der FNP – Änderung vorgeschlagenen Flächen werden unter Berücksichtigung der in der Bestandserfassung bewerteten Ausprägungen der einzelnen Schutzgüter (Bedeutung, Empfindlichkeit, Vorbelastungen) die Auswirkungen und die entsprechenden Konfliktstärken dargestellt.

Der Variantenvergleich erfolgt über eine zusammenfassende Matrix mit Darstellung der Konfliktstärken in Bezug auf die einzelnen Schutzgüter.

Die Darstellungen zu den Einzelflächen erfolgen über Gebiets-Steckbriefe, in denen die Prüfinhalte gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus § 2 BauGB entsprechend abgearbeitet werden.

In der Umweltprüfung ist neben der Darstellung der Auswirkungen durch die Planung auch eine Prognose hinsichtlich der Umweltentwicklung ohne Durchführung der Planung zu erstellen.

Hinsichtlich der darzustellenden Beeinträchtigungen erfolgt die Bewertung in einer 4-stufigen Skala (unerheblich < gering < mittel < hoch).

Des Weiteren werden Planungsempfehlungen herausgearbeitet, die zu einer möglichen Vermeidung und Minimierung der Eingriffe führen können oder für die weitere Planung aus landschaftspflegerischer Sicht von Bedeutung sind (z.B. ergänzende Erschließung für die Naherholung).

Die Einschätzung der Einzelkonflikte ist nur in einem relativ groben Maßstab möglich, da Einzelheiten zu den entstehenden Belastungen wie genaue Gebäudestellung, Versiegelungsgrad, Gebäudehöhen usw. derzeit noch nicht bekannt sind und erst im Rahmen der Bebauungsplanung näher definiert werden.

Gesamt- bewertung

In der Gesamtbewertung werden die einzelnen zu erwartenden Konfliktpotentiale sowie die über die Planungsempfehlungen möglichen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zusammenfassend bewertet. Die Darstellung beinhaltet sowohl eine Gesamteinschätzung des zu erwartenden Konfliktpotentials als auch landschaftsplanerische Empfehlungen zur Siedlungsentwicklung.

Stärke der Beeinträchtigungen	Landschaftsplanerische Empfehlung
Überwiegend unerhebliche und geringe Beeinträchtigungen	geeignet
Überwiegend mittlere Beeinträchtigungen	bedingt geeignet
Überwiegend hohe Beeinträchtigungen	ungeeignet

Bewertungs- kriterien

Die Bewertung der Flächen, ihrer ökologischen Funktionen sowie der Beeinträchtigungen und Konflikte durch eine Bebauung erfolgt über verbal - argumentative Verknüpfungen. Dies berücksichtigt insbesondere die jeweiligen Situationen vor Ort, wobei aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen trotz gleichartiger Belastungen durchaus unterschiedliche Bewertungen der Beeinträchtigungen entstehen können.

Gebiete, die als geeignet eingestuft werden, können durchaus mit hohen Beeinträchtigungen für ein Schutzgut verbunden sein (z. B. Versiegelung für das Schutzgut Boden oder Beeinträchtigungen für das Schutzgut Landschaftsbild in Ortsrandlage). Diese Beeinträchtigungen treten jedoch entweder bei allen Gebieten in ähnlicher Form auf und sind in der Regel nicht zu vermeiden (z. B. Versiegelung) oder sie können durch geeignete Maßnahmen weitgehend minimiert werden (z. B. Eingrünung des Ortsrandes).

Gebiete, die als "bedingt geeignet" eingestuft werden, zeigen entweder für ein Schutzgut sehr gravierende Beeinträchtigungen oder für mehrere Schutzgüter hohe Beeinträchtigungen, die jedoch unter gewissen Voraussetzungen und bei Durchführung geeigneter Maßnahmen oder Nutzungsaufgaben vermieden oder minimiert werden können und somit **nicht** zu einem generellen Ausschluss der Gebiete führen. Ggf. sind für diese Bereiche im Rahmen der Bebauungs- bzw. Grünordnungsplanung weitere vertiefende Untersuchungen bzw. eine weitere Entwicklung von Auflagen, Beschränkung der Nutzung usw. erforderlich.

Gebiete, die als „ungeeignet“ eingestuft werden, zeigen für mehrere Schutzgüter gravierende Beeinträchtigungen, die weder durch Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen reduziert werden können noch durch Kompensationsmaßnahmen vollständig ausgeglichen werden können. Diese Gebiete umfassen auch die so genannten „Taburäume“, wie z.B. Überschwemmungsflächen, Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete, Wasserschutzgebiete der Zone I oder Flächen mit ähnlich restriktiven Vorgaben.

2.2 Quellenverzeichnis Bewertungs- und Datengrundlagen / Detaillierungsgrad

Daten- grundlagen

Im Zuge der Ermittlung der Datengrundlagen werden alle dem Verfasser bekannten und für das Vorhaben relevanten Datengrundlagen in Form von Gutachten, Plänen, Literatur, Gesetze usw. aufgelistet. Im Scopingverfahren ergaben sich keine Hinweise auf weitere Daten- oder Bewertungsgrundlagen.

Bewertungs- grundlagen

Als Bewertungsgrundlagen dienen im Wesentlichen die nachfolgend aufgeführten Gesetze und Richtlinien:

- Bundesnaturschutzgesetz BNatSchG in der Fassung vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 29. Juni 2020
- Gesetz des Landes Baden-Württemberg zum Schutz der Natur und zur Pflege der Landschaft, Naturschutzgesetz NatSchG vom 23. Juni 2015, zuletzt geändert am 21. November 2017
- Baugesetzbuch BauGB vom 23. Juni 1960, in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017, zuletzt geändert am 27. März 2020
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke, Baunutzungsverordnung BauNVO vom 26. Juni 1962, aktuelle Fassung vom 21. November 2017
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung UVP in der Fassung vom 24. Februar 2010, zuletzt geändert am 12. Dezember 2019
- Raumordnungsgesetz ROG vom 22. Dezember 2008, zuletzt geändert am 19. Juni 2020
- Raumordnungsverordnung (RoV) vom 13. Dezember 1990, zuletzt geändert am 13. Mai 2019
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten, Bundes-Bodenschutzgesetz BBodSchG vom 17. März 1998, zuletzt geändert am 27. September 2017
- Gesetz zur Ausführung des Bundes- Bodenschutzgesetzes, Landes- Bodenschutz- und Altlastengesetz LBodSchAG vom 14. Dezember 2004, zuletzt geändert am 17. Dezember 2009
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts, Wasserhaushaltsgesetz WHG vom 31. Juli 2009, zuletzt geändert am 19. Juni 2020
- Wassergesetz (WG) für Baden- Württemberg vom 03. Dezember 2013,
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge, Bundes- Immissionsschutzgesetz BImSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013, zuletzt geändert am 19. Juni 2020
- Erste allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Einhaltung der Luft- TA Luft) in der Fassung vom 24. Juli 2002
- DIN 18 005 Schallschutz im Städtebau vom Mai 1987, Stand Juli 2002
- 16. BImSchV; Verkehrslärmschutzverordnung vom 12. Juni 1990, geändert am 18. Dezember 2014
- Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale, Denkmalschutzgesetz- DSchG vom 6. Dezember 1983, zuletzt geändert am 23. Februar 2017
- Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen, zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinie 96/82/EG, 30. November 2016

Übergeordnete Planungen zur Umwelt

- Regionalverband Hochrhein-Bodensee, 2007: Landschaftsrahmenplan Hochrhein-Bodensee
- Regionalverband Hochrhein-Bodensee, Regionalplan 2000 Hochrhein-Bodensee
- Generalwildwegeplan 2010, Forstrechtliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg vom Mai 2010
- Abfallwirtschaftsplan für Baden-Württemberg, Teilplan gefährliche Abfälle, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom April 2013

Bewertungsmaterialien

- Bewertung der Biotoptypen Baden-Württembergs zur Bestimmung des Kompensationsbedarfs gemäß der Kartieranleitung für Offenland-Biotop BW, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden- Württemberg LUBW, Stand 2016
- Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, Umweltministerium Baden-Württemberg (Dez. 2012), Arbeitshilfe
- Ökokonto-Verordnung (Stand: 19. Dez., 2010), Gesetzblatt für Baden-Württemberg, Nr.23 (ISSN 0174-478 X).
- Die Wasserrahmenrichtlinie, Deutschlands Gewässer 2015, Umweltbundesamt, Stand September 2016

Daten- grundlagen

Als Datengrundlagen, die über die vorgenannten Gesetze, übergeordneten Planungen und Vorgaben hinausgehen, wurden bei der Bearbeitung der Umweltprüfung berücksichtigt bzw. ausgewertet:

- Landesanstalt für Umwelt, Daten- und Kartendienst (digitale Grundlagen)
- Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Bodenkarte 1 : 50 000 (GeoLa BK 50)
- Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Geologische Karte 1 : 50 000 (GeoLa GK 50)
- Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, Hydrogeologische Karte 1 : 50 000 (GeoLa HK 50)
- Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau
- Kartierung der Biotoptypen im Gelände
- Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „SO Solarpark Fröhnd“, Planstand 22.03.2023 (Quelle: Planungsbüro Fischer)
- Kunz GaLaPlan (2023): Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ – Artenschutzrechtliche Prüfung. Endbericht. Verfasst von B. Eng. Ricarda Barbisch.

Detaillierungs- grad

Eine Festlegung des Detaillierungsgrades der Untersuchungen ist erst nach einer möglichst vollständigen Bestandserfassung, Auswertung der vorhandenen Datengrundlagen sowie Abschätzung der zu erwartenden Eingriffe sinnvoll.

Die Festlegung des Detaillierungsgrades erfolgt deshalb im Rahmen der Beschreibungen und Darstellungen der einzelnen Schutzgüter.

2.3 Ziele des Umweltschutzes

Vorbemerkung

Die nachfolgend dargestellten Ziele des Umweltschutzes werden den entsprechenden Fachgesetzen entnommen. Hierbei werden jedoch nur die allgemeinen Ziele und formulierten Grundsätze dargestellt.

2.3.1 Ziele der Fachgesetze

Schutzgut Tiere und Pflanzen	
BNatSchG / LNatSchG	<p>Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlagen des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und wiederherzustellen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Leistungs- und Regenerationsfähigkeit des Naturhaushaltes, ➤ die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, ➤ die Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensräume sowie ➤ die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft <p>auf Dauer gesichert sind.</p> <p>Des Weiteren sind die Belange des Arten- und Biotopschutzes zu berücksichtigen.</p>
BauGB	<p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt sowie ➤ die Vermeidung und der Ausgleich von erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungsfähigkeit und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen Bestandteilen ➤ die Biologische Vielfalt <p>zu berücksichtigen</p>
FFH – Richtlinie VogelSchRL	<p>Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen</p> <p>Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume</p>
Rote Listen	<p>Information der Öffentlichkeit über den Gefährdungsgrad einzelner Arten bzw. Biotoptypen und Entscheidungs- und Argumentationshilfe zur Bewertung von Sachverhalten im Rahmen der Umweltprüfung</p>
WHG	<p>Schutz von Gewässern als Lebensraum für Tiere und Pflanzen.</p>

UNESCO Biosphären-reservat	Interdisziplinärer Ansatz den Menschen als Bestandteil der Biosphäre in den Vordergrund zwischen gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen unter Berücksichtigung der Zielsetzung Natur- und Landschaftsschutz im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen.
-----------------------------------	---

Schutzgut Boden	
BBodSchG, LBodSchG, Bodenschutzverordnung	<p>Ziel der Bodenschutzgesetze ist:</p> <p>der langfristige Schutz oder die Wiederherstellung des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen und Bodenorganismen, <ul style="list-style-type: none"> ○ Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, ○ Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen auf Grund der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungseigenschaften (insbesondere Grundwasserschutz), ○ Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, ○ Nutzungsfunktion als Rohstofflagerstätte, Fläche für Siedlung und Erholung, Standort für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung sowie für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung, ○ Standort für Rohstofflagerstätten, land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. ➤ der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen ➤ Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und Handhabung mit Verdachtsflächen mit Abfall- oder Altablagerungen ➤ Förderung und Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten sowie dadurch verursachter Gewässerverunreinigungen
BauGB	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden. Außerdem dürfen landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnungszwecke genutzte Flächen nur im notwendigen Ausmaß für andere Nutzungen in Anspruch genommen werden. Zusätzliche Anforderungen entstehen im Weiteren durch Kennzeichnungspflicht für erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastete Böden.

Schutzgut Wasser	
Wasserhaushaltsgesetz Landeswassergesetz	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer Ökologischen Funktionen.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern.</p> <p>Sicherung des Grundwassers in seiner Qualität und Quantität vor Erheblichen Beeinträchtigungen als Lebensgrundlage für den Menschen, Tiere und Pflanzen.</p>
Europäische Wasser-rahmenrichtlinie (WRRL)	Sicherung und Wiederherstellung der ökologischen Funktionsfähigkeit von Oberflächengewässern und des guten Zustandes des Grundwassers von Gewässersystemen und Einzugsgebieten unter gesamtheitlicher Betrachtung als Ökosystem.
Wasser- und Quellschutzgebiete	Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung in Baden- Württemberg aus Grund-, Oberflächen- und Quellwassern
LWaldG	Sicherung und Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Wasservorräte sowie Regulierung des Wasserhaushaltes durch Ausweisung von Schutzwäldern, Schutz vor Wassererosion.
BNatSchG LNatSchG	Schutz, Pflege und Entwicklung von Naturhaushalt und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (und damit auch der hydrologischen Verhältnisse) als Lebensgrundlage für den Menschen, Tiere und Pflanzen
Baugesetzbuch	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung von wirtschaftlichen Belangen bei den Regelungen zu Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Berücksichtigung der Belange der Wasserwirtschaft, sowie der Flächen für Hochwasserschutz und Wasserrückhaltung.

Schutzgut Klima / Luft	
Bundesimmissions-schutzgesetz incl. der Verordnungen	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) vorzubeugen.

TA Luft	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen.
BNatSchG LNatSchG	Schutz, Pflege und Entwicklung von Naturhaushalt und Landschaft zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes (und damit auch der klimatischen Verhältnisse) als Lebensgrundlage für den Menschen, Tiere und Pflanzen
Baugesetzbuch	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne sowie Berücksichtigung des Klimaschutzes sowie Darstellung klimaschutzrelevanter Instrumente. Berücksichtigung von baulichen und technischen Maßnahmen, die der Vermeidung oder Minderung der Folgen von Störfällen dienen bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung/ -intensität von Gebäuden oder sonstigen baulichen Anlagen in der Nachbarschaft von Betriebsbereichen nach § 3 Absatz 5a des BImSchG.
LWaldG	Sicherung der Frischluftzufuhr für Siedlungen, Abwehr der durch Emissionen bedingte Gefahren, Nachteile und Belästigungen Sicherung und Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Wasservorräte sowie Regulierung des Wasserhaushaltes durch Ausweisung von Schutzwäldern, Schutz vor Wassererosion.

Schutzgut Landschaft	
BNatSchG LNatSchG	Schutz, Pflege und Entwicklung und ggfs. Wiederherstellung der Landschaft aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.
Landschaftsschutzgebiet nach §26 BNatSchG	Erhalt, Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, einschließlich des Schutzes von Lebensstätten und Lebensräumen bestimmter Arten. Erhalt der Vielfalt, Eigenart und Schönheit bzw. der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Landschaft. Bewahrung von Erholungsgebieten von besonderer Bedeutung.
Naturpark nach §27 BNatSchG	Einheitliche Entwicklung und Pflege eines Naturraums oder einer Landschaft unter Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten im Einklang mit nachhaltigem Tourismus und Landnutzung
Naturdenkmäler nach §28 BNatSchG	Erhalt und Schutz von Einzelschöpfungen in der Natur aus wissenschaftlichem, naturgeschichtlichem oder landeskundlichem Gründen bzw. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit.
UNESCO Biosphärenreservat	Interdisziplinärer Ansatz den Menschen als Bestandteil der Biosphäre in den Vordergrund zwischen gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen unter Berücksichtigung der Zielsetzung Natur- und Landschaftsschutz im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen.
Baugesetzbuch	Erhaltung und Entwicklung des Orts- und Landschaftsbildes im Rahmen der Bauleitplanung. Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung von Bauleitplänen. Landschaftspläne oder sonstige Grünpläne sind ebenfalls im Rahmen der Bauleitplanung darzustellen und zu berücksichtigen.

Schutzgut Mensch	
BauGB	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes sowie der Freizeit und Erholung bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen
BImSchG TA Luft VDI Richtlinie	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen),
TA Lärm	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge
DIN 18 005 16. BImSchV	Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.
LAI Freizeit Lärm Richtlinie	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Freizeitlärm
Geruchs-/ Immissionsrichtlinie	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor Geruchsmissionen, insbesondere landwirtschaftlicher Art.
BNatSchG / LNatSchG	Zur Sicherung der Lebensgrundlage wird auch die Erholung in Natur und Landschaft herausgestellt.
UNESCO Biosphärenreservat	Interdisziplinärer Ansatz den Menschen als Bestandteil der Biosphäre in den Vordergrund zwischen gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fragestellungen unter Berücksichtigung der Zielsetzung Natur- und Landschaftsschutz im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu stellen.
Naturpark nach § 27 BNatSchG	Einheitliche Entwicklung und Pflege eines Naturraums oder einer Landschaft unter Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten im Einklang mit nachhaltigem Tourismus und Landnutzung

LWaldG	Sicherung, Erhalt oder Erneuerung der ungestörten natürlichen Entwicklung einer Waldgesellschaft mit ihren Tier- und Pflanzenarten.
WHG	Schutz von Gewässern als Bestandteil als Lebensgrundlage des Menschen.

Schutzgut Kultur- und Sachgüter	
DSchG BNatSchG	Erhaltung historischer Kulturlandschaften und –landschaftsteilen von besondere charakteristische Eigenart sowie der Umgebung schützenswerter oder geschützter Kultur, Bau- und Bodendenkmälern sowie der Denkmäler selbst.
Naturdenkmäler nach §28 BNatSchG	Erhalt und Schutz von Einzelschöpfungen in der Natur aus wissenschaftlichem, naturgeschichtlichem oder landeskundlichem Gründen bzw. wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit.
Baugesetzbuch	Erhaltung von Kultur- und Sachgütern im Rahmen der Orts- und Landschaftsbilderhaltung und -entwicklung.

Fläche	
Raumordnungsgesetz ROG	Berücksichtigung der bundes- wie rahmenrechtlichen Vorgaben zu Bedingungen, Aufgaben und Leitvorstellungen der Raumordnung zur ausgewogenen Gestaltung von Siedlungs- und Freiraumstruktur unter Beachtung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes.
Flächennutzungsplan	Planungsinstrument zur Steuerung von städtebaulichen Entwicklungen einer Gemeinde durch die öffentliche Verwaltung im System der Raumordnung.
Baugesetzbuch	Erhaltung und Schutz der Fläche durch die Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bzw. die durch die Eingriffe verursachten Auswirkungen.

Biologische Vielfalt	
BNatSchG	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass die biologische Vielfalt auf Dauer gesichert ist.
BNatSchG nach §44 Besonderer Artenschutz	Berücksichtigung der Einhaltung der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG.
FFH – Richtlinie VogelSchRL	Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen sowie Schutz und Erhaltung sämtlicher wildlebender, heimischer Vogelarten und ihrer Lebensräume auf nationaler und europäischer Rechtsgrundlage.
Rote Listen	Information der Öffentlichkeit über en Gefährdungsgrad einzelner Arten bzw. Biototypen und Entscheidungs- und Argumentationshilfe zur Bewertung von Sachverhalten im Rahmen der Umweltprüfung
WHG	Schutz von Gewässern als Lebensraum für Tiere und Pflanzen.
Baugesetzbuch	Erhaltung und Schutz der biologischen Vielfalt durch die Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bzw. die durch die Eingriffe verursachten Auswirkungen.

Natürliche Ressourcen	
BNatSchG	Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass die biologische Vielfalt auf Dauer gesichert ist.
Bundesimmissionschutzgesetz incl. der Verordnungen	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) vorzubeugen.
Baugesetzbuch	Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung; die Beschreibung der potentiellen Auswirkung während der Bau- und Betriebsphase unter Berücksichtigung der Nutzung und der nachhaltigen Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen.
Wasserhaushaltsgesetz Landeswassergesetz	Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer Ökologischen Funktionen. Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern. Sicherung des Grundwassers in seiner Qualität und Quantität vor Erheblichen Beeinträchtigungen als Lebensgrundlage für den Menschen, Tiere und Pflanzen.

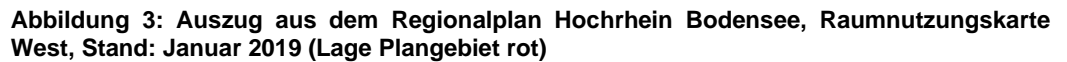
LWaldG	Sicherung der nachhaltigen Nutzungsfunktion des Waldes. Sicherung der Frischluftzufuhr für Siedlungen, Abwehr der durch Emissionen bedingte Gefahren, Nachteile und Belästigungen Sicherung und Schutz von Grund- und Oberflächenwasser, Wasservorräte sowie Regulierung des Wasserhaushaltes durch Ausweisung von Schutzwäldern, Schutz vor Wassererosion.
---------------	--

Unfälle und Katastrophen	
Bundesimmissionschutzgesetz inkl. der Verordnungen	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) vorzubeugen.
LWaldG	Sicherung der Erosion von rutschgefährdeten, felsigen/ steinigen Hängen und Steilhängen, Verkarstungen und Flugsandböden durch standortgerechte Waldbestockung auf gefährdeten Standorten.
Überschwemmungsflächen	Darstellung von Hochwassergefahren- und Überflutungsflächen zur Erkennung, Vermeidung und Reduktion von Hochwasserrisiken.
Emissionen, Energienutzung und Abfall	
Bundesimmissionschutzgesetz inkl. der Verordnungen	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) vorzubeugen.
TA Luft	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen.
Baugesetzbuch	Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern sowie soweit möglich eine Angabe zu Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen und ggf. die Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima und Treibhausgasemission. Gewährleistung der Nutzung erneuerbarer Energien und sparsame und effiziente Nutzung von Energie
WHG	Schutz von Gewässern als Nutzbares Gut durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung.

Emissionen, Energienutzung und Abfall	
Bundesimmissionschutzgesetz inkl. der Verordnungen	Schutz des Menschen, der Tiere und der Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen) vorzubeugen.
TA Luft	Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen um ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erreichen.
Baugesetzbuch	Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern sowie soweit möglich eine Angabe zu Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen und ggf. die Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima und Treibhausgasemission. Gewährleistung der Nutzung erneuerbarer Energien und sparsame und effiziente Nutzung von Energie
WHG	Schutz von Gewässern als Nutzbares Gut durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung.

2.3.2 Ziele der Fachplanungen

Landesentwicklungsplan	Im Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg (2002) wird der Untersuchungsraum um Fröhnd in die Raumkategorie „Ländlicher Raum im engeren Sinne“ eingestuft.
Regionalplan	Als einschlägige Fachpläne liegen für das Plangebiet der Regionalplan sowie der Landschaftsrahmenplan vor. Laut Regionalplan 2000 der Region Hochrhein-Bodensee, Raumnutzungskarte West, befinden sich im Plangebiet weder Vorrang- noch Ausschlussgebiete. Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Vorranggebiete) sind lediglich entlang des Flusses „Wiese“ und nördlich von Pfaffenberg zu finden. Die Vorranggebiete werden vom geplanten Vorhaben nicht tangiert.



Die nächstgelegenen Wildtierkorridore

- Glaserberg / Todtmoos (Hochschwarzwald) - Hohe Möhr / Zell i. Wiesental (Hochschwarzwald)
- Röttler Wald / Kandern (Hochschwarzwald) - Hohe Möhr / Zell i. Wiesental (Hochschwarzwald)
- Glaserberg / Todtmoos (Hochschwarzwald) - Habsberg / Schluchsee (Hochschwarzwald)

verlaufen in einer Entfernung von mind. 4 km zum Plangebiet. Aufgrund der Distanz können Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden.

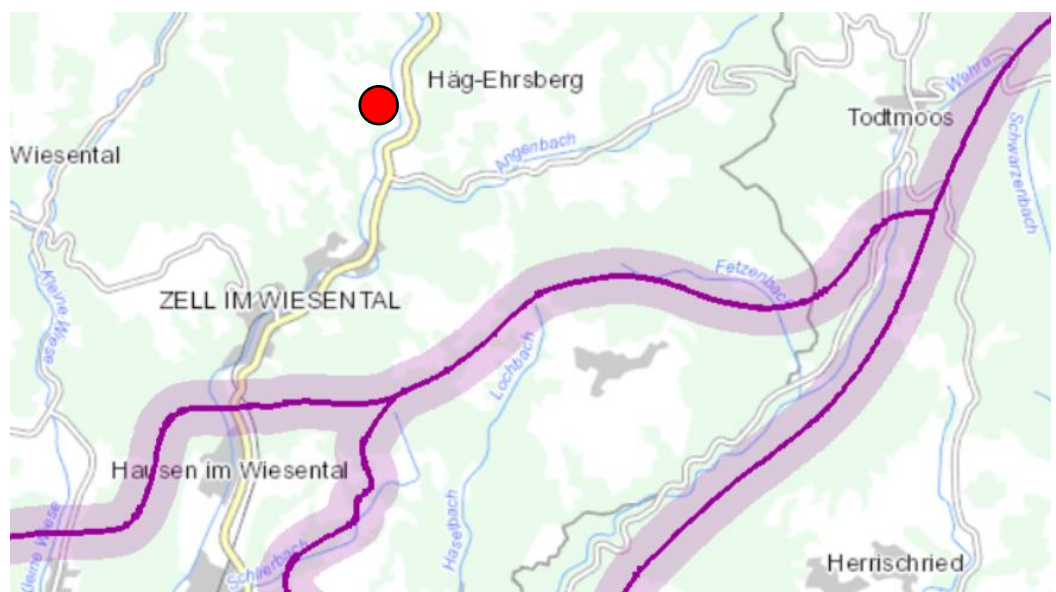


Abbildung 4: Plangebiet (rot) und Verlauf der in der weiteren Umgebung vorhandenen Wildtierkorridore (Quelle: LUBW)

Biotopverbunde Innerhalb des Plangebiets befinden sich Biotopverbundflächen trockener und feuchter Standorte. Biotopverbundflächen mittlerer Standorte sind nicht betroffen.

Biotopverbundflächen dienen der Sicherung heimischer Arten und ihrer Lebensräume sowie ihrer Wechselbeziehung in der Landschaft.

Der Geltungsbereich des Plangebiets wurde so festgelegt, dass lediglich Grünlandflächen und wenige einzelne Gehölze von der Überbauung mit Solarmodulen betroffen sind.

Sowohl bei den Biotopverbundflächen trockener Standorte als auch bei den Biotopverbundflächen feuchter Standorte sind lediglich Suchräume betroffen. Kernflächen und Kernräume werden durch das Vorhaben nicht tangiert.



Abbildung 5: Plangebiet (rot) und Biotopverbunde trockener, feuchter und mittlerer Standorte (Quelle: LUBW)

Baubedingte Beeinträchtigungen

Unmittelbar nordwestlich grenzt an das Plangebiet ein Weidfeld an, welches als Kernfläche im Biotopverbund trockener und feuchter Standorte ausgewiesen ist. Durch die Bauarbeiten kann es zur Gefährdung des Weidfelds kommen.

Bezüglich der Fauna kann es aufgrund der Bauarbeiten zu einer Meidung der Flächen kommen. Diese ist allerdings nur temporär.

Anlage- und betriebsbedingte Beeinträchtigungen

Anlagebedingte Beeinträchtigungen sind durch die Solarmodule und den ca. 870 m langen Zaun zu erwarten, der die Solarmodul-Fläche zukünftig eingrenzen soll. Das zukünftig eingezäunte Gelände wirkt sich nicht negativ auf die Lebensräume von Vögeln oder Fledermäusen aus. Die Artenschutz-Kartierungen ergaben, dass sich Vögel und Fledermäuse fast ausschließlich am Waldrand aufhielten und nicht auf der offenen Fläche, auf der die Panels geplant sind. Fledermäuse jagen entlang des Waldrandes und der Baumreihe im Süden. Auf der Fläche selbst sind ansonsten bis auf wenige Einzelbäume keine für sie nutzbaren Orientierungselemente vorhanden. Bei Transferflügen können sowohl Fledermäuse als auch Vögel den Zaun problemlos überfliegen.

Bezüglich Großsäuger sind vor allem Rehe relevant. Während der Artenschutzkartierungen wurde beobachtet, dass die Rehe vor allem südlich und nördlich des Plangebiets auf den dort vorhandenen Wiesen äsen. Die Adlerfarnflächen, auf denen die Panels geplant sind, werden gemieden (der Adlerfarn ist an den meisten Stellen 2 m hoch). Rehe können problemlos außen um die Solarfläche herumlaufen, da im Randbereich ein ausreichend breiter Grünkorrident (mind. 10 m Breite) zwischen Zaun und Waldrand ausgewiesen wird, dessen Vegetation niedrig gehalten wird. Ein querender Wanderkorridor wird somit nicht als notwendig erachtet. Grundsätzlich sind im Umfeld der Anlage weitere geeignete Biotopflächen und genügend Platz für Großsäuger vorhanden.

Von kleineren Tieren wie Amphibien, Reptilien, Kleinsäugetern, Mittelsäugetern usw. kann die Anlage weiterhin durchquert werden, da bei dem 870 m langen Zaun ein Abstand von mind. 20 cm zum Boden eingehalten werden muss, um eine Durchgängigkeit zu gewährleisten und die Barrierewirkung zu vermeiden.

Durch die geplante Zurückdrängung des Adlerfarns entstehen mittel- bis hochwertige Grünlandbestände, die den Lebensraum für alle Artengruppen aufwerten.

Betriebsbedingte Auswirkungen entstehen durch die von den Modulen ausgehenden Blend- und Kulissenwirkungen, die insbesondere für die Artengruppe der Vögel eine Rolle spielen könnten.

Die Sonnenreflexionen werden bei den Modulen so gering wie möglich gehalten, da das einfallende Licht bzw. die Sonnenenergie aus wirtschaftlichen Gründen effektiv aufgenommen und nicht reflektiert oder gestreut werden soll. Zudem werden Module verwendet, die mit einer Antireflexbeschichtung versehen sind.

Die Oberflächen der Solarmodule können die Umgebungsstrukturen spiegeln und somit Lebensräume vortäuschen. Dieser Effekt kommt laut Untersuchungen der Schweizer Vogelwarte Sempach allerdings vor allem bei senkrechten Strukturen wie z.B. vertikalen Glasfronten bei Gebäuden vor. Bei Solarmodulen ist er aufgrund der starken Neigung zu vernachlässigen. Da die Module nicht transparent sind, werden sie von Vögeln wahrgenommen und sind nicht unsichtbar. Grundsätzlich entstehen bei Solarmodulen potenzielle Konflikte mit Wasservögeln, da diese die Module mit einer Wasseroberfläche verwechseln könnten. Da in der Umgebung des Plangebiets keine Wasservögel vorkommen, ist aber nicht mit Kollisionen zu rechnen.

Vermeidung und Minimierung

Zur Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen des Biotopverbunds sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Das Biotop „Magerrasen N Schürkracker“ ist durch entsprechende Pflegemaßnahmen vollständig und dauerhaft zu erhalten. Zudem ist es während der Bauarbeiten im Gelände zu kennzeichnen (z. B. durch einen Zaun oder Flatterband) und als Bautabuzone auszuweisen. Hier dürfen keine Befahrungen stattfinden, Baumaschinen oder -geräte abgestellt oder Baumaterialien gelagert werden.
- Damit die Grünlandflächen für Kleintiere durchgängig bleiben, muss der vorgesehene Zaun einem Mindestabstand von 20 cm zum Boden aufweisen. Zudem ist der Zaun bezüglich Farbe und Material unauffällig zu gestalten. Rahmen, Matten und Pfosten erhalten eine Pulverbeschichtung in der Farbe RAL 6005 (moosgrün).
- Rund um die Anlage ist ein Grünkorridor anzulegen, dessen Vegetation niedrig gehalten wird und somit auch von Großsäugern problemlos zum Umgehen der Fläche genutzt werden kann.

Ausgleich

Die Solarpark-Fläche kann von Tieren problemlos umgangen werden. Zudem stellt der Zaun aufgrund des einzuhaltenden Bodenabstands kein relevantes Hindernis für Kleintiere dar. Nach aktuellem Kenntnisstand sind keine Ausgleichsmaßnahmen notwendig.

Durch die zukünftige Zurückdrängung des Adlerfarns und die extensive Nutzung werden hochwertige Flächen entstehen, die den Biotopverbund stärken.

Ergebnis

Die Schutzziele der Biotopverbunde (*räumlicher Austausch zwischen Lebensräumen, der nicht zwingend durch ein unmittelbares Nebeneinander gewährleistet sein muss und Austausch von Pflanzen- und Tierarten zwischen den einzelnen Teilflächen und damit Erhalt und Förderung der Biodiversität im betrachteten Raum (LUBW)*) werden unter Einhaltung von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie unter Einhaltung des Pflegekonzepts nicht beeinträchtigt.

2.3.3 Landwirtschaftliche Belange

Landwirtschaft

Die Plangebiets-Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. Im nördlichen, relativ ebenen Bereich finden Viehbeweidung und Mahd (Silage) statt. Die steileren Hangbereiche werden als Jungviehweide genutzt. Laut Landwirtschaftsbehörde stellt die nördliche Fettwiese eine sehr hochwertige Futterfläche mit hoher Priorität dar.

Die Hangbereiche besitzen aufgrund der sehr großen Mengen an Adlerfarn nur einen schlechten Futterwert. Die Überbauung dieser Bereiche mit Solarmodulen wird daher im südlichen Bereich nicht als erhebliche Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Belange eingestuft.

Eine landwirtschaftliche Nutzung (mit Schafen, Mahd) wird auch zukünftig noch im Bereich der geplanten Solarmodule stattfinden. Die Bereiche innerhalb des Plangebiets, die derzeit auch gemäht werden (gut 1,2 ha), gehen der Landwirtschaft als Futterflächen verloren. Die Flächen nördlich des Plangebiets können allerdings weiterhin als Mähwiesen genutzt werden.

Dem landwirtschaftlichen Betrieb (Herrn Marterer) werden für die Überlassung von landwirtschaftlichen Flächen an die Gemeinde zur Errichtung des Solarparks gleichwertige Ersatzflächen zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um 2 ha geeignete Mähflächen in Betriebsnähe. Auf den Flächentausch wurde sich in Abstimmung mit dem BLHV (Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband) und der Gemeinde im April 2022 geeinigt.

Bezüglich der Landwirtschaft ist gemäß dem LRA Lörrach (FB Landwirtschaft) zudem noch folgendes zu beachten:

- Während der Bauzeit ist zu gewährleisten, dass die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nicht behindert wird. Im Übrigen sollte darauf geachtet werden, dass wegen eventuell entstehender Bodenverdichtungen die umliegenden Wiesen nicht unnötig befahren oder anderweitig nachteilig in Anspruch genommen werden.
- Die betroffenen Landwirte sind frühzeitig über die Maßnahmen zu informieren, damit sie ihre Ansprüche geltend machen und Folgen für die Bewirtschaftung ihrer Flächen ableiten können. Damit lassen sich auch Sanktionen im Rahmen der Verpflichtungen aus den Agrarförderprogrammen vermeiden.

2.3.4 Forstwirtschaftliche Belange

Forstwirtschaft

Gemäß Herrn Winterhalter von der höheren Forstbehörde spricht aus forstlicher Sicht nichts gegen den geplanten Solarpark, wenn die unten genannten Punkte berücksichtigt werden. Die Aussagen von Herrn Winterhalter sind auch der Aktennotiz vom 18.01.2022 über ein Telefongespräch zwischen Hr. Winterhalter und Hr. Kunz zu entnehmen.

Innerhalb des Plangebiets „SO Solarpark Fröhnd“ befinden sich keine Waldflächen. Allerdings grenzen Waldflächen an, sodass der Regelwaldabstand von 30 m zu den Solarmodulen gemäß § 4 Abs. 3 LBO nicht eingehalten werden kann. Bei Einhaltung des Abstands würden Modulflächen wegfallen und die Anlage wäre nicht mehr wirtschaftlich.

Eine Waldumwandlung ist gemäß der unteren und höheren Forstbehörde für einen Solarpark nicht genehmigungsfähig und daher grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Notwendigkeit, den Waldabstand aufgrund von Brandgefahr einzuhalten, ist nicht erforderlich, da kein Gebäude mit einer Feuerstätte geplant wird.

Eine Schlaggefahr durch umfallende Bäume ist aufgrund der angrenzenden Waldbestände gegeben. Die Schlaggefahr ist allerdings nur in Hinblick auf die Beschädigung der Module zu beachten. Eine Gefahr für Menschen kann ausgeschlossen werden, da keine dauerhaft bewohnten Gebäude geplant sind. Im Bereich der westlichen Waldbestände besteht eine atypische Gefahrensituation. Der Hang ist sehr steil, sodass umfallende Bäume eher nach unten fallen oder Bäume, die nach oben fallen, die Module ggf. nicht direkt treffen.

Es sollte im BPlan-Verfahren auf die mögliche Freisetzung von Schadstoffen bei einer Beschädigung der Module und Baumschlag eingegangen werden. Dieser Sachverhalt ist im weiteren Verlauf zu prüfen.

Der Gemeinde wird empfohlen, eine privatrechtliche Vereinbarung zwischen EWS und Gemeinde zu treffen, die die Gemeinde als Waldeigentümer von möglichen Haftungsrisiken freistellt (Haftungsverzichtserklärung).

Zudem wird empfohlen, die Waldbestände vor dem Bau der Anlage ggf. nochmal zu durchforsten, damit das Risiko durch große umfallende Bäume minimiert wird.

Im Bereich der östlichen Waldbestände ist ggf. eine angepasste Waldbewirtschaftung (Niederwaldbewirtschaftung) zu prüfen, da hier die Bäume höher stehen als die Module. Dies ist sowohl im Hinblick auf die Beschattung als auch im Hinblick auf die Schlaggefahr und ggf. daraus resultierende Haftungsrisiken zu prüfen.

Die angrenzenden Waldflächen sollten auch weiterhin für eine forstliche Bewirtschaftung (Seilkran, Maschineneinsatz auf den Grünlandflächen) zugänglich sein. Die Wegeerschließung in den angrenzenden Waldflächen ist relativ schlecht, sodass die weitere Bewirtschaftung der Flächen (z. B. Seilkran) aus den Grünlandbereichen weiterhin möglich sein sollte. Auch dies sollte in einer privatrechtlichen Vereinbarung zwischen Gemeinde und EWS vereinbart werden.

Die Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen ist aber ein Belang der Gemeinde. Die Gemeinde könnte auch komplett auf eine Bewirtschaftung verzichten und die Flächen als Waldrefugium ausweisen.

2.3.5 Berücksichtigung bei der Aufstellung

Vorbemerkung

Aus der nachfolgenden vorläufigen Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie diese hier dargelegten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze ohnehin einen bewertungsrelevanten Rahmen rein inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Rahmen hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben. So werden beispielsweise bestimmte schutzgutspezifische Raumeinheiten (z. B. Biotoptypen, Bodentypen etc.) auf der Grundlage der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben bewertet.

Damit stellen die gesetzlichen und fachplanerischen Ziele innerhalb der Umweltprüfung den finalen Maßstab für die Frage dar, welchen Umweltauswirkungen aus ökologischer Sicht in die Abwägung eingestellt werden müssen.

3 Beschreibung der FNP-Änderung

Flächennutzungsplan (FNP)

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau ist das Planungsgebiet als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen.

Die Darstellung entspricht somit nicht der Planung und es ist eine Änderung des FNP erforderlich.

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald hat am 09.12.2021 den Aufstellungsbeschluss für die FNP-Änderung gefasst.

Der FNP wird i. R. d. 4. Änderung im Parallelverfahren entsprechend geändert, die Fläche wird gemäß Aussagen des Bebauungsplans als Sonderbaufläche "Solarpark" ausgewiesen.

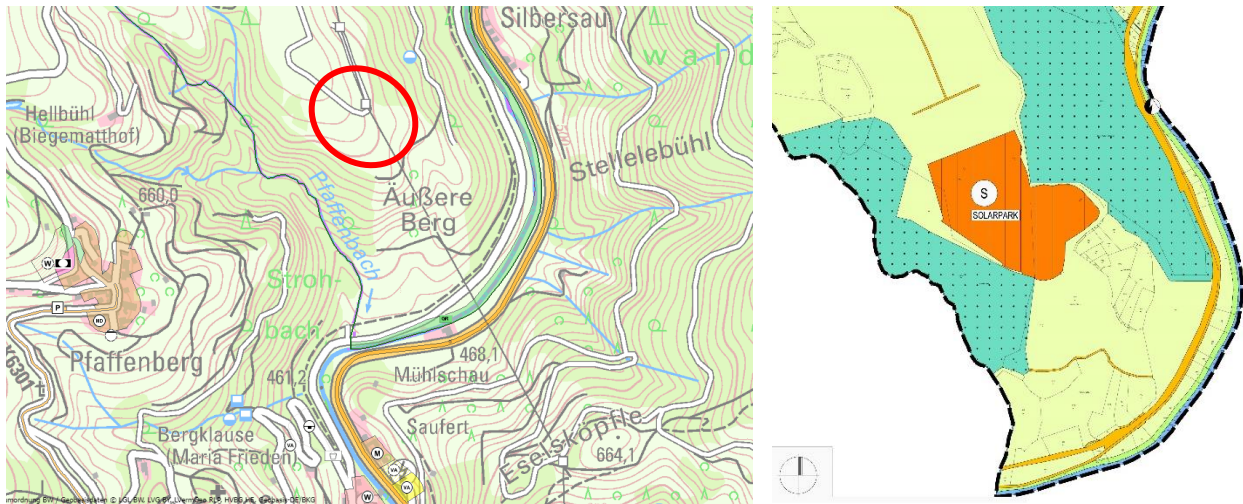


Abbildung 6: Links: Auszug aus dem Flächennutzungsplan des GVV Schönau; Lage Plangebiet rot (Quelle: Geoportal Raumordnung BW), rechts: Abgrenzung der 4. punktuellen FNP-Änderung (orange)

4 Beschreibung des Vorhabens

4.1 Inhalt und Ziele der Flächennutzungsplanänderung

Inhalt und Ziele Mit der 4. punktuellen Flächennutzungsplan-Änderung "SO Solarpark Fröhnd" sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-anlage geschaffen werden. Hierfür ist die Ausweisung eines Sondergebiets mit der Zweckbestimmung "Solarpark" erforderlich.

Standort Die Flächennutzungsplan-Änderung bezieht sich auf Teilflächen der Flurstücke 1292 und 985 der Gemarkung Fröhnd. Der Geltungsbereich umfasst eine Grundfläche von 5,07 ha.

Das Plangebiet liegt auf der Gemarkung Fröhnd auf Höhe des Ortes „Silbersau“, westlich des Flusses „Wiese“ und der Bundesstraße 317.

Es befindet sich im Naturraum Hochschwarzwald und in der Großlandschaft Schwarzwald. Topografisch liegt das Gebiet im Oberen Wiesental auf einer Höhe von ca. 570-620 m ü. NHN (Nord-Süd- und Ost-West-Gefälle).

Westlich und östlich grenzen Waldflächen an, nördlich und südlich landwirtschaftlich genutzte Grünlandflächen.

Die Abgrenzung des Plangebietes liegt derzeit als Entwurf vor und ist noch nicht abschließend festgelegt. Im Einzelnen ergibt sich die Grenze des räumlichen Geltungsbereiches aus dem zeichnerischen Teil.

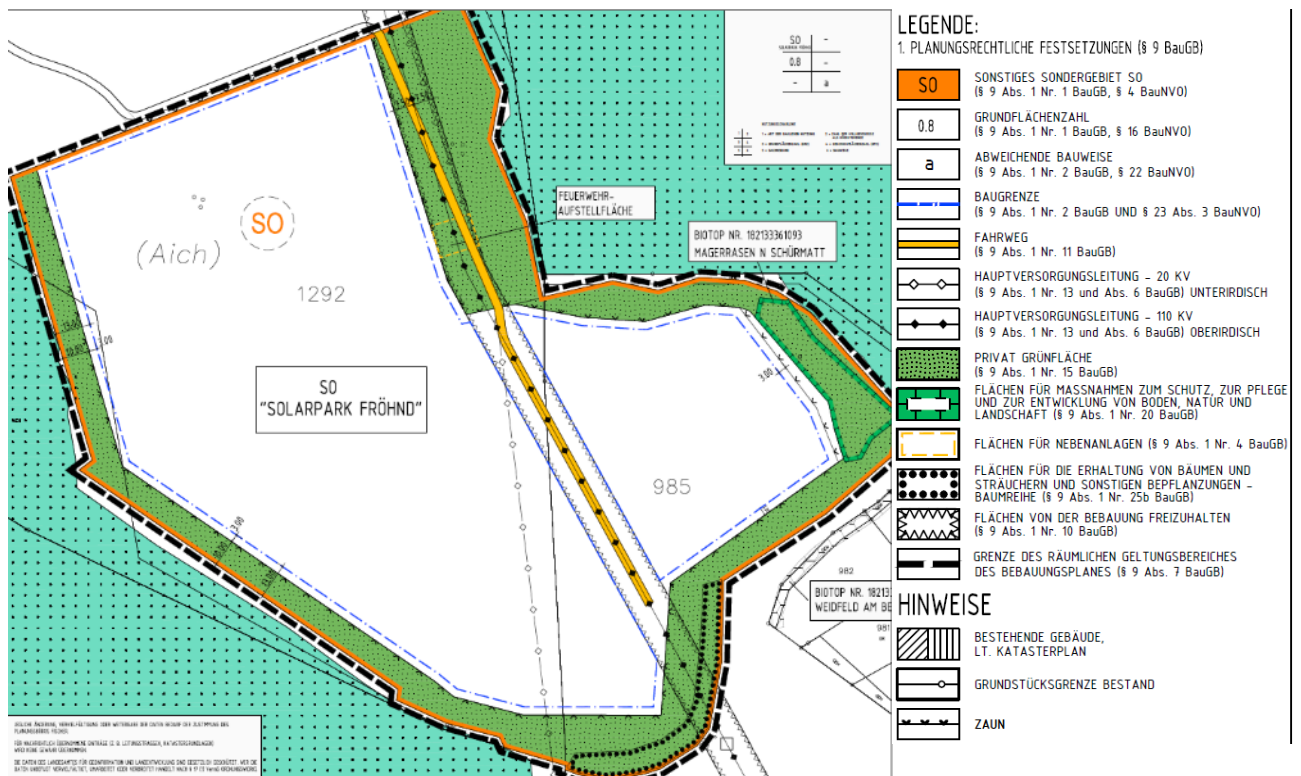


Abbildung 7: Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“, Planstand 22.03.2023 (Quelle: Planungsbüro Fischer). Die Abgrenzung des Bebauungsplans entspricht der Abgrenzung der 4. FNP-Änderung.

Städtebauliches Konzept

Allgemein

Nachhaltiges Ziel der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage ist es, im Interesse des Klima- und Umweltschutzes eine effiziente Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen und den Beitrag erneuerbarer Energien an der Stromversorgung zu erhöhen.

Die Elektrizitätswerke Schönau Energie GmbH möchten zur Erreichung der kommunalen Energiewende- und Klimaschutzziele einen wesentlichen Beitrag leisten.

Mit dem Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Solarparks bzw. einer Freiflächen-Photovoltaikanlage geschaffen werden.

Mit der Änderung des FNP sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Aufstellung eines B-Plans zur Realisierung des Solarparks bzw. der Freiflächen-Photovoltaikanlage geschaffen werden.

Energiebilanz

Durch die PV-Erzeugung ergibt sich ein CO₂-Einsparpotential von jährlich ca. 1.200 Tonnen bzw. einer Versorgung von ca. 1.100 Haushalten (in der Gemeinde Fröhnd befinden sich derzeit ca. 200 Haushalte). Die Betriebsdauer der Module beträgt ca. 20 - 30 Jahre.

Brandschutz

Folgende Punkte wurden mit der Feuerwehr abgestimmt:

- im nordöstlichen Bereich wird eine Bewegungsfläche für die Feuerwehr vorgesehen („Feuerwehraufstellfläche“) und im Plan eingetragen
- um die Gefahr einer Brandausbreitung zu minimieren, soll das Gras im Park und auf dem Grüngürtel um den Park kurz gehalten werden
- im Brandfall erfolgt eine sofortige Alarmierung der Feuerwehr, eine Vorhaltung von Wasser auf dem Gelände ist nicht erforderlich
- ein Brandschutzgutachten wird derzeit nicht für erforderlich erachtet

- den Rettungskräften wird auch während der Bauphase der Zugang zum Gelände ermöglicht

Art der Nutzung Der geplante Solarpark wird als Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO ausgewiesen.

Photovoltaikmodule

Es sind insgesamt ca. 48 Modulreihen vorgesehen. Dabei sollen insgesamt ca. 8.350 Module im Plangebiet mit einer Gesamtleistung von rund 3,9 MWp sowie ca. 27 Wechselrichter angebracht werden.

Geplante Unternutzung der Module

Die vorhandene Wiese unter den Modulen wird erhalten und künftig extensiv bewirtschaftet. Eine Beweidung mit Schafen wird angestrebt.

Anlagengebäude / Trafostation

Im Plangebiet ist eine max. 3,5 m hohe Trafostation im Bereich der nordöstlichen Grünfläche flexibel vorgesehen.

Erschließung

Die Erschließung erfolgt von Norden abzweigend von der Gemeindeverbindungsstraße von Oberhepschingen nach Pfaffenberg über einen vorhandenen Feldweg. Die Fläche ist im Plan einschließlich der Feuerwehrstellfläche entsprechend dargestellt.

Im Bereich der westlichen Grünfläche ist ein Wanderweg vorgesehen.

Stellplätze sind innerhalb des Planungsgebiets nicht erforderlich.

Maß der Nutzung Für das Planungsgebiet wird eine GRZ von 0,8 festgesetzt. Mit der Festsetzung der GRZ ist eine wirtschaftliche Nutzung der Fläche entsprechend der vorliegenden Planung der Anzahl der Module möglich.

Tabelle 1: Flächengrößen vorhandener / geplanter Strukturen

Nr.	Flächenbezeichnung	ha (ca.)	% (ca.)
1	Gesamtfläche	5,07	100
2	Private Grünfläche (inkl. Maßnahmenfläche Biotop)	1,17	23
3	Sondergebiet	3,90	77

4.2 Alternativen

Alternativen

Im Hinblick auf den einzuhaltenden Waldabstand (Empfehlung Forst: 15-20 m) wurde eine Erweiterung der Anlage nach Norden bzw. Süden geprüft. Im Norden befindet sich Grünland mit einem sehr guten Futterwert. Aus landwirtschaftlicher Sicht sollte nicht noch mehr hochwertige Futterfläche verloren gehen. Würden die Module weiter nach Süden verlegt, wären sie von der B 317 aus problemlos einsehbar, sodass sich erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild ergeben würden. Zudem befindet sich hier das geschützte Offenlandbiotop „Weidfeld am ‘Äußeren Berg““, das hochwertige Lebensräume wie Magerrasen und Nasswiesen beinhaltet. Somit wurden diese Optionen verworfen und ein Waldabstand von 10 m (unter Berücksichtigung diverser Punkte; vgl. Kapitel 2.3.4) mit allen Beteiligten abgestimmt.

4.3 Belastungsfaktoren

4.3.1 Baubedingte Beeinträchtigungen

Lärmemissionen Baubedingte Lärmemissionen entstehen vor allem durch den zeitlich befristeten Einsatz entsprechender Baugeräte für die Aufstellung der Solarmodule.

Aufgrund der vorübergehenden Dauer und der bereits bestehenden Vorbelastung durch die ca. 250 m östlich verlaufende B 317 werden sie als unerheblich eingestuft. In der näheren Umgebung befinden sich zudem keine Wohnhäuser.

Schadstoffemissionen Baubedingte Schadstoffemissionen entstehen durch den Einsatz der Baugeräte, aber auch durch entsprechende Staubemissionen bei den Bauarbeiten. Da diese Beeinträchtigungen ebenfalls nur in einem zeitlich eng begrenzten Zeitrahmen zu erwarten sind, ergeben sich auch hier keine zusätzlichen erheblichen Belastungen.

Schadstoffbelastungen durch Unfälle während der Bauarbeiten sind durch sachgemäßen und verantwortungsvollen Umgang sowie die Einhaltung der fachspezifischen Vorschriften zu vermeiden.

Insgesamt wird hier davon ausgegangen, dass unter Berücksichtigung von Vorsorge- und Schutzmaßnahmen allenfalls ein geringes Risiko hinsichtlich der Freisetzung von Schadstoffen (z. B. Treib- und Schmierstoffe) während der Bauarbeiten besteht.

Gefährdung von Vegetationsbeständen Nordwestlich angrenzend an das Plangebiet befindet sich ein Weidfeld, welches durch einen Weidezaun von dem in der Nähe verlaufenden Weg abgegrenzt wird.

Bis 2021 war die Fläche noch als Offenlandbiotop ausgewiesen (vgl. nachfolgende Abbildung oben links). Seit der Überarbeitung der Biotoptypenkartierung am 31.08.2021 ist die Fläche aber nicht mehr gesetzlich geschützt (vgl. nachfolgende Abbildung oben rechts).

Der angrenzend verlaufende Weg wird nach aktuellem Kenntnisstand für die Bau- und Betriebsphase der Solarmodule genutzt bzw. ertüchtigt und daher von 2,50 m auf 3,50 m verbreitert.

Direkt neben dem Weg stehen zwei große Fichten (vgl. nachfolgende Abbildung unten rechts).

Um Beeinträchtigungen des Weidfelds (auf dem u.a. auch zwei Totholzhaufen für Reptilien errichtet werden) und der beiden Fichten zu vermeiden, ist die Fläche im Bereich des Weges während der gesamten Bauarbeiten als Bautabuzone auszuweisen und im Gelände zu kennzeichnen (z. B. durch Flatterband). Hier dürfen keine Befahrungen stattfinden, Baumaschinen oder -geräte abgestellt oder Baumaterialien gelagert werden.



Abbildung 8: Oben links: Ausschnitt aus der alten Biotoptypenkartierung mit Verortung der beiden großen Fichten, oben rechts: Ausschnitt aus der neuen Biotoptypenkartierung mit Verortung der beiden großen Fichten, unten rechts: Foto der beiden Fichten und des Weidfelds (Quelle: LUBW und Kunz GaLaPlan)

Landwirtschaft / Bewirtschaftung / Zudem ist gemäß dem LRA Lörrach (FB Landwirtschaft) folgendes zu beachten:

- Während der Bauzeit ist zu gewährleisten, dass die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nicht behindert wird. Im Übrigen sollte darauf geachtet werden, dass wegen eventuell entstehender Bodenverdichtungen die umliegenden Wiesen nicht unnötig befahren oder anderweitig nachteilig in Anspruch genommen werden.

4.3.2 Anlagebedingte Beeinträchtigungen

Flächenversiegelung, Beschattung, Biotopverbund

Die geplante Errichtung von Solarmodulen bewirkt lediglich die Beschattung von derzeit vorhandenem Grünland. Flächenversiegelungen entstehen durch die Solarmodule nicht, da die Module auf Gestellen über dem Boden montiert werden. Lediglich durch die Errichtung der Betriebsgebäude (Trafo- und Übergabestation) und der geschotterten Zufahrt entstehen kleinflächige Flächenversiegelungen.

Insgesamt weist das Plangebiet eine Größe von ca. 5,07 ha auf. Abzüglich der festgesetzten privaten Grünflächen mit ca. 1,17 ha beschränkt sich das Sondergebiet auf ca. 3,9 ha.

Vorgesehen sind die Festsetzung einer Pflanzbindung für die vorhandene Baumreihe am Südrand.

Außerdem ist die Entwicklung magerer Grünlandstreifen und der Erhalt des Magerrasen-Biotops in den Randbereichen (private Grünflächen) geplant.

Im Plangebiet wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 festgesetzt. Somit beträgt die maximal mit Solarmodulen überstellbare Fläche 3,12 ha (3,9 ha x 0,8).

Innerhalb des Plangebiets sind außerdem Nebenanlagen wie die Übergabestation sowie die erforderlichen Trafostationen mit einer Gesamtgrundfläche von insgesamt max. 60 m² zulässig sowie eine geschotterte Zufahrt mit 3,50 m Breite.

Für die von den Solarmodulen überstellten Flächen erfolgen Vorgaben im Hinblick auf die extensive Pflege der überstellten Grünlandbestände (Schafweide / Magerweide).

Zusätzlich zu den von den Solarmodulen überstellten Flächen sind auch die verbleibenden 0,78 ha im Bereich der Sondergebietsfläche als Schafweide / Magerweide herzustellen.

Die Anlage wird in Zukunft von einem 870 m langen Zaun umgeben sein. Die Auswirkungen auf die Biotopvernetzung sind allerdings insgesamt unter Einhaltung der in Kapitel 2.3.2 („Biotopverbund“) aufgeführten Maßnahmen als unerheblich einzustufen.

4.3.3 Betriebsbedingte Beeinträchtigungen

Betriebsbedingte Emissionen

Betriebsbedingte Beeinträchtigungen können sich bei Solaranlagen durch folgende Emissionen ergeben:

- Schadstoffe
- Schall / Lärm
- Elektrische oder magnetische Felder
- Optische Wirkfaktoren wie Reflexionen, Blendwirkungen oder Spiegelungen

Schadstoffe

Die Solarmodule stoßen i.d.R. keine Schadstoffe aus. Eine Erhöhung der Schadstoffe wird sich lediglich durch die Zunahme des Verkehrs ergeben. Die Anlage muss angefahren werden, um die Solarmodule zu warten und die Grünlandflächen zu pflegen. Da insgesamt aber nur wenige Anfahrten notwendig sind, ist die Erhöhung sehr geringfügig und als unerheblich einzustufen.

Schall / Lärm

Der für die Anlage notwendige Trafo wird in einem Gebäude untergebracht, sodass der Schall stark gedämmt wird. Die Module selbst verursachen keinen direkten Lärm, es kann lediglich zu Geräuschen durch Wind kommen, der über die Module strömt. Da sich keine Siedlungsbereiche in der Umgebung befinden, sind lediglich die vorkommenden Tiere vom Lärm betroffen. Länger anhaltende Lärmquellen entstehen allerdings nur durch die Bauarbeiten. Die betriebsbedingten Schall- und Lärmemissionen werden so gering ausfallen, dass es mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu Meidungsverhalten von Tieren kommen wird.

Elektrische oder magnetische Felder

Grundsätzlich rufen Solarmodule wie alle anderen elektrischen Geräte elektrische und magnetische Felder hervor (sogenannter „Elektrosmog“). Die magnetische Flussdichte dieser Felder ist allerdings so gering, dass kein Risiko für Mensch oder Tier besteht.

Optische Wirkfaktoren

Die Solarmodule begünstigen Blendwirkungen durch die Reflexionen von Sonnenstrahlen. Zudem können sich durch die glatten Oberflächen der Module Spiegelungen ergeben.

Durch diese optischen Störwirkungen ist insgesamt aber nicht mit erheblichen betriebsbedingten Beeinträchtigungen zu rechnen. Detaillierte Informationen zu Reflexionen und Spiegelungen sind dem Kapitel Vögel des artenschutzrechtlichen Endberichts vom 22.03.2023 sowie dem in diesem Umweltbericht vorhandenen Kapitel 4.7 Schutzgut Erholung / Landschaftsbild zu entnehmen.

5 Beschreibung und Bewertung der Schutzgüter sowie der Umweltauswirkungen

5.1 Artenschutz nach § 44 BNatSchG

BNatSchG

Für die nach § 7 Abs. 13 und 14 BNatSchG besonders bzw. streng geschützten Arten bestehen nach § 44 BNatSchG rechtliche Vorgaben, die eine absichtliche Störung oder Tötung von Arten verbieten. Das strenge Schutzregime verbietet, wild lebende, streng und besonders geschützte Arten sowie europäische Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören. Eine erhebliche Störung liegt dann vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert.

Vorbemerkung

Eine erste Begehung des Plangebiets erfolgte im Oktober 2021. Im Jahr 2022 wurden vertiefende Begehungen und Kartierungen durchgeführt.

Neben Vegetationsaufnahmen und Biotoptypenkartierungen wurden bei methodischen Begehungen des Plangebiets die planungsrelevanten Tierartengruppen Käfer, Schmetterlinge, Heuschrecken, Reptilien, Vögel und Fledermäuse erfasst. Sonstige Arten wurden im Rahmen von Beibeobachtungen aufgenommen.

Zusätzlich zu den Kartierungen erfolgten diverse Datenrecherchen.

Auf Grundlage der Kartierungen und Datenrecherchen erfolgte schließlich die Prüfung einer möglichen Betroffenheit von relevanten Arten.

Die folgenden Sachverhalte wurden dem Endbericht der artenschutzrechtlichen Prüfung vom 22.03.2023 entnommen und sind daher *kursiv* dargestellt.

Schmetterlinge und Heuschrecken

Im Plangebiet befinden sich Grünflächen sowie Adlerfarnflächen mit teils mageren Pflanzenarten sowie Bäume und Gebüsch. Es stellt somit einen attraktiven Lebensraum für Schmetterlinge und Heuschrecken dar.

Die im Plangebiet vorkommenden Schmetterlings- und Heuschreckenarten wurden durch drei methodische Kartierungen sowie zahlreiche Beibeobachtungen erfasst.

Insgesamt wurden 25 Schmetterlingsarten und zwölf Heuschreckenarten nachgewiesen. Darunter befanden sich keine streng geschützten Arten, allerdings mehrere besonders geschützte, gefährdete und stark gefährdete Arten.

Die stark gefährdeten Arten Mittlerer Perlmutterfalter und Buntbäuchiger Grashüpfer wurden vertiefend geprüft.

Durch die Bauarbeiten kann es sein, dass Eier oder andere Entwicklungsstadien dieser beiden Arten zerstört werden.

Die Ansiedlung von adulten Tieren in den Eingriffsbereichen sowie die Eiablage ist daher durch frühzeitige Mahd ab ca. Mitte Juni und im August zu vermeiden. Das Schnittgut ist auf vegetationsfreien Oberbodenbereichen abzulagern.

Bei der Durchführung der Mahd an der Wegböschung ist jedoch zu beachten, dass dort Eidechsenvorkommen zu verzeichnen sind. Die Mahd muss daher so durchgeführt werden, dass aktive und fluchtfähige Tiere flüchten können (z.B. geringes Tempo der Mahdmaschine, Einstellen der Schnitthöhe, keine kreisförmige Mahd von außen nach innen etc.) oder zu nachweislichen Zeiten der Inaktivität (z.B. während Regentagen, während extremer Sommerhitze, in den frühen Morgenstunden etc.).

Damit den Tieren auch während der Bauarbeiten hochwertige Lebensräume zur Verfügung stehen, ist das angrenzende Weidfeld vom Baugeschehen abzugrenzen und als Bautabuzone auszuweisen.

Damit nach Beendigung der Bauarbeiten wieder neue attraktive Lebensräume für Schmetterlinge und Heuschrecken entstehen, ist das im Umweltbericht umfassend erläuterte Pflegekonzept zwingend einzuhalten. Zudem ist ein Monitoring der Schmetterlings-

und Heuschreckenfauna im 2., 3. und 5. Jahr nach der Fertigstellung des Solarparks durchzuführen.

**Bei Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben ist das Eintreten der Verbots-
tatbestände nach § 44 BNatSchG nicht zu erwarten.**

Reptilien

Das Plangebiet selbst ist für Reptilien nur bedingt geeignet, da es auf offenen Grünland- und Adlerfarnflächen besteht. Hier wurden auch keine Tiere nachgewiesen.

Am südlichen Rand des Plangebiets befindet sich am dort verlaufenden Wanderweg eine südexponierte Böschung als attraktives Eidechsenhabitat. Eine weitere süd- bzw. südwestexponierte Böschung ist am Weg im Norden vorhanden. An diesen beiden Stellen wurden bei den sechs durchgeführten Kartierungen insgesamt sieben Zauneidechsen nachgewiesen. Die Kontrolle der vier ausgelegten Schlangenbleche blieb ergebnislos.

Die Böschung im Süden zwischen dem Wanderweg und der Baumreihe bleibt unverändert erhalten. Dennoch ist ein Einwandern von Eidechsen Richtung Norden in das Plangebiet und somit eine Tötung oder Verletzung durch die Bauarbeiten möglich.

Die Wegböschung nördlich des Plangebiets wird dagegen beansprucht, da der Weg von ca. 2 m auf 3,50 m verbreitert wird. Somit kann es auch hier zu einer baubedingten Tötung oder Verletzung der sich dort aufhaltenden Zauneidechsen kommen.

Daher sind Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen notwendig.

Vermeidung/Minimierung: Aufstellen von Schutzzäunen und Einrichten von Bautabuzonen, Wegausbau außerhalb der Überwinterungsphase von Zauneidechsen, frühzeitige und mehrfache Mahd der Wegböschung zur Entwertung des Eidechsen-Lebensraums, Abfangen und Umsiedeln von Zauneidechsen vor Baubeginn, Einsatz einer ökologischen Baubegleitung

Ausgleich: Errichtung von zwei Totholzhaufen als Ersatzhabitate während der Bauarbeiten

**Bei Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben ist das Eintreten der Verbots-
tatbestände nach § 44 BNatSchG nicht zu erwarten.**

Vögel

Das Untersuchungsgebiet weist nur wenige bzw. bedingt geeignete Brutmöglichkeiten für Vögel auf. Die offenen Grünlandflächen sind weitestgehend mit Adlerfarn überwuchert. Die wenigen vorhandenen Gehölze haben teilweise nur geringe Stamm- und Kronendurchmesser. Lediglich eine tote Fichte ist für Höhlenbrüter geeignet.

Im Zuge der sechs durchgeführten Begehungen konnten innerhalb des Plangebiets keine Nester festgestellt werden.

Insgesamt wurden 41 Vogelarten nachgewiesen. Bei den meisten handelt es sich um weit verbreitete und ungefährdete Vogelarten.

Zwölf der 41 Arten brüten im Umfeld des zukünftigen Solarparks, darunter der Fitis, der in Baden-Württemberg als gefährdete Art eingestuft ist und die Goldammer, die auf der Vorwarnliste steht.

Die nachgewiesenen Brutvögel erfahren durch das Bauvorhaben alle keine erhebliche Beeinträchtigung. Sie brüten außerhalb der Eingriffsbereiche. Bodenbrüter konnten nicht festgestellt werden. Die Grünland- bzw. Adlerfarnflächen, die durch die Solarmodule „überdacht“ werden, stellen nur ein untergeordnetes Nahrungshabitat dar. Hier war bei den Kartierungen nur eine geringe Aktivität festzustellen.

Auch erhebliche bau-, anlage- oder betriebsbedingten Auswirkungen sind nicht zu erwarten. Der Fitis hat die Möglichkeit, tiefer in den Wald vorzudringen und somit abgeschirmt vom Bauvorhaben zu brüten, die Goldammer kann während der Bauzeit problemlos die zahlreichen gebüsch- und gehölzreichen Strukturen in der nahen Umgebung nutzen.

Im Zuge der Baumaßnahmen müssen dreizehn Einzelbäume und ein Besenginstergebüsch gerodet werden. Dieser kleinflächige Verlust ist als unerheblich einzustufen. Zwölf der Bäume sowie das Gebüsch wurden in der Brutperiode 2022 ohnehin nicht als Brut-

stätte genutzt. Die Höhlen der toten Fichte konnten allerdings nicht näher untersucht werden, sodass hier eine Brut nicht ausgeschlossen werden kann. Um den Verlust des Höhlenbaums zu kompensieren, sind daher vier künstliche Nisthilfen aufzuhängen.

Die große Baumreihe im Süden wird als Pflanzbindung festgesetzt und bleibt somit erhalten.

Zur Vermeidung und Minimierung von Tötungen oder Verletzungen von Vögeln sind grundsätzlich die üblichen Rodungszeiten von Anfang Oktober bis Ende Februar und bei der toten Fichte von Anfang Dezember bis Ende Februar einzuhalten.

Bei Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben ist das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG nicht zu erwarten.

Fledermäuse

Zur Erfassung der Fledermausfauna erfolgten insgesamt vier Kartierungen mittels Batloggern. Durch die Auswertung der akustischen Aufnahmen konnten folgende Arten bzw. Gattungen nachgewiesen werden:

- Zwergfledermaus
- Rauhauffledermaus
- Nyctaloide (Nordfledermaus, Zweifarbfledermaus, Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler)
- Mausohren (Gattung Myotis)
- Langohren (Gattung Plecotus)

Die Fledermaus-Aktivität im Plangebiet bzw. angrenzend ist insgesamt als mittel einzustufen. Die Jagdaktivität fand allerdings überwiegend entlang der Waldränder und der randlichen Strukturen mit Baumreihen etc. statt. Die zukünftigen Modulflächen auf dem Grünland sind nur von untergeordneter Bedeutung für diese Artengruppe.

Im Eingriffsbereich befindet sich lediglich eine potenzielle Quartiermöglichkeit: die tote Fichte im Osten mit zahlreichen Höhlen und Spalten. Damit das Höhlenangebot weitestgehend erhalten bleiben kann, sind die höhlenreichen Stamm- und Astabschnitte auszusägen und am Waldrand zu belassen sowie vier künstliche Quartierkästen aufzuhängen.

Um baubedingte Störungen zu vermeiden, sind die Arbeiten nur tagsüber durchzuführen und nächtliche Ausleuchtungen der Baustelle zu unterlassen.

Um die Tiere in ihrer Jagdaktivität oder während der Transferflüge in die Jagdgebiete nicht zu stören, dürfen auf dem Solarparkgelände keine Dauerbeleuchtungen vorhanden sein. Zwingend erforderliche Beleuchtungen sind fledermausfreundlich zu gestalten.

Bei Einhaltung der artenschutzrechtlichen Vorgaben ist das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG nicht zu erwarten.

5.2

Schutzgebiete und geschützte Flächen

FFH-Gebiet

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von FFH-Gebieten. Die nächstgelegenen Schutzgebietskulissen des FFH-Gebiets „Gletscherkessel Präg und Weidfelder im Oberen Wiesental“ (Schutzgebiets-Nr. 8213311) beginnen beim Fluss „Wiese“, über 200 m vom geplanten Vorhaben entfernt.

Das FFH-Gebiet zeichnet sich durch extensiv genutzte Weidflächen sowie naturnahe Wälder aus und beherbergt viele seltene und gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Im Datenbogen des FFH-Gebiets werden folgende Einzelarten angegeben:

- Bachneunauge
- Eurasischer Luchs
- Firnisglänzendes Sichelmoos
- Groppe
- Großes Mausohr
- Grünes Gabelzahnmoos
- Grünes Koboldmoos

- Nördlicher Kammmolch
- Prächtiger Dünnfarn
- Rogers Goldhaarmoos
- Russischer Bär
- Wimperfledermaus

Das FFH-Gebiet wird vom Bauvorhaben nicht tangiert, eine Beeinträchtigung von Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie kann somit von Vorneherein ausgeschlossen werden.

Ein (potenzielles) Vorkommen der oben aufgelisteten FFH-Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie wurde im Zuge der Vor-Ort-Begehungen im Jahr 2022 sowie im Zuge der Datenrecherchen bei der Erstellung des Artenschutz-Gutachtens abgeprüft.

Habitatbedingt wäre lediglich ein Vorkommen von Luchs, Großem Mausohr, Rogers Goldhaarmoos und Wimperfledermaus möglich.

Die Wahrscheinlichkeit, dass Luchse das Plangebiet aufsuchen, ist zwar gering, aber möglich. Durch den vorhandenen Wanderweg, der mitten durch das Gebiet führt, herrschen tagsüber regelmäßige Störwirkungen, die die Tiere abschrecken. Nächtliche Durchquerungen von Einzeltieren können aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Da die Solarmodule in Zukunft umzäunt sein werden, ist eine Durchwanderung des Solarparks für den Luchs nicht mehr oder nur noch eingeschränkt möglich. Die Adlerfarnflächen, auf denen die Panels errichtet werden, werden höchstwahrscheinlich aber auch derzeit nicht aufgesucht, da der Adlerfarn an den meisten Stellen 2 m hoch ist. Der Luchs kann problemlos um die Solarfläche herumlaufen, da im Randbereich ein ausreichend breiter Grünkorridor ausgewiesen wird, dessen Vegetation regelmäßig gepflegt und niedrig gehalten wird. Nächtliche Störungen ergeben sich durch das Vorhaben nicht. Die Bauarbeiten werden ausschließlich tagsüber durchgeführt und die Solarmodule stoßen keine Lärmemissionen aus, die Tiere auf nächtlichem Streifzug verschrecken könnten. Es ist nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung des Luchses auszugehen.

Bei den Fledermauskartierungen wurden Rufsequenzen der Gattung *Myotis* erfasst, zu denen die Arten Großes Mausohr und Wimperfledermaus gehören (vgl. Kapitel 11 des Artenschutzberichtes vom 22.03.2023). Da die *Myotis*-Rufe nicht auf Artebene bestimmt werden können, ist vom worst-case, d.h. von einem Vorkommen beider Arten im Plangebiet auszugehen. Allerdings handelte es sich nur um sehr wenige Rufaufnahmen ohne Sozialrufe. Es ist davon auszugehen, dass das Plangebiet weder für das Große Mausohr noch für die Wimperfledermaus von besonderer Relevanz ist.

Potenzielle Trägerbaumarten von Rogers Goldhaarmoos sind im Plangebiet vorhanden (Schwarzerle, Bergahorn). Die zu rodenden Bäume wurden eingehend auf Moosvorkommen untersucht. An den meisten Bäumen sind Moose vorhanden. Dabei handelt es sich aber um weit verbreitete Moosarten, die keine Ähnlichkeit mit Rogers Goldhaarmoos mit seinen dunkelgrünen Polstern aufweisen.

Fazit: Mit einer erheblichen Betroffenheit von FFH-Arten, die den Erhaltungszustand der lokalen Population gefährden ist durch die Errichtung des Solarparks nicht zu rechnen.



Abbildung 9: Plangebiet (rot), FFH-Gebiet (blau) (Quelle: LUBW)

Vogelschutz- gebiet (VSG)

Auch Vogelschutzgebiete befinden sich nicht innerhalb des Planbereichs. Das Vogel-schutzgebiet „Südschwarzwald“ (Nr. 8114441) beginnt bei der Nachbargemeinde Häg-Ehrsberg, ca. 2,4 km östlich. Beeinträchtigungen können aufgrund der Distanz ausge-schlossen werden.

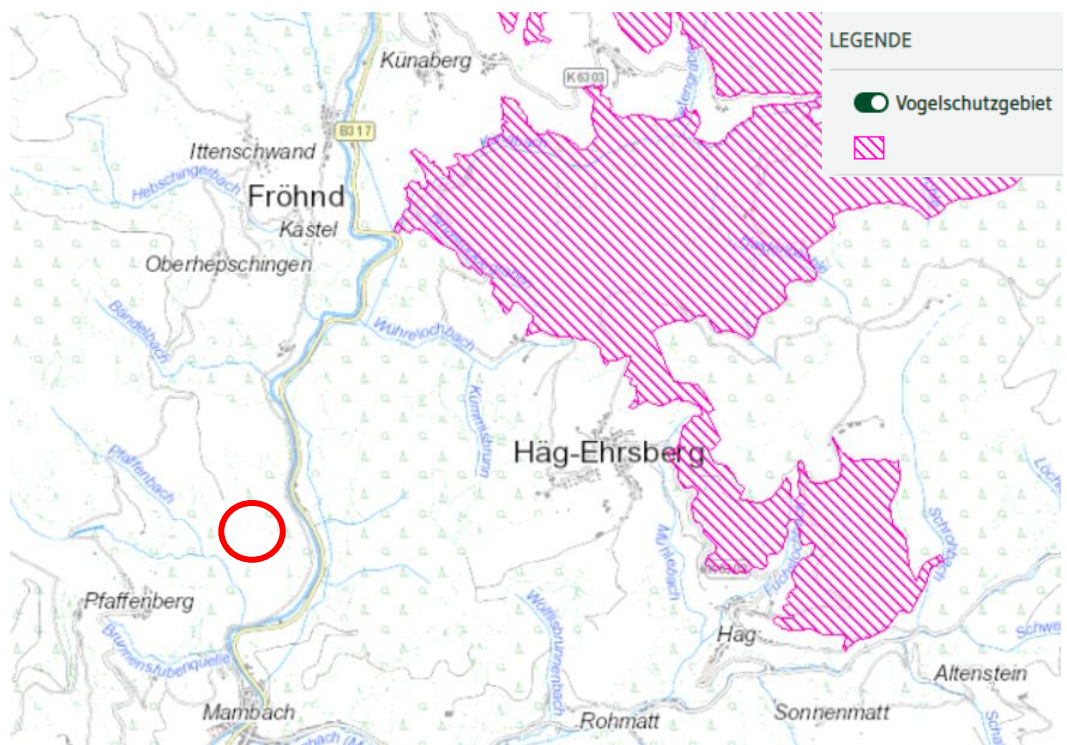


Abbildung 10: Plangebiet (rot), Vogelschutzgebiet (pink) (Quelle: LUBW)

Naturschutzgebiete (NSG)	Naturschutzgebiete sind in der Umgebung des Plangebiets nicht ausgewiesen. 6,5 km nordöstlich bei Herrenschwand befindet sich das nächstgelegene NSG „Gletscherkessel Präg“ (Schutzgebiets-Nr. 3.201). Eine Beeinträchtigung der dort vorkommenden Biotoptypen sowie Tier- und Pflanzenarten kann ausgeschlossen werden.
Landschaftsschutzgebiete (LSG)	Die nächstgelegenen Landschaftsschutzgebiete „Blauen“ (Schutzgebiets-Nr. 3.36.018) im Westen und „Dachsberg“ (Schutzgebiets-Nr. 3.37.012) im Osten liegen jeweils über 10 km entfernt, so dass Beeinträchtigungen dieser LSG bereits im Vorfeld von weiteren Untersuchungen ausgeschlossen werden können.
Naturpark	<p>Das gesamte Untersuchungsgebiet ist Teil des Naturparks „Südschwarzwald“. Gemäß § 4 Abs. 2 der Naturparkverordnung vom 08.03.2000 des Reg. Präs. Freiburg bedarf die „Errichtung von baulichen Anlagen“ einer schriftlichen Erlaubnis der jeweils örtlichen Unteren Naturschutzbehörde.</p> <p>Die geplante Errichtung einer Photovoltaik-Anlage steht den Zielen des Naturparks nicht entgegen – im Gegenteil: Der Naturpark hat das Ziel, eine naturverträgliche Nutzung erneuerbarer Energien voranzutreiben.</p>
Biosphärengebiet	<p>Das Plangebiet liegt zu einem Großteil innerhalb der Pflegezone des Biosphärengebiets „Schwarzwald“. Im nördlichen Bereich liegt es teilweise innerhalb der Entwicklungszone.</p> <p>Gemäß § 6 der Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz über das Biosphärengebiet Schwarzwald vom 4. Januar 2016 dienen die Pflegezonen „dem Schutz, der Erhaltung und der Entwicklung artenreicher Kulturlandschaften und landschaftstypischer Lebensräume, die überwiegend durch menschliche Nutzung geprägt sind“. In Absatz 7 des § 6 wird deutlich, dass Versorgungsanlagen nach § 35 Absatz 1 Nummer 3 BauGB und daher auch der geplante Solarpark der Zielsetzung der Verordnung grundsätzlich nicht entgegenstehen. Die landwirtschaftliche Pflege der Fläche soll langfristig durch eine Schafbeweidung sowie Mahd gesichert werden.</p> <p>§ 7 der Verordnung schreibt innerhalb der Entwicklungszone eine umwelt-, natur- und sozialverträgliche Entwicklung vor. Sie umgibt die Kern- und Pflegezonen und bildet den Schwerpunkt des Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraumes. Die Errichtung eines Solarparks steht auch den Zielen der Entwicklungszone nicht entgegen.</p>



Abbildung 11: Plangebiet (rot), Entwicklungszone des Biosphärengebiets (rosa), Pflegezone des Biosphärengebiets (gelb) (Quelle: LUBW)

Geschützte Biotopflächen

Ganz im Osten des Planbereichs befindet sich das nach § 30 BNatSchG geschützte Biotop „Magerrasen N Schürmatt“ (Biotop-Nr. 182133361093).

Im Datenauswertebogen der LUBW ist folgende Beschreibung des Biotops enthalten:

„Flügelginsterweide an steilem Südosthang östlich von Pfaffenbach. Der Biotop befindet sich am Waldrand auf einer ausgehagerten Fläche, an die eine Adlerfarn-dominierte Weide angrenzt. Prägende Arten sind Dreizahn, Kleines Habichtskraut und Silberdistel. Stellenweise ist Heidekraut beteiligt. In der Grasschicht sind Rotstraußgras und Rotschwingel prägend, teils auch Dreizahn und Borstgras. An Bodenansrisen wächst Mäusewicke. Im Norden kommt zahlreich Arnika vor. Die Fläche wird mit Rindern beweidet.“

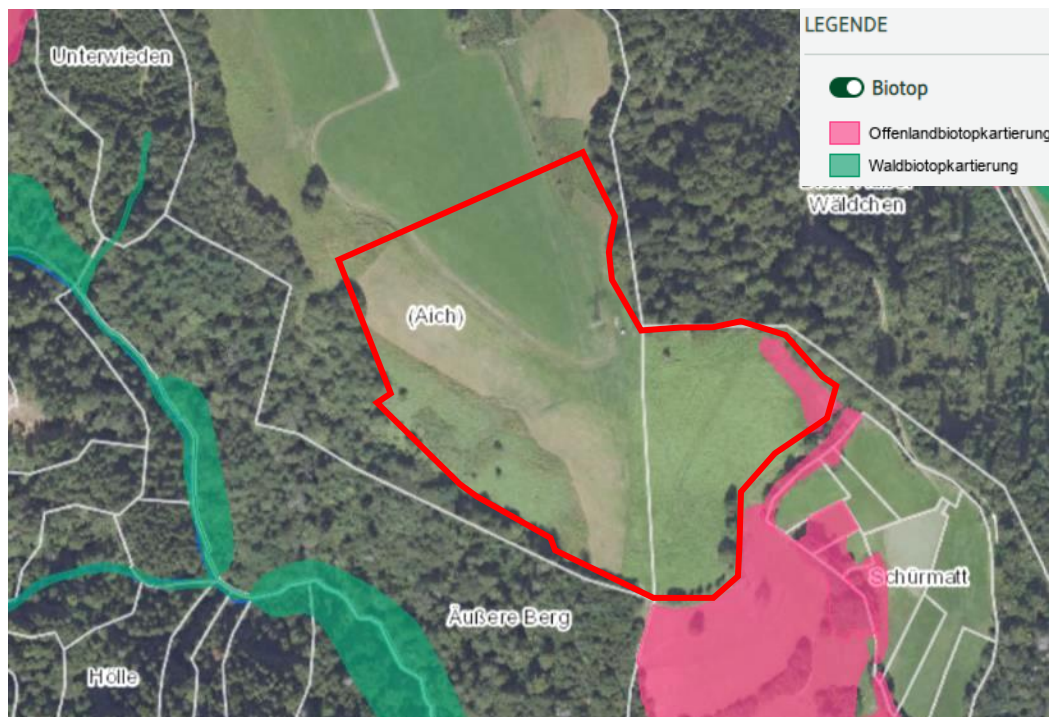


Abbildung 12: Plangebiet (rot), Offenlandbiotope (pink), Waldbiotope (grün) (Quelle: LUBW)



Abbildung 13: Geschützter Magerrasen im Osten des Plangebiets (Foto: Kunz GaLaPlan)

Die Solarmodul-Belegungsfläche sowie der umgebende Zaun wurden für die Offenlage so angepasst, dass das Biotop nicht überlagert wird und vollständig erhalten bleiben kann.

Für die Erhaltung sind folgende Pflegemaßnahmen umzusetzen:

- Der „Magerrasen N Schürmatt“ ist 1- bis 2-mal jährlich zu mähen. Das Mahdgut ist stets abzutragen. Eine Mulchmahd ist nicht zulässig.
- Die Mähgänge sind spät im Jahr durchzuführen (1. Mahd ab Juli bis August, ggf. 2. Mahd im Oktober), da sichergestellt werden muss, dass die Blüte der bestandsbildenden Gräser bereits stattgefunden hat. Eine Ruhezeit von 6-8 Wochen zwischen den Mähgängen ist einzuhalten.
- Die Mähgänge sind mit einer Schnitthöhe von mindestens 10 cm durchzuführen, um bestimmte Pflanzenarten und die Kleintierfauna zu schützen. Hierfür kann das Balkenmähergerät verwendet werden, das auch unterhalb der Solarmodule zum Einsatz kommt. Balkenmähergeräte sind insektenschonend.
- Eine weitere Ausbreitung unerwünschter Arten (in diesem Fall vor allem der Adlerfarn) ist durch gezielte Pflegemaßnahmen (Ausstechen und Abtransport vor der vollen Entwicklung der Wedel des Adlerfarne) zu verhindern.
- Verbuschungen und Stockausschläge sind zu entnehmen.
- Auf folgendes ist zu verzichten: Düngung, Kalkung, Ablagerungen von Materialien und Geräten, Befahren der Fläche (Ausnahme: Feuerwehr bei einem Einsatz), Insektizide, Pflanzenschutzmittel.

Zum Schutz des Biotops vor baubedingten Beeinträchtigungen ist zudem folgendes umzusetzen:

- Das Biotop „Magerrasen N Schürmatt“ ist während der Bauarbeiten im Gelände zu kennzeichnen (z. B. durch einen Zaun oder Flatterband) und als Bautabuzone auszuweisen. Hier dürfen keine Befahrungen stattfinden, Baumaschinen oder -geräte abgestellt oder Baumaterialien gelagert werden.

Das südlich an das Plangebiet angrenzende Biotop „Weidfeld am 'Äußeren Berg'“ (Biotop-Nr. 182133360602) bleibt vom Bauvorhaben unbeeinträchtigt. Es beginnt im Hangbereich unterhalb des dort verlaufenden Weges.

FFH-Mähwiesen FFH-Mähwiesen sind in der Umgebung nicht ausgewiesen. Die nächstgelegenen Mähwiesen befinden sich westlich des Fröhnders Ortsteils Ittenschwand und bei Häg-Ehrsberg in einer Entfernung von mind. 2,3 km.

5.3 Schutzgut Tiere und Pflanzen

Untersuchungsgebiet Das Untersuchungsgebiet für das Schutzgut Tiere bezieht sich auf das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung inkl. die angrenzenden Bereiche, das Untersuchungsgebiet für die Pflanzen wurde auf das Plangebiet beschränkt.

Vorbemerkung Die im Plangebiet vorhandenen Biotoptypen wurden im Oktober 2021 bei der Erstbegehung kartiert. Aufgrund der fortgeschrittenen Jahreszeit erfolgten weitere Vegetationsaufnahmen und Überprüfungen der Biotoptypen im Mai und August 2022.

Nachfolgend werden die vorkommenden Biotoptypen näher beschrieben.

Als Grundlage für die Erfassung der Biotoptypen wurde der Kartierschlüssel „Arten, Biotope, Landschaft“ der LUBW vom November 2018, 5. Auflage verwendet, als Grundlage für die Bewertung die Ökokonto-Verordnung Baden-Württemberg von 2010.

Die im Plangebiet vorhandenen Biotoptypen sind außerdem im nachfolgenden Bestandsplan dargestellt.

Die **fettgedruckten** Werte bei der Beschreibung der Biotoptypen entsprechen der Bewertung der Biotoptypen im Normalfall.

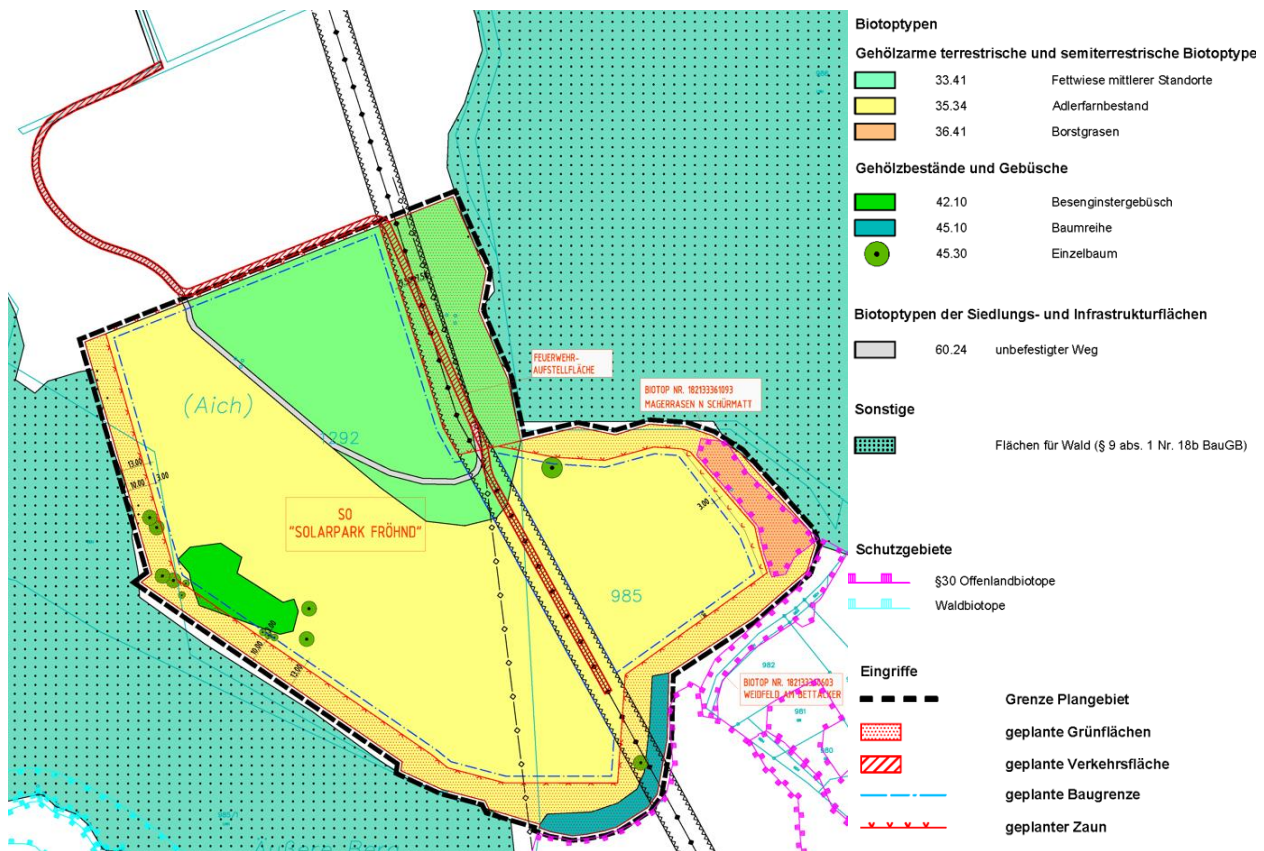


Abbildung 14: Biotoptypen im Plangebiet (Quelle: Kunz GaLaPlan, Stand 22.03.2023)

Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplanänderung „SO Solarpark Fröhnd“

33.41 Fettwiese mittlerer Standorte

Der Bereich, der sich innerhalb der Entwicklungszone des Biosphärengebiets „Schwarzwald“ befindet (vgl. auch Kapitel 2.4 „Biosphärengebiet“) ist von einer typischen Fettwiese mittlerer Standorte bestanden. Es wird Mahd für die Silage durchgeführt.

Folgende Arten wurden erfasst: Rotklee, Wiesen-Knäuelgras, Löwenzahn, Stumpfbllättriger Ampfer, Spitzwegerich, Wiesen-Kerbel, Wiesen-Bärenklau, Wiesen-Goldhafer, Wolliges Honiggras, Wiesen-Schafgarbe, Weißklee, Scharfer Hahnenfuß, Herbst-Schuppenlöwenzahn.

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 8 – **13** – 19; hier: 13



Abbildung 15: Fettwiese im nördlichen Bereich des Plangebiets (Foto: Kunz GaLaPlan)

35.34 Adlerfarn- Bestand

Der Bereich, der sich innerhalb der Pflegezone des Biosphärengebiets „Schwarzwald“ befindet (vgl. auch Kapitel 4.2 „Biosphärengebiet“) ist vollständig mit Adlerfarn überwuchert. Der Adlerfarn wächst bis zu 2 m hoch. Im Unterwuchs wurden folgende Pflanzenarten kartiert: Rotklee, Weißklee, Wiesen-Labkraut, Scharfer Hahnenfuß, Johanniskraut, Wiesen-Schafgarbe, Spitzwegerich, Kleine Braunelle, Flügelginster, Färber-Ginster, Gewöhnliches Ferkelkraut, Wald-Erdbeere, Thymian, Margerite, Rauer Löwenzahn, Hirtentäschel, Herbst-Schuppenlöwenzahn, Stumpfbblätteriger Ampfer, Blutwurz, Bitteres Kreuzblümchen.

Am 06.05. wurde die Vegetation noch einmal überprüft, da die Flächen zu diesem Zeitpunkt noch nicht von Adlerfarn bedeckt sind. Neben vielen der o.g. Arten wurden außerdem festgestellt: Salbei-Gamander, Rote Lichtnelke, Acker-Vergissmeinnicht, Kriechender Günsel, Purpurrote Taubnessel, Sauerampfer, Zypressen-Wolfsmilch (an vielen Stellen dominant), Gewöhnliches Ruchgras, Echter Arznei-Baldrian, Feld-Hainsimse, Knolliger Hahnenfuß, Wiesen-Schaumkraut, Acker-Kratzdistel, Viola spec.

Die Vegetationszusammensetzung lässt darauf schließen, dass es sich bei diesen Weidflächen einmal um hochwertige Flügelginsterweiden mit vielen mageren Arten gehandelt haben könnte.



Abbildung 16: Links: mittelhohe Adlerfarnbestände (~ 1 m-1,5 m) im Osten des Plangebiets, rechts: hohe Adlerfarnbestände (~ 2 m) im Westen des Plangebiets (Fotos: Kunz GaLaPlan)

Auf dem Luftbild von 1968 sind noch keine Adlerfarn-Bestände zu erkennen. Diese haben sich daher erst im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt.

Aufgrund der teilweise hochwertigen und mageren Arten im Unterwuchs des Adlerfarns wird dem Biototyp ein überdurchschnittlicher Wert von 11 Ökopunkten zugewiesen.

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 6 – 8; hier: 11



Abbildung 17: Orthophoto aus dem Jahr 1968; Plangebiet rot dargestellt (Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg, LEO-BW)

36.41 Borstgrasrasen

Am südöstlichen Rand des Planbereichs befindet sich ein nach § 30 BNatSchG geschütztes Offenlandbiotop: „Magerrasen N Schürmatt“ (Biotop-Nr. 182133361093).

Dem Datenauswertebogen des Biotops ist folgendes zu entnehmen:

„Flügelginsterweide an steilem Südosthang östlich von Pfaffenbach. Der Biotop befindet sich am Waldrand auf einer ausgehagerten Fläche, an die eine Adlerfarn-dominierte Weide angrenzt. Prägende Arten sind Dreizahn, Kleines Habichtskraut und Silberdistel. Stellenweise ist Heidekraut beteiligt. In der Grasschicht sind Rotstraußgras und Rot-schwingel prägend, teils auch Dreizahn und Borstgras. An Bodenarissen wächst Mäusewicke. Im Norden kommt zahlreich Arnika vor. Die Fläche wird mit Rindern beweidet.“

Aufgrund der Artenzusammensetzung und der Höhenlage handelt es sich um den Biototypen 36.41 Borstgrasrasen.

Der Borstgrasrasen ist aufgrund des Vorkommens der stark gefährdeten Arnika von besonderer lokaler Bedeutung und erhält daher eine Aufwertung um 8 Ökopunkte / m².

Schutzstatus: § 30 BNatSchG

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 22 – 37 – 50; hier: 45



Abbildung 18: Geschützter Magerrasen im Südosten des Plangebiets (Foto: Kunz GaLaPlan)

**42.10
Besenginster-
gebüsch
(trockenwarmer
Standorte)**

Am westlichen Rand des Plangebiets befindet sich eine Fläche, die vollständig mit Besenginster (*Cytisus scoparius*) bewachsen ist.

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 14 – **23** – 35; hier: 23



Abbildung 19: Besenginster-Bestand auf der Weidfläche (Foto: Kunz GaLaPlan)

**45.10
Baumreihe**

Am südlichen Rand des Plangebiets befindet sich eine knapp 100 m lange Baumreihe, die den angrenzenden Wanderweg säumt. Sie besteht überwiegend aus Fichten. Teilweise sind aber auch Laubbäume wie Birken, Buchen, Eichen und Sal-Weiden beigemischt.

Insgesamt beinhaltet die Baumreihe 31 Bäume mit unterschiedlichen Stammumfängen:

1: 2-stämmig, u = 100 cm, 64 cm, 2: u = 28 cm, 3: u = 105 cm, 4: u = 42 cm, 5: u = 79 cm, 6: u = 79 cm, 7: u = 31 cm, 8: 2-stämmig, u = 2 x 63 cm, 9: u = 62 cm, 10: u = 25 cm, 11: u = 35 cm, 12: 4-stämmig, u = 4 x 30 cm, 13: u = 15 cm, 14: u = 15 cm, 15: u = 35 cm, 16: 5-stämmig, u = 41 cm, 30 cm, 40 cm, 44 cm, 22 cm, 17: u = 47 cm, 18: u = 63 cm, 19: u = 45 cm, 20: u = 45 cm, 21: u = 45 cm, 22: u = 45 cm, 23: u = 53 cm, 24: u = 70 cm, 25: u = 70 cm, 26: u = 63 cm, 27: u = 53 cm, 28: u = 94 cm, 29: u = 63 cm, 30: u = 53 cm, 31: u = 72 cm



Abbildung 20: Baumreihe am südlichen Rand des Plangebiets (Foto: Kunz GaLaPlan)

Die Ökopunkte dieser Bäume berechnen sich wie folgt:

Stammumfang in cm * Wert des Biotoptyps, auf dem sich der Baum befindet

Befindet sich der Baum auf geringwertigem Untergrund, wird mit dem Faktor 8 multipliziert, auf mittelwertigem Untergrund mit dem Faktor 6 und auf hochwertigem Untergrund mit dem Faktor 4. Die Baumreihe steht auf mittelwertigem Untergrund (Böschung angrenzend an einen Wanderweg mit Ruderalarten, Adlerfarn und Besenginster). Der Ökopunktwert für alle 31 Bäume beträgt insgesamt 12.114 Ökopunkte (vgl. Tabelle 2 im Umweltbericht zum Bebauungsplan).

45.30 Einzelbäume / Totholzbaum

Innerhalb der Plangebietsabgrenzung stehen mehrere Einzelbäume.

Darunter befinden sich:

- eine Esche mit einem Stammumfang von ca. 80 cm
- vier Schwarzerlen mit Stammumfängen von ca. 160 cm, 60 cm, 2x25 cm (2-stämmig) und 12,5 cm sowie drei junge Schwarzerlen mit vielen Stockausschlägen (geschätzt: 15*5 cm)
- eine abgestorbene / tote Fichte mit einem Stammumfang von 260 cm (die Fichte weist mehrere Höhlen auf)
- eine Buche direkt angrenzend an die Baumreihe mit zwei Hauptstämmen (140 cm + 60 cm) und viel Jungwuchs um die Hauptstämme, der aufgrund der sehr geringen Stammumfänge vernachlässigt wird
- zwei Bergahorne mit Stammumfängen von je 9 cm und ein zweistämmiger Bergahorn mit Stammumfängen von 16,5 und 25 cm

Die Einzelbäume stehen alle auf mittelwertigem Untergrund (Adlerfarnbestand).

Die Ökopunktwert der Einzelbäume sind der Tabelle 2 des Umweltberichts zum Bebauungsplan zu entnehmen.



Abbildung 21: Schwarzerle im Bereich der zukünftigen Solarpanel-Belegung (Foto: Kunz GaLaPlan)

60.24 Unbefestigter Weg

Von Norden her führt ein ca. 2,50 Meter breiter, unbefestigter Weg in das Plangebiet. An einigen Stellen steht Gestein an. In der Mitte befindet sich ein breiter, bewachsener Streifen (Thymian, Spitzwegerich, Breitwegerich, Löwenzahn, Wiesen-Schafgarbe, Flügelginster, Taubenkropf-Leimkraut), sodass der Biototyp eine Aufwertung um 3 Ökopunkte pro m² erhält.

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 3 – 6; hier: 6



Abbildung 22: Unbefestigter Weg. Links davon: Beginn der Fettwiese, rechts davon: Beginn der Adlerfarnbestände (Foto: Kunz GaLaPlan)

Biotoptypen außerhalb des Geltungsbereichs der Flächennutzungsplan-Änderung „SO Solarpark Fröhnd“

Vorbemerkung

Im Zuge der Errichtung des Solarparks wird der oben beschriebene unbefestigte Weg (60.24) teilweise verbreitert und deutlich verlängert. Der Weg wird zukünftig sowohl für die Bau- als auch für die Betriebsphase des Solarparks (z. B. Wartungen, Pflegemaßnahmen) genutzt. Ein Teil des Weges befindet sich zwar außerhalb des Geltungsbereichs, wird aber aufgrund der stattfindenden Eingriffe dennoch in der Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung berücksichtigt.

Zudem wird im Zuge des Vorhabens ein Wanderweg verlegt, der ebenfalls auf kurzer Strecke außerhalb des Plangebiets verläuft.

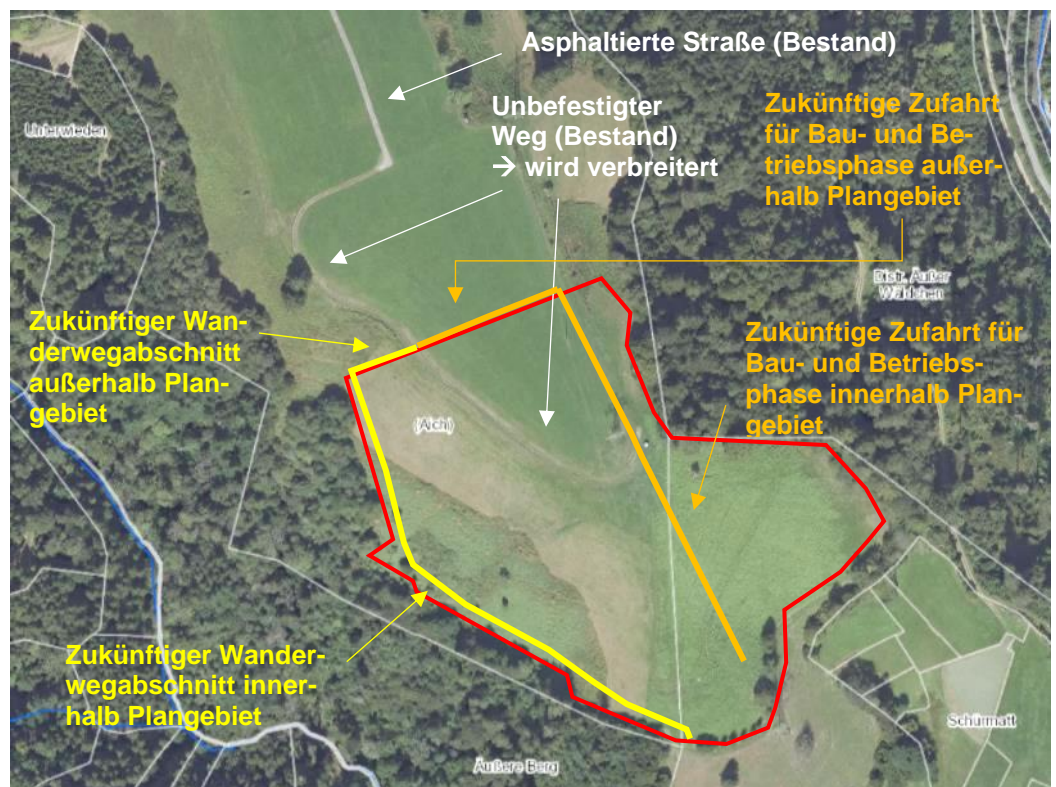


Abbildung 23: Plangebiet (rot) und Kennzeichnung der Bestandswege und geplanten Wege (Quelle Luftbild: LUBW)

35.34 Adlerfarn- Bestand

Der zu verlegende Wanderweg geht in Zukunft vom Bestandsweg Richtung Westen ab und verläuft dann ein kurzes Stück in einem Weidfeld, das von Adlerfarn bewachsen ist (vgl. Abbildung 23).

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 6 – 8; hier: 11

60.24 Unbefestigter Weg

Der weiter oben bereits beschriebene Weg beginnt nicht an der Grenze des Plangebiets, sondern ca. 100 m weiter nördlich am Ende der dort vorhandenen asphaltierten Straße (vgl. Abbildung 23). D.h. 430 m² des Bestandsweges befinden sich außerhalb des Geltungsbereichs, müssen aber dennoch in der Eingriffs-/Ausgleichsbilanz berücksichtigt werden, da auch der Wegabschnitt außerhalb des Plangebiets für die Bau- und Betriebsphase verbreitert wird.

Schutzstatus: keiner

Ökopunkte nach ÖKVO:

Bestand: 3 – 6; hier: 6

Böschungen am unbefestigten Weg außerhalb Plangebiet (keine eindeutige Zuordnung eines Biotoptypen möglich)	<p>Der Wegabschnitt außerhalb des Plangebiets ist von Böschungen geprägt. Erst im Plangebiet gehen diese Böschungen zurück und der Weg geht fast unmittelbar in die Fettwiese über.</p> <p>Auf den Wegböschungen außerhalb des Plangebiets wurden folgende Arten erfasst: Gewöhnlicher Gilbweiderich, Rotklee, Spitzwegerich, Gewöhnliches Ruchgras, Stumpfbblättriger Ampfer, Heidekraut, Gewöhnliche Goldrute, Wiesen-Schafgarbe, Adlerfarn, Gewöhnlicher Giersch, Wald-Erdbeere.</p> <p>Die Artenzusammensetzung variiert stark hinsichtlich des Nährstoffhaushalts. Es sind sowohl Arten nährstoffreicher Böden (z.B. Stumpfbblättriger Ampfer, Gewöhnlicher Giersch, Wald-Erdbeere) als auch Arten nährstoffarmer Böden (z. B. Gewöhnliches Ruchgras, Heidekraut, Adlerfarn) vorhanden.</p> <p>Eine eindeutige Zuordnung zu einem Biotoptyp ist daher nicht möglich.</p> <p>Der Wegböschung werden daher 20 Ökopunkte pro m² zugewiesen (einem Mittelwert aus Fettwiese, Magerwiese, nitro- und mesophytischer Saumvegetation, Zwergstrauchheide).</p> <p>Schutzstatus: keiner</p> <p>Ökopunkte (Einschätzung von Kunz GaLaPlan): 20</p>
33.41 Fettwiese	<p>Zudem wird diese Zufahrt für die Bau- und Betriebsphase in Zukunft auch Richtung Osten (am nördlichen Rand außerhalb des Plangebiets), d.h. auf der Fettwiese, weitergeführt, auf der an dieser Stelle im Moment noch kein Bestandsweg vorhanden ist.</p> <p>Schutzstatus: keiner</p> <p>Ökopunkte nach ÖKVO:</p> <p>Bestand: 8 – 13 – 19; hier: 13</p>
Vorbelastung	<p>Versiegelte Flächen sind innerhalb des Plangebiets nicht vorhanden.</p> <p>Vorbelastungen bestehen daher lediglich in Form der großflächigen Adlerfarnbestände. Der Adlerfarn verdrängt die typische Offenlandvegetation und minimiert die Artenvielfalt erheblich.</p>
Bedeutung / Empfindlichkeit	<p>Die Wertigkeit der unterschiedlichen Biotoptypen in Bezug auf die Bedeutung im Naturhaushalt und die Biotop- und Artenvielfalt reicht von mittel (Fettwiese, Adlerfarn-Bestand mit teilweise magerem Unterwuchs) über mittel bis hoch (Baumreihe aus hauptsächlich Fichte) bis hoch bis sehr hoch (manche Einzelbäume / Totholzbaum, Besenginstergebüsch, Magerrasen). Analog zur Bedeutung lässt sich auch die Empfindlichkeit beurteilen.</p>
Eingriffe	<p>Aufgrund der Errichtung der Solarpanels müssen die dreizehn Einzelbäume gerodet werden. Die Baumreihe im Süden kann bestehen bleiben und wird als Pflanzbindung festgesetzt.</p> <p>3 ha der Grünlandflächen (Fettwiese und Adlerfarnbestände) werden mit Solarmodulen überstellt.</p> <p>Ca. 60 m² Flächenversiegelungen entstehen für die Trafo- und Übergabestationen. Weitere Eingriffe erfolgen durch die Anlage einer geschotterten Zufahrt für die Bau- und Betriebsphase des Solarparks sowie die Anlage eines unbefestigten Wanderweges (vgl. auch Schutzgut Boden).</p> <p>Die ausführliche Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung mit Bewertung der Bestands- und Planbiotoptypen in Ökopunkten ist dem Umweltbericht zum Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ vom 22.03.2023 zu entnehmen.</p>

Vermeidung, Minimierung und Kompensation

Die Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichts zum Bebauungsplan festgelegt.

Für das Plangebiet ist ein umfangreiches Pflegekonzept mit folgenden Schwerpunkten vorgesehen:

- Zurückdrängung Adlerfarn durch Mahd
- Schafbeweidung
- Mahd des Magerrasenbiotops und der sonstigen privaten Grünflächen

Durch die Maßnahmen kann eine vollständige Kompensation des Schutzgutes Tiere und Pflanzen erreicht werden.

Bezüglich der Zielvegetation ist ein Monitoring durchzuführen.

Detailliertere Informationen sind dem Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Ergebnis

Im Hinblick auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen können die Beeinträchtigungen durch entsprechende Maßnahmen (vgl. Umweltbericht des Bebauungsplans „SO Solarpark Fröhnd“) vermieden, minimiert oder kompensiert werden, sodass sich im Hinblick auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung ergeben.

5.4 Schutzgut Boden

Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf das Plangebiet. Auswirkungen über das Plangebiet hinaus können ausgeschlossen werden.

Methodik

Über die Auswertung der im Kapitel 2.2 genannte Datengrundlagen erfolgt die Erfassung und Darstellung der im Plangebiet vorhandenen natürlichen Böden.

Die Bestandserfassung erfolgt in Anlehnung an das Bodenschutzgesetz auf der Grundlage der Methodik von Heft 23 zur Bewertung der Böden nach ihrer Leistungsfähigkeit.

Zur Berücksichtigung der Einzelfunktionen für das Schutzgut Boden sind gemäß dem § 2 (2) Nr. 1 a.) bis c.) des Bundesbodenschutzgesetzes zu untersuchen:

- die natürliche Bodenfruchtbarkeit,
- die Funktion als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf,
- die Funktion als Filter und Puffer für Schadstoffe,
- die Funktion als Sonderstandort für naturnahe Vegetation.

Geologie & Böden

Als geologische Einheit ist im Plangebiet gemäß der Geologischen Karte 1 : 50 000 des Geologischen Landesamtes (LGRB) von „Mambach-Granit“ (Kartiereinheit 412, Legende GMB) auszugehen.

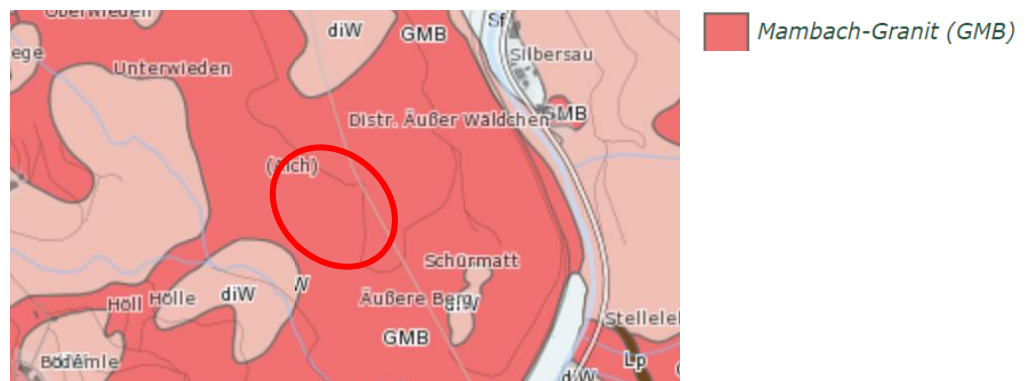


Abbildung 24: Geologische Einheiten in und um das Plangebiet (rot) (Quelle: LGRB)

Als bodenkundliche Einheit ist im Plangebiet gemäß der Bodenkarte 1 : 50 000 des Geologischen Landesamtes (LGRB) „Braunerde und podsolige Braunerde“ (Kartiereinheit a65, Legende B2) ausgewiesen. Diese Braunerde kommt großflächig im Granitgebiet des Südschwarzwaldes, v. a. im Verbreitungsgebiet des Badischen Riesenregenwurm vor.



Abbildung 25: Bodentypen in und um das Plangebiet (rot) (Quelle: LGRB)

Bergbaubedingte Belastungen sind innerhalb des Plangebiets nicht vorhanden. Belastete Flächen befinden sich lediglich im Auen- bzw. Überflutungsbereich des Flusses „Wiese“ (mind. 230 m entfernt).

Bewertung

Die Gesamtbewertung für die „Braunerde und podsolige Braunerde“ liegt bei 1.50, was einer geringen bis mittleren Bewertung entspricht. Keine der vier Bodenfunktionen besitzt eine hohe Bewertung.

Bodenfunktionen nach "Bodenschutz 23" (LUBW 2011)

Standort für naturnahe Vegetation	keine hohe oder sehr hohe Bewertung	
Natürliche Bodenfruchtbarkeit	gering bis mittel (1.5)	
Ausgleichskörper im Wasserkreislauf	LN: mittel (2.0)	Wald: hoch (3.0)
Filter und Puffer für Schadstoffe	LN: gering (1.0)	Wald: gering (1.0)
Gesamtbewertung	LN: 1.50	Wald: 1.83

Das Plangebiet ist bis auf vier vernachlässigbare Punktfundamente des vorhandenen Strommasten unversiegelt und besteht aus offenen Grünlandflächen.

Daher ist für den gesamten Boden im Plangebiet von einer Bewertung von 1.50 auszugehen.

Eingriffe / Auswirkungen

Für die Solarmodule werden keine (Beton-) Fundamente notwendig. Die Stahlträger der Unterkonstruktionen werden lediglich in den Boden gerammt.

Im Vorfeld wurden sechs Proberammungen auf der Fläche durchgeführt, um zu prüfen, ob ein Rammen der Unterkonstruktion möglich ist. Die Ergebnisse waren positiv, sodass davon auszugehen ist, dass sämtliche Unterkonstruktionen gerammt und auf Fundamente verzichtet werden kann. Detaillierte Informationen sind dem entsprechenden Baugrundgutachten vom 26.07.2021 vom Büro Geolingenieure Mannsbart zu entnehmen.

Betonfundamente sind lediglich für die Stationsgebäude (Trafo- und Übergabestation) erforderlich. Bei der Übergabestation wird mit einer Versiegelung von 3,50 m x 3,50 m gerechnet. Bezüglich der Trafostationen werden 2-3 Stück. Die Grundfläche der Trafos beträgt jeweils 4 m².

Innerhalb der Grundstücksfläche sind Nebenanlagen wie die Übergabestation sowie die erforderlichen Trafostationen mit einer Gesamtgrundfläche von max. 60 m² zulässig.

Des Weiteren wird der nördlich des Plangebiets vorhandene Weg von ca. 2,50 m auf 3,50 m verbreitert sowie innerhalb des Plangebiets verlängert, um ihn für die Bau- und Betriebsphase des Solarparks zu nutzen. Der zukünftige Weg soll mit Schotter ausgeführt

werden. Somit entstehen Teilversiegelungen und der Wert des Bodens geht im Bereich des Weges von 1.50 auf 0 zurück.

Die Solarmodule selbst rufen zwar keine Flächenversiegelung hervor, überdachen aber einen Teil der Offenlandflächen. Gemäß der Arbeitshilfe „Das Schutzgut Boden in der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“ von der LUBW (Stand 2012) gelten gedeckte Dachflächen als versiegelte Flächen. Die Solarmodule sind allerdings nicht mit gedeckten Dachflächen zu vergleichen, da sie aufgeständert sind und somit den Boden nur teilweise verdecken. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Bodenfunktionen nicht mehr zu 100 % erfüllt werden können. Veränderungen sind bezüglich des Bodenwasserhaushalts zu erwarten: Da die Module den Grund vor Regen, Schnee und Tau schützen, reduziert sich der Feuchtigkeitseintrag.

Die mit Solarmodulen überstellbare Fläche beträgt 3 ha. Für diese 3 ha wird bezüglich der Bodenfunktionen noch ein Erfüllungsgrad von 2/3 angenommen. Das heißt, die Bodenfunktionen werden in den überstellten Bereichen mit 1.0 statt 1.5 bewertet.

Das Ökopunktedefizit für das Schutzgut Boden beträgt insgesamt **70.810 Ökopunkte**. Die Berechnung ist dem Umweltbericht zum Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Vermeidung, Minimierung und Kompensation

Die Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichts zum Bebauungsplan festgelegt.

Durch die Maßnahmen beim Schutzgut Tiere und Pflanzen kann eine Überkompensation erreicht werden, mit der das Schutzgut Boden mitausgeglichen werden kann.

Detailliertere Informationen sind dem Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Ergebnis

Im Hinblick auf das Schutzgut Boden ergeben sich geringfügige Beeinträchtigungen durch den Verlust der Bodenfunktionen in den zukünftigen Bereichen mit einer Flächenversiegelung oder Überbauung. Flächen mit einer sehr hohen oder hohen Bedeutung für das Schutzgut Boden sind aber nicht betroffen, so dass sich im Hinblick auf das Schutzgut Boden keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung ergeben. Zudem können die Beeinträchtigungen durch die Überkompensation beim Schutzgut Tiere und Pflanzen vollständig ausgeglichen werden.

5.5 Schutzgut Wasser

5.5.1 Oberflächengewässer

Untersuchungsgebiet

Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf das Plangebiet der FNP-Änderung. Auswirkungen über das Plangebiet hinaus können ausgeschlossen werden.

Bestand / Bewertung

Im Plangebiet befinden sich keine Fließ- oder Stillgewässer. Über 100 m westlich fließt der Pfaffenbach (Gewässer-ID 11488), ein Gewässer II. Ordnung von wasserwirtschaftlicher Bedeutung.



Abbildung 26: Plangebiet (rot), Gewässernetz und Überflutungsflächen (blau) (Quelle: LUBW)

Der Pfaffenbach wird durch die FNP-Änderung nicht tangiert und erfährt keine Beeinträchtigungen.

Dasselbe gilt für den Fluss „Wiese“, der in einer Entfernung von mind. 230 m verläuft.

Ausgewiesene Überschwemmungsflächen bzw. Flächen der Hochwassergefahrenkarte befinden sich lediglich an der „Wiese“ und somit außerhalb des Plangebiets.

Gemäß den Karten des Bürger-GeoPortals des Landkreises Lörrach liegt das Plangebiet außerdem außerhalb von Starkregen- und Erosionsgefahrenbereichen.

5.5.2 Grundwasser

Untersuchungsgebiet Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf das Plangebiet der FNP-Änderung. Auswirkungen über das Plangebiet hinaus können ausgeschlossen werden.

Bestand / Bewertung Gemäß der Hydrogeologischen Karte (HK 50 des LGRB) liegt das Plangebiet innerhalb der hydrogeologischen Einheit "Variszische Plutone". Bei den Variszischen Plutonen handelt es sich um einen Grundwassergeringerleiter.

Mit 1.505 mm Jahresniederschlag in Fröhnd ist grundsätzlich eine wichtige Voraussetzung für eine hohe Grundwasserneubildung gegeben. Allerdings besitzen die Böden nur eine geringe Durchlässigkeit und das Gebiet befindet sich in Hanglage.

Es ist daher höchstens von einer mittleren Grundwasserneubildung auszugehen.

Wasser- oder Quellenschutzgebiete sind im Plangebiet nicht vorhanden. Das nächstgelegene Wasserschutzgebiet „WSG 155: Zell Mambach Strohbachquellen 1+2“ (WSG-Nr. 336155) befindet sich bei Pfaffenberg, 450 m entfernt.

Daher können vorhabenbedingte Beeinträchtigungen für Wasser- und Quellenschutzgebiete von Vorneherein ausgeschlossen werden.

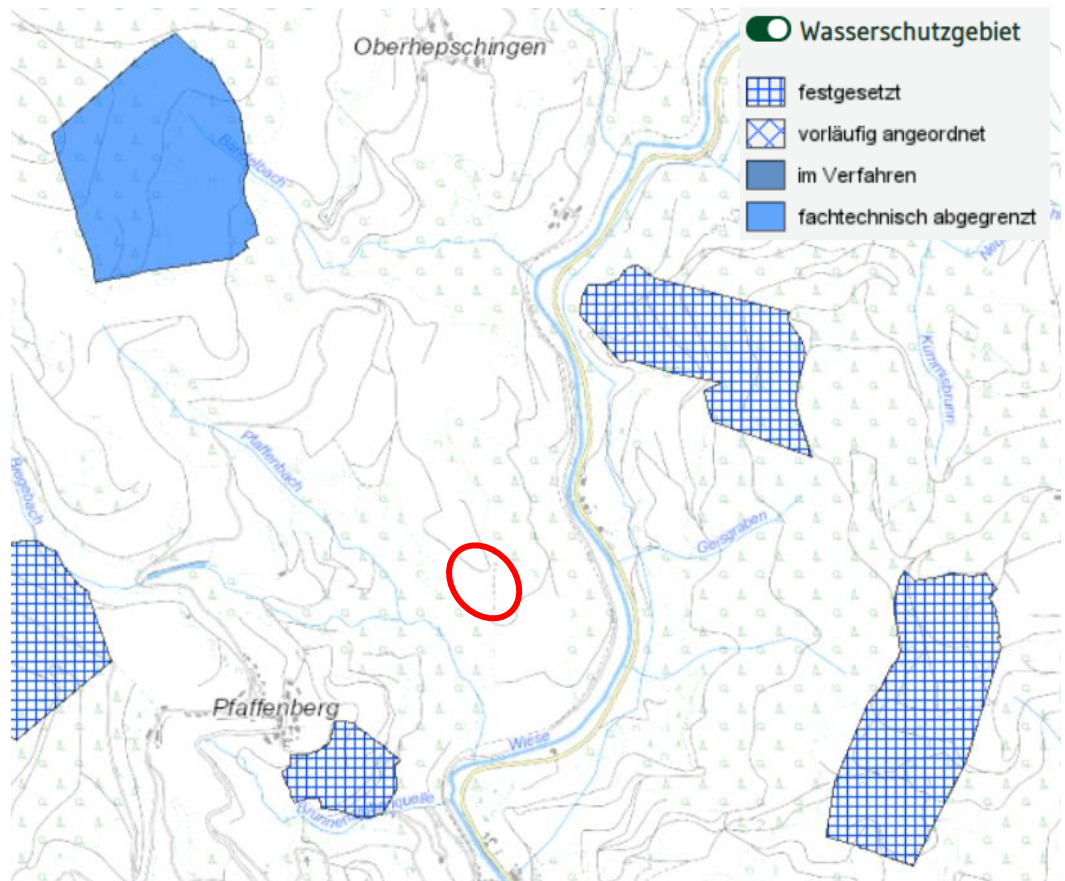


Abbildung 27: Plangebiet (rot) und WSG (blau) (Quelle: LUBW)

Prognostizierte Auswirkungen

Die geplanten Solarmodule werden über und nicht auf den vorhandenen Grünflächen errichtet.

Das Niederschlagswasser kann in diesen Bereichen weiterhin über die Module im Oberboden versickern und es ist nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen für den Grundwasserhaushalt zu rechnen.

Da die Unterkonstruktionen in den Boden gerammt werden, sind keine Betonfundamente notwendig. Zusätzliche Flächenversiegelungen entstehen lediglich durch die Stationsgebäude (Trafo- und Übergabestation) und die geplante Zufahrt. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist für die Stationen mit einer Versiegelung von ca. 60 m² zu rechnen und für die Zufahrt mit einer Versiegelung von 1.740 m².

Entscheidungserhebliche Beeinträchtigungen der Versickerung oder der Grundwasserneubildung sind durch diese kleinflächigen Versiegelungen nicht zu erwarten.

Eingriffe in die Grundwasserstruktur sind nicht zu erwarten. Ebenso ist nicht mit erheblichen Schadstoffeinträgen, die zu einer Beeinträchtigung der Grundwasserqualität führen könnten, zu rechnen, sofern die entsprechenden Vorschriften beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z. B. Treibstoffe, Schmiermittel) während der Bauarbeiten sowie bei der anschließenden Nutzung eingehalten werden.

Vermeidung, Minimierung und Kompensation

Durch die im Umweltbericht zum Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ formulierten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen werden die Beeinträchtigungen für das Schutzgut Grundwasser weitestgehend minimiert. Zusätzliche Kompensationsmaßnahmen werden nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich.

Die Maßnahmen sind dem Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Ergebnis Im Hinblick auf das Schutzgut Grundwasser ergeben sich geringe Beeinträchtigungen durch die zu erwartende Verringerung der Grundwasserneubildung in den Bereichen mit einer zukünftigen Flächenversiegelung oder Überbauung und einer erschwerten Versickerung aufgrund der Überstellung mit Solarmodulen. Flächen mit einer sehr hohen oder hohen Bedeutung für das Schutzgut Grundwasser sind nicht betroffen, sodass sich im Hinblick auf das Schutzgut Grundwasser keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung ergeben.

5.6 Schutzgut Klima / Luft

Untersuchungsgebiet Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf das Plangebiet der FNP-Änderung. Auswirkungen über das Plangebiet hinaus können ausgeschlossen werden.

Bestand Regionales Klima

Topografisch liegt das Plangebiet im Oberen Wiesental und weist ein gemäßigt warmes und mildes Klima auf. Die Jahresmitteltemperatur beträgt ca. 7,4 °C, die durchschnittliche Jahresniederschlagsmenge ca. 1.505 mm. Es fallen das ganze Jahr über deutliche Niederschläge. Die Niederschlagsmengen sind selbst im trockensten Monat Februar noch hoch.

Kleinklima

Dem Plangebiet ist eine geringe bis mittlere Bedeutung im Hinblick auf Luftbefeuchtung, -filterung oder Beschattung zuzuordnen. Es besteht fast ausschließlich aus Grünlandflächen, nur ganz vereinzelt sind Bäume vorhanden.

Positive kleinklimatische Eigenschaften gehen überwiegend von den umgebenden Waldflächen aus.

Vorbelastungen bestehen im Plangebiet nicht. Es ist derzeit unversiegelt, sodass keine Überhitzungserscheinungen auftreten. Auch sind keine Straßen vorhanden, die zu verkehrsbedingten Schadstoffemissionen führen. Die Bundesstraße 317 verläuft in einer Entfernung von mindestens 250 m talabwärts.

Das Plangebiet (ohne Einbezug der angrenzenden Waldflächen) besitzt insgesamt einen geringen bis mittleren kleinklimatischen Wert.

Bewertung / prognostizierte Auswirkungen Die Empfindlichkeit des Lokalklimas gegenüber der Inanspruchnahme der vorhandenen Offenlandflächen (Adlerfarnbestand, Fettwiese) kann als gering eingestuft werden. Strukturen von höherer Bedeutung für das Klima (Einzelbäume, Baumreihe) bleiben in großem Umfang erhalten.

Durch die Solarmodule kommt es zu Beschattungen und somit zur Beeinflussung des Kleinklimas rund um die Module. Es ist im Vergleich zu nicht „überdachten“ Freiflächen von niedrigeren Temperaturen auszugehen.

Bedeutende Auswirkungen auf das Lokalklima sind insgesamt nicht zu erwarten. Zudem sind in der unmittelbaren Umgebung weitere Grünland- und Gehölzbestände als klima- und lufthygienisch bedeutsame Flächen vorhanden.

Vermeidung, Minimierung und Kompensation Die Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichts zum Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ festgelegt.

Die Maßnahmen beim Schutzgut Tiere und Pflanzen wirken sich automatisch alle positiv auf das Schutzgut Klima/Luft aus. Weitere Kompensationsmaßnahmen werden nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich.

Detailliertere Informationen sind dem Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023 zu entnehmen.

- Ergebnis** Im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Luft ergeben sich geringe Beeinträchtigungen durch die Veränderung des Kleinklimas im Planbereich (Beschattung durch Solarmodule, Zunahme der Überhitzungserscheinungen auf zukünftig versiegelten Flächen).
- Flächen mit einer sehr hohen oder hohen Bedeutung für das Schutzgut Klima/Luft sind nicht betroffen, sodass sich im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Luft keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung ergeben.

5.7 Schutzgut Erholung / Landschaftsbild

- Untersuchungsgebiet** Für die Darstellung und Beurteilung des Landschaftsbilds und der Erholung werden das Plangebiet und seine weitere Umgebung betrachtet.

5.7.1 Bestand

- Bestand** Landschaftsraum (übergeordnete Ebene)

Der Landschaftsraum, in dem der zukünftige Solarpark entstehen soll, ist gemäß des Landesentwicklungsplans (LEP) aus dem Jahr 2022 als überregional bedeutsamer Landschaftsraum ausgewiesen. Diese überregional bedeutsamen Landschaftsräume zeichnen sich durch eine überdurchschnittliche Dichte schutzwürdiger Biotope und überdurchschnittliche Vorkommen landesweit gefährdeter Arten aus.

Im Zuge des Bauleitplanverfahrens ist zu prüfen, ob es durch die Errichtung des Solarparks zu einer erheblichen Beeinträchtigung des überregional bedeutsamen Landschaftsraumes kommt. Gemäß dem Planziel 5.1.2.1 des LEP sind nämlich Planungen, die diese Landschaftsräume erheblich beeinträchtigen entweder zu unterlassen oder (wenn unvermeidbar) auszugleichen.



Abbildung 28: Ausschnitt aus dem Landesentwicklungsplan 2002, Karte 4: Überregional bedeutsame naturnahe Landschaftsräume, Lage Plangebiet (gelber Punkt)

Plangebiet (untergeordnete Ebene)

Das Plangebiet ist durch landwirtschaftliche Flächen abseits jeglicher Siedlungsstrukturen geprägt. Angrenzend zum Plangebiet befinden sich Waldbereiche und weitere Grünlandflächen. Es liegt nicht innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes.

Das Plangebiet ist durch einen asphaltierten Weg, der ca. 100 m nördlich des Plangebiets endet, sowie einen daran angrenzenden unbefestigten Weg erreichbar.

Landschaftlich wertgebende Elemente sind im Plangebiet nur in untergeordnetem Maße in Form der Grünlandflächen vorhanden. Die Entwicklungszone des Plangebiets (vgl. auch Kapitel 4.2 „Biosphärengebiet“) besteht aus einer gedüngten, relativ artenarmen Fettwiese. Die Pflegezone des Plangebiets weist zwar wertvolle Arten wie Flügel-Ginster und Färber-Ginster auf, die Flächen sind allerdings fast vollständig von bis zu 2 m hohem Adlerfarn überwuchert, sodass der ursprüngliche Charakter einer mageren Wiese kaum noch zu erkennen ist.

Durch das Plangebiet (entlang der Weidezäune) führt ein ausgeschilderter Wanderweg, sodass von einer regelmäßigen Erholungsnutzung auszugehen ist (vgl. Abbildung 29). Erholungseinrichtungen wie z. B. Sitzbänke sind allerdings im Plangebiet (aufgrund der Hanglage) nicht vorhanden. Solche befinden sich erst knapp außerhalb des Plangebiets im Süden bei der Baumreihe.

Die Aussicht in Richtung Südwest bis Südost ist aufgrund der exponierten Lage durchaus reizvoll. Man hat freie Sicht auf die Bergketten der Umgebung.

Insgesamt ist der Bereich für das Landschaftsbild sowie für die Erholungseignung von mittlerer Bedeutung.

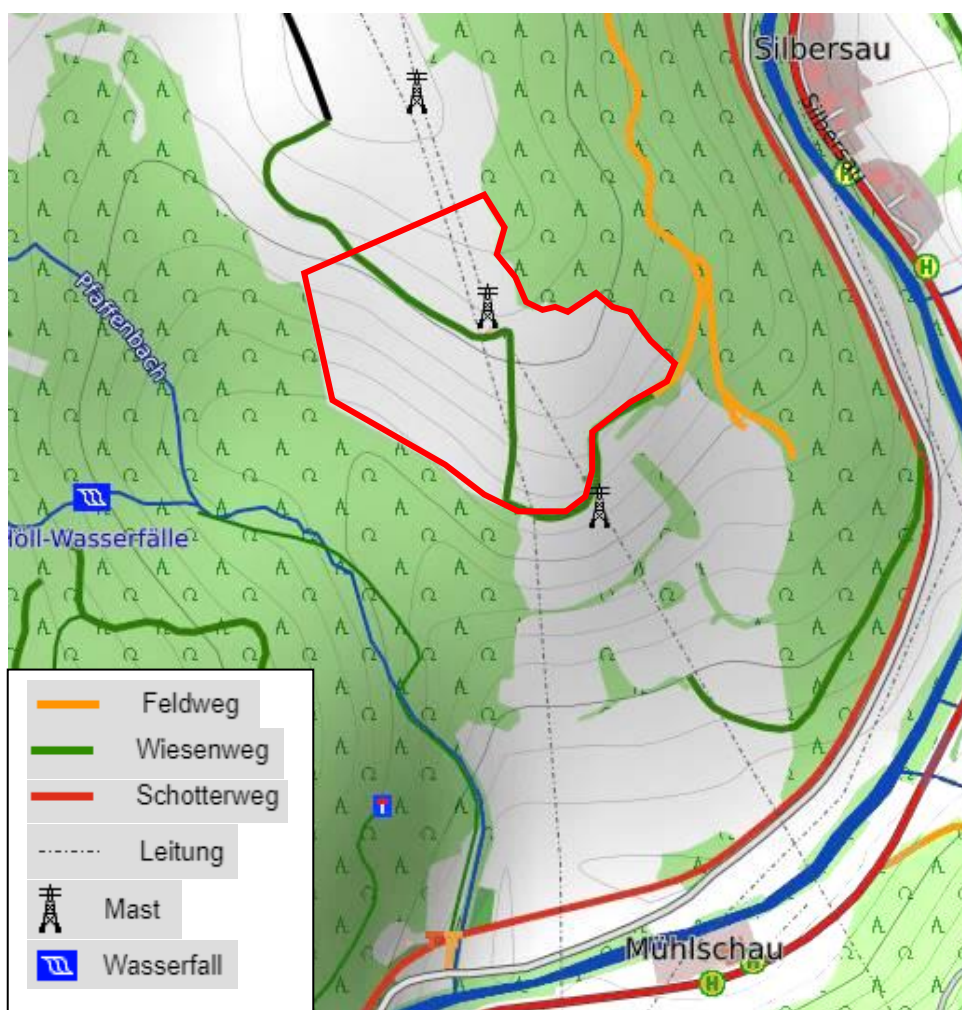


Abbildung 29: Plangebiet (rot), vorhandene Wanderwege und Stromleitungen (Quelle: Reit- und Wanderkarte (OpenStreetMap, abgerufen am 15.11.2021))

5.7.2

Sichtbarkeitsanalyse

Sichtbarkeitsanalyse

Die Sichtbarkeitsanalyse wurde am 02.08.2022 durchgeführt. Die B317 sowie die umliegenden Gemeinden, bei denen potenzielle Sichtbeziehungen bestehen, wurden teilweise mit dem Auto abgefahren und teilweise zu Fuß begangen.

Bei den in der nachfolgenden Abbildung rot umkreisten Gemeinden bzw. Ortsteilen oder Weilern konnten Sichtbeziehungen zum Plangebiet festgestellt werden: Pfaffenberg (Kernort), Biegematt (Weiler von Pfaffenberg), Mambach, Rohrberg (Ortsteil von Häg-Ehrsberg). Bei den grün umkreisten Gemeinden bzw. Ortsteilen konnten aufgrund topographischer Gegebenheiten oder vorhandener Waldflächen keine Sichtbeziehungen zum Plangebiet festgestellt werden: Käsers, Helblingsmatt, Atzenbach, Zell im Wiesental, Mühlischau, Silbersau, Häg-Ehrsberg, Fröhnd.

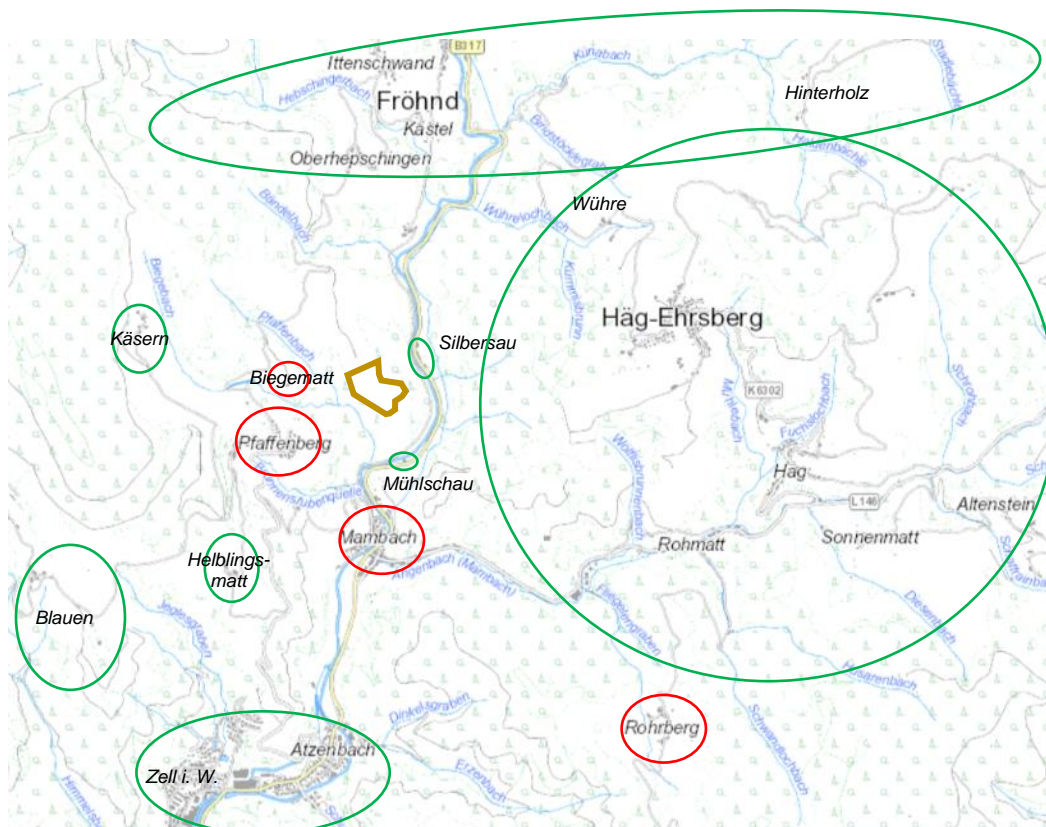


Abbildung 30: Plangebiet (beige), Gemeinden mit Sichtbeziehungen rot umkreist, Gemeinden ohne Sichtbeziehungen grün umkreist

B 317

Von der B 317 aus ist die Solarparkfläche an zwei Teilstrecken zwischen Atzenbach und Mambach (Fahrtrichtung Mambach) einsehbar (s. nachfolgende Abbildung). Es handelt sich um insgesamt ca. 960 m Streckenabschnitt. An den anderen Abschnitten besteht aufgrund topographischer Gegebenheiten bzw. Verdeckung der Sicht aufgrund von Gehölz- und Waldflächen keine Einsicht.

In den beiden Streckenabschnitten beträgt der Höhenunterschied zur zukünftigen Solaranlage über 100 Meter (Streckenabschnitte ca. 450-480 m ü. NHN, Plangebiet am tiefsten Punkt ca. 580 m ü. NHN). Da die Module nur nach oben und nicht nach unten abstrahlen, entstehen für die Autofahrer keinerlei Blendwirkungen. Für eine offizielle Einschätzung der Blendwirkungen wurde das Fraunhofer Institutes für Solare Energiesystem ISE Freiburg angefragt. In der Stellungnahme vom 12.10.2022 kommt das Fraunhofer Institut ebenfalls zu dem Ergebnis, „dass keine Blendung durch die PV-Anlagen auf die B 317 stattfindet. Mit der gewählten Aufständigung können Blendeffekte bei Sonnenuntergang nur östlich des Feldes auftreten. Die B 317 liegt jedoch ca. 150 m tiefer als das

Feld und kann somit nicht betroffen werden.“ Zusammenfassend wird die Erstellung eines Blindgutachtens für nicht erforderlich erachtet.

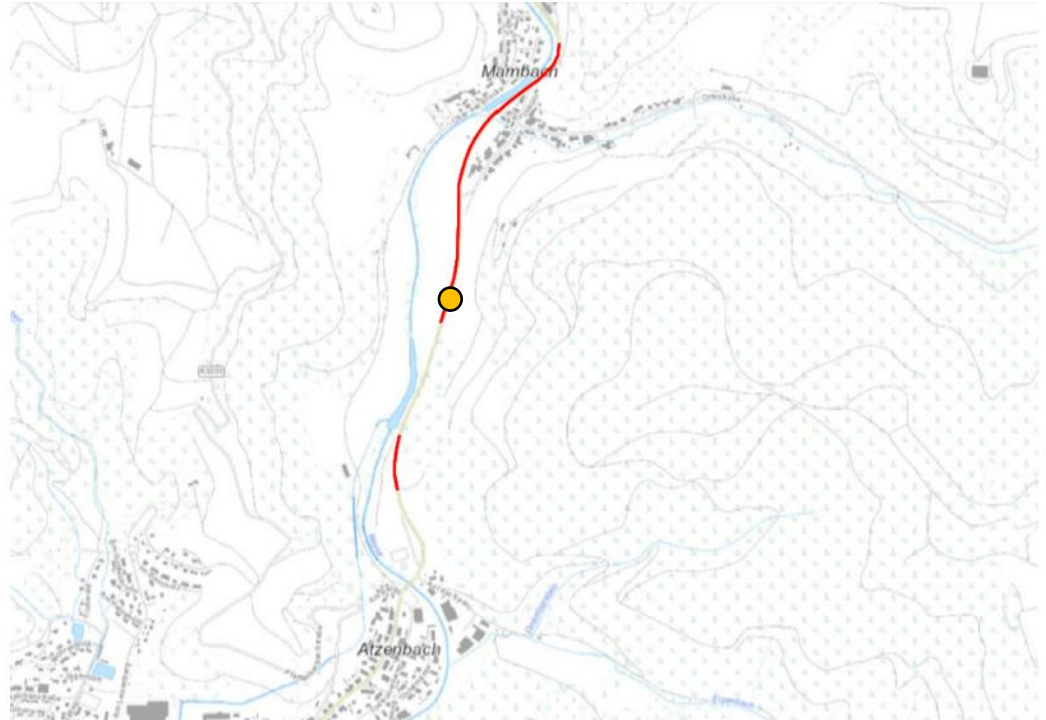


Abbildung 31: Rot = Teilstrecken zwischen Atzenbach und Mambach, von denen aus (in Fahrtrichtung Mambach) die Solarparkfläche einsehbar ist. Orangener Punkt = Punkt, an dem das nachfolgende Foto aufgenommen wurde.



Abbildung 32: Teilweise durch Bäume verdeckte Sicht von der B 317 aus auf den Südosthang des zukünftigen Solarparks (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan)

Pfaffenberg

Die Gemeinde Pfaffenberg liegt südwestlich der Solarparkfläche auf einer Höhe von ca. 680 m ü. NHN und somit höher als der zukünftige Solarpark mit 580-620 m ü. NHN. Der Pfaffenberg wurde zu Fuß abgeschritten, um die Sichtbeziehungen zu prüfen. Die Module am Westhang werden von den vorderen Häuserreihen aus einsehbar sein (vgl. Abbildung 33). Es handelt sich um ca. 10 Häuser, die betroffen sind.



Abbildung 33: Sicht von Pfaffenberg aus auf den Westhang des zukünftigen Solarparks (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan

Biegematt

Biegematt, ein Ortsteil von Pfaffenberg, liegt westlich der Solarparkfläche auf einer Höhe von knapp 670 m ü. NHN und somit ebenfalls höher als der zukünftige Solarpark. Die Luftlinie beträgt lediglich 400 m. In Biegematt befindet sich ein einzelner Hof, der Biegematthof. Von diesem aus hat man (wie von Pfaffenberg aus auch) freie Sicht auf den Westhang der Solarparkfläche (vgl. Abbildung 34).



Abbildung 34: Sicht vom Biegematthof aus auf den Westhang des zukünftigen Solarparks (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan

Mühlschau

Um die Sichtbeziehung von der südlich gelegenen „Mühlschau“ (im Talbereich zwischen Silbersau und Mambach) aus zu überprüfen, wurde der dort vorhandene Hof direkt an der B317 angefahren. Wie die Abbildung 35 zeigt, sind die Solarmodule vom Hof bzw.

von dieser Teilstrecke der B317 aus nicht einsehbar. Dies liegt vor allem an der Hanglage. Die Solarmodule werden sich hinter der Kuppe befinden. Zudem wird die Fläche von einer Baumreihe abgeschildert.

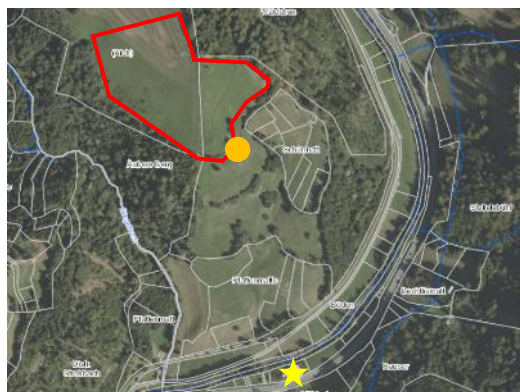


Abbildung 35: Links: Plangebiet (rot) und Verortung des Standorts, auf dem das Foto rechts aufgenommen wurde (gelber Stern). Der orangene Punkt entspricht dem Standort des großen Strommasten im Foto rechts. (Quelle Luftbild: LUBW, Quelle Foto: Kunz GaLaPlan)

Mambach

Die Gemeinde Mambach liegt südlich der Solarparkfläche im Tal. Der Höhenunterschied zum niedrigsten Punkt des Plangebiets beträgt ca. 120 Höhenmeter. Mambach wurde zu Fuß abgeschieden, um die Sichtbeziehungen zu prüfen.

Die Sicht auf den Südosthang ist aufgrund von Waldflächen fast vollständig verdeckt. Der Westhang ist dagegen nur teilweise verdeckt und somit an einigen Stellen von den Siedlungsbereichen aus einsehbar (vgl. Abbildungen 36 und 37). Betroffen sind geschätzt die Hälfte der in Mambach vorhandenen Wohnhäuser.



Abbildung 36: Sicht von der Mambacher Straße „Auf der Au“ aus (westlich der B 317) auf den Westhang des zukünftigen Solarparks (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan



Abbildung 37: Sicht von der Mambacher „Ortsstraße“ aus (östlich der B 317) auf den Westhang des zukünftigen Solarparks (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan

Rohrberg

Rohrberg ist das einzige Dorf, von dem aus man Sichtbeziehungen auf die vollständige zukünftige Solarparkfläche hat. Dies liegt an der exponierten Lage. Es ist sowohl die relativ ebene Fettwiesenfläche im Norden des Plangebiets als auch der West- und der Südosthang einsehbar (vgl. Abbildungen 38 und 39).



Abbildung 38: Sicht von Rohrberg aus auf die Solarparkfläche (rot umkreist), Foto: Kunz GaLaPlan



Abbildung 39: Stark herangezoomte Sicht von Rohrberg aus auf den gesamten zukünftigen Solarpark (ebene Fettwiesenfläche beim Strommasten rot, Westhang orange und Südosthang gelb), Foto: Kunz GaLaPlan

Vorbelastung Vorbelastungen in Bezug auf das Landschaftsbild bestehen durch die zwei vorhandenen Stromleitungen (110 kV- und 20 kV-Leitung) und die großen Strommasten.

Neben der technischen Überprägung wertet auch der alles überwuchernde Adlerfarn das Landschaftsbild deutlich ab. Er verleiht den Offenlandflächen eine Eintönigkeit und drängt die für das Landschaftsbild wertvollen blühenden Pflanzenarten weitestgehend zurück.

5.7.3 Auswirkungen und Maßnahmen

Prognostizierte Auswirkungen Landschaftsraum (übergeordnete Ebene)

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aller durchgeführten Untersuchungen wird nicht davon ausgegangen, dass sich durch die Errichtung des Solarparks erhebliche Beeinträchtigungen des überregional bedeutsamen Landschaftsraumes ergeben.

Aufgrund der relativ geringwertigen Bestandsbewertung der vorhandenen und hier im konkreten Fall betroffenen Biotoptypen (Adlerfarnbestände) sowie dem Erhalt von hochwertigen Strukturen wie dem Magerrasen-Biotop und der Baumreihe verbleibt auf der Fläche und auch für den Landschaftsraum insgesamt keine erhebliche Beeinträchtigung für den Naturhaushalt oder einzelne Schutzgüter. Im Hinblick auf § 44 und § 45 BNatSchG erfolgten umfangreiche Untersuchungen zu den einzelnen Artengruppen (siehe Artenschutzrechtliche Prüfung vom 22.03.2023 von Kunz GaLaPlan). Dem Vorhaben stehen unter Einhaltung der darin formulierten Maßnahmen keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.

Sofern der Anregung der Raumordnung (vgl. Stellungnahme vom 01.07.2022) Rechnung getragen würde und die Entwicklung des Solarparks über die Begründung nach Planziel 5.1.2.1 LEP nicht möglich wäre, käme dies einer vollständigen Ausschlusswirkung für die Entwicklung von Solarparks im Landkreis Lörrach oder im gesamten Südschwarzwald gleich. Dies deckt sich aber nicht mit den Forderungen aus dem neuen Klimaschutzgesetz bzw. dem darin enthaltenen Auftrag an die Regionalverbände und dadurch auch indirekt an die Landkreise und Kommunen, 1,5 bis 2,0 % der Flächen für die Erzeugung

von regenerativen Energien zur Verfügung zu stellen. In der Abwägung der unterschiedlichen Belange ist hier dem Belang der Erzeugung regenerativer Energien der Vorrang einzuräumen. Auf die Stellungnahme der Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (ebenfalls vom 01.07.2022) wird verwiesen.

Plangebiet (untergeordnete Ebene)

Durch die Flächennutzungsplanänderung „SO Solarpark Fröhnd“ kommt es zu Beeinträchtigungen des Schutzgutes Landschaftsbild und Erholung.

Das Plangebiet ist zwar bereits durch zwei technische Anlagen (Stromleitungen) vorgeprägt, der Charakter des Plangebiets wird sich aber dennoch vollständig verändern, da ein großer Teil der Fläche mit Solarmodulen überstellt wird, die die Landschaft vollständig technisch überprägen. Ab einer gewissen Entfernung erscheinen die Module flächig, da dazwischen liegende Freiflächen nicht mehr zu erkennen sind.

Besonders bedeutsame Landschaftselemente bzw. -gebiete wie Biotope oder Landschaftsschutzgebiete sind durch die Errichtung des Solarparks nicht betroffen bzw. können erhalten werden. Wie oben bereits beschrieben ist die Landschaft aufgrund der Dominanz des Adlerfarns lediglich als gering- bis höchstens mittelwertig einzustufen.

Verkehrsteilnehmer betreffende optische Störreize in Form von Reflexion sind von der B 317 aus nicht wahrnehmbar, da die Module ausschließlich nach oben abstrahlen.

Die Auswirkungen auf Tiere, insbesondere auf die Avifauna, wurde im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung untersucht und sind als unerheblich einzustufen. Die Ergebnisse sind dem entsprechendem Endbericht vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Die Sichtbarkeitsanalyse hat gezeigt, dass die Solarparkfläche von umliegenden Gemeinden und Siedlungsbereichen teilweise einsehbar ist.

Die Beeinträchtigungen für die im nahen Umkreis liegenden Gemeinden (Pfaffenberg, Biegematt, Mambach) können insgesamt als unerheblich bis gering eingestuft werden. Aufgrund des Reliefs und der im Süden, Osten und Westen vorhandenen Gehölz- bzw. Waldflächen besteht nur eine eingeschränkte Sicht auf die Solarparkfläche. Weitere Sichtschutzpflanzungen hätten für die Gemeinden Pfaffenberg, Biegematt und Mambach im vorliegenden Fall keinen Mehrwert. Die jetzt einsehbaren Bereiche des Solarparks wären aufgrund der relativ steilen Hanglage auch nach der Pflanzung weiterer Gehölze noch einsehbar. Eine Verdichtung der südlich gelegenen Baumreihe ist nicht erforderlich.

Eine dominante Wirkung hat der Solarpark nur von Rohrberg aus, da man von dem exponierten und hochgelegenen Ortsteil aus direkt auf das gesamte Plangebiet blicken kann. Die große Entfernung (Luftlinie fast 3 km) schwächt die dominante Wirkung aber ab. Auch hier würden sich durch weitere Sichtschutzpflanzungen keine Änderung der Sichtbeziehungen ergeben. Besonders negative Wirkungen entstehen i.d.R., wenn die Module den Horizont überhöhen. Bei der zukünftigen Solarparkfläche ist dies nicht der Fall, da sie von weiteren Höhenzügen umgeben ist und somit keine erhebliche Silhouettenwirkung nach sich ziehen wird.

Lichtflexionen werden durch spezielle Antireflexschichten auf den Modulen minimiert. Für den Solarpark sind aus artenschutzrechtlichen Gründen keine nächtlichen Dauerbeleuchtungen zulässig. Dies wirkt sich auch positiv auf das Landschaftsbild aus, da die Fläche somit nachts vollständig im Dunkeln liegt.

Die Baumreihe im Süden bleibt durch die Festsetzung einer Pflanzbindung erhalten und wird auch weiterhin teilweise die Einsicht in die Solarfläche verhindern.

Der Zaun wird eine Länge von 870 m aufweisen und mit einem Tor versehen sein. Durch die Begrenzung der Zaunhöhe und Vorgaben zur Zaungestaltung (unauffällige Farbe, unauffälliges Material) können negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild reduziert werden.

Da der Solarpark als technischer Betriebsraum komplett umzäunt wird, muss der vorhandene Wanderweg verlegt werden. Der neue Weg wird entlang der Umzäunung verlaufen (vgl. nachfolgende Abbildung). Die Änderung des Wegverlaufes wirkt sich nicht erheblich auf die Erholungsnutzung aus.

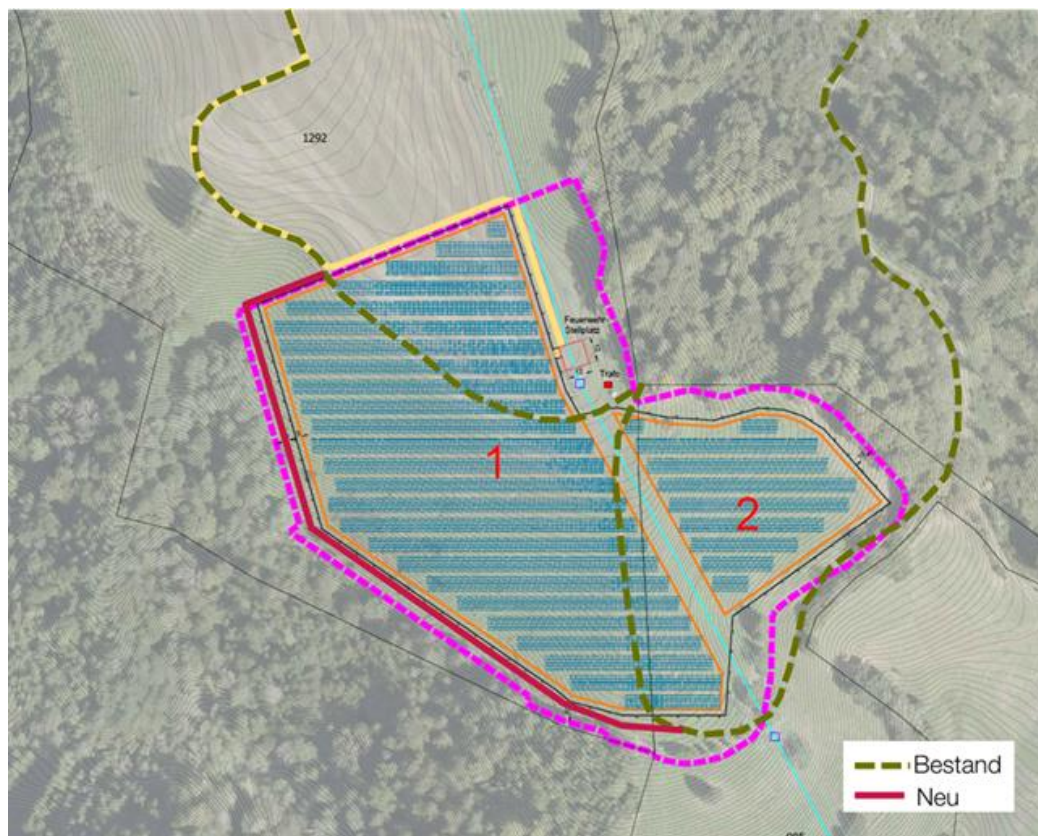


Abbildung 40: Plangebiet (pink gestrichelt), alter Verlauf des Wanderweges (grün gestrichelt), neuer Verlauf des Wanderweges (rot)

Durch den Solarpark ergeben sich Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und der Erholungsnutzung. Unter Einhaltung bestimmter Maßnahmen werden diese aber auf ein geringes Maß herabgestuft.

Vermeidung, Minimierung und Kompensation

Die Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen werden im Zuge des Umweltberichts 'zum Bebauungsplan „SO Solarpark Fröhnd“ festgelegt.

Die Maßnahmen beim Schutzgut Tiere und Pflanzen wirken sich automatisch alle positiv auf das Schutzgut Erholung / Landschaftsbild aus. Zudem besteht noch eine Überkompensation beim Schutzgut Tiere und Pflanzen, die dem Schutzgut Landschaftsbild angerechnet werden kann. Die geringen Eingriffe in das Schutzgut Landschaftsbild können somit als kompensiert betrachtet werden.

Detailliertere Informationen sind dem Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023 zu entnehmen.

Ergebnis

Im Hinblick auf das Schutzgut Erholung/Landschaftsbild ergeben sich geringe Beeinträchtigungen durch die technische Überprägung des Gebiets.

Flächen mit einer sehr hohen Bedeutung für das Schutzgut Landschaftsbild/Erholung (z. B. Magerrasen und Baumreihe) können erhalten bleiben. Die Sichtbeziehungen von umliegenden Siedlungsbereichen auf den zukünftigen Solarpark sind weitestgehend eingeschränkt und unerheblich.

Insgesamt ergeben sich im Hinblick auf das Schutzgut Erholung/Landschaftsbild keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung.

5.8 Schutzgut Menschliche Gesundheit

Vorbemerkung Beeinträchtigungen der Menschlichen Gesundheit entstehen in der Regel durch Lärm, Schadstoff- und Geruchsemissionen.

Bestand / Bewertung Lärm- und Schadstoffbelastungen treten im vorliegenden Fall überwiegend als baubedingte Emissionen auf, was bedeutet, dass sie sich zeitlich auf die Bauarbeiten beschränken und somit weitgehend als unerheblich eingestuft werden können, zumal sich im Umfeld keine bewohnten Siedlungsbereiche befinden.

Die betriebsbedingten Emissionen erhöhen sich nur unerheblich durch die Zunahme des Verkehrs (die Solarmodule müssen gewartet und somit angefahren werden). Der Betrieb der Module selbst stößt keine Schadstoffe aus. Auch durch die Wartung entstehen keine Beeinträchtigungen von bewohnten Siedlungsbereichen.

Die Solarmodule begünstigen Blendwirkungen durch die Reflexionen von Sonnenstrahlen. Der Solarpark ist von einigen Wohngebäuden und teilweise auch von der B 317 aus einsehbar. Gemäß der durchgeführten Sichtbarkeitsanalyse (vgl. Kapitel 5.7.2) sowie der Stellungnahme des Fraunhofer Institutes für Solare Energiesystem ISE Freiburg werden durch den Solarpark aber weder erhebliche Landschaftsbildbeeinträchtigungen noch Blendwirkungen hervorgerufen.

Die Grünflächen werden derzeit bereits von Vieh beweidet. Eine Weiterführung der Beweidung mit Schafen wird keine nennenswerte Änderung in Bezug auf Geruchsimmissionen im Plangebiet ergeben. Geruchsimmissionen sind in diesem Fall ohnehin nicht relevant, da sich keine Siedlungsbereiche in der Nähe befinden.

Nach aktuellem Kenntnisstand ist durch das Bauvorhaben nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen für den Menschen bzw. die menschliche Gesundheit zu rechnen.

Ergebnis Im Hinblick auf das Schutzgut Menschliche Gesundheit sind derzeit lediglich geringe Beeinträchtigungen durch das geplante Sondergebiet zu erwarten.

Flächen mit einer sehr hohen oder hohen Bedeutung für das Schutzgut Menschliche Gesundheit sind nicht betroffen, sodass sich im Hinblick auf das Schutzgut keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung ergeben.

5.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Vorbemerkung Als Kulturgüter werden die denkmalgeschützten Gebäude oder Kulturdenkmale wie z. B. Wegkreuze erfasst. Als Sachgüter sind die vorhandenen Baulichkeiten darzustellen.

Bestand / Bewertung Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale, denkmalgeschützten Gebäude oder sonstige Kulturdenkmale vorhanden.

Im Osten befindet sich lediglich ein Jäger-Hochsitz bei der toten Fichte. Dieser muss im Zuge der Rodung der Fichte entfernt werden. Die Entfernung ist bereits mit dem zuständigen Jäger abgesprochen.

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

Im Hinblick auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter werden keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung gesehen.

5.10 Schutzgut Fläche

Vorbemerkung

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden. Dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.

Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Diese Grundsätze sind nach § 1 Abs. 7 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen.

Bewertung

Durch das Vorhaben wird in Zukunft eine relativ große landwirtschaftliche Fläche (gut 3 ha) mit Solarmodulen überplant. Die landwirtschaftliche Nutzung geht allerdings nicht verloren. Die Beweidung mit Jungvieh wird lediglich durch eine Schaf- und ggf. Rinderbeweidung ersetzt.

Die Fläche befindet sich zwar abseits von Siedlungsbereichen und vorhandenen bebauten Strukturen, allerdings führt ein asphaltierter Weg bereits bis fast zum Plangebiet. Der Weg endet ca. 100 m nördlich des geplanten Solarparks. Somit sind zusätzliche Erschließungsmaßnahmen nur in geringem Umfang notwendig.

Waldflächen sind vom Vorhaben nicht betroffen und werden daher auch nicht umgenutzt.

Im Hinblick auf das Schutzgut Fläche werden keine Ausschlusskriterien für die FNP-Änderung gesehen.

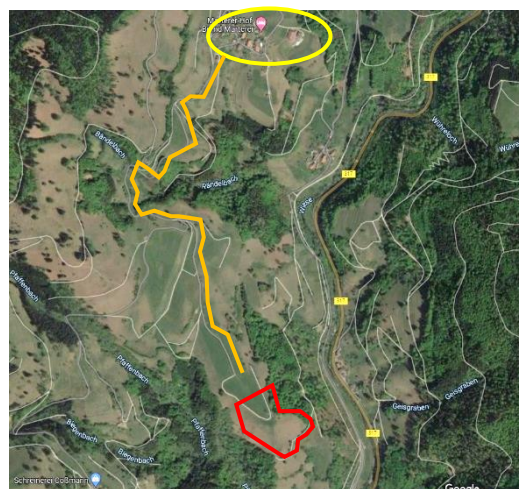


Abbildung 41: Bereits vorhandene Erschließung (orange) vom naheliegenden Ortsteil „Oberhepschingen“ (gelb) bis oberhalb des Plangebiets (rot); Quelle: Google Maps

5.11 Biologische Vielfalt

Die biologische Vielfalt im Plangebiet ist im Hinblick auf die Vegetationsbestände als gering bis mittel einzustufen. Es sind drei verschiedene Vegetationstypen vorhanden: Fettwiese, Adlerfarnbestände und eine kleine Magerrasenfläche. Gehölze sind nur vereinzelt vorhanden.

Wertvolle bzw. magere Pflanzenarten sind innerhalb eines sehr großen Teil des Plangebiets in der Minderheit und befinden sich vereinzelt im Unterwuchs des Adlerfarns. Die hochwertige Magerrasen-Fläche mit vielen mageren Pflanzenarten kann durch Ausgrenzung aus der Modulbelegungsfläche und Vorgabe eines Pflegekonzeptes erhalten bleiben.

Durch die geplante Bebauung gehen insgesamt dreizehn Bäume und ein Besenginstergebüsch dauerhaft verloren. Die Grünlandflächen bleiben grundsätzlich erhalten, werden aber durch die Solarmodule überschattet.

Die Grünlandflächen stellen ein Nahrungs- bzw. Jagdhabitat für Vögel und Fledermäuse dar. Die Jagdaktivität spielt sich aber nachweislich fast ausschließlich an den Waldrän-

dern ab. Die wenigen Gehölze können als Neststandort für Vögel dienen. Bei den Kartierungen wurden keine Nester festgestellt. Bei einem der Bäume handelt es sich um eine große, tote Fichte, die aufgrund zahlreicher Höhlen und Spalten von besonderer Bedeutung ist. Die höhlenreichen Abschnitte sind daher nach der Rodung im Waldrandbereich abzulegen. Als Ausgleich für den Verlust sind zudem Vogelnistkästen und Fledermausquartiere anzubringen.

Für bestimmte Artengruppen wie z.B. Schmetterlinge und Heuschrecken ergeben sich durch die vorgegebenen Pflegekonzepte der Grünlandflächen voraussichtlich sogar Verbesserungen.

Durch die Flächennutzungsplanänderung ist insgesamt nicht mit einer erheblichen Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt zu rechnen.

5.12

Natürliche Ressourcen

Die primären Ziele des Schutzgutes natürliche Ressourcen sind die Reduktion des Abfallaufkommens und die Ressourcenschonung.

Aus abfallwirtschaftlicher Sicht muss bei der Bauleitplanung das Ziel verfolgt werden, die Menge von überschüssigem Bodenaushub auf das unvermeidbare Maß zu reduzieren. Nach derzeitigem Kenntnisstand fallen keine größeren Mengen Bodenaushub an. Ansonsten ist die Erstellung eines Gutachtens zum Erdmassenausgleich dringend zu empfehlen.

Hinsichtlich der Luftqualität sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten, da die geplanten Solarmodule keine Abgase emittieren. Im Rahmen der Umweltprüfung erfolgen diesbezüglich keine vertiefenden Untersuchungen.

Wasser- oder Quellenschutzgebiete sind im Plangebiet nicht ausgewiesen. Eine Grund- oder Trinkwassernutzung findet daher nicht statt.

Hinweise auf Bodenschätze bestehen innerhalb des Plangebiets nicht.

Von der Flächennutzungsplanänderung „SO Solarpark Fröhnd“ sind teilweise hochwertige landwirtschaftliche Futterflächen betroffen. Die Adlerfarnflächen, die einen Großteil des Plangebiets ausmachen, sind allerdings von geringem Wert für die Landwirtschaft. Zudem werden die Grünlandflächen nur sehr kleinflächig dauerhaft der Produktion von Rohstoffen entzogen (in den Bereichen, in denen Flächenversiegelungen umgesetzt werden). Die restlichen Bereiche unterliegen auch in Zukunft einer landwirtschaftlichen Nutzung in Form von Beweidung und Mahd.

Da die Infrastruktur zu einem Großteil schon vorhanden ist (asphaltierte Zufahrt von der Oberhepschinger Straße aus Richtung Pfaffenberg bis ca. 100 m nördlich des zukünftigen Solarparks) ergibt sich kein großer zusätzlicher Flächenverbrauch, der zu einem erheblich ansteigenden Rohstoff- und Energiebedarf und zu Umweltbelastungen in Form von Emissionen von Schadstoffen und Treibhausgasen führt.

Für das Schutzgut natürliche Ressourcen besteht insgesamt keine erhebliche Betroffenheit.

5.13

Unfälle oder Katastrophen

Hochwasser

Ausgewiesene Überschwemmungsflächen oder Flächen der Hochwassergefahrenkarte sind im Plangebiet nicht vorhanden. Beeinträchtigungen können daher ausgeschlossen werden.

Schwermetallbelastung / Altlastenfläche

Laut der „Detailuntersuchung“ zu bergbaubedingten Schwermetallgehalten der Böden im Landkreis Lörrach“ (Quelle: solum, büro für boden + geologie in Freiburg, Stand 13.12.2016) gehört das Überflutungsgebiet des Flusses „Wiese“ zu den Belastungsgebieten.

Das Plangebiet liegt außerhalb des Überflutungsbereichs der „Wiese“, weshalb hier nicht von Altlasten auszugehen ist. Auf eine weitere Betrachtung kann daher verzichtet werden.

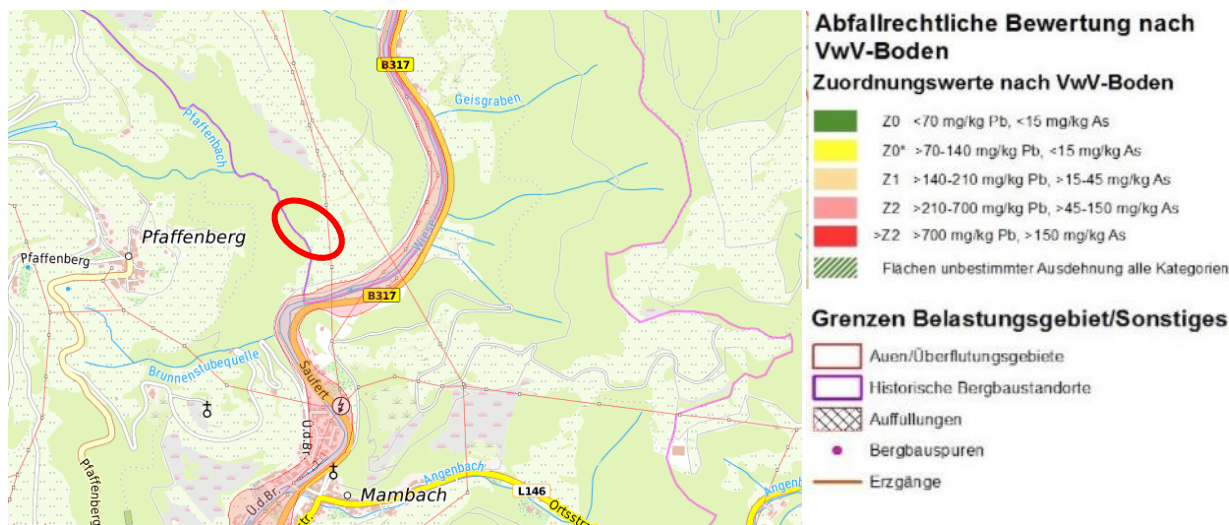


Abbildung 42: Plangebiet (rot), Belastungsgebiet (hellrot) (Quelle: Bürger-GeoPortal Projekt Umwelt, Landkreis Lörrach)

Störfallbetriebe Im Plangebiet sollen keine Störfallbetriebe errichtet werden.

Allgemein gelten in Deutschland die Vorschriften der 12. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz - Störfallverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), die zuletzt durch Artikel 58 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S.626) geändert worden ist.

Unfälle Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zur Vermeidung von Unfällen muss entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gestaltet werden. Bei Einhaltung der Vorschriften sind Gefährdungen nicht zu erwarten. Im Rahmen der Umweltprüfung erfolgen diesbezüglich keine vertiefenden Untersuchungen.

5.14 Emissionen und Energienutzung

Windkraftanlagen

Die Windgeschwindigkeit im Plangebiet ist mit < 4,0 m/s sehr gering (Berechnungshöhe 100 m über Grund), weshalb der Standort grundsätzlich nicht für Windkraftanlagen geeignet ist.

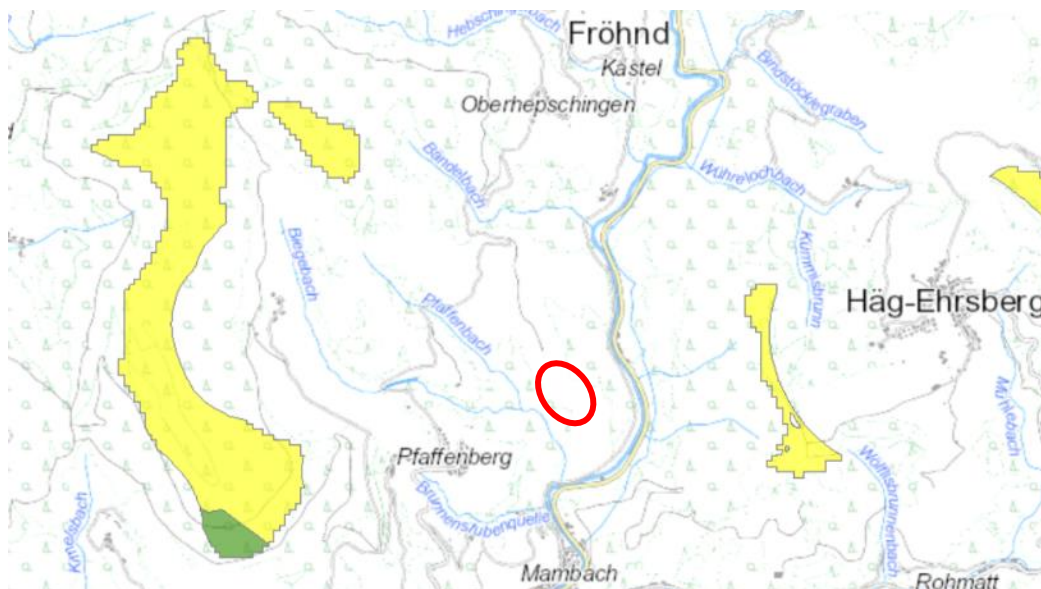


Abbildung 43: Plangebiet (rot) und Windpotenzialflächen (gelb und grün) in der Umgebung (Quelle: LUBW)

Solaranlagen

Die Globalstrahlung bzw. die mittlere jährliche Sonneneinstrahlung ist laut Klassifizierung der LUBW im Plangebiet mit über 1.140 kWh/m² als hoch eingestuft, weshalb die Fläche grundsätzlich für Solaranlagen geeignet ist.

Auch gemäß der Regionalen Hinweiskarte zu Freiflächen-PV mit Stand August 2022 liegt das Plangebiet vollständig innerhalb von Freiflächen, in denen Photovoltaikanlagen grundsätzlich möglich sind.

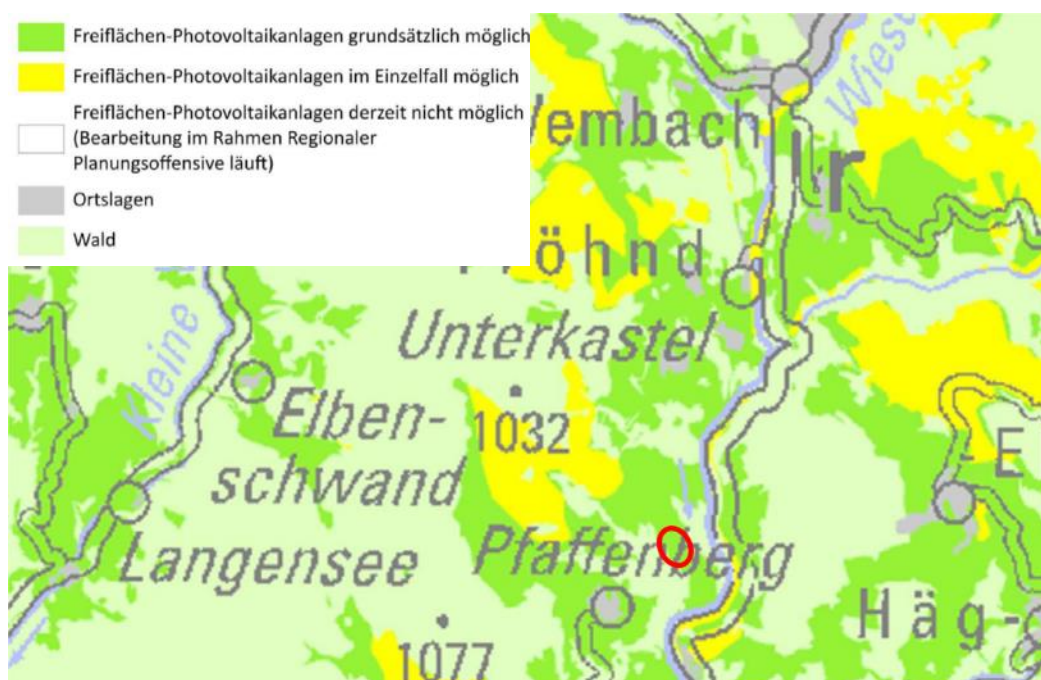


Abbildung 44: Ausschnitt aus der Regionalen Planhinweiskarte – Freiflächen-PV

5.15

Darstellung von umweltbezogenen Plänen

Vorbemerkung

Derzeit liegen für das Plangebiet über den bereits herangezogenen Grundlagen (Landschaftsrahmenplan, Regionalplan) keine umweltbezogenen Pläne vor, die im Rahmen der Bauleitplanung zu berücksichtigen wären.

5.16 Wechselwirkungen

Vorbemerkung Im Rahmen der vertiefenden Umweltprüfung werden die Wechselwirkungen zwischen gruppierten Schutzgütern gegenübergestellt.

	Mensch	Tiere/ Pflanzen, Biologische Vielfalt	Boden, Wasser, Luft als abiotische Faktoren	Fläche	Landschaft, Klima, Natürliche Ressourcen	Kultur und Sachgüter	Unfälle / Katastrophen	Emissionen/ Energienutzung/ Abfall
Mensch		Struktur und Ausprägung des Wohnumfeldes und des Erholungsraumes	Nutzung/ Notwendigkeit der abiotischen Faktorengruppe zum Überleben	Nutzung und Verbrauch der Fläche,	Prägung durch Nutzung Ressourcen, Steuerung Luftqualität/ Mikroklima. Beeinflussung Wohnumfeldes und des Wohlbefindens	Bestandteile der Siedlungshistorie und -entwicklung.	negative bis zerstörende Wirkung auf das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit	Negative Wirkung auf das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit
Tiere/ Pflanzen, Biologische Vielfalt	Störungen und Verdrängen von Arten, Trittbelastung und Eutrophierung, Artenverschiebung		Standortfaktor für Pflanzen/ Tiere und Lebensmedium	Nutzung, Revierbildung, Ausprägung Pflanzengesellschaften	Luftqualität, Standortfaktor, Prägung der Landschaft, weitestgehend nachhaltige Nutzung der Ressourcen	Lebensraum für angepasste Arten	negative bis zerstörende Wirkung auf das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit	keine, Lebewesen werden als Teil des Ökosystems betrachtet
Boden, Wasser, Luft als abiotische Faktoren	Strukturveränderung, Eutrophierung und Stoffeinträge, Gefährdung durch Verschmutzung	Lebensraum, Wasserrückhaltung, Reinigung durch Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen im Systemgefüge		Flächenangebot bestimmt die Ausdehnung und Ausprägung der Faktoren	Landschaftsbildung, Charakterisierung von Standortfaktoren, abiotische Faktoren = natürliche Ressourcen	Erhalt und Veränderung von Kultur- und Sachgütern	abiotische Faktoren können Unfälle/ Katastrophen verursachen	abiotische Faktoren können Emissionen Verursachen
Fläche	Verbrauch und Veränderung naturnaher Flächen durch anthropogene Nutzung	beeinflussen Eigenart der Fläche	Formung der Fläche		schließt Landschaft ein, bestimmt Landschaft und Klima, stellt natürliche Ressourcen bereit	bietet Platz zur Schaffung von Kultur und Sachgütern	bietet Raum für Unfälle oder Katastrophen	beeinflusst Fläche, bedingt Standortfaktoren
Landschaft, Klima, Natürliche Ressourcen	Nutzung und Verbrauch der Ressourcen, Veränderung der Landschaft, Beeinflussung des Klimas durch Bebauung	Lebensraum, Lebensbedingungen, Ausprägung der Standortvoraussetzungen	Formung der Landschaft, bestimmt Verfügbarkeit der Ressourcen und bildet Mikroklima aus	Einteilung und Prägung der Fläche		sind aneinander angepasst	beeinflussen Landschaft und Klima, können Ressourcen beeinträchtigen	beeinflussen Klimawirkung, Verbrauch von Ressourcen
Kultur und Sachgüter	werden durch den Menschen geschaffen und geformt	Nutzung von Kultur und Sachgütern, ggf. Beeinträchtigung	Beeinflussung/ Veränderung der Kultur und Sachgüter	charakterisiert und prägt Fläche	Bedingt die Entstehung/ Art und Weise von Siedlungsstrukturen		verändern oder zerstören	verändern, zerstören
Unfälle / Katastrophen	Werden indirekt und direkt durch den Menschen verursacht oder verhindert	verhindern Naturkatastrophen, weisen auf Veränderungen im Ökosystem hin	können durch abiotische Faktoren ausgelöst werden	kann die Wirkung oder das Risiko verringern	Differenzierte Gefährdung Landschaft durch Klima oder Ressourcenabbau	Erhalt bedingt oder verhindert Katastrophen		lösen Unfälle und Katastrophen aus
Emissionen/ Energienutzung/ Abfall	verursacht Emission, nutzt und produziert Energie und erzeugt Abfall	keine, Lebewesen werden als Teil des Ökosystems betrachtet	können durch abiotische Faktoren ausgelöst werden, aus abiotischen Faktoren kann Energie gewonnen werden	bietet Raum für Emittenten, Lagerung von Müll und zur Nutzung von Energie	Aufnahme der Emission, bedingt Möglichkeiten der Energienutzung und Abfallaufkommen	Verursachen Emissionen oder Abfälle, Verbrauch von Energie durch Erhalt	Emissionen werden ausgelöst, Abfälle entstehen, zur Behebung wird Energie benötigt	

5.17 Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Potenzielle natürliche Vegetation

Im Plangebiet, das sich in der submontanen Höhenstufe befindet, wird „Hainsimsen-Buchenwald im Übergang zu und/oder Wechsel mit Waldmeister-Buchenwald; örtlich Habichtskraut-Traubeneichenwald sowie kleinräumig Edellaubholz-Steinschutt-Hangwälder“ als potenzielle natürliche Vegetation (pnV) angegeben (LUBW).

Bewertung Umweltzustand

Der Umweltzustand des Plangebiets ist bereits anthropogen geprägt, da die Flächen landwirtschaftlich (als Weiden und teilweise auch als Mahdwiesen) genutzt werden. Die Strukturen entsprechend somit nicht der Potenziellen Natürlichen Vegetation.

Umweltentwicklung ohne Vorhaben

Ohne die Errichtung des Solarparks würden die nördlichen Bereiche weiterhin als Futterwiesen genutzt werden.

Der Adlerfarn würde sich flächenmäßig vermutlich immer weiter ausbreiten und auch dichter und höher werden. Die derzeit noch vorhandenen mageren Arten würden immer weiter zurückgedrängt werden, sodass von der ursprünglichen Artzusammensetzung der Wiese mit der Zeit kaum noch etwas erkennbar wäre. Somit würde auch die ökologische Wertigkeit und die Biologische Vielfalt im Plangebiet immer weiter abnehmen.

Im Rahmen des geplanten Vorhabens wird der Ist-Zustand des Plangebiets durch die technische Überprägung zwar stark verändert, bei Umsetzung der vorgeschlagenen Bewirtschaftungsmaßnahmen (Zurückdrängung des Adlerfarns, Schafbeweidung) könnte sich aber dennoch ökologisch hochwertigeres Grünland entwickeln als derzeit im Bestand vorhanden ist.

5.18 Zusätzliche Angaben

Schwierigkeiten bei der Datenermittlung

Es ergaben sich keine Schwierigkeiten hinsichtlich der Erfassung des Datenmaterials. Für die planungsrelevanten Artengruppen der Fauna und Flora erfolgten im Jahr 2022 umfangreiche Kartierungen und Recherchen.

6

Ergebnis

Scopingphase

Zur Ermittlung der Auswirkungen der FNP-Änderung auf die Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Boden, Klima / Luft, Wasser, Erholung / Landschaftsbild, Menschliche Gesundheit etc. liegt ausreichend Datenmaterial vor.

Zur methodisch abgesicherten Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände wurden Untersuchungen der Fauna im Jahr 2022 durchgeführt.

Frühzeitige Beteiligung

Folgende Anregungen der unterschiedlichen Träger öffentlicher Belange wurden im Offenlageentwurf des Umweltberichts zur Flächennutzungsplan-Änderung oder / und im Umweltbericht zum Bebauungsplan ergänzt bzw. berücksichtigt:

LRA Lörrach – Stellungnahme vom 08.07.2022

Fachbereich (FB) Umwelt / Kommunale Abwasserbeseitigung: Die regelmäßige Untersuchung der Paneele auf Schäden.

FB Landwirtschaft und Naturschutz / Naturschutz: Die ausführlichere Begründung, dass der Biotopverbund nicht beeinträchtigt wird. Die Anpassung des Zaunabstands vom Boden von 15 cm auf 20 cm. Die Präzisierung der baubedingten Beeinträchtigungen. Die Ergänzung der betriebsbedingten Beeinträchtigungen. Die Auswirkungen der „Überdachung“ der Fläche auf die Bodenfunktionen. Die Konkretisierung des Maßnahmenkonzepts und die Ergänzung eines Monitorings. Die Reinigung der Anlage / Module. Die Sichtbarkeitsanalyse. Der Umgang mit dem Wanderweg.

Höhere Forstbehörde – Stellungnahme vom 27.06.2022

Falsche Darstellung und Klassifizierung der Waldflächen in den Planunterlagen → Planunterlagen wurden entsprechend angepasst

Empfehlung Waldabstand von 30 m → Ein Waldabstand von 30 m kann aus wirtschaftlichen Gründen nicht eingehalten werden.

Folgende Anregungen der unterschiedlichen Träger öffentlicher Belange wurden im Offenlageentwurf des Umweltberichts zur Flächennutzungsplan-Änderung **nicht** ergänzt bzw. berücksichtigt:

Raumordnung – Stellungnahme vom 31.05.2022

Betroffenheit überregional bedeutsamer Landschaftsräume → Die anlagebedingten Eingriffe werden so weit wie möglich vermieden. Aufgrund der rel. geringwertigen Bestandsbewertung der vorhandenen und hier im konkreten Fall betroffenen Biotoptypen (Adlerfarnbestände) verbleibt auf der Fläche und auch für den Landschaftsraum insgesamt keine erhebliche Beeinträchtigung für den Naturhaushalt oder einzelne Schutzgüter. Sofern der Anregung der Raumordnung Rechnung getragen würde und die Entwicklung des Solarparks über die Begründung nach Planziel 5.1.2.1 LEP nicht möglich wäre, käme dies einer vollständigen Ausschlusswirkung für die Entwicklung von Solarparks im Landkreis Lörrach oder im gesamten Südschwarzwald gleich. Dies deckt sich aber nicht mit den Forderungen aus dem neuen Klimaschutzgesetz bzw. dem darin enthaltenen Auftrag an die Regionalverbände und dadurch auch indirekt an die Landkreise und Kommunen, 1,5 bis 2,0 % der Flächen für die Erzeugung von regenerativen Energien zur Verfügung zu stellen. Zudem liegt das Plangebiet gemäß der Regionalen Hinweiskarte zu Freiflächen-PV mit Stand August 2022 vollständig innerhalb von Freiflächen, in denen Photovoltaikanlagen grundsätzlich möglich sind. In der Abwägung der unterschiedlichen Belange ist hier dem Belang der Erzeugung regenerativer Energien der Vorrang einzuräumen. Auf die Stellungnahme der Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz wird verwiesen. Im Hinblick auf § 44 und § 45 BNatSchG erfolgten umfangreiche Untersuchungen zu den einzelnen Artengruppen (siehe Artenschutzrechtliche Prüfung vom 22.03.2023 von Kunz GaLaPlan). Dem Vorhaben stehen unter Einhaltung der darin formulierten Maßnahmen keine artenschutzrechtlichen Belange entgegen.

Die restlichen Anregungen betreffen den Umweltbericht zur Flächennutzungsplan-Änderung nicht und werden von den sonstigen Fachbüros bearbeitet.

Anlass der FNP-Änderung

Auf ca. 5 ha (Teilbereiche der Flurstücke 1292 und 985 der Gemarkung Fröhnd) planen die Elektrizitätswerke Schönau Energie GmbH (EWS) die Errichtung eines Solarparks.

Der Solarpark soll über einen Zeitraum von 20-30 Jahren betrieben werden und rechnerisch ca. 1.100 Haushalte mit Strom versorgen.

Die 5,07 ha große Fläche „SO Solarpark Fröhnd“ ist im Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbands Schönau als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen. Für die Errichtung von Solarmodulen ist eine Änderung des Flächennutzungsplanes notwendig. Die Fläche wird gemäß Aussagen des Bebauungsplans als Sonderbaufläche "Solarpark" ausgewiesen.

Konflikte / Kompensation

Durch die 4. punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans werden landwirtschaftlich genutzte Grünlandflächen überplant.

Die Beeinträchtigungen der Schutzgüter sind wie folgt zu bewerten:

Schutzgut	Beeinträchtigungen
Tiere und Pflanzen	gering
Boden	gering
Oberflächengewässer	keine Betroffenheit
Grundwasser	gering
Klima / Luft	gering
Erholung / Landschaftsbild	gering
Menschliche Gesundheit	gering
Kultur- und Sachgüter	keine Betroffenheit
Fläche	mittel
Biologische Vielfalt	gering

Ergebnis

Die Prüfungen ergaben keine umweltrelevanten Gesichtspunkte, die einer Ausweisung der Flächen als Sonderbaufläche entgegenstehen. Alle Beeinträchtigungen können durch Vermeidungs-, Minimierungs- und Kompensationsmaßnahmen (vgl. Umweltbericht zum Bebauungsplan vom 22.03.2023) auf ein geringes Maß reduziert werden.

Artenschutz

Zur methodisch abgesicherten Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände wurden umfangreiche Untersuchungen der Fauna im Jahr 2022 durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchungen sind im Endbericht der Artenschutzrechtlichen Prüfung vom 22.03.2023 aufgeführt. Durch den Solarpark besteht eine potenzielle Betroffenheit der Artengruppen, Schmetterlinge, Heuschrecken, Reptilien, Vögel und Fledermäuse. Unter Einhaltung der im Endbericht formulierten Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen kann das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG aber verhindert werden.

Sitzung der Verbandsversammlung

FRÖHND
OT. OBERHEPSCHINGEN

S SOLARPARK

Distr. Außer Wäldchen

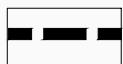
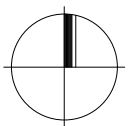
(Alch)

1292

985

Kußere Berg

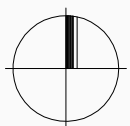
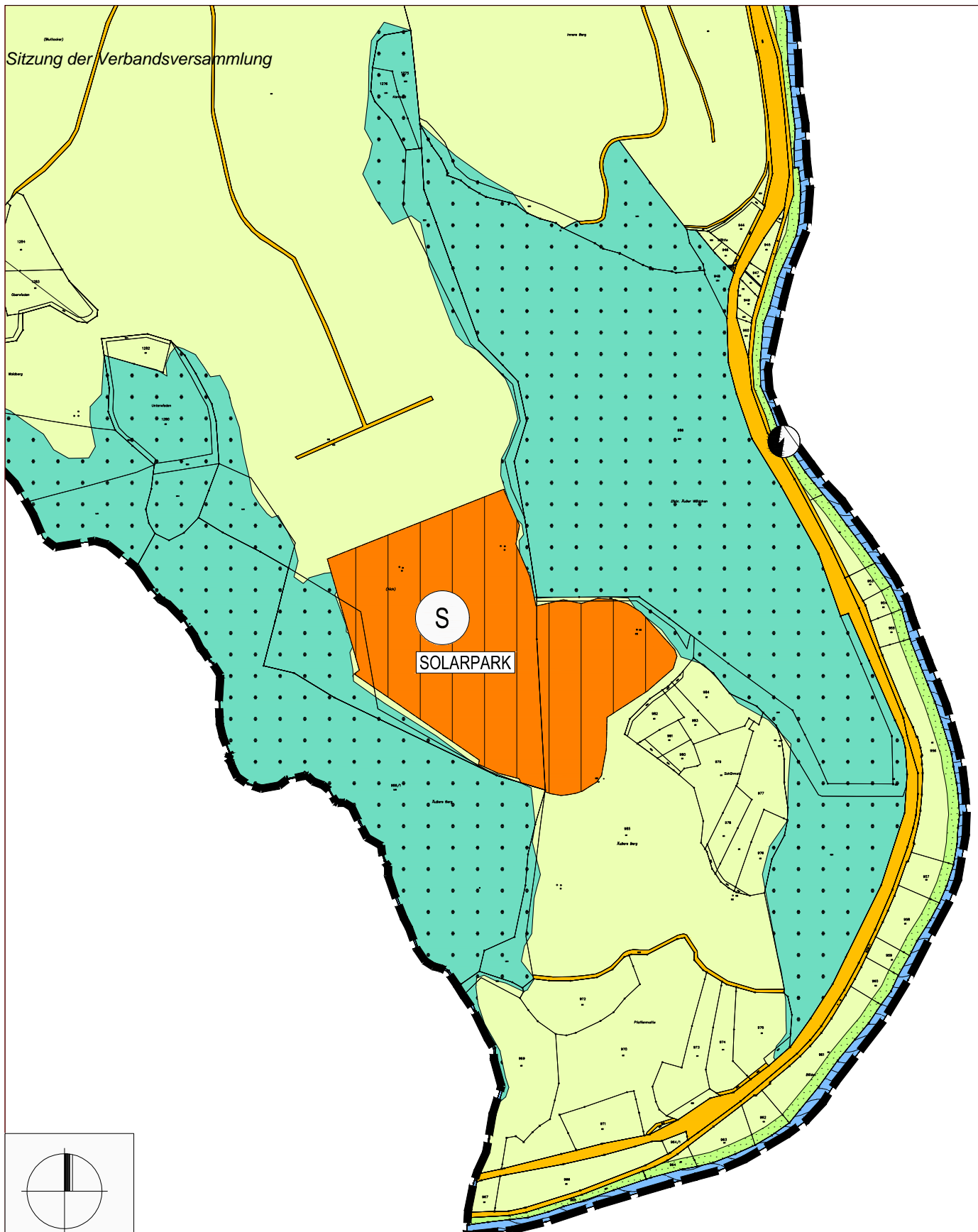
Kußere Berg



ABGRENZUNG GELTUNGSBEREICH
DER 4. FNP ÄNDERUNG "S SOLARPARK"

ZELL IM
WIESENTAL

Seite 8 von 16



GVV SCHÖNAU IM SCHWARZWALD

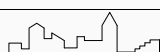
4. ÄND. FNP GEMEINDE FRÖHND, OT. OBERHEPSCHINGEN
AUSSCHNITT FNP

PLAN NR.: DATUM: 29.10.21 GEÄND.: 05.07.22

PROJ. NR.: 0221171 BEARB.: HOF/WAG MAßST.: 1 : 5.000

PLANUNGSBÜRO FISCHER

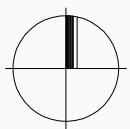
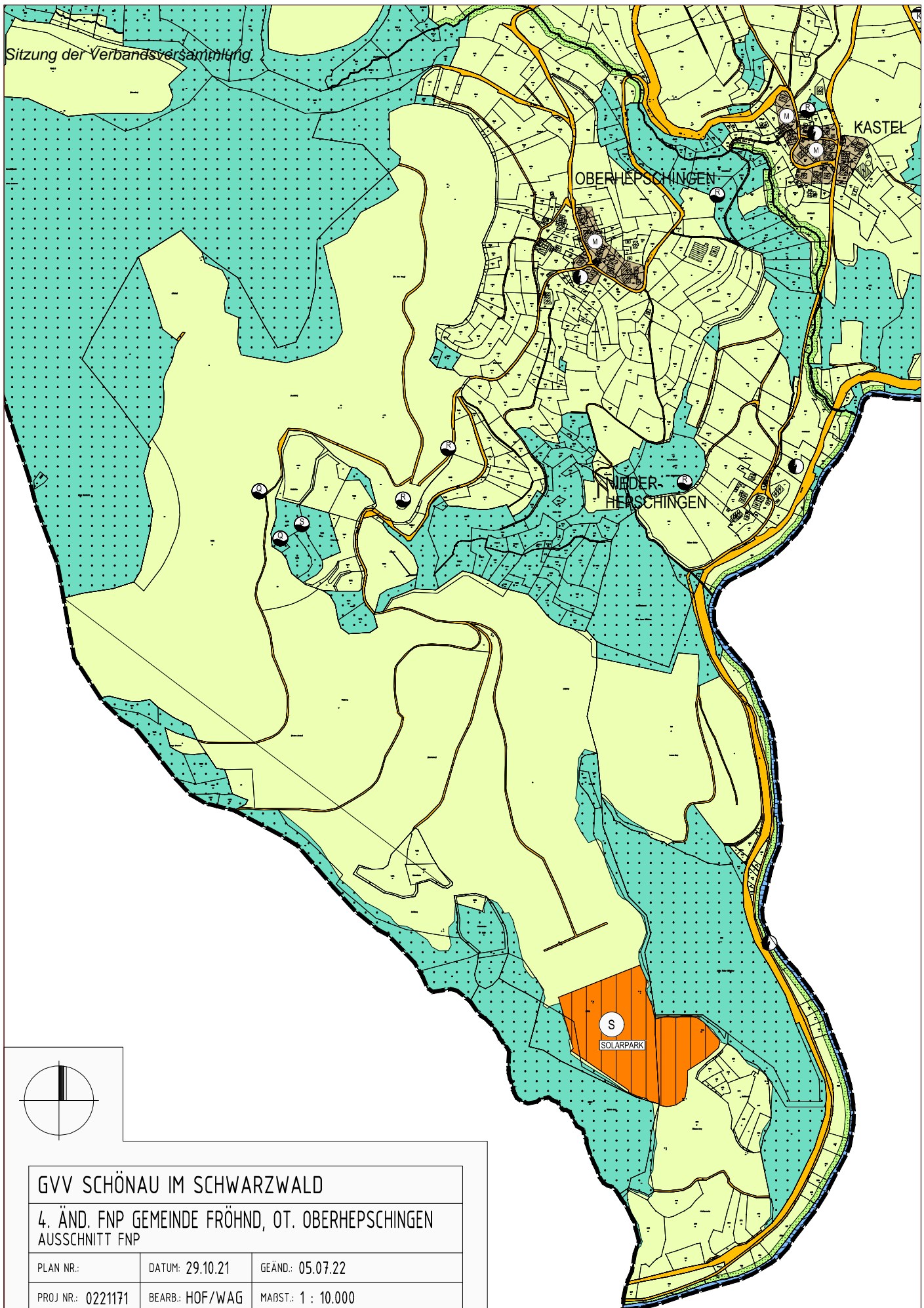
79100 FREIBURG , GÜNTERSTALSTR. 32
TEL. 0761 / 70342-0 FAX. 70342-24
email info@planungsbuerofischer.de



Stadtplanung
Architektur
Landschaftsplanung

**ZELL IM
WIESENTAL**

Seite 132 von 164



GVV SCHÖNAU IM SCHWARZWALD

4. ÄND. FNP GEMEINDE FRÖND, OT. OBERHEPSCHINGEN AUSSCHNITT FNP

PLAN NR.:	DATUM: 29.10.21	GEÄND.: 05.07.22
PROJ NR.: 0221171	BEARB.: HOF/WAG	MAßST.: 1 : 10.000

PLANUNGSBÜRO FISCHER

79100 FREIBURG , GÜNTERSTALSTR. 32
TEL. 0761 / 70342-0 FAX. 70342-24
email info@planungsbuerofischer.de


Stadtplanung
Architektur
Landschaftsplanung

ZELL IM
WIESENTAL
Seite 133 von 164

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 6:

Schülerbeförderung - Vergabe von Beförderungsleistungen-

Sachverhalt:

Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald organisiert als Schulträger der Buchenbrand-Grundschule und für weitere Schulträger die Schülerbeförderung.

Diese sind die Stadt Todtnau als Schulträger der Gemeinschaftsschule, die Gemeinde Aitern als Schulträger der Grundschule Aitern, die Stadt Schönau im Schwarzwald als Schulträger des Gymnasiums. Außerdem übernimmt der GVV die Planung für die Beförderung der Realschüler (lt. öffentlich-rechtlicher Vereinbarung vom 12. November 2018).

Die Planung erfolgt nach topographischen Gegebenheiten, weshalb der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald und die Stadt Zell i.W. gemeinsam die Schülerbeförderungsleistungen für die Schulen des Oberen Wiesentals zum Schuljahr 2023/2024 neu europaweit ausgeschrieben haben. Die Schülerbeförderung wurde unter Beachtung der geographischen Anforderungen und der Streckenführung in Lose aufgeteilt.

Die Beförderungsnotwendigkeit besteht zum Schulunterrichtsbeginn bzw. Schulunterrichtsende aller betroffenen Schulen. Es wurden jeweils Kernzeiten für eine Beförderung festgelegt. Dies ist nötig, damit die Schulen die Stundenplangestaltung soweit als möglich dem Fahrplan des Schulbusses anpassen können. Mit dieser Anpassung kann der größte Teil der Schüler den Schulbus benutzen.

Gewährleistet wird somit die Beförderung zur 1. Schulstunde, die Heimfahrt nach der 6. Schulstunde und die Heimfahrt nach dem Nachmittagsunterricht (Schulende: Gymnasium und Gemeinschaftsschule 15.15 Uhr, Realschule 15 Uhr). Zusätzlich fährt der Schulbus zur 2. Schulstunde und nach der 5. Schulstunde. Hier umfasst die Schülerbeförderung auch die Mitnahme von Kindergartenkindern aus den Gemeinden Böllen, Fröhnd, Schönenberg, Tunau und Wembach. Die Beförderung nach dem Nachmittagsunterricht wird an drei Tagen in der Woche gewährleistet: Montag, Dienstag und Donnerstag.

Ebenso ist eine Mitnahme von dritten Personen gegen zusätzliches Entgelt in Höhe von momentan 2 Euro je Fahrt möglich. Dieses Entgelt fließt zu je 50 % dem GVV und dem Landratsamt als Kostenerstattungsträger zu.

Zur Ausschreibung:

Die Ausschreibung erfolgte im Offenen Vergabeverfahren nach § 15 VgV.

Lediglich zwei Firmen und eine Arbeitsgemeinschaft haben ein Angebot abgegeben. Ein Grund für die Zurückhaltung entfernter Bieter ist sicherlich die Notwendigkeit, dass hier für die Schülerbeförderung im Oberen Wiesental auch Busse als Fahrzeuge einzusetzen sind, da die Beförderungsleistung mit reinen 8-Sitzer-Fahrzeugen nicht machbar ist. Auch die geografische Lage der Ortschaften und besonders der

Mehraufwand im Winter (Winterausrüstung gefordert/Schneeketteneinsatz möglich) hat eventuell Bieter abgeschreckt.

Bei den drei abgegebenen Angeboten besteht lediglich bei einem Los eine Überschneidung hinsichtlich der angebotenen Lose.

Für die Lose, bei denen der Gemeindeverwaltungsverband der Auftraggeber ist, wurden 2 Angebote abgegeben.

Angebote:

Los-Nr.	Raumschaft	Unternehmen	Preis pro Woche *
Los 5	Böllen	ARGE Mobilitas	671,60 Euro
Los 6	Aitern - Rollsbach Aitern - Holzinshaus – Multen	Dreier Mobil	1.398,30 Euro
		2. Anbieter	1.601,60 Euro
Los 7	Schönenberg	ARGE Mobilitas	550,88 Euro
Los 8	Tunau	ARGE Mobilitas	1.108,80 Euro
Los 9	Linke Fröhnd (Künaberg, Stutz, Holz) und Stadel (Ortsteil von Hög-Ehrsberg)	ARGE Mobilitas	1.385,12 Euro
Los 10	Rechte Fröhnd (Hof, Ittenschwand, Oberhepschingen, Niederhepschingen, Kastel) und Wembach-Schindeln	ARGE Mobilitas	1.532,72 Euro

* Preise pro Woche (netto): Zugrunde gelegt werden die voraussichtlich benötigten Beförderungen in diese Ortsteile. Die Tourenanzahl sowie Tourenlängen können aufgrund des Stundenplanes variieren.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt eine Vergabe an die folgenden Bieter vor (Die zuschlagsberechtigten Bieter sind die bisherigen Beförderungsunternehmen):

Los-Nr.	Raumschaft	Unternehmen	Preis pro Woche *

Los-Nr.	Raumschaft	Unternehmen	Preis pro Woche *
Los 5	Böllen	ARGE Mobilitas	671,60 Euro
Los 6	Aitern - Rollsbach Aitern - Holzinshaus – Multen	Dreier Mobil	1.398,30 Euro
Los 7	Schönenberg	ARGE Mobilitas	550,88 Euro
Los 8	Tunau	ARGE Mobilitas	1.108,80 Euro
Los 9	Linke Fröhnd (Künaberg, Stutz, Holz) und Stadel (Ortsteil von Hög-Ehrsberg)	ARGE Mobilitas	1.385,12 Euro
Los 10	Rechte Fröhnd (Hof, Ittenschwand, Oberhepschingen, Niederhepschingen, Kastel) und Wembach-Schindeln	ARGE Mobilitas	1.532,72 Euro

* Preise pro Woche (netto): Zugrunde gelegt werden die voraussichtlich benötigten Beförderungen in diese Ortsteile. Die Tourenanzahl sowie Tourenlängen können aufgrund des Stundenplanes variieren.

Gemeindeverwaltungsverband Schöna im Schwarzwald, den 3. März 2023

Hellmann

Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 7:

Neuabschluss des Vertrages über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens St. Maria

Sachverhalt:

Der derzeit gültige Vertrag über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens wurde zwischen der Katholischen Kirchengemeinde Oberes Wiesental und dem Gemeindeverwaltungsverband Schöna u im Schwarzwald zum 1. Januar 2018 abgeschlossen.

Anlass des Neuabschlusses des Vertrags über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens St. Maria ist der Antrag auf Erhöhung des Investitionskostenzuschusses der Verrechnungsstelle für Katholische Kirchengemeinden Schopfheim vom 14.09.2022 (siehe Anlage).

Es wird eine Erhöhung von 70 auf 90 % beantragt. Der Vertrag sieht nach Rücksprache mit der Verwaltung eine stufenweise Erhöhung vor. Zur Finanzierung der Investitionsausgaben nach Ziff. 4.1.1. leistet die bürgerliche Gemeinde ab dem 01.01.2024 einen Zuschuss in Höhe von 80 % und ab dem 01.01.2026 einen Zuschuss in Höhe von 90 % des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands.

Zusätzlich soll zur Entlastung der Leitung eine Abrechnungsstelle mit 0,6 Wochenstunden pro Gruppe eingerichtet werden. Diese kümmert sich um die Abrechnung der Elternbeiträge, die Essenzuschüsse sowie die Überwachung des Zahlungseingangs und das Kassenbuch.

Die Bildung eines Kuratoriums wird ebenso Bestandteil des Vertrages unter Ziffer 5 (zuvor separate Vereinbarung).

Im Übrigen beinhaltet der Vertragsentwurf nur redaktionelle Änderungen.

Aufgrund dieser Änderungen wird in Absprache mit der Verrechnungsstelle für Katholische Kirchengemeinden Schopfheim vorgeschlagen, den Vertrag über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens St. Maria zum 1. Januar 2024 neu abzuschließen.

Der dazu ausgearbeitete Vertragsentwurf ist in der Anlage beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Jahr 2023 betragen die Investitionen des Katholischen Kindergartens St. Maria gemäß Vertrag 31.250 Euro. Die Beteiligung der bürgerlichen Gemeinde an diesen Investitionen (70 %) beläuft sich auf 21.875 Euro.

Auf der Grundlage der Investitionen 2023 würde sich die Vertragsneuregelung wie folgt auswirken:

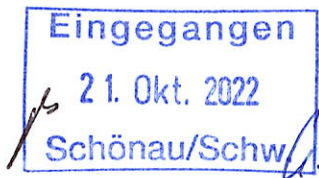
Satz	Beteiligung bürgerliche Gemeinde	Mehrkosten
80 %	25.000 EUR	3.125 EUR
90 %	28.125 EUR	6.250 EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung stimmt dem Abschluss des vorliegenden Vertrages über den Betrieb und die Förderung des Katholischen Kindergartens St. Maria zum 1. Januar 2024 zu.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Wagner



Erzdiözese Freiburg / Verrechnungsstelle Schopfheim |
Postfach 1254 | 79642 Schopfheim

Stadt Schönau im Schwarzwald
Talstraße 22
79677 Schönau im Schw.

Erzdiözese Freiburg

Verrechnungsstelle für Katholische
Kirchengemeinden Schopfheim
Sachgebiet Leitung

Ansprechperson: Dominik Zipfel
Tel.: 07622/6760-24

dominik.zipfel@vst-schopfheim.de
Sprechzeiten:

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

14. September 2022

Antrag auf Erhöhung des Investitionskostenzuschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit vielen Jahren sind die Röm.-kath. Kirchengemeinden vor Ort ein verlässlicher Partner in Sachen Kinderbetreuung in den Kindertageseinrichtungen. Neben der päd. Arbeit, der Ausbildung von Nachwuchskräften sowie der Arbeit im Hauswirtschaftsbereich in den Einrichtungen, übernimmt die Verrechnungsstelle als Dienstleister für die Kirchengemeinden das Thema Buchhaltung, Personal, Gebäude und Kindergartengeschäftsführung.

Wie in allen öffentlichen Bereichen, sind auch bei den Kirchengemeinden die Steuermittel rückläufig. Die bisher vereinbarten Prozente in den Betriebskostenverträgen für den laufenden Betrieb (Betriebskostenzuschuss) sind aktuell gesichert und bedürfen keiner Anpassung.

Bei den Investitionskostenzuschüssen sind die vereinbarten Prozente leider nicht mehr haltbar. In unseren Einrichtungen haben wir aktuell Investitionskostenzuschüsse von 70-90 %. Da die finanzielle Lage der Kirchengemeinden enger wird, bedarf es hier einer drastischen Anpassung der Verträge auf 90 %. Alternativ wäre auch ein Verkauf des bestehenden Kita-Gebäudes an die Stadt (100% Investitionskostenübernahme) und weiterhin die Trägerschaft bei der Kirchengemeinde denkbar.

Da wir in diesen Fällen alle Betriebskostenverträge auf einen neuen Stand bringen müssen, wären wir Ihnen für eine Rückmeldung. bzw. ein Gesprächstermin zum Thema Betriebskostenvertrag dankbar.

Im Zuge der Erneuerung der Betriebskostenverträge sollen aus unserer Sicht folgende Punkte ebenfalls neu mit aufgenommen werden:

- Um die Leitungen zu entlasten und diese für Ihre anderen Aufgaben verlässlich einplanen zu können, soll für die Abrechnung und Aufstellung der Elternbeiträge sowie ggf. Essensbeiträge, SEPA

Lastschriftinzug sowie die Überwachung des Zahlungseingangs eine Abrechnungsstelle mit 0,6 Wochenstunden pro Gruppe eingerichtet werden, sofern noch nicht vorhanden. Diese Stelle läuft in der Betriebskostenabrechnung auf einer gesonderten Kostenart.

- Sollte die politische Gemeinde übertarifliche Angebote anbieten, so kann die Kirchengemeinde nach kurzer Rücksprache mit der pol. Gemeinde diese ebenfalls anbieten bzw. anwenden.

- Aufgrund der aktuellen Lage erstellen viele Firmen keine Angebote mehr über einen längeren Zeitraum. Wir werden mit den Firmen oder Architekten die Kosten der anstehenden Maßnahmen für das kommende Haushaltsjahr planen und Ihnen die Kennzahlen weitergeben. Angebote werden von uns dann vor Umsetzung der Maßnahme eingeholt und mit Ihnen abgesprochen.

Der Stiftungsrat der Röm.-kath. Kirchengemeinde hat dem Schreiben und dem damit verbundenen Vorgehen zugestimmt. Für eine eventuelle Terminabsprache wenden Sie sich bitte an Herrn Zipfel von der Verrechnungsstelle Schopfheim.

Mit freundlichen Grüßen



Helmut Löffler
Leitender Pfarrer



Thomas Hammerlik
Mitglied des Stiftungsrates



Dominik Zipfel
stell. Leiter VST Schopfheim

Vertrag für den Betrieb und die Förderung des Kath. Kindergartens „St. Maria“, Luisenstraße 5 , 79677 Schönau

Auf der Grundlage von § 8 Abs. 8 und 9 Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) und der zwischen den kommunalen Landesverbänden, den Kirchen und den sonstigen freien Trägern der Jugendhilfe geschlossenen Rahmenvereinbarung wird

z w i s c h e n

der Röm. – kath. Kirchengemeinde Oberes Wiesental, vertreten durch den Kath. Stiftungsrat Oberes Wiesental

u n d

dem Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, vertreten durch den Verbandsvorsitzenden, Herrn Peter Schelshorn im Folgenden bürgerliche Gemeinde genannt-

f o l g e n d e r

Vertrag über den Betrieb und die Förderung des kirchlichen Kindergartens

**Kath. Kindergarten „St. Maria“, Luisenstraße 5, 79677
Schönau**

geschlossen:

1. Vertragsgegenstand

1.1 Die Röm.-kath. Kirchengemeinde betreibt im Gebäude Luisenstraße 5, 79677 Schönau, den Kath. Kindergarten „St. Maria“,

4 Kindergartengruppen gemäß Anlage 1a):

1 Krippengruppen gemäß Anlage 1b):

1.2. Das Gebäude steht im Eigentum

☒ der Röm. – kath. Kirchengemeinde Oberes Wiesental

☐ der bürgerlichen Gemeinde

2. Bedarfsplanung

Nach § 3 Abs. 3 des Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) werden die Förderzuschüsse gemäß § 8 Abs. 2 und Abs. 3 für Einrichtungen und Gruppen gewährt, die der Bedarfsplanung entsprechen. Zum Verfahren und zu den inhaltlichen Vorgaben dieser Bedarfsplanung wird Folgendes vereinbart:

- 2.1. Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schw. beteiligt die Röm.-kath. Kirchengemeinde rechtzeitig an der Bedarfsplanung und ihrer Fortschreibung.
- 2.2. Die Röm.-kath. Kirchengemeinde kann in den Gremien der bürgerlichen Gemeinde angehört werden.
- 2.3. Bei der Bedarfsplanung sind insbesondere der Grundsatz der Subsidiarität und die Erhaltung der Trägervielfalt zu berücksichtigen.
- 2.4. Bei der Angebotsstruktur und ihrer qualitativen Weiterentwicklung wird die Kirchengemeinde ausgewogen berücksichtigt.
- 2.5. Soweit die in Anlage 1a) und 1b) aufgeführten Kindergarten- und Krippengruppen in der Bedarfsplanung der Gemeinde aufgenommen sind, haben bei Belegung dieser Gruppen Kinder mit Wohnsitz in der Gemeinde Vorrang.
- 2.6. Die Röm.-kath. Kirchengemeinde unterrichtet die bürgerliche Gemeinde regelmäßig zum 01.04 sowie nach Bedarf schriftlich über die Zahl und den Betreuungsumfang der auswärtigen Kinder, die die Einrichtung besuchen. Die Röm.-Kath. Kirchengemeinde erklärt durch Unterzeichnung der in der Anlage 2 beigelegten Erklärung ihr Einverständnis, dass das Statistische Landesamt die in der Anlage 2 näher beschriebenen Angaben an die Gemeinde übermittelt.

3. Betrieb der Einrichtung

3.1 Leistungen der Kirchengemeinde

- 3.1.1 Die Röm.-kath. Kirchengemeinde gewährleistet die Erfüllung des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrags auf der Grundlage des christlichen Glaubens.
- 3.1.2 Die Röm.-kath. Kirchengemeinde verpflichtet sich, Kinder ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis und ihrer Nationalität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Plätze und nach Maßgabe ihrer jeweiligen Ordnungen aufzunehmen.
- 3.1.3 Die Röm.-kath. Kirchengemeinde trägt die Kosten des Kindergartenbetriebs, soweit diese nicht durch Elternbeiträge und Zuschüsse gedeckt werden können.

3.2 Geltung kirchlicher Regelungen

Die Röm.-kath. Kirchengemeinde ist beim Betrieb und bei der Beschäftigung der nach dem Stellenplan erforderlichen Fach- und Hilfskräfte an gesetzliche sowie spezielle kirchenrechtliche Regelungen gebunden. Die Röm.-kath. Kirchengemeinde informiert bei Bedarf den Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald über die wesentlichen Grundlagen des anzuwendenden kirchlichen Rechts.

3.3 Mitwirkung der bürgerlichen Gemeinde

Entscheidungen der Röm.-kath. Kirchengemeinde über ...

bedürfen der
Zustimmung Abstimmung¹

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • die Personalausstattung und die Aufstellung und Änderung des sich an den Betreuungs- und Betriebsformen orientierenden Stellenplans, der den von der Röm.-kath. Kirchengemeinde betriebenen Kindergarten- und Krippengruppen gemäß Anlage 1a) und 1b) zugrunde liegt. • die Festsetzung des Elternbeitrags, wenn er von dem in Ziff. 4.4 genannten Satz abweicht, • den Bauumfang, die Gesamtkosten und den Baubeginn von Investitionsmaßnahmen gemäß Ziff. 4.1, • die Beschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen von mehr als 2.000 € je Gruppe, • die Festlegung der Öffnungszeiten² und Kindergartenferien und • die Grundsätze über das Verfahren zur Aufnahme der Kinder³ unter Berücksichtigung von Ziffer 2.6 • das Verfahren der Weitergabe an die bürgerlichen Gemeinden zur jährlichen Meldung der Anzahl der betreuten Kinder zur Kinder- und Jugendhilfestatistik gem. §§ 98 ff. SGB VIII • Strukturelle (organisatorische) Veränderungen in der Trägerschaft werden von der Röm.-kath. Kirchengemeinde offengelegt. Finanzielle Auswirkungen (Mehrbelastungen) bedürfen der vorherigen Zustimmung durch den Gemeindeverwaltungsverband Schönauf im Schw. . | <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>

<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>

<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>

 |
|--|--|

4. Finanzierung der Einrichtung

4.1 Investitionsausgaben

4.1.1 Definition der Investitionsausgaben

Investitionsausgaben sind Aufwendungen für die Herstellung, die Renovierung, die Modernisierung und den Umbau von Kindergärten; sie umfassen insbesondere die in der DIN 276 festgelegten Kosten, *wie z. B.*

¹ im Sinne des bisherigen Benehmens

² Ziffer 3.2 ist zu beachten (Geltung kirchlicher Regelungen)

³ Diese können wichtige verfahrenstechnische Regelungen zur Aufnahme der Kinder in den Kindertageseinrichtungen enthalten. Unter den Bedingungen des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz (§ 24 SGB VIII) ist ein zwischen den Trägern der Kindertageseinrichtungen koordiniertes Aufnahmeverfahren sehr wichtig.

- die Baukosten incl. Nebenkosten für die Renovierung, bauliche Änderungen, laufende Unterhaltung und kleinere Instandsetzungen des Gebäudes, Schönheitsreparaturen im Gebäude, Modernisierung, Umbau und Neubau des Gebäudes,
- Maßnahmen, Unterhaltung der Außenanlagen einschl. der Spielgeräte sowie neu zu beschaffender Außenspielgeräte,
- die Beschaffung und Ergänzung von Inneneinrichtung und Inventar,
- ein evtl. Grunderwerb einschließlich der Aufwendungen für Hausanschlüsse (z. B. Wasser, Kanalisation, Strom usw.) und etwaige Erschließungsbeiträge

für das **Gebäude im Eigentum** der Röm.-Kath. Kirchengemeinde und soweit es sich nicht um Betriebsausgaben gemäß Ziff. 4.2.2 handelt.

4.1.2 Beteiligung der bürgerlichen Gemeinde an den Investitionsausgaben für Kindergartengebäude im Eigentum der Röm.-Kath. Kirchengemeinde

Zur Finanzierung der Investitionsausgaben nach Ziff. 4.1.1 leistet die bürgerliche Gemeinde ab dem **01.01.2024 einen Zuschuss in Höhe von 80 %** und ab dem **01.01.2026 einen Zuschuss in Höhe von 90 %**, des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands. Kirchliche Zuschüsse, kirchliche Sammelgelder und kirchliche Spenden bleiben dabei außer Betracht. Auf den Zuschuss werden Abschlagszahlungen entsprechend dem Baufortschritt geleistet.

Bei Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Schaffung oder Zur Verfügungstellung von zusätzlichen Kindertageseinrichtungsplätzen zur Gewährleistung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz nach § 24 SGB VIII durchgeführt werden, sowie bei Baumaßnahmen, die im Zusammenhang mit der Schaffung oder Zurverfügungstellung von Plätzen in Krippen/Krippengruppen durchgeführt werden, wird eine gesonderte Vereinbarung über die Höhe des Baukostenzuschusses abgeschlossen.

4.1.3 Evtl. Rückzahlung von Investitionszuschüssen

Der von der bürgerlichen Gemeinde nach Ziff. 4.1.2 geleistete Baukostenzuschuss wird mit jährlich 4 % abgeschrieben. Bei Auflösung des Vertrags ist der geleistete, noch nicht abgeschriebene Baukostenzuschuss der bürgerlichen Gemeinde zurück-zu zahlen. Zur Rückzahlung ist die Röm.-Kath. Kirchengemeinde nicht verpflichtet, wenn sie die Auflösung des Vertrags nicht zu vertreten hat.

4.2 Betriebsausgaben

Zu den Betriebsausgaben gehören die für den ordnungsgemäßen Betrieb der Einrichtung erforderlichen Personal- und Sachausgaben sowie die Verwaltungskosten.

4.2.1 Personalausgaben

Dies sind alle Ausgaben für die pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Einrichtung (im Rahmen des Stellenplans und des zugrundeliegenden Personalschlüssels⁴) sowie die Ausgaben für Hausmeister-, Reinigungs- und Wirtschaftspersonal – entsprechend den trägerspezifischen vergütungsrechtlichen Regelungen – einschließlich der Ausgaben für Fortbildung und notwendige Vertretungskosten.

Über außerordentliche Personalausgaben (z.B. Abfindungen) ist der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schw. rechtzeitig zu informieren. Freiwilligkeitsleistungen

⁴ vgl. Ziff. 3.3
Kindergartenvertrag

der Röm.-kath. Kirchengemeinde bedürfen der vorherigen Zustimmung der bürgerlichen Gemeinde.

Ausgaben für kirchliches Verwaltungspersonal der Erzdiözese (Kindergartengeschäftsführungen) sind keine Personalausgaben der Kindertageseinrichtung im Sinne dieses Vertrages. Sie können im gegenseitigen Einvernehmen als Verwaltungskosten nach Ziff. 4.2.3. berücksichtigt werden.

Ausgaben für kirchliches Verwaltungspersonal der Kirchengemeinde (Abrechnungsstelle) sind Personalausgaben der Kindertageseinrichtung im Sinne dieses Vertrages. Diese Personalkosten können in der Betriebskostenabrechnung berücksichtigt und über die Defizitbeteiligung abgerechnet werden. Die Abrechnungsstelle kümmert sich um die Abrechnung der Elternbeiträge, die Essenzuschüsse sowie die Überwachung des Zahlungseingangs und das Kassenbuch. Hier können bis zu 0,6 Wochenstunden je Gruppe eingerichtet werden.

4.2.2 Sachausgaben

Hierzu gehören insbesondere

- alle sächlichen Geschäftsaufwendungen, die im Hinblick auf die Arbeit mit den Kindern, bei der fachlichen Begleitung und beim laufenden Betrieb der Einrichtung entstehen (z. B. Spiel- und Beschäftigungsmaterial, Verwaltungs- und Geschäftsbedarf, Versicherungen, Mitgliedsbeiträge, Umlage für Fachberatung),
- die Ausgaben für
 - die laufende Unterhaltung und kleinere Instandsetzungen des Gebäudes,
 - die laufende Unterhaltung und Ergänzung des Inventars und
 - die Unterhaltung der Außenanlagen einschl. der Spielgerätebis jeweils 500 € im Einzelfall bzw. bis insgesamt 2.500 € pro Jahr,
- die Aufwendungen für die Bewirtschaftung des Gebäudes (z. B. Heizung, Reinigungsmittel, Wasser, Beleuchtung, Müllabfuhr, Hausmeister) und Aufwendungen für Reinigung, soweit durch externe Serviceunternehmen erbracht,

4.2.3 Verwaltungskosten

Die Aufwendungen für die verwaltungstechnische Betreuung werden wie folgt berücksichtigt:

- ☐ als prozentuale Pauschale mit ... % der Personal- und Sachausgaben
- ☐ Festbetrag je Gruppe mit €.
- ☒ Konkret anfallende Aufwendungen⁵ laut Gebührenordnung der Verrechnungsstellen.

4.3 Anerkennung ehrenamtlich erbrachter Leistungen

Die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen kann vereinbart werden.

⁵ Sofern sich die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen der Verwaltungskosten ändern oder weitere Kostenpositionen hinzukommen, erfolgt eine Berücksichtigung nur im gegenseitigen Einvernehmen. Wird kein Einvernehmen erzielt, werden diese Verwaltungskosten nicht berücksichtigt.

Die Röm.-kath. Kirchengemeinde erhebt Elternbeiträge, deren Höhe den jeweils zwischen den Kirchen und dem Gemeinde-/Städtetag Baden-Württemberg vereinbarten Empfehlungen entsprechen soll. Wird der Elternbeitrag auf Verlangen der bürgerlichen Gemeinde unter dem empfohlenen Satz* festgelegt, ersetzt sie der Röm.-kath. Kirchengemeinde den daraus entstandenen Beitragsausfall, soweit sie sich nicht bereits nach Ziff. 4.5 daran beteiligt.

*Im kirchlichen Bereich „Landesrichtsatz“ oder „Richtsatz der Landeskirche/(Erz-)Diözese“

4.5 Beteiligung der bürgerlichen Gemeinde an den lfd. Betriebsausgaben

Zur Finanzierung der lfd. Betriebsausgaben gewährt die bürgerliche Gemeinde einen Zuschuss zu den durch Elternbeiträge und evtl. Betriebseinnahmen* nicht gedeckten Betriebsausgaben in Höhe von **92 %**, jedoch mindestens den gesetzlichen Mindestzuschuss gemäß §8 Abs. 2 KitaG (63 % der Betriebsausgaben bei Ü-3 Betreuung) bzw. gemäß § 8 Abs. 3 KitaG (68 % der Betriebsausgaben bei Krippengruppen).

* Zuschüsse und Zuwendungen aus kirchlichen Kassen, kirchliche Sammelgelder und kirchliche Spenden bleiben hierbei außer Betracht

Betriebsausgaben gemäß Ziff. 4.2, die von der bürgerlichen Gemeinde unmittelbar übernommen worden sind und Sachleistungen werden bei der Berechnung des Zuschusses berücksichtigt; die bürgerliche Gemeinde weist die entsprechenden Beträge nach.

4.6 Auszahlung der Zuschüsse der bürgerlichen Gemeinde zu den Betriebsausgaben

Die Zuschüsse der bürgerlichen Gemeinde zu den Betriebsausgaben werden jährlich auf der Grundlage des Rechnungsergebnisses der Einrichtung gewährt. Der Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schw. leistet vierteljährliche Abschlagszahlungen (15.2./15.5./15.8./15.11), die sich nach dem Haushaltsansatz für die Einrichtung bemessen. Die Schlusszahlung ist jährlich vier Wochen nach vollständiger Vorlage der Abrechnung für das vorangegangene Kalenderjahr zu leisten.

4.7 Einsicht in die Unterlagen, Rechnungsprüfung

Die bürgerliche Gemeinde kann Einsicht in den Haushaltsplan für den Kindergarten und in die Jahresrechnung, in begründeten Einzelfällen auch in Rechnungsbelege nehmen. Die Rechnungsprüfung erfolgt durch die kirchliche Prüfungseinrichtung.

5. Kuratorium

Von der Röm.-Kath. Kirchengemeinde und der bürgerlichen Gemeinde wird ein paritätisch besetztes Kuratorium gebildet.

5.1 Aufgaben

Vor einer Entscheidung des Kindertageseinrichtungsträgers und über die Zustimmung nach Ziff. 3.3 sollen im Kuratorium beraten werden:

- Grundsatzfragen des Kindertageseinrichtungsbetriebs
- der Haushaltsplan der Kindertageseinrichtung mit Stellenplan und Personalschlüssel
- die Jahresrechnung für die Kindertageseinrichtung
- die Festsetzung und Änderung des Elternbeitrags
- Grundsätze über das Verfahren der Aufnahme von Kindern
- die Festsetzung der Öffnungszeiten und der Kindertageseinrichtungsferien

5.2 Zusammensetzung

Dem Kuratorium gehören an:

- der Pfarrer oder ein von ihm Beauftragter
- der GVV-Vorsitzende oder ein von ihm Beauftragter
- zwei Vertreter des Pfarrgemeinderats/Röm.-Kath. Kirchengemeinderats
- zwei Vertreter der GVV-Verbandsversammlung

5.3 Vorsitz

Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer von zwei Jahren.

5.4 Beratende Mitglieder

Zu den Sitzungen des Kuratoriums können ständig oder im Einzelfall beratend hinzugezogen werden:

- Vertreter des Elternbeirats
- die Kindertageseinrichtungsleitung
- weitere sachkundige Personen.

5.5 Status der Mitglieder

Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich. Eine Entschädigung wird nicht gezahlt.

6. Vertragsdauer, Sonstige Vertragsbestimmungen

6.1 Der Vertrag tritt am 01.01.2024 in Kraft.

6.2 Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragspartner mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Ende des Kindergartenjahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

Bei Schließung des kirchlichen Kindergartens oder einzelner Gruppen, verpflichten sich die Vertragsparteien auf der Grundlage dieses Vertrages zu einer einvernehmlichen Regelung über die Finanzierung der sich daraus evtl. ergebenden Folgekosten.

6.3 Beide Vertragspartner sind bereit, bei grundlegender Änderung der wirtschaftlichen Situation oder des Kindergartenrechts in Gespräche über eine einvernehmliche Vertragsanpassung einzutreten.

6.4 Änderungen der Rahmenvereinbarung gemäß § 8 Abs. 9 KiTaG werden Bestandteil dieses Vertrages, soweit sie nicht fakultativ getroffen werden.

7. Kirchlicher Genehmigungsvorbehalt

Der Abschluss dieses Vertrages durch die Röm.-kath. Kirchengemeinde sowie Änderungen bedürfen zur Rechtswirksamkeit der Genehmigung des Erzb. Ordinariat.

Schönau, den

Schönau, den

Für den Gemeindeverwaltungs-
verband Schönau im Schw.

Für die Röm. – kath. Kirchengemeinde
Oberes Wiesental

.....

Verbandsvorsitzender

.....

Pfarrer

.....

Mitglied des Stiftungsrates

Dienstsiegel

Dienstsiegel

Anlage 1

zum Vertrag über den Betrieb und die Förderung kirchlicher Kindergärten

Anlage 1a)

Kindergartengruppen gemäß Anlage 1a):

Gruppenanzahl		Betriebsform
.....	<input type="checkbox"/>	Regelgruppe (§ 1 Abs. 5 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Altersgemischte Gruppe Halbtags (§ 1 Abs. 3 KiTaG)
4	<input checked="" type="checkbox"/>	Altersgemischte Gruppe VÖ (§ 1 Abs. 3 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Altersgemischte Gruppe Ganztags (§ 1 Abs. 3 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Integrative Gruppe (§ 1 Abs. 4 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Sonstige (genaue Bezeichnung)

.....

Anlage 1b)

Krippengruppen gemäß Anlage 1b):

Gruppenanzahl		Betriebsform
.....	<input type="checkbox"/>	Krippengruppe Halbtags (§ 1 Abs. 6 KiTaG)
1	<input type="checkbox"/>	Krippengruppe VÖ (§ 1 Abs. 6 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Krippengruppe Ganztags (§ 1 Abs. 6 KiTaG)
.....	<input type="checkbox"/>	Sonstige (genaue Bezeichnung)

Anlage 2

zum Vertrag über den Betrieb und die Förderung kirchlicher Kindertageseinrichtungen

Einverständniserklärung

Auskunft zu den betreuten Kindern in Einrichtungen im Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Wir sind damit einverstanden, dass das Statistische Landesamt Angaben zu den betreuten Kindern in Einrichtungen, die im Rahmen der Statistik der betreuten Kindern in Einrichtungen erhoben wurden, an den Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald übermittelt.

Im Einzelnen handelt es sich um Angaben zu der Zahl der Kinder nach dem Alter und dem Umfang der Betreuung. Uns ist bekannt, dass diese Angaben von der Gemeinde für Zwecke des Kommunalen Finanzausgleichs benötigt werden.

Datum und Unterschrift des Trägers

Diese Einverständniserklärung kann schriftlich widerrufen werden; der Widerruf ist an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg 70158 Stuttgart zu richten.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 8:

Änderung der Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle

Sachverhalt:

Für die Gebührenordnung wurden Änderungsvorschläge erarbeitet. Die Änderungen wurden gegenübergestellt und sind in der Anlage ersichtlich. Die geänderte Gebührenordnung ist ebenfalls in der Anlage ersichtlich.

Die Mehrzweckhalle hat neu

- eine voll ausgestattete Küche
- eine festeingebaute Bühne
- eine technische Grundausstattung für den Bühnen- und Hallenbereich
- sowie zwei Umkleidekabinen mehr als die Buchenbrandhalle.

Nachfolgend zur Information ein Gebührenvergleich anhand der Beispiele Zunftabend der Narrenzunft Schönau und Jahreskonzert der Stadtmusik Schönau:

Narrenzunft Schönau - Zunftabend			
Buchenbrandhalle 2014		Mehrzweckhalle 2023	
10% Zusatzmiete aus Eintrittsgeldern (Gesamteintritt: 2.592,00 €)	259,20 €	2/3 Halle inkl. Foyer, Eingangsbereich und 2 Umkleidekabinen	300,00 €
8% Zusatzmiete aus dem Umsatz (Gesamtumsatz: 8.155,35 €)	652,42 €	Bühne	150,00 €
Grundmiete kulturelle Veranstaltung	100,00 €	Küche	112,50 €
		2 Umkleidekabinen	50,00 €
Miete	1.011,62 €	Grundmiete Gesamt	612,50 €
		Differenz	-399,12 €
		Weitere erhobene Gebühren:	
		Aufbau 1 Tag vorher	150,00 €
		2 weitere Umkleidekabinen	50,00 €
		Generalprobe Donnerstag	20,00 €
		Sonstige erhobene Gebühren	220,00 €
		Zzgl. durchlaufende Posten:	
		Veranstaltungsabnahme	297,50 €

Narrenzunft Schönau - Zunftabend			
Buchenbrandhalle 2014		Mehrzweckhalle 2023	
		Brandwache und Personalstunden Hallenwart	je 20,00 € pro Std je Person

Stadtmusik Schönau - Jahreskonzert			
Buchenbrandhalle 2014		Mehrzweckhalle 2022	
10% Zusatzmiete aus Eintrittsgeldern (Gesamteintritt: 505,00 €)	50,50 €	2/3 Halle inkl. Foyer, Eingangsbereich und 2 Umkleidekabinen	300,00 €
8% Zusatzmiete aus dem Umsatz (Gesamtumsatz: 2.418,87 €)	193,50 €	Bühne	150,00 €
Grundmiete kulturelle Veranstaltung	100,00 €	Küche	112,50 €
Miete	344,00 €	Grundmiete Gesamt	562,50 €
		Differenz	218,50 €
		<u>Weitere erhobene Gebühren:</u>	
		Aufbau 1 Tag vorher	150,00 €
		Sonstige erhobene Gebühren	150,00 €
		<u>Zzgl. durchlaufende Posten:</u>	
		Veranstaltungsabnahme	297,50 €
		Brandwache und Personalstunden Hallenwart	je 20,00 € pro Std je Person

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt den Erlass der vorliegenden Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle. Diese tritt zum 24.03.2023 in Kraft.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Reith

GVV Schönauf im Schwarzwald

Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle



§ 1 Erhebungsgrundsatz

Der Gemeindeverwaltungsverband erhebt zur teilweisen Deckung des entstehenden Aufwands für Unterhaltung, Reinigung, Heizung und Beleuchtung der Mehrzweckhalle entsprechend den nachfolgenden Bestimmungen.

Mit dem Betrieb der Mehrzweckhalle erzielt der Gemeindeverwaltungsverband keinen Gewinn. Die Mehrzweckhalle wird als Betrieb gewerblicher Art geführt.

Die Gebühren sind privatrechtliche Entgelte und unterliegen der Umsatzsteuer. Sie beinhalten bereits die gesetzliche Umsatzsteuer.

§ 2 Gebührenpflichtiger

Gebührenpflichtiger ist der jeweilige Antragsteller bzw. Veranstalter. Mehrere Beteiligte haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr wird nach Beendigung der Hallenbenutzung auf Anforderung des Gemeindeverwaltungsverbandes innerhalb von 14 Tagen fällig. Bei Überschreitung des Zahlungstermins oder bei Nichtzahlung erfolgt die Beitreibung nach gesetzlichen Bestimmungen. Bei Fälligkeit einer Kautions wird die Gebühr vor Hallenbenutzung in Rechnung gestellt und ist vor Benutzung zu bezahlen.

§ 4 Gebühren

In dieser Gebührenordnung wird nachfolgend in einheimischen und auswärtigen Tarifen unterschieden. Auswärtige Nutzer sind alle Nutzer außerhalb des Verbandsgebietes. Als einheimisch gelten ebenfalls die Abschlussklassen der Schulen im Gemeindeverwaltungsverband.

1. Benutzung für Trainings- und Übungszwecke und Proben (gem. den Festsetzungen des jeweils gültigen Hallenbelegungsplanes oder für Proben)

Leistung	Gebühr je Stunde	Gebühr je Stunde ab der 201. Stunde
Ganze Halle (inkl. Umkleideraum und Dusche)	10,00 €	8,50 €
Zwei-Drittel-Halle (inkl. Umkleideraum und Dusche)	8,00 €	6,80 €
Ein-Drittel-Halle (inkl. Umkleideraum und Dusche)	6,00 €	5,10 €
Bühne	5,00 €	5,00 €
Mehrzweckraum	5,00 €	5,00 €

Die Gebühren werden entsprechend der tatsächlich genutzten Benutzungsstunden nach dem Hallenbelegungsplan vom Gemeindeverwaltungsverband jährlich in einer Summe erhoben. Sollten die im Hallenbelegungsplan eingetragenen Benutzungsstunden nicht wahrgenommen werden können, sind die Vertragspartner gegenseitig verpflichtend, dies dem jeweils anderen mitzuteilen. Wenn keine Mitteilung erfolgt, werden die Benutzungsstunden in Rechnung gestellt.

Für Liga-Rundenspiele (z.B. Tischtennis-, Badminton-, Volleyball- oder Basketball-Punktspiele), die nur 1/3 Halle benötigen, wird eine Pauschale von 50,00 € je Hallendrittel inkl. zwei Umkleidekabinen pro Tag erhoben.

Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für Einheimische. Für Auswärtige werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.

GVV Schönau im Schwarzwald

Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle



2. Benutzung für schulische Veranstaltungen in Verantwortung der Schule

Leistung	1/3 Halle	2/3 Halle	Ganze Halle
Schul-Sportveranstaltungen (inkl. Foyer, Umkleidekabinen und WC-Anlage)	37,50 €	75,00 €	112,50 €
Sonstige Schulische Veranstaltungen (inkl. Foyer, Bühne, Küche, und WC-Anlage)	125,00 €	150,00 €	175,00 €

Bei „Sonstigen schulischen Veranstaltungen“ ist das Foyer, die Bühnennutzung (Innen- und Außenbühne) und die Küche inklusive, die Nutzung der Umkleidekabinen wird zuzüglich mit der regulären Gebühr von 25,00 € je Umkleidekabine erhoben. Bei Schul-Sportveranstaltungen sind das Foyer und die Umkleidekabinen in der Gebühr enthalten. Weitere genutzte Räumlichkeiten sind nach den regulären Gebühren aus § 4 Absatz 3 zu bezahlen.

Bei Notwendigkeit einer Veranstaltungsabnahme durch den Veranstaltungstechniker/Meister ist die reguläre Gebühr von 297,50 € / 476,00 € zuzüglich Umsatzsteuer zu zahlen. Fallen Stunden für die Brandwache und/oder Personalstunden an, sind diese ebenfalls zusätzlich zu bezahlen.

Bei Benutzung der Mehrzweckhalle einen Tag vor der Veranstaltung zum Aufbau oder Proben werden 50 % der jeweiligen Benutzungsgebühr erhoben.

Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für einheimische Schulen. Für auswärtige Schulen werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.

3. Benutzung für sonstige Veranstaltungen

Leistung	Einheit	Gebühr für Einheimische	Gebühr für Auswärtige
Ganze Halle inkl. 2 Umkleideräume, Foyer u. Eingangsbereich	Tag (24 Std.)	450,00 €	900,00 €
2/3 Halle inkl. 2 Umkleideräume, Foyer u. Eingangsbereich	Tag (24 Std.)	300,00 €	600,00 €
1/3 Halle inkl. 2 Umkleideräume, Foyer u. Eingangsbereich	Tag (24 Std.)	150,00 €	300,00 €
Bühne	Tag (24 Std.)	150,00 €	200,00 €
Küche	Tag (24 Std.)	112,50 €	150,00 €
Foyer inkl. Eingangsbereich (soweit nicht nur Verkehrsraum)	Tag (24 Std.)	150,00 €	200,00 €
Foyer inkl. Eingangsbereich u. Mehrzweckraum (soweit nicht nur Verkehrsraum)	Tag (24 Std.)	187,50 €	250,00 €
Mehrzweckraum	Tag (24 Std.)	75,00 €	100,00 €
Außenbühne inkl. Pausenhof	Tag (24 Std.)	75,00 €	100,00 €
Je Umkleideraum inkl. Dusche	Tag (24 Std.)	25,00 €	40,00 €
Hausmeister/Hallenwart	Std.	* €	
Brandwache	Mann/Std.	20,00 €	
Abnahme durch Veranstaltungstechniker/Meister	Tag (24 Std.)	297,50 €	476,00 €
Strom-/Wasserverbrauch im Außenbereich	Pauschal	30,00 €	

* Nach dem jeweils gültigen Personal Stundensatz

Bei Benutzung der Mehrzweckhalle einen Tag vor der Veranstaltung zum Aufbau oder Proben werden 50 % der jeweiligen Benutzungsgebühr erhoben.

GV Schönau im Schwarzwald

Gebührenordnung für die Mehrzweckhalle



4. Benutzung für Kinder- und Jugendveranstaltungen

Für die Benutzung der Halle wird für Kinder- und Jugendveranstaltungen eine Pauschale in Höhe von 50,00 €/Tag je Hallendrittel (inkl. zwei Umkleidekabinen) berechnet. Findet eine Bewirtung im Foyer statt, ist die Benutzung des Foyers gebührenfrei. Weitere genutzte Räumlichkeiten (bspw. Küche) sind nach den regulären Gebühren aus § 4 Abs. 3 zu zahlen.

Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für Einheimische. Für Auswärtige werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.

5. Kautions

Für sonstige Veranstaltungen wird eine Kautions in Höhe der Benutzungsgebühr verlangt. Diese ist vor dem Veranstaltungstermin zu entrichten. Die Kautions wird nach der Veranstaltung mit den tatsächlich anfallenden Benutzungsgebühren verrechnet. Falls die Kautions nicht fristgerecht vor dem Veranstaltungstermin entrichtet wird, darf die Veranstaltung nicht stattfinden.

§ 5 Kosten für Reinigung und Müllentsorgung

Bei Großveranstaltungen und Privatveranstaltungen muss der Veranstalter eine externe Reinigungsfirma beauftragen. Veranstaltungen von Vereinen des Gemeindeverbandsverbandes haben ein Wahlrecht ob Sie die Reinigung selbst vornehmen oder eine externe Reinigungsfirma beauftragen möchten.

Der bei der Veranstaltung entstandene Müll ist vom Veranstalter zu entsorgen. Bei Nichtentsorgung wird eine Pauschale von 20,00 € verlangt. Frittier-Fette, müssen vom Veranstalter umgehend auf eigene Kosten entsorgt werden.

§ 6 Weitere Bestimmungen

Abweichende Regelungen sind im Einzelfall möglich. Hierbei ist vom Veranstalter sein besonderes Anliegen schriftlich unter Nachweis von prüfungsfähigen Unterlagen einzureichen. Die Entscheidung über abweichende Regelungen trifft in der Regel der Verbandsvorsitzende, in Ausnahmen die Verbandsmitglieder in einer Verbandsversammlung.

Sollte eine Veranstaltung nicht stattfinden, so ist dies 3 Wochen vorher bekannt zu geben. Bei Nichtbeachtung dieser Frist ist der Gemeindeverbandsverband berechtigt die Hälfte der Hallengebühr in Rechnung zu stellen.

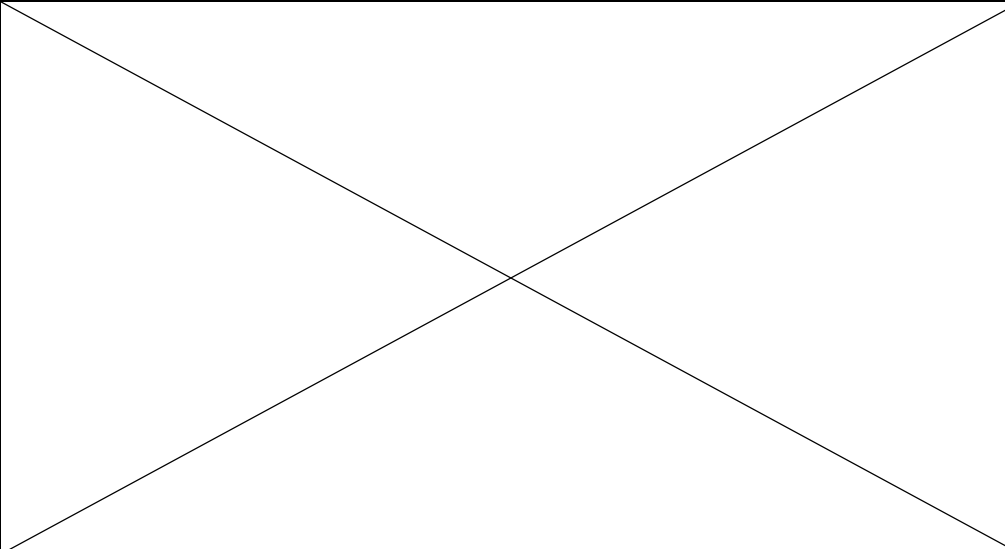
§ 7 Inkrafttreten

Diese Gebührenordnung tritt zum 24.03.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührenordnung vom 16.12.2022 außer Kraft.

Schönau im Schwarzwald, den 23.03.2023

Peter Schelshorn, Verbandsvorsitzender

Änderungen der Gebührenordnung der Mehrzweckhalle zum 23.03.2023

Gebührenordnung vom 15.12.2022 (alt)	Gebührenordnung vom 23.03.2023 (neu)
<p>§ 4 Absatz 1 Benutzung für Training- und Übungszwecke und Proben</p> <p>„Sollten die im Hallenbelegungsplan eingetragenen Benutzungsstunden nicht wahrgenommen werden können, sind die Vertragspartner gegenseitig verpflichtend, dies dem jeweils anderen mitzuteilen. Wenn die Mitteilung über nicht genutzte Zeiten ausfällt, werden die Benutzungsstunden in Rechnung gestellt.“</p>	<p>§ 4 Absatz 1 Benutzung für Training- und Übungszwecke und Proben</p> <p>„Sollten die im Hallenbelegungsplan eingetragenen Benutzungsstunden nicht wahrgenommen werden können, sind die Vertragspartner gegenseitig verpflichtend, dies dem jeweils anderen mitzuteilen. Wenn keine Mitteilung erfolgt, werden die Benutzungsstunden in Rechnung gestellt.“</p>
<p>§ 4 Absatz 2 Benutzung für Sportveranstaltungen (Wettkämpfe, Turniere, etc.)</p> <p>„Für Liga-Rundenspiele (z.B. Tischtennis-, Badminton-, Volleyball- oder Basketball-Punktspiele), die nur 1/3 Halle benötigen, wird eine Pauschale von 50,00 € je Hallendrittel inkl. zwei Umkleidekabinen pro Tag erhoben. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für einheimische Vereine. Für auswärtige Vereine werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.“</p>	<p>§ 4 Absatz 1 Benutzung für Training- und Übungszwecke und Proben</p> <p>„Für Liga-Rundenspiele (z.B. Tischtennis-, Badminton-, Volleyball- oder Basketball-Punktspiele), die nur 1/3 Halle benötigen, wird eine Pauschale von 50,00 € je Hallendrittel inkl. zwei Umkleidekabinen pro Tag erhoben. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für Einheimische. Für Auswärtige werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.“</p>
<p>§ 4 Absatz 2 Benutzung für Sportveranstaltungen (Wettkämpfe, Turniere, etc.)</p> <p>Bei Sportveranstaltungen für Erwachsene wird für die Benutzung der Halle inkl. zwei Umkleideräume je genutztem Hallendrittel eine Pauschale in Höhe von 150,00 €/Tag und für Kinder- und Jugendsportveranstaltungen eine Pauschale in Höhe von 75,00 €/Tag berechnet. Findet bei Sportveranstaltungen eine Bewirtung im Foyer statt, ist die Benutzung des Foyers gebührenfrei. Weitere genutzte Räumlichkeiten (bspw. Küche) sind zu zahlen. Für Liga-Rundenspiele (z.B. Tischtennis-, Badminton-, Volleyball- oder Basketball-Punktspiele), die nur 1/3 Halle benötigen, wird eine Pauschale von 50,00 € je Hallendrittel inkl. zwei Umkleidekabinen pro Tag erhoben. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für einheimische Vereine. Für auswärtige Vereine werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.</p>	

§ 4 Absatz 3 Benutzung für schulische Veranstaltungen in Verantwortung der Schule

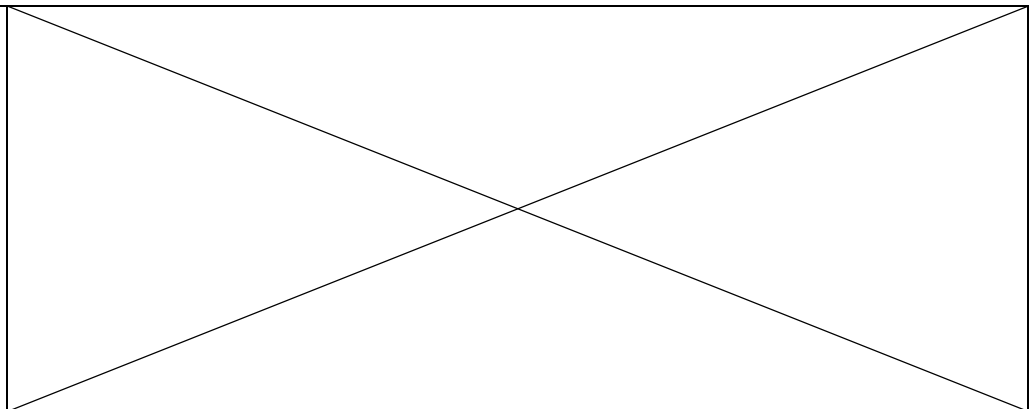
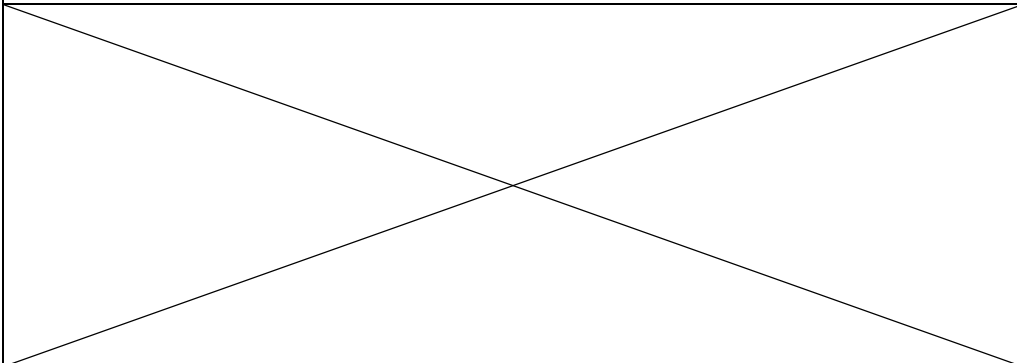
Leistung	1/3 Halle	2/3 Halle	Ganze Halle
1) Schul-Sportveranstaltungen (inkl. Umkleidekabinen)			
1a) ohne Küche, WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	25,00 €	50,00 €	75,00 €
1b) ohne Küche, mit WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	37,50 €	75,00 €	112,50 €
1c) mit Küche, WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	100,00 €	125,00 €	150,00 €
2) Sonstige Schulische Veranstaltungen (inkl. Bühne)			
2a) ohne Küche, WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	50,00 €	75,00 €	100,00 €
2b) ohne Küche, mit WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	75,00 €	112,50 €	150,00 €
2c) mit Küche, WC-Anlage, Foyer und Mehrzweckraum	125,00 €	150,00 €	175,00 €

Bei „Sonstigen schulischen Veranstaltungen“ ist die Bühnennutzung (Innen- und Außenbühne) inklusive, die Nutzung der Umkleidekabinen wird zuzüglich mit der regulären Gebühr von 25,00 € je Umkleidekabine erhoben, bei Schul-Sportveranstaltungen sind die Umkleidekabinen in der Gebühr enthalten. Bei Notwendigkeit einer Veranstaltungsabnahme durch den Veranstaltungstechniker/Meister ist die reguläre Gebühr von 297,50 € / 476,00 € zuzüglich Umsatzsteuer zu zahlen. Fallen Stunden für die Brandwache und/oder Personalstunden an, sind diese ebenfalls zusätzlich zu bezahlen. Die Bestuhlung hat nach Bestuhlungsplan in Eigenregie zu erfolgen. Bei Benutzung der Mehrzweckhalle einen Tag vor der Veranstaltung zum Aufbau oder Proben werden 50 % der jeweiligen Benutzungsgebühr erhoben. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für einheimische Schulen. Für auswärtige Schulen werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.

§4 Absatz 2 Benutzung für schulische Veranstaltungen in Verantwortung der Schule

Leistung	1/3 Halle	2/3 Halle	Ganze Halle
Schul-Sportveranstaltungen (inkl. Foyer, Umkleidekabinen und WC-Anlage)	37,50 €	75,00 €	112,50 €
Sonstige Schulische Veranstaltungen (inkl. Foyer, Bühne, Küche, und WC-Anlage)	125,00 €	150,00 €	175,00 €

Bei „Sonstigen schulischen Veranstaltungen“ ist das Foyer, die Bühnennutzung (Innen- und Außenbühne) und die Küche inklusive, die Nutzung der Umkleidekabinen wird zuzüglich mit der regulären Gebühr von 25,00 € je Umkleidekabine erhoben. Bei Schul-Sportveranstaltungen sind das Foyer und die Umkleidekabinen in der Gebühr enthalten. Weitere genutzte Räumlichkeiten sind nach den regulären Gebühren aus § 4 Absatz 3 zu bezahlen. Bei Notwendigkeit einer Veranstaltungsabnahme durch den Veranstaltungstechniker/Meister ist die reguläre Gebühr von 297,50 € / 476,00 € zuzüglich Umsatzsteuer zu zahlen. Fallen Stunden für die Brandwache und/oder Personalstunden an, sind diese ebenfalls zusätzlich zu bezahlen. Bei Benutzung der Mehrzweckhalle einen Tag vor der Veranstaltung zum Aufbau oder Proben werden 50 % der jeweiligen Benutzungsgebühr erhoben. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für einheimische Schulen. Für auswärtige Schulen werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.

<p>§ 4 Absatz 4 Benutzung für sonstige Veranstaltungen „Für kommerzielle Veranstaltungen wird die doppelte Miete berechnet (Kommerzfaktor). Kommerziell ist jede Veranstaltung, für die Eintritt erhoben wird, insbesondere reine Tanzveranstaltungen sowie jede Veranstaltung, bei der Gewinnerzielungsabsichten im Vordergrund stehen. Veranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen des Gemeindeverwaltungsverbandes mit vorwiegender Eigendarstellung sowie Schulveranstaltungen gelten nicht als kommerzielle Veranstaltungen.“</p>	
	<p>§ 4 Absatz 4 Benutzung für Kinder- und Jugendveranstaltungen Für die Benutzung der Halle wird für Kinder- und Jugendveranstaltungen eine Pauschale in Höhe von 50,00 €/Tag je Hallendrittel (inkl. zwei Umkleidekabinen) berechnet. Findet eine Bewirtung im Foyer statt, ist die Benutzung des Foyers gebührenfrei. Weitere genutzte Räumlichkeiten (bspw. Küche) sind nach den regulären Gebühren aus § 4 Abs. 3 zu zahlen. Die o.g. vergünstigten Gebühren gelten für Einheimische. Für Auswärtige werden zusätzlich 50 % der Gebühren erhoben.</p>

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 9:

Sargwagen für den Friedhof Schönau

Sachverhalt:

Der vorhandene Sargwagen ist ca. 35-40 Jahre alt und ist nicht mehr ansehnlich. Ein neuer Sargwagen des baugleichen Modelles 5550 der Firma Goetz, Friedhofstechnik, würde sich auf netto 1.909 € zzgl. 155,50 € Fracht belaufen.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei dieser Neuanschaffung handelt es sich um eine außerplanmäßige Auszahlung, da im Haushaltsplan 2023 hierfür keine Mittel veranschlagt sind.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt, einen neuen Sargwagen anzuschaffen.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Mutter

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 10:

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung

Sachverhalt:

In der Verbandsversammlung am 22.09.2022 wurde die Grundsatzentscheidung über die Einrichtung eines gemeinsamen interkommunalen Werkhofs behandelt. Ein einstimmiger Beschluss, welcher Voraussetzung für die Umsetzung dieses Werkhofs war, kam hierbei nicht zustande. Aus diesem Grund einigten sich die interessierten Verbandsgemeinden Aitern, Böllen, Tunau, Wembach und die Stadt Schönau im Schwarzwald den gemeinsamen interkommunalen Werkhof in kleinerem Rahmen umzusetzen. Die Kommunalaufsicht des Landratsamtes Lörrach hat auf Anfrage empfohlen, dieses Konstrukt im Rahmen der Verbandssatzung zu regeln.

Der gemeinsame interkommunale Werkhof ist deshalb in die Aufgaben des Verbandes aufzunehmen und gleichzeitig die Umlegung der Kosten auf die beteiligten Gemeinden zu regeln.

Im Hinblick hierauf ist die aktuelle Verbandssatzung in folgenden Bereichen zu ergänzen:

§ 2 Absatz 2 wird um folgenden Buchstabe h ergänzt:

- h) die Unterhaltung und den Betrieb des gemeinsamen interkommunalen Werkhofs in Schönau im Schwarzwald,

§ 14 wird um folgenden Absatz 9 ergänzt:

- 9) Gemeinsamer interkommunaler Werkhof (§ 2 Abs. 2 Buchstabe h):
Die Umlegung der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird mit den beteiligten Gemeinden in besonderen Verträgen geregelt.

Unabhängig von dieser Ergänzung sieht die Verwaltung auch eine Neufassung des § 7 Absatz 5 der Verbandssatzung für notwendig an, dies Aufgrund des Umstandes, dass es einige Verbandsaufgaben gibt (Schulträgerschaft, Friedhof, Kindergarten, künftiger gemeinsamer interkommunaler Werkhof), an welchen nur ein Teil der Mitgliedsgemeinden beteiligt sind. Aktuell sind Beschlüsse der Verbandsversammlung nur dann rechtsgültig, wenn diese mit den Stimmen von mindestens vier Mitgliedsgemeinden zustande gekommen sind. Für die Aufgabe, an welcher nur ein Teil der Mitgliedsgemeinden beteiligt sind, sollen künftig Beschlüsse nur dann rechtsgültig

sein, wenn sie mit den Stimmen der Hälfte der beteiligten Mitgliedsgemeinden zustande gekommen sind.

Darüber hinaus ist in diesem Abschnitt aktuell geregelt, dass für Beschlüsse, die die Übernahme von freiwilligen Aufgaben durch den Verband betreffen, eine Mehrheit von drei Viertel der satzungsmäßigen Stimmenzahl erforderlich ist. Für die Auflösung des Verbandes dagegen ist eine geringere Mehrheit von zwei Drittel ausreichend. Hier wird vorgeschlagen, diese Mehrheiten einheitlich auf zwei Drittel festzulegen.

Die aktuelle Verbandssatzung ist deshalb in folgendem Bereich zu ändern:

§ 7 Abs. 5 erhält folgende neue Fassung:

- 5) Ein Beschluss der Verbandsversammlung ist im Regelfall nur dann rechtsgültig, wenn er mit den Stimmen von mindestens vier Mitgliedsgemeinden zustande gekommen ist. Ein Beschluss über eine Verbandsaufgabe, an welcher nur ein Teil der Mitgliedsgemeinden beteiligt sind, ist nur dann rechtsgültig, wenn er mit den Stimmen von mindestens der Hälfte der beteiligten Mitgliedsgemeinden zustande gekommen ist. Für Beschlüsse, die die Übernahme von freiwilligen Aufgaben durch den Verband betreffen, ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine. Die Kostenregelung hinsichtlich des gemeinsamen interkommunalen Werkhofs erfolgt durch die beteiligten Gemeinden in besonderen Verträgen. Die Kosten werden somit ausschließlich von diesen Gemeinden getragen.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung stimmt dem Erlass der vorliegenden Satzung zur Änderung der Verbandssatzung zu.

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Pfeffer

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald



Aufgrund der §§ 59 bis 61 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (GKZ) hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald am 23.03.2023 nachstehende Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald vom 10.03.2016 in der Fassung der Änderungssatzung vom 11.03.2021 beschlossen:

I.

§ 2 Absatz 2 wird um folgenden Buchstabe h ergänzt:

- h) die Unterhaltung und den Betrieb des gemeinsamen interkommunalen Werkhofs in Schönau im Schwarzwald,

II.

§ 14 wird um folgenden Absatz 9 ergänzt:

- 9) Gemeinsamer interkommunaler Werkhof (§ 2 Abs. 2 Buchstabe h):
Die Umlegung der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird mit den beteiligten Gemeinden in besonderen Verträgen geregelt.

III.

§ 7 Abs. 5 erhält folgende neue Fassung:

- 5) Ein Beschluss der Verbandsversammlung ist im Regelfall nur dann rechtsgültig, wenn er mit den Stimmen von mindestens vier Mitgliedsgemeinden zustande gekommen ist. Ein Beschluss über eine Verbandsaufgabe, an welcher nur ein Teil der Mitgliedsgemeinden beteiligt sind, ist nur dann rechtsgültig, wenn er mit den Stimmen von mindestens der Hälfte der beteiligten Mitgliedsgemeinden zustande gekommen ist. Für Beschlüsse, die die Übernahme von freiwilligen Aufgaben durch den Verband betreffen, ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl erforderlich.

IV.

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber dem Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Schönau im Schwarzwald, den 23. März 2023



Schelshorn, Verbandsvorsitzender

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald

Sitzungsvorlage

zur öffentlichen Sitzung der Verbandsversammlung am 23. März 2023

TOP 11: Annahme von Spenden

Sachverhalt:

In § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) ist festgelegt, dass die Gemeinde zur Erfüllung Ihrer Aufgaben nach § 1 Abs. 2 der GemO Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln darf. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Spende sind gemäß dieser gesetzlichen Regelung grundsätzlich dem Verbandsvorsitzenden vorbehalten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet die Verbandsversammlung.

Der Verbandsversammlung werden die Spendeneingänge des Gemeindeverwaltungsverbandes für den Zeitraum 21.11.2022 bis 10.03.2023 vorgelegt (siehe Anlage). Die einzelnen Spenden werden der Verbandsversammlung zur Annahme detailliert dargestellt. Die Verwaltung schlägt der Verbandsversammlung vor, die Annahme dieser eingegangenen Spenden zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Ja, Annahme der Spende. Siehe Sachverhalt.

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung beschließt die Annahme der Geldspenden im Gesamtwert von 900 €.

Rechtslage:

§ 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)

Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald, den 3. März 2023

Reith